

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft



**spw - 26**

## **Rot-grüne Bündnisse – Erfahrungen und Chancen**



**Herausgeber:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

**Ständige Mitarbeiter:**

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

**Sekretäre:** Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

**Redaktion und Auslieferung:** Motzstraße 65, Postfach 1101, D-1000 Berlin 30  
Tel.: (030) 2134057

**Anzeigen (ohne Tausch):** Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,  
Tel.: 030/7722443

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38  
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1985.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Auflage: 1.-2. Tausend März 1985

Die spw erscheint 1985 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

**Beilagenhinweis:** Dieses Heft enthält — in Teilaufgabe — eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, eine Klappkarte der »Aktion Muttertag« und ein Prospekt der spw-Sommerschule.

# Inhalt

---

Editorial .....	3
Verlagsmitteilungen .....	4

## Aktuelle Kommentare

<i>Christiane Rix</i> : Die wirkliche Chance in Genf .....	5
<i>Klaus-Peter Wolf</i> : Berufsverbote und innere Militarisierung .....	6
<i>Klaus Rave</i> : Tu was mit der SPD. Peter Glotz' organisationspolitische Thesen .....	8

## Analysen

<i>Ulrich Schöler</i> 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (II) Damals — heute: Parallelen und Unterschiede .....	11
<i>Andrea Böckmann, Uwe Kremer, Ingrid Petersen-Buggisch, Olaf Scholz, Klaus-Peter Wolf und Wolfgang Zellner</i> Thesen des Hannoveraner Kreises zur Lage und Perspektive der Jungsozialisten in der SPD .....	17
<i>Harald Weinberg</i> 25 Jahre SHB. Das spannungsreiche Verhältnis zur Sozialdemokratie .....	23
<i>Max Steinacker und Andreas Westphal</i> Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten .....	27
<i>Michael Häupl</i> Die SPÖ nach Hainburg. Thesen zur Krise des politischen Systems in Österreich .....	38
<i>Alişan Genç</i> Rückkehrhilfe als »Integrationspolitik« Zur Ausländerpolitik der Bundesregierung .....	42

## Diskussionsschwerpunkt:

### Rot-grüne Bündnisse — Erfahrungen und Chancen

<i>Frieder O. Wolf</i> Notwendige Brüche und mögliche Bündnisse Probleme eines realistischen grünen Radikalismus .....	48
<i>Andreas Wehr</i> Rot-grüne Bündnisse — aber welche? .....	52
<i>Hans Janßen</i> Gewerkschaften und Grüne .....	58
<i>Horst Peter und Norbert Sprafke</i> Rot und Grün — Realität in Kassel .....	63

**Gertrud Schilling**

Rot-grüne Perspektiven jenseits machttaktisch orientierter Bündnisse? Erfahrungen (und Interpretationen) aus Hessen .....	68
--	----

**Interview**

Rot-grüne Zusammenarbeit in Hessen — schon am Ende oder erst am Anfang? Gespräch mit dem Frankfurter SPD-Vorsitzenden Martin Wentz .....	75
---	----

**Berichte**

<i>Uwe Kremer</i> : »Anders arbeiten — anders leben«? Die Parteilinke im Umbruch (Tagung des Frankfurter Kreises vom 8.-10.2.1985) .....	80
<i>Ulrich Schöler</i> : »Grundannahme von Godesberg ... eine Illusion« (Willy Brandt) (Veranstaltung zum 25. Jahrestag des Godesberger Programms am 12.11.1984) ...	86
<i>Ingrid Petersen-Buggisch</i> : Bundesweiter Frauenratschlag, Köln, 26./27.1.1985 ...	89
<i>Rainer Christ und Ulrich Schöler</i> : Sozialistische Perspektiven? Kongreß der Zeitschrift »Sozialistische Praxis«, Frankfurt, 16.-18.11.1984 .....	92
<i>Dieter Scholz</i> : Berlin Compagnie: Die Kuba-Krise .....	97

**Dokumentation**

<i>Detlev Albers, Jürgen Heinrich und Klaus-Peter Wolf</i> Sozialistische Anforderungen an das neue Grundsatzprogramm der SPD .....	99
<i>Landesdelegiertenkonferenz der Jungsozialisten Berlin</i> Sowjetunion und Entspannungspolitik .....	104

**Briefe an Redaktion und Autor(inn)en**

<i>Christiane Rix</i> : Replik auf Olaf Scholz und Wolfgang Zellner (aus spw 25) .....	110
--	-----

**Besprechungen**

<i>Scherer, Peter, und Peter Schaaf</i> : Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848 bis 1949 ( <i>Wolfgang Abendroth</i> ) .....	112
<i>Kuhn, Annette, u.a.</i> : Frauen in der Geschichte I bis V ( <i>Kurt Schilde</i> ) .....	113
<i>Kuhn, Annette, u.a.</i> : Frauen im deutschen Faschismus ( <i>Kurt Schilde</i> ) .....	114
<i>Lüpke, Reinhard</i> : Zwischen Marx und Wandervogel ( <i>Jochen Gürtler</i> ) .....	116
<i>Kaltefleiter, Werner</i> , Parteien im Umbruch ( <i>Hans-Willi Weitzen</i> ) .....	117
<i>Barrett, Michèle</i> : Das unterstellte Geschlecht — Umrisse eines materialistischen Feminismus ( <i>Anna Damrat</i> ) .....	119
Ein Gespräch mit Jürgen Kuczynski über Arbeiterklasse, Alltag, Geschichte, Kultur und vor allem über Krieg und Frieden ( <i>Heinz-Gerd Hofschens</i> ) .....	121
<i>Klotz, Johannes</i> : Das »kommende Deutschland« ( <i>Wolfgang Saagau</i> ) .....	123
<i>Böge, Volker, u.a.</i> : Sicherheitspolitische Alternativen. ( <i>Christiane Rix</i> ) .....	125

## Editorial

»Neue Mehrheiten für linke Politik« lautete der Titel von *spw* 18 aus dem Frühjahr 1983. Wenn sich knapp zwei Jahre später erneut ein Diskussionsschwerpunkt mit der »Mehrheit diesseits der Union« beschäftigt, so liegt dies sicherlich an der weiter gewachsenen Aktualität dieses Themas. Eine in der Opposition stagnierende Sozialdemokratie und spektakuläre Wahlerfolge der grün-alternativen Bewegung haben den Handlungsrahmen linker Politik in den letzten beiden Jahren nachhaltig verändert. Anders als noch zu Beginn der achtziger Jahre ist gegenwärtig keine fortschrittliche Politikkonzeption vorstellbar, die nicht die Verständigung von SPD und Grünen als einzig denkbare Grundlage akzeptiert. An den Fragen, wie diese Verständigungen hergestellt werden können, auf welchen Grundlagen sie zu stabilisieren sind und welche Chancen sie für eine anti-kapitalistische Politik bieten, sind die einzelnen Artikel des Schwerpunktes orientiert.

Wie insbesondere diese antikapitalistische Dynamik in einer solchen Zusammenarbeit erhalten und gestärkt werden kann, ist die gemeinsame Fragestellung in den Artikeln von *Frieder O. Wolf* (Europaabgeordneter der Grünen) und *Andreas Wehr*. Unterschiedlich ist hingegen die Herangehensweise der beiden Autoren. Wolf sieht auf der Linken die sozialdemokratische Strategie (zu deren Verfechtern er international auch die italienischen Kommunisten zählt) und eine sich aus der Blockierung der Zerstörungsmechanismen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems herausentwickelnde Basisbewegung. Da die sozialdemokratische Antwort als eine reformistische Konzeption zugleich die systemüberwindenden Kräfte bremst und zu zügeln versucht, traut Wolf nur der gegenwärtig noch sehr unterentwickelten Widerstandsbewegung die Infragestellung des Kapitalismus als System zu. Ausdrücklich wird aber für die Grünen die Notwendigkeit gesehen, den errungenen parlamentarischen Einfluß auch jetzt schon für kurzfristige Verbesserungen einzusetzen.

Andreas Wehr sieht die Perspektive grün-roter Bündnisse vor dem Hintergrund der möglichen Antworten auf die Krise des Systems. Neben der konservativ-angebotsorientierten Richtung existieren eine staatlich-integrative und eine antikapitalistische Lösung. Es wird davon ausgegangen, daß eine antikapitalistische Konzeption bei den in naher Zukunft möglichen parlamentarischen Mehrheitsbildungen noch nicht im Mittelpunkt stehen wird; gegenwärtig geht es vielmehr um die Bewahrung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit der in SPD und Grünen arbeitenden antikapitalistischen Kräfte. Sollten sich diese Minderheiten nicht stärken können, so wird sich — nach Wehr — eine grün-rote Zusammenarbeit möglicherweise in einem reformistischen Konzept der »ökologischen Modernisierung« erschöpfen.

Daß einzelne grün-rote Bündnisse eine, wenn auch nur kurze und oft sehr wechselvolle Geschichte besitzen, aus der es zu lernen gilt, verdeutlichen die Berichte und Stellungnahmen aus Hessen. Bereits 1981 wurde in Kassel eine grün-rote Zusammenarbeit vereinbart, die bis heute gehalten hat. Der Bundestagsabgeordnete *Horst Peter* und *Norbert Sprafke* analysieren als eine Bedingung für diese Stabilität die gleichzeitig erfolgte Linksentwicklung der Kasseler SPD. Die Frage, inwieweit auch die grün-rote Zusammenarbeit auf Landesebene in Hessen eine innerparteiliche Veränderung in der SPD begünstigt hat, steht im Mittelpunkt des Interviews mit *Martin Wentz*, dem Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Frankfurt.

Der Entwicklung ihrer Partei die *Grünen* steht die hessische Landtagsabgeordnete *Gertrud Schilling* sehr skeptisch gegenüber. Angesichts der von ihr beschriebenen Verparlamentarisierung sieht sie für die Grünen nur die Chance einer Regeneration im außerparlamentarischen Bereich.

Für einen konflikträchtigen Weg der »Normalisierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Grünen« plädiert das Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, *Hans Janßen*. Jeglichen Vorstellungen einer Großen Koalition erteilt er damit zugleich eine eindeutige Absage. Der Analyse grün-alternativer Positionen sei von den Gewerkschaften mehr Bedeutung als bisher zu geben, da die dort vorhandenen Vorstellungen einer Abwendung von der Wahrnehmung und Durchsetzung materieller Interessen nicht selten in die Nähe rechtskonservativer Politik des Sozialabbaus geraten. Wünschenswert sei nach Janßen die Stärkung solcher »grün-roter Kräfte«, die bei den Grünen eine Politik des qualitativen Wachstums anstreben.

Mit der Dokumentation der auf der Tagung der Parteilinken in Oer-Erkenschwick vorgelegten

»Sozialistischen Anforderungen an das neue Grundsatzprogramm der SPD« von *Detlev Albers*, *Jürgen Heinrich* und *Klaus-Peter Wolf* setzt die *spw* die Programmdebatte fort. In diesem Zusammenhang steht auch der Bericht von *Uwe Kremer* über die Tagung in Oer-Erkenschwick. Die Programmdebatte wird auch Schwerpunktthema des nächsten Heftes sein.

Die »Thesen des Hannoveraner Kreises zur Lage und Perspektive der Jungsozialisten in der SPD« beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit dem Verhältnis zwischen dem Gesamtverband der Jusos und seiner stärksten Gruppierung, dem linkssozialistisch-marxistisch ausgerichteten Hannoveraner Kreis. Die Lektüre macht deutlich, daß es sich hierbei ursprünglich um ein internes Dokument handelte. Nach Rücksprache mit den Autoren haben wir uns dennoch für die Veröffentlichung entschieden — wohlwissend, daß Mißverständnisse und Unterstellungen zu Lasten der Autoren bzw. des HKs vermutlich in Kauf genommen werden müssen. Dieses Risiko wird von den Autoren aufgrund der Auffassung eingegangen, daß es an der Zeit sei, daß die Juso-Gruppierungen ihre Geheimbündelei aufgeben und mit offenen Karten spielen, um von daher einen Prozeß der innerverbandlichen Verständigung einleiten zu können.

Die längst überfällige Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik der regierenden französischen Sozialisten beginnen *Max Steinacker* und *Andreas Westphal* in diesem Heft. Aufgrund ihrer Analyse der nach dem Wahlsieg von 1981 verfolgten Konjunktur- und Industriepolitik kommen sie zu dem Ergebnis, daß der radikale Kurswechsel im Sommer 1982 keineswegs allein den objektiven Rahmenbedingungen der französischen Wirtschaftspolitik geschuldet ist. So wurde »auf jeden ernsthaften Versuch einer außenwirtschaftlichen Absicherung der binnenwirtschaftlichen Nachfragestimulierung verzichtet«. Die sich daraus ergebenden Probleme (u. a. eine enorme Erhöhung des Außenhandelsdefizits) führten bereits im Sommer 1982 zu einem völligen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Westphal und Steinacker weisen nach, daß dieser Verzicht auf eine Absicherung der ursprünglichen Politik auch in Widerspruch zum eigenen Programm, dem »projet socialiste«, steht. Gescheitert ist demnach nicht eine sozialistische Wirtschaftspolitik — wie dies uns vor allem Parteirechte Glauben machen wollen —, gescheitert ist vielmehr die Verbindung von Keynesianismus und Freihandelsdogma.

Andreas Wehr / Andreas Westphal

## Verlagsmitteilungen

### Veränderungen in der Redaktion

Der beruflich bedingte Umzug in ihre alte Heimatstadt Hamburg zwingt *Christiane Rix*, die Mitarbeit in der Redaktion der *spw* aufzugeben. Seit Gründung der Zeitschrift vor nunmehr sieben Jahren war sie dabei; zuerst betreute sie den Bereich Frauen, später dann den Bereich Frieden in der Redaktion. Daneben war sie als Redaktionssekretärin mit den tausend Widrigkeiten des *spw*-Alltags befaßt. Trotz der erzwungenen Trennung wird sie uns als ständige Mitarbeiterin und hoffentlich häufige Autorin erhalten bleiben. Ein Anfang ist bereits in diesem Heft mit ihrem Kommentar zu den Genfer Verhandlungen gesetzt worden.

Neu in die Redaktion wurde *Joachim Günther* aufgenommen. Er hatte verschiedene Funktionen bei den Berliner Jungsozialisten, u. a. die des stellvertretenden Landesvorsitzenden, inne. Von 1981 bis 1984 war er Landessekretär der Berliner Jusos; gegenwärtig arbeitet er als SPD-Kreisgeschäftsführer von Berlin-Kreuzberg.

### 2. Sommerschule der *spw*

Vom 12. bis 17. Juni führt die *spw* zusammen mit dem Hannoveraner Kreis erneut eine Sommerschule durch. Veranstaltungsort ist diesmal Koblenz. Das Programm, die Namen der eingeladenen Referenten und technische Hinweise sind der Beilage in diesem Heft zu entnehmen.

## Aktuelle Kommentare

Christiane Rix

### Die wirkliche Chance in Genf

US-Präsident Reagan möchte als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen. Liest man die Zeitungen, scheint er auch auf dem besten Weg dahin zu sein. Friede wird nach dem hiesigen Verständnis immer noch mit *militärischen* Mitteln gesichert und angesichts eines »expansionistischen« Gegners mit *militärischer* Stärke stabilisiert. Gerade das hat Reagan aber aus der Sicht eines erheblichen Teils der veröffentlichten Meinung getan. Man konnte fast das erleichterte Aufatmen der Kommentatoren hören, als sie nach der Genfer Vereinbarung der beiden Außenminister Shultz und Gromyko schrieben: »Diese vier Jahre waren wohl nötig, damit Reagan sich so geben konnte, wie es ihm jetzt möglich ist.« (FAZ vom 11.1.1985) Nach vier Jahren, in denen auch denjenigen, die sonst immer bereit waren, der amerikanischen Regierung den Freibrief des »Verteidigers der freien Welt« auszustellen, die Zweifel kamen, ob dieser Präsident den Anforderungen seines Amtes und seiner Verantwortung gewachsen sei, scheint nunmehr die Welt wieder in Ordnung zu sein.

Vorerst sieht es in der Tat so aus, als sei es den Aufrüstern in Washington gelungen, die Sowjetunion wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen. Geht es nach den Kommentatoren, hängt es vom Realismus auf Seiten der Sowjetunion ab, ob die vereinbarten Verhandlungen zu akzeptablen Ergebnissen führen. Ergebnisse aber, so wird immer wieder deutlich gemacht, sind nicht um jeden Preis zu haben. Wahrlich — der Westen fühlt sich stark.

Tatsächlich scheint ja auch auf den ersten Blick was dran zu sein: weder der Druck der westlichen Öffentlichkeit auf die Regierungen in Sachen Stationierung der neuen Raketen, noch die immer dramatischeren wirtschaftlichen Probleme auch in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern haben den Beginn der Stationierung der Cruise Missiles und Pershing II noch den ungeheuren Wahlsieg Reagans verhindern können. Auch haben die Sowjets nach dem Beginn des Vollzugs des NATO-Rüstungsbeschlusses die Verhandlungen in Genf abgebrochen, ohne eine Chance für eine Wiederaufnahme vor dem Stopp und der Rücknahme der Raketenstationierung in Westeuropa zu lassen.

Was also ist von den Genfer Vereinbarungen zwischen den beiden Außenministern zu halten? Warum wird in der Presse so gejubelt?

Vereinbart wurden in Genf Rüstungskontrollverhandlungen, Verhandlungen also, die weder an den Ursachen der Aufrüstung noch an dem Wettüben selbst ansatzweise etwas ändern *sollen*. Rüstungskontrollverhandlungen werden seit je her als ungeheurer politischer Fortschritt gefeiert, ohne daß sie je zu einer wirklich qualitativen Veränderung des Status quo beigetragen hätten. Legten Vereinbarungen z.B. Obergrenzen für bestimmte Waffensysteme fest, so wurde in anderen technologischen Bereichen, die nicht erfaßt worden waren, um so mehr geforscht, entwickelt und schließlich auch produziert. Rüstungskontrollverhandlungen als politische Instrumente haben weder zu einer Verminderung des Rüstungswettlaufs insgesamt geführt, noch zu einer dauerhaften Verbesserung des politischen Klimas zwischen Ost und West. Rüstungskontrolle und Abrüstung gar in einem Atemzug zu nennen, als handele es sich allenfalls um einen graduellen Unterschied, ist sachlich absurd und politisch unseriös oder naiv.

Zugegeben: Obergrenzen oder Überprüfung von Waffensystemen zu vereinbaren, ist besser als gar nichts. Aber es kommt immer auf den Zusammenhang an, in dem solche Maßnahmen stehen: sind sie (erste) Etappe auf dem Weg zu weitergehenden qualitativ verändernden Vereinbarungen, oder erfüllen sie eher den Zweck, den Rücken für technologische Entwicklungen auf anderen Gebieten freizubekommen? Gleichzeitig kann eine aufmerksam und nervös gewordene Öffentlichkeit beruhigt werden. Viel besser als jeder blutig erkämpfte Sieg auf einer kleinen Insel in der Karibik oder als jeder geheim geführte Krieg in Mittelamerika lassen sich die Genfer Vereinbarungen als Sieg über die kommunistische Führungsmacht Sowjetunion feiern.

Vertrauen in die Verhandlungen von Genf ist von daher dann gefährlich, wenn sich die Öffentlichkeit hierzulande beruhigt zurücklehnt und abwartet, was »die Großen« vereinbaren werden. Die Aufrüstung und die Militarisierung des Weltraums wird weiter vorangetrieben. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gelehrt, daß einmal auf den Weg gebrachte militärische Entwicklungen auch irgendwann realisiert werden. An Konzepten und Kriegsszenarien für ihren Einsatz jedenfalls mangelt es nicht. Und es fehlt auch nicht an Konzepten für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen. Die Kommentare liegen schon bereit: »Die Sowjets waren nicht kompromißbereit«.

Man wende es, wie man will: Rüstungskontrolle bleibt problematisch, sofern es die Blockkonfrontation und die Militarisierung dieser Konfrontation von seiten der USA nicht nur nicht in Frage stellt, sondern sie vielmehr indirekt durch gegenseitige Vereinbarungen legitimiert. Rüstungskontrolle führt nicht aus einem Verständnis heraus, das Sicherheit als Frage militärischer Stärke oder militärischen Gleichgewichts definiert. Rüstungskontrolle muß versagen, solange die Vorbereitung auf einen Krieg Grundlage der Sicherheitspolitik bleibt.

Zu Optimismus ist wahrlich kein Anlaß. Aber auch nicht zu Resignation. Daß miteinander geredet wird, ist immerhin zu begrüßen. Aber das ändert nichts daran, daß sich die Notwendigkeit, solche Verhandlungen überhaupt aufzunehmen, nicht zuletzt für die USA aus der innenpolitischen Situation und den Spannungen mit den westeuropäischen NATO-Verbündeten sowie aus der breiten friedensbewegten Öffentlichkeit im Westen ergibt. Dies ist die Chance für Genf!

Klaus-Peter Wolf

## **Berufsverbote und innere Militarisierung**

Eine neue Berufsverbote-Welle ist von der Bundesregierung und von den CDU-geführten Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ausgelöst worden. Justiz- und Staatsapparat werden von den konservativen Kräften immer offensichtlicher genutzt, um ihre gesellschaftspolitischen Interessen durchzusetzen. In Rheinland-Pfalz ist erstmals ein Beamter (zur Probe) zum Jahresende 1984 nicht weiter beschäftigt worden, weil er sich in der Friedensbewegung engagiert hat. Vorgehalten wurden ihm seine Aktivitäten in der DFU und im »Kaiserslauterner Bürgerkomitee gegen Berufsverbote und zur Verteidigung der Grundrechte« sowie seine »Kriegsursachenanalyse«.

Dem Gymnasiallehrer für Religion und Kunst wird angelastet, daß er zur »politischen Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit ist« und dem »außerparlamentarischen Kampf z.B. zur Verhinderung der Raketenstationierung« Vorrang einräumt.

Zu Recht wertet die SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz diese Entlassung von Ulrich Foltz als »Einschüchterungskampagne gegen ein Engagement in der Friedensbewegung«. Eine solche »politische Kampagne gegen engagierte Verfechter der Abrüstung« (SPD-Bildungssprecherin Rose Götte) beginnt nicht zufällig in einem Bundesland mit der größten Dichte an US-Truppen. Da Ulrich Foltz nicht der einzige GEW-Lehrer in Rheinland-Pfalz ist, dem das Friedensengagement vorgeworfen wird, befürchtet die GEW, daß gerade eine in der außerparlamentarischen Friedensbewegung besonders aktive DGB-Gewerkschaft unter Druck gesetzt werden soll.

Jede Form der außerparlamentarischen Opposition — insbesondere die Friedensbewegung — scheinen die konservativen Kräfte attackieren und möglichst lähmen zu wollen. »Diejenigen«, schrieb Jo Leinen an das Berufsverbotekomitee, »die unter Verletzung des Grundgesetzes Atomwaffen und chemische Waffen in unser Land hereinlassen, spielen sich zu Richtern über diejenigen auf, die für Frieden und Abrüstung eintreten.«

Die innere Militarisierung der Bundesrepublik wird zu einem gewichtigen Aspekt in der Berufsverbotepolitik. Bundespostminister Schwarz-Schilling läßt Arbeiter in »nichtsicherheitsempfindliche Bereiche« strafversetzen oder droht diese Versetzung an. Davon betroffenen Arbeitern und Angestellten wird zunächst nahegelegt, sich »freiwillig« versetzen zu lassen oder eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie sich von den vorgehaltenen »sicherheitsgefährdenden« Aktivitäten (das ist in der Regel eine Mitgliedschaft in der DKP) distanzieren.

In sogenannten »Sicherheitsgesprächen« werden sie mit NATO-Richtlinien konfrontiert: »Die Bundesrepublik ist als Mitgliedsstaat der Nord-Atlantik-Organisation verpflichtet, bestimmte Sicherheitsvorschriften auf dem Gebiet des personellen Geheimnisschutzes durchzuführen. Dies geschieht zugleich im nationalen Interesse der Bundesrepublik und im Interesse des einzelnen.«

Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP reichen dem Bundespostminister aus, um Beamte auf Lebenszeit mit sofortiger Wirkung vom Dienst zu suspendieren. So geschehen bei Herbert Bastian, Berthold Georgens, Gustav Steffen und Wolfgang Repp. Gleichzeitig wurden ihre Dienstbezüge bis zum Ende des Disziplinarverfahrens zwischen 25 und 50 Prozent gekürzt. Der technische Fernmeldeinspektor Georgens kann seine Familie jetzt von 500 DM im Monat ernähren. Und das Bundespostministerium teilte Wolfgang Repp zynisch mit: »Eine gewisse Einschränkung Ihrer Lebenshaltung müssen Sie hinnehmen.«

Die entscheidende Grundlage für diese Verfahren bei der Bundespost und für über 20 bevorstehende Prozesse gegen niedersächsische Beamte, die 1981 bei den Kommunalwahlen für die DKP kandidiert haben, sind die Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes gegen Hans Meister und Horst Peter. Ohne Prüfung des Einzelfalles werden hier Mitgliedschaft und Kandidatur für die DKP als ausreichend betrachtet, um einem Beamten ein Dienstvergehen vorzuwerfen und ihn aus dem öffentlichen Dienst zu »entfernen«.

»Nach dem Beamtengesetz« — so die Rechtsauffassung der Disziplinarkammer bei dem Verwaltungsgericht Hannover — »hat der Beamte sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.« Im Urteil gegen den niedersächsischen Lehrer Udo Paulus wird die politische Treuepflicht zum Kern der Treuepflicht erklärt und dabei auf den zweiten Leitsatz des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. Mai 1975

verwiesen: »Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift.«

Was dies praktisch bedeutet, ist 18 Kieler Postbeamten demonstriert worden. Sie weigerten sich, eine Postwurfsendung der »Kieler Liste gegen Ausländerbegrenzung (KLA)« auszutragen. In diesem Flugblatt heißt es: »Kommt herein in Massen ... Wir freuen uns ja so sehr über noch mehr Bevölkerungsdichte, die damit verbundene Umweltbelastung und Arbeitslosigkeit, auf noch mehr Kriminalität und Rauschgifttote.« Die deutschen Leser werden aufgefordert: »Nehmen wir die Sache selbst in die Hand, wir haben das Recht und die Pflicht dazu.« Den 18 Briefträgern, die sich weigerten, dieses ausländerfeindliche Hetzflugblatt zuzustellen, wurde von der Oberpostdirektion Kiel die fristlose Kündigung angedroht.

Konservative Kräfte versuchen zu erzwingen, daß sich Beamte deren gesellschaftspolitischen Interessen bedingungslos unterordnen. Die Beamtenschaft wird dabei auf das von ihr erwartete »treue Verhalten« in Krisenzeiten und ernsthaften Konfliktsituationen schon jetzt hingewiesen. Es ist keine Erfindung von Linkskräften in der Bundesrepublik, den Konservativen zu unterstellen, sie denken dabei auch an den »militärischen Ernstfall«. Einer der geistigen Väter dieser »Sicherheitspolitik« ist der Professor Martin Kriele: »Ist der Öffentliche Dienst durchsetzt mit Verfassungsfeinden, so könnten sie von innen heraus z.B. Post- und Telefonverbindungen unterbrechen, den Nachschub fehlerleiten, den Strom ausfallen lassen und die Verkündigung des Verteidigungsfalls durch den Bundespräsidenten oder Botschaften des Bundeskanzlers sabotieren und statt dessen Aufrufe unserer Feinde verbreiten.« Der Verfassungsrechtler macht sich Sorgen: »Kommt es zu einem Ernstfall, in dem möglicherweise geschossen wird, so stellt sich die Frage: In welche Richtung wird der Beamte schießen?«

Auf diese Verbiegung des Grundgesetzes aufmerksam zu machen, sollte nicht nur den Berufsverbotekomitees und örtlichen SPD-Gremien überlassen bleiben. Es reicht eben nicht, wenn Willy Brandt fast auf den Tag genau zum 13. Jahrestag des Ministerpräsidentenbeschlusses der Initiative »Weg mit den Berufsverboten« mitteilen läßt: »Leider sind die Bemühungen der SPD, eine bedauerliche Entwicklung im öffentlichen Dienst zu korrigieren, nur in einem Teil der Republik erfolgreich gewesen.«

Klaus Rave

## Tu was mit der SPD

### Peter Glotz' organisationspolitische Thesen

Es muß etwas getan werden mit der SPD. Eine selbstkritische Auseinandersetzung tut not — in Theorie wie Praxis. Sie darf nicht der »Projektgruppe Semantik« im »Arbeitskreis Hedonismus« überlassen sein. Die Milchstraße der Formeln wie »Meinungsführerschaft, Wählerpotential, Hoffnungsträger« ist eine Sackgasse. Ich hoffe, wir können verhindern, daß uns das Wort von der »Kampagnenfähigkeit« auf neue Holzwege führt.

Peter Glotz hat »Thesen zur organisationspolitischen Arbeit der SPD« vorgelegt, die der Parteivorstand zustimmend zur Kenntnis nahm. Da steht vieles drin, das zu kommentieren wäre mit »Na selbstverständlich, endlich«: bessere Schulung der hauptamtlichen Mitarbeiter, verstärkte Anstrengungen von Parteiarbeit im Reproduktions- und Kulturbereich, bessere technische Ausstattung, verstärkte Bemühungen um die Integration von Frauen in die aktive Parteiarbeit.

Und dann taucht es auf in der Ziffer 6, die flugs in der Presse zitierte »Kampagnenfähigkeit«:

»Im Laufe unserer Regierungsarbeit hat sich die Sozialdemokratie stark auf die Aufgaben von Regierung, Verwaltung und Personalauswahl konzentriert; die Entwicklung einer politischen Kultur in der Gesellschaft und die permanente Bewußtseinsbildung unter den Bürgern sind demgegenüber zurückgetreten. Die Folge ist, daß auch die Mobilisierungsfähigkeit der Partei gelitten hat. Auf diesem Feld ist die SPD noch zu stark an ihrer Praxis als Regierungspartei orientiert: Wir machen zwar häufig bei Veranstaltungen anderer Gruppierungen und 'Bewegungen' mit, wir rufen zu Demonstrationen anderer auf (oder warnen unsere Mitglieder, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen) — aber es kommt zu selten vor, daß wir selbst die Initiative zu großen, Tausende oder Zehntausende von Menschen in Bewegung setzenden Aktionen und Demonstrationen ergreifen. Mit einem Wort: Die Partei muß die 'Kampagnenfähigkeit' zurückgewinnen.«

Nun kann kein Flügel, keine Gruppe in der Partei für sich in Anspruch nehmen, sich praktisch wie theoretisch um die Fähigkeit der SPD, eine Bewegung zu sein, kompetent und glaubwürdig gekümmert zu haben. Die Jungsozialisten konzipierten (auch: imitierten) die Doppelstrategie und beschlossen auf dem Hannoveraner Strategiekongreß von 1971 die Thesen C zur Massenmobilisierung in etwas weniger als fünf Minuten, als die Masse der Delegierten bereits in Richtung Bahnhof mobilisiert war. Um so wichtiger ist diese Diskussion jetzt für die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit.

Es geht um unsere Bewegungsfähigkeit. Daß die Partei über lange Zeit anderen Bewegungen hinterhinkte, ist Fakt. Der Parteisoldat hatte Gewehr bei Fuß im Regierungslager zu stehen — da war die Friedensbewegung fast schon auf einem anderen Stern. Und wir Schleswig-Holsteiner Sozialdemokraten, die ab 1975 über Parteitage wie mit außerparlamentarischen Aktionen versuchten, das Bonner Atomprogramm und das Atomkraftwerk Brokdorf zu stoppen, standen auf verlorenem Posten. In den entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen, der Ökologiefrage und der Friedensfrage, verlor die SPD ihre Bewegungsfähigkeit um des Erhaltens der Regierungsfähigkeit willen. Dabei hätte man wissen können, daß Bewegungen Regierungen stärken können, wenn Ziele und Interessen identisch sind. Peter Glotz spricht das Jahr 1972 an. Da gab es die größten Mitgliederzuwächse »nicht wegen besonders raffinierter, intelligenter Methoden der Mitgliederwerbung, sondern aufgrund ... politischer Überzeugungskraft in diesem historischen Moment«. Der Moment ist Historie. Er droht, es zu bleiben. Deshalb schlage ich vor: Tu was mit der SPD!

1. Sozialisten erstreben die Einheit von Beschlüssen und politischem, auch persönlichem Handeln. Wenn die Parteien an der politischen Willensbildung per Auftrag des Grundgesetzes mitwirken, dann muß sich die Partei in der Regierungs- bzw. Oppositionsarbeit durch konkretes Handeln wiederfinden. Und auch jeder einzelne Genosse, jede einzelne Genossin sollte in Übereinstimmung mit dem Willen der Partei handeln können, wenn sie an diesem Prozeß mitwirken, ihn dann auch persönlich mittragen. Viel zu häufig fassen wir Beschlüsse mit Blick auf eine entfernt liegende politische Ebene — stellvertretend, ohne individuelle Betroffenheit. Und wenn dann Tempo 100 auf dem Bezirksparteitag be-

geschlossen wurde, fahren die meisten so schnell sie können nach Hause. Das steigert nicht nur die Abgaswerte, sondern auch den Stimmenanteil der Grünen.

2. Viele unserer Beschlüsse, viele unserer Diskussionen fordern parlamentarische Initiativen. Wir formulieren gesetzes- und verordnungstreu aufgrund des Mißtrauens in die Mandatsträger — und warten dann auf die nächste Rechenschaftsdebatte auf dem Parteitag zwecks Abrechnung. Die Mobilisierung von Mitgliedschaft und Bevölkerung wird zwar häufig nach dem Prinzip »Meine Basis sieht das so« zitiert — selten aber als selbstverpflichtender Auftrag mit beschlossen. So entsteht dann das Dilemma, daß eine mobilisierte Basis meist nur dann auf Gremienvertreter der Partei einwirkt, wenn das berühmte Kind schon in den vielzitierten Brunnen gefallen ist. Und dann lähmt der Machterhaltungstrieb jede Bewegung — und die engagierten Menschen laufen den Macht-Habern weg. Nur wenn alle das Wechselspiel von Regierung/Amt/Mandat/Macht und Bewegungen, inner- und außerparlamentarischer Aktion begreifen, akzeptieren, als politischen Prozeß ausgestalten, nur dann kann das Weglaufen gestoppt werden. Unsere Beschlüsse müssen Aktionen — neudeutsch: Durchsetzungsstrategien — mit umfassen.

3. Wenn wir zu mobilisieren versuchen, vergessen wir häufig die schon Mobilisierten. Unsere Informationsstruktur ist streng hierarchisch. Zigtausende Sozialdemokraten machen in Friedensinitiativen mit. Wahrscheinlich weiß die DFU genauer als die »Baracke« in Bonn, wieviele es sind. Wir schreiben die Funktionäre an — häufig mit dem Ergebnis Z.d.A. oder deren radikaler Variante Z.d.P. (= Papierkorb). Laßt uns unsere Computer dazu benutzen, daß die, die etwas getan haben, tun und tun wollen, in den Informationsstrang einbezogen werden — auch wenn sie nicht Beisitzer im UB-Vorstand sind.

4. Mobilisierend wirken Ideen, die auch in die Praxis umgesetzt werden. Zum Beispiel die Julius-Leber-Werkstatt in Nicaragua, initiiert von den Lübecker Sozialdemokraten. Oder das Frauenbüro, das konkrete Hilfestellung gibt — und Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Schlimm wäre es, wenn wir eine Kampagne zur Neugründung von Genossenschaften machten, ohne selbst derartige Gründungen zur selbstbestimmten Produktion von Gütern oder Dienstleistungen anzuregen, mitzugestalten. Dann sind wir nicht mal mehr eine Genossenschaft mit beschränkter Hoffnung.

5. Lebendigkeit entspringt offener Kontroverse — nicht dem Zuschnitt von Veranstaltungsformen auf den ideellen Gesamtsozialdemokraten. Und schließlich wissen wir ja nun auch, daß es die oder den gar nicht gibt — Sinus sei Dank. Wenn wir also so durchschnittlich mittelmäßig gar nicht sind, dann müssen auch unsere Veranstaltungen, Materialien, Parteitagsabläufe diesen rotbunten Anstrich haben. Und: Selbstverarschung macht immer noch mehr Spaß als sich von Grün-Alternativen durch den Kakao ziehen zu lassen. Frechheit siegt.

6. Und schließlich: Wo wir schon mangels Masse das Prinzip der gläsernen Taschen für die Schatzmeister beschlossen haben, sollten wir auch gleich noch die gläserne Tür für Parteibüros beschließen. Nicht mangels Masse, sondern weil das was sein kann: Sprechstunden von Abgeordneten; Bürgerberatung zusammen mit unseren sozialen Verbündeten, Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Mieterbund, Reichsbund; Anlaufstelle für Initiativen, die auch mal eine Fotokopie brauchen, mal ein paar Flugblätter, mal die Rubbelbuchstaben. Hauptamtliche und Ehrenamtliche gemeinsam: Bringt Leben in die Bude! Und dann eines Tages, stellt Euch vor, macht die SPD 'ne Kundgebung, und viele, viele Tausend kommen.

## Analysen

Ulrich Schöler

### 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (II)\*

#### Damals — heute: Parallelen und Unterschiede

Wenn wir uns nun dem Versuch zuwenden, Vergleiche mit der Situation der Jungsozialisten in den 70er und 80er Jahren herauszuarbeiten, so muß vor einem gewarnt werden: Es kann sich nur um Ähnlichkeiten handeln, keinesfalls um Wiederholungen. Die »einzig korrekte Linie« von 1924 bis 1984 nachzuzeichnen, um sich danach selbstgefällig auf die Schulter klopfen zu können, ist ein unmögliches Unterfangen. Es geht vielmehr darum, was wir dennoch mit diesem Teil der Geschichte der Jugend unserer Partei zu tun haben, ob wir trotz aller Unterschiede Traditionslinien entdecken können.

#### *Unfreiwilliger Entstehungsprozeß*

Schaut man sich jeweils den Entstehungsprozeß des Hannoveraner Kreises 1924 und Mitte 1972<sup>27</sup> an, so sind zunächst zwei Unterschiede offensichtlich. 1972 existierte keinerlei »nationalistische« Strömung bei den Jungsozialisten (JS), vielmehr beanspruchte selbst die Mehrheit des Verbandes, die den Bundesvorstand um *Karsten Voigt* und *Wolfgang Roth* stellte, »marxistische« Positionen zu vertreten.<sup>28</sup> Und ein zweiter Unterschied ist bedeutsam: 1924 sind keinerlei Anzeichen dafür ersichtlich, daß versucht worden wäre, die damalige marxistische Minderheit durch organisatorische Maßnahmen aus der Verbandsarbeit herauszudrängen. Hier organisiert sich vielmehr zunächst sogar die Mehrheit offen als »Fraktion«. Im Selbstverständnispapier des Hannoveraner Kreises vom 1. April 1973 heißt es demgegenüber, daß der Bundesvorstand versucht habe,

»diejenigen, die eine konsequente Weiterentwicklung der marxistischen Orientierung in Theorie und Praxis anstreben, zu isolieren und sie aus den Juso-Leitungsgremien und Kommissionen fernzuhalten.«<sup>29</sup>

Dennoch ergibt sich daraus zugleich eine Gemeinsamkeit: Beide Kreisgründungen erfolgten unfreiwillig, als Reaktion auf vorhandene Gegentendenzen. Hieß es im Einladungsschreiben 1924 über den Zweck, man wolle gegen die Hofgeismarer Richtung Stellung nehmen, so stellt Neumann 1973 fest: »Die Juso-Linke hat es für notwendig gehalten, die *unfreiwillige Isolierung* durch die Schaffung eines Informationskreises zu *durchbrechen*.«<sup>30</sup>

#### *Offene Kreise*

Beide Kreise waren bzw. sind »offen«, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Für den alten Kreis wird dies schon daraus deutlich, daß er in einer »öffentlichen« Zeitschrift, *Paul Lewis SPW*, zu seinen Treffen einlud und die Beteiligung »vor allem« der marxistischen JS erwartete, d.h. also durchaus auch alle anderen eingeladen waren. Im Selbstverständnis des neuen Kreises heißt das:

\* Der erste Teil erschien im letzten Heft (vgl. *spw* 25, 7.Jg., Berlin/West 1984, S.423ff.).

»Der Hannoveraner Kreis ist ein offener Kreis. Alle Jungsozialisten, die die Gefahr der Anpassungstendenzen in der Organisation vor allem beim Bundesvorstand sehen und die den Informationsfluß und den Diskussionsprozeß über die offiziellen Gremien allein nicht für ausreichend halten, sind aufgefordert, sich an den regelmäßigen Treffen zu beteiligen.«<sup>31</sup>

Offen hieß ferner damals wie heute, daß unterschiedliche theoretische Ansätze miteinander diskutier(t)en. Dies wird offensichtlich anhand der Zugehörigkeit der Mitglieder des Internationalen Jugendbundes (IJB) zum alten Kreis. 1972/73 waren auch Vertreter der sogenannten »Antirevisionisten« vertreten, die erst später ihren eigenen Göttinger Kreis gründeten. Bis heute ist es selbstverständlich geblieben, daß im Hannoveraner Kreis keine theoretischen Glaubensbekenntnisse gefordert werden, sondern über verschiedene Fragen (in den letzten Jahren etwa über Polen, Reformismus, Austromarxismus) kontrovers diskutiert wird. Ähnliches gilt für die alte JS-Organisation, die ja etwa ab 1926 fast ausschließlich von marxistisch orientierten Jusos getragen wurde, aber dennoch sehr viel heterogener als der heutige Hannoveraner Kreis war. Hier waren linkskommunistische Einflüsse (aus denen später die Gruppe »Rote Kämpfer« hervorging), Sympathien für die »rechte« KPO<sup>32</sup> und austromarxistische Positionen (die sich wieder überwiegend an Max Adler, zum Teil an Otto Bauer orientierten) anzutreffen.

### *Sozialistischer Richtungsverband oder Erziehungsorganisation?*

Wesentliche Differenzen bestehen zwischen der Gesamtorganisation der JS früher und heute, die sich damit auch auf die jeweiligen Kreise auswirken. Hier ist zunächst die Zahl zu nennen. Die JS in der Weimarer Republik kamen nie über 4.000 Mitglieder hinaus und hatten auch nicht die — manchmal allzu bequeme — Möglichkeit, sich auf den Anspruch zurückzuziehen, alle SPD-Mitglieder unter 35 (damals eh nur unter 25) zu vertreten. Allerdings ist von diesem — in den frühen siebziger Jahren gegenüber anderen Jugendorganisationen oft recht großmäulig vorgetragenen — Anspruch, über 200.000 junge Sozialisten zu repräsentieren und damit stärkster Jugendverband Westeuropas zu sein, nicht mehr viel übrig geblieben. Die faktische Entwicklung der letzten Zeit hat den Einfluß und die tatsächliche Mitgliedsstärke der JS erheblich reduziert. Anders aber als heute hatten Teile der damaligen JS durchaus nicht den Anspruch, Massenorganisation zu werden.<sup>33</sup> Für viele war es die sinnvollere Perspektive, durch strenge Auslese wenige marxistische Kader und eine kleine kulturelle Elite herauszubilden.

Die JS heute verstehen sich seit ihrer Linkswendung 1969 — zumindest dem Anspruch nach — als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. In der Weimarer Republik dagegen überwog das Selbstverständnis einer Erziehungs- und Bildungsorganisation innerhalb der Partei. Das galt auch für den marxistischen Flügel; der 1925 in Jena zum JS-Vorsitzenden gewählte *Franz Lepinski* schrieb 1927 in seiner Geschichte der Jungsozialisten:

»Die jungsozialistische Bewegung umfaßt die geistigste, lebendigste und politisch tätigste Jugend in der Sozialdemokratischen Partei. Sie ist aus dem Willen geboren, ein Geschlecht heranzubilden, das ihr soziales Schicksal mit hellstem Bewußtsein durchlebt. Eine Jugend, die aus reiner Gesinnung und tiefer Erkenntnis ihre Kraft für die Neuordnung der Welt im Geiste des Sozialismus einsetzt.«<sup>34</sup>

So paradox es klingen mag: Ohne daß die JS der Weimarer Republik den Anspruch hatten, sozialistischer Richtungsverband im Rahmen der SPD zu sein, kamen sie dem doch durchaus näher als heute. Nach 1926 (dem Ausscheiden der Hofgeismarer) gab es zwar durchaus verschiedene theoretische Einflüsse, aber im Erscheinungsbild von Beschlußfas-

sung und Praxis für einige Jahre eine größere Geschlossenheit. Dagegen ist die Geschichte der JS seit 1969 auf Bundesebene eine Geschichte von anhaltenden Fraktionskämpfen, von stark divergierenden Auffassungen über Theorie und Praxis sozialistischer Politik, auch wenn man sich zum Teil auf umfangreiche Programme einigen konnte (die oft Papier blieben) oder vor Ort vielfach eine einander ähnliche Praxis betrieb.

### »Revolutionärer Kulturkampf«

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen den JS der Weimarer Republik und den JS heute besteht in dem, was man früher »revolutionärer Kulturkampf« nannte. Gerade auch die marxistischen JS forderten und praktizierten in Ansätzen eine »Politisierung des Alltags«. *Scholing/Walter* schreiben zu Recht: »Bald verstand sich der jugendliche Kultursozialismus als dritte Säule im weitverzweigten Gebäude der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.«<sup>35</sup> Heimliche Religiosität, Besitzegoismus, Vergnügungssucht, Alkoholmißbrauch und kleinbürgerliche Modeimitate (etwa das Tragen von langen Hosen, Hüten und Schlipsen), das autoritäre Verhalten der männlichen Arbeiter gegenüber Frau und Kindern galten ihnen als verspießert und verbürgerlicht. Dem wurde die Abstinenz von Alkohol und Tabak, vegetarische Ernährung, gesund-natürliche Körperpflege, Nacktkörperkultur und die Propagierung zwar dauerhafter, aber freier und jederzeit lösbarer Beziehungen auch sexuell gleichberechtigter Partner entgegengesetzt. Alternativen zur bürgerlichen Wohnkultur — angelehnt an die als vorbildlich angesehenen »Volkswohnpaläste« des Roten Wien — wurden entwickelt.

Von diesen Traditionen, die auch in dem durch den Faschismus zerschlagenen engen Geflecht von Arbeiterkultur- und -sportorganisationen lebten, ist heute kaum noch etwas vorhanden. Anfang der siebziger Jahre waren gerade noch die Reste der Kulturrevolte der Studentenbewegung in der Organisation zu spüren, wurde da und dort auch einmal Wilhelm Reich gelesen. Aber von einer systematisierten Konzeption (geschweige denn einer Praxis) der politischen Durchdringung des Alltags ist auch beim marxistischen Teil der JS heute so gut wie nichts zu spüren. Wenn überhaupt, dann speisen sich lebensreformerische Vorstellungen nicht etwa aus den Traditionen der Arbeiterbewegung, sondern aus den eher bürgerlich dominierten Alternativbewegungen (Öko-Bewegung, erst in Ansätzen aus der Frauenbewegung). Hier kommt es erst noch darauf an, eigene Traditionen neu zu entdecken.

### Marxistischer Flügel?

Sowohl der alte als auch der neue Hannoveraner Kreis verstand/verstehet sich als marxistisch. Nun kann man es sich hinsichtlich der fehlenden Vergleichbarkeit recht einfach machen: Die marxistischen JS vertraten 1924 und später *nicht* die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus — weil es sie eben auch noch nicht gab. Eine systematisierende Verarbeitung entsprechender theoretischer Ansätze etwa bei Hilferding und Lenin wird es erst Jahrzehnte später geben. Aber dennoch: Die Polarisierung der Jenaer Reichskonferenz gerade in Bezug auf die Staatsauffassungen und speziell der Referent *Max Adler* zeigen den Standort der »Hannoveraner«. Es ist der der marxistischen Staatstheorie auf dem Stand, auf dem sie sich zwischen den beiden Weltkriegen befand. In gleicher Weise ist die Rezeption der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus heute der Versuch des (einen) marxistischen Teils der JS, das neue Verhältnis von Staat und Ökonomie im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus analytisch zu begreifen.<sup>36</sup> Interessant dabei ist, daß bei der Bestimmung des Verhältnisses zum/zur jeweiligen bürgerlichen Staat/bürgerlichen

Demokratie damals wie heute Anknüpfungspunkte sowohl bei Lenin, als auch bei den Austromarxisten Max Adler und Otto Bauer gesucht werden.

Bei den marxistischen JS steht damals wie heute der Klassenkampfgedanke im Mittelpunkt. Dies schließt zugleich die Versuche ein, die Notwendigkeit von Bündnispolitik klassenmäßig zu bestimmen und der außerparlamentarischen Mobilisierung einen wesentlichen Stellenwert beizumessen.<sup>37</sup> Auch im Verhältnis zur Mutterpartei SPD lassen sich durchaus Parallelen erkennen. Die Kritik an ihr setzt nicht alleine an der apparatmäßigen Verknöcherung, der Bürokratisierung an, sondern bezieht sich primär auf ihre Integration in den bürgerlichen Parlamentarismus, auf das Abstreifen ihrer marxistischen Vergangenheit und die Übernahme bürgerlicher bis prokapitalistischer ökonomischer Theorien.

Sicherlich werden neben den heute noch im Göttinger Kreis organisierten marxistischen JS, die sich ebenfalls mit einem gewissen Recht auf die Tradition marxistischer JS berufen<sup>38</sup>, auch die sogenannten Reformsozialisten reklamieren, daß sie in einer ganzen Reihe von Punkten Übereinstimmungen mit den marxistischen JS der Weimarer Zeit haben. Schließlich sehen sie bis heute *alle* JS »als marxistischer Theorie verpflichtete Sozialdemokraten« an<sup>39</sup> und beklagen sich zuweilen, daß ihnen die Bezeichnung als »Marxist« verwehrt wird.<sup>40</sup> Auch hier gibt es frappierende Parallelen. Auf der Reichskonferenz 1925 erklärte der Hofgeismarer *Heinrich Deist* (Dessau):

»Ich glaube nicht, daß es zu unserer Aufgabe gehört, einander Abkehr vom Marxismus vorzuwerfen. Wir haben sehr viele unter unseren sozialistischen Theoretikern, die sich alle gegenseitig diesen Vorwurf machen; jeder behauptet aber von sich selber, daß er Marxist ist.«<sup>41</sup>

Auf diese Weise lassen sich dann selbst die nationalromantischen Auffassungen der Hofgeismarer unter den Begriff Marxismus einreihen. Aber es reicht sicher nicht, nur zu behaupten, Marxist zu sein. Auch *Eduard Bernstein* war fest der Auffassung, sich weiter im Rahmen des Marxismus zu bewegen. Nur über Umwege (über die Bernsteinianer Heimann und Meyer) bekennen sich heute die ideologischen Vordenker der Reformsozialisten zu diesem theoretischen Ziehvat. <sup>42</sup> Aber wer erinnert sich nicht noch an die Eiertänze, die die reformsozialistischen JS auf dem Bundeskongreß 1975 aufführten, als es darum ging, eine zentrale Kategorie marxistischen Denkens auch in Beschlüssen zu berücksichtigen. Nein, ideeller Gesamtkapitalist, wie das Engels behauptete, sollte der heutige Staat nicht mehr sein, er sollte nur so »wirken«. Doch auch das waren schon taktische, begrifflich kaum noch nachvollziehbare Zugeständnisse. Wie sehr sie den von den marxistischen JS der Weimarer Republik als wesentlich erkannten Klassencharakter des Staates in ein klassenneutrales Staatsverständnis aufgelöst haben, zeigt sich in späteren Veröffentlichungen:

»Mit Sicherheit ist mit der marxistischen Feststellung, der Staat sei 'weiter nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeoisie sowohl nach außen als nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben', kein 'Staat' mehr zu machen, d.h. die Komplexität des modernen Staates nicht mehr zu erfassen.«<sup>43</sup>

In dieser Verschiedenheit der Auffassungen vom Staat sieht auch der des Marxismus unverdächtige Willi Eichler die »tiefere Quelle« für den Unterschied zwischen »Reformisten« und »Revolutionären«, zwischen »Revisionisten« und »orthodoxen Marxisten«. <sup>44</sup> Zwar finden die heutigen reformsozialistischen JS sicherlich nicht in den nationalromantischen Hofgeismarern ihre Vorläufer, aber ebensowenig haben sie diese im marxistischen Teil der Weimarer JS.

### *Antikommunismus und administrative Maßnahmen*

In einem letzten Punkt soll einer weiteren Parallele nachgegangen werden. Linke, marxistische JS hatten schon immer mit dem Problem zu kämpfen, innerparteilich an den Rand gedrängt, in die kommunistische Ecke abgeschoben zu werden. Schon auf der Reichskonferenz 1925 argumentierte *Theodor Haubach* aus Hamburg gegen die Hannoveraner Richtung:

»Daß aber die Demokratie eine Verschleierung der Klassengegensätze bedeute, ist eine Behauptung, die nur ein Kommunist aufstellen kann, und es wäre konsequent, wenn sich alle die, die das unterschreiben, auf die Seite der Kommunisten stellen würden.«<sup>45</sup>

*Johano Strasser* vermißt entsprechend in seinem 1973er Anti-Stamokap-Pamphlet, »worauf im einzelnen der Unterschied beispielsweise zu der von der DKP vertretenen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht«. <sup>46</sup> Den »Stamokap«-Vertretern unterschiebt er, in der Zusammenarbeit mit Kommunisten sei ihnen daran gelegen, stets die »Führungsrolle der DKP« zu sichern. <sup>46</sup> 1984 darf sich schließlich der stellvertretende JS-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, *Kirsch*, im Rundfunk ungeniert darüber ausbreiten, daß die bösen »Stamokaps« lieber mit Kommunisten von der SDAJ als mit anderen Jungsozialisten zusammenarbeiteten, und plädiert, falls man es innerorganisatorisch nicht in den Griff bekommen könne, für administrative Maßnahmen der Parteiführung.

Solche Vorarbeiten, die linke, marxistische JS zum Abschluß freigeben, hat es früher schon gegeben. Die eher parteikonforme, reformistische SAJ sah durch die Resolution der Jenaer Reichskonferenz 1925 zur Staatsfrage die Grundlage einer wünschenswerten Zusammenarbeit beider Organisationen entzogen. Auf dem SPD-Parteitag 1931 wurde die Auflösung der JS-Organisation unter anderem vom SAJ-Vorsitzenden *Erich Ollenhauer* wegen ihrer einseitigen politischen Ausrichtung gefordert und begründet. Auch der Unvereinbarkeitsbeschuß mit Mitgliedern des IJB 1925, gegen den sich die marxistischen JS heftig wehrten, wurde zuerst in der SAJ vorgenommen, von Teilen der JS nachgeahmt (Gau Wasserkante) und dann erst durch den Parteivorstand endgültig vollzogen. Die nicht sonderlich rühmliche Rolle vieler reformistischer Funktionäre der JS in der Auseinandersetzung um den Parteiausschuß des JS-Bundesvorsitzenden *Klaus-Uwe Benneter* 1977 braucht in dieser Zeitschrift sicherlich nicht noch einmal länger ausgebreitet zu werden.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Es läßt sich — ohne auf übertriebene Weise Parallelen an den Haaren herbeizuziehen bzw. Identitäten zu konstruieren — durchaus von einer Traditionslinie vom alten zum neuen Hannoveraner Kreis sprechen. Dabei wurde — bewußt — auf einen wesentlichen Differenzpunkt allerdings bisher noch nicht eingegangen. Es hat nur eine Tagung des alten Kreises gegeben, während der neue nun schon im 13. Jahr kontinuierlich tagt. Der Grund liegt auf der Hand: Den marxistischen Genoss(inn)en in der Weimarer Republik gelang es binnen eines Jahres, die Mehrheit im Verband zu stellen. Durch den Ausschluß des IJB und den freiwilligen Rückzug der Hofgeismarer verblieb die Hannoveraner Richtung als einzig identifizierbare im Verband und leitete ihn — bei durchaus vorhandener innerer Heterogenität — bis zum Ende im Jahre 1931. Die Genoss(inn)en des neuen Hannoveraner Kreises blieben lange die Minderheit bei den JS, waren in diesen Jahren ständigen Ausgrenzungen (bis hin zu Ausschlüssen) ausgesetzt. Der neue, 1984 gewählte JS-Bundesvorstand hat nun zum ersten Mal (abgesehen von der kurzen Benneter-Amtszeit) eine marxistisch orientierte Mehrheit. Es wären Überlegungen am Platz (die auch die Erfahrungen aus der Geschichte der JS der Weimarer Republik einbeziehen), wie die sich im

Bundesvorstand abzeichnende Zusammenarbeit über diesen Rahmen hinaus erweitert und gefestigt werden kann, ohne dabei das beständige Angebot zur solidarischen Zusammenarbeit an den reformsocialistischen Teil der Organisation aufzugeben. Dabei wird der Hannoveraner Kreis natürlich nicht ohne weiteres überflüssig werden. Aber seine Aufgaben könnten sich ändern. Überlegungen, die schon einmal vor Jahren angestellt wurden, gewinnen hier neue Aktualität.<sup>48</sup> Zur Verdeutlichung sei an dieser Stelle abschließend noch einmal die These 10 der Autoren Brandt/Kremer in Erinnerung gerufen:

»Die Erlangung der Hegemonie im Verband und die Erfüllung ihrer Voraussetzungen hängen entscheidend ab von der Entwicklung im Zusammenwirken der marxistischen Kräfte, die heute im wesentlichen im Göttinger sowie im Hannoveraner Kreis zusammengefaßt sind. Zum einen beruht die politisch-ideologische Überzeugungskraft innerhalb wie auch außerhalb der Jungsozialisten wesentlich auch auf dem Ausmaß eines inhaltlichen Grundkonsenses in den zentralen programmatischen und strategischen Fragen. Zum anderen bedingt der Nachweis der Führungsfähigkeit im Verband ein Mindestmaß an Geschlossenheit der marxistischen Kräfte in den konkreten politischen Auseinandersetzungen. Wir gehen davon aus, daß die Erlangung und dauerhafte Aufrechterhaltung der Hegemonie *langfristig* nicht zu trennen ist von der Herausbildung *eines* marxistischen Flügels bei den Jungsozialisten, der auch in der Lage wäre, über die Auseinandersetzungen innerhalb der Jusos hinaus Einfluß in der Sozialdemokratie, in den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen zu gewinnen.«<sup>49</sup>

Die daraus abgeleiteten praktischen Vorschläge — Intensivierung des Diskussionsprozesses zwischen Hannoveraner und Göttinger Kreis, Verbesserung der Beziehungen in der Bezirksarbeit, Koordinierung des Publikationswesens, engere Kooperation in der Vorbereitung und Gestaltung der Bundeskongresse — warten noch auf Verwirklichung und haben an Bedeutung nicht verloren.

### Anmerkungen

- 27 Vgl. Albers/Eckert/Neumann/Wand, Anmerkung zu Theorie und Praxis des Juso-Bundesvorstands, Hamburg 1973, S.15 (gezählt)
- 28 Ebd., S.13 (gezählt).
- 29 Zum Selbstverständnis des Hannoveraner Kreises, in: Wand (Hrsg.), Zur Perspektive der sozialdemokratischen Linken, Hamburg 1973, S.89.
- 30 Neumann, Zur Position der Juso-Linken, in: Wand 1973, S.32/33.
- 31 Zum Selbstverständnis ..., a.a.O.
- 32 Vgl. Martiny, Sozialdemokratie und junge Generation am Ende der Weimarer Republik, in: Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Bd.2, Frankfurt 1978, S.59.
- 33 Vgl. Scholing/Walter, Klassenkampf und Lebensreform, in: Neue Gesellschaft 6/84, S.553; weswegen die JS auch wohl kaum 1931 durch bloße Organisationsreform »mit einem Schläge zur Massenorganisation geworden wären, wie Wilke (Jungsozialisten als Teil der sozialdemokratischen Linken in der Weimarer Republik, in: Juso 7/83, S.7) meint.
- 34 Franz Lepinski, Die jungsozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben (Jungsozialistische Schriftenreihe, Berlin 1927, S.5.
- 35 Vgl. Scholing/Walter 1984, a.a.O., S.552.
- 36 Hier den Versuch machen zu wollen, einen theoriegeschichtlichen Vergleich anzustellen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.
- 37 So auch S. 103. Wilke 1983, a.a.O., S.3, geht wohl zu weit, wenn er generalisierend meint, ein Modell für außerparlamentarische Arbeit sei den JS der Weimarer Republik (und auch der gesamten SPD-Linken) »fremd« gewesen. Auch seine Charakterisierung der sog. Doppelstrategie der JS heute als »Modell: für die außerparteiliche Arbeit« wäre anhand der unter diesem Namen vollzogenen Praxis einmal kritisch zu überprüfen.
- 38 Vgl. Einleitung von Michael Scholing zu: Franz Walter 1983, S.19.
- 39 Hartung, Vorwort zu Wilke 1983, Jungsozialisten in der Weimarer Republik, Kassel, S.2.
- 40 Sozialistische Praxis Nr. 24/1981, S.4f.
- 41 Deist (Dessau), Diskussionsbeitrag, in: Hermann Heller, Staat/Nation/Sozialdemokratie, in: ders., Gesammelte Schriften, Leiden 1971, S.556.
- 42 Schabedoth, Die aktuelle Bedeutung des Marxismus für die politische Arbeit der Reformsocialisten, in: Sozialistische Praxis Nr. 22/1981, S.28; vgl. dazu meinen Aufsatz MEW-Gemischtwarenladen, in: spw 15, S.196ff.
- 43 Schabedoth, ebd., S.29.
- 44 Eichler, Individuum und Gesellschaft im Verständnis demokratischer Sozialisten, Hannover 1970, S.48.
- 45 Haubach (Hamburg), Diskussionsbeitrag, in: Heller 1971, S.563.
- 46 Strasser, Zur Theorie und Praxis der »Stamokap«-Gruppe bei den Jungsozialisten, in: Duve (Hrsg.), Der Thesenstreit um »Stamokap«, Reinbek 1973, S.108.
- 47 Ebd., S.114.
- 48 Brandt/Kremer, Thesen zur politischen Orientierungs-Krise im Juso-Verband und zur Entwicklung der marxistischen Kräfte, in: Sozialist 5/1980, S.12ff.
- 49 Ebd., S.13.

Andrea Böckmann, Uwe Kremer, Ingrid Petersen-Buggisch,  
Olaf Scholz, Klaus-Peter Wolf und Wolfgang Zellner

## **Thesen des Hannoveraner Kreises (HK) zur Lage und Perspektive der Jungsozialisten in der SPD**

- Eine »Mehrheit der verbandspolitisch konstruktiven Kräfte« bilden.
- Der konservativen Spaltungspolitik entgegenwirken.

### **1. Die Jungsozialisten stärken**

Nachdem 1984 beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in Bonn-Bad Godesberg die reformistische Mehrheit gebrochen worden ist, trägt der Hannoveraner Kreis — als stärkste innerverbandliche Strömung — ein Höchstmaß an Verantwortung für die Gesamtorganisation. Die jetzige Übergangsphase wollen die marxistischen Jungsozialisten nutzen, um eine solide und handlungsfähige »Mehrheit der verbandspolitisch konstruktiven Kräfte« zu bilden. Sowohl die Lage der SPD wie die der demokratischen Bewegungen erfordert einen einheitlich handelnden, starken Juso-Verband.

Nach wie vor stellen die »Herforder Thesen — zur Arbeit von Marxisten in der SPD« die entscheidende theoretische Grundlage dar. Die Vorschläge für einen »politisch-ökonomischen Minimalkonsens« sind für die innerparteiliche Debatte über Wahl- und Parteiprogramme weitere wichtige Ansatzpunkte. Diese Diskussion hat auch außerhalb der SPD für fortschrittliche Kräfte eine große Bedeutung, um der konservativen Entsolidarisierungs- und Spaltungspolitik in der andauernden Wirtschaftskrise ebenso entgegenzuwirken wie Zerfaserungstendenzen in der Friedensbewegung.

Inhaltlich und strategisch ist die marxistische Juso-Linke auf diese Aufgaben der Jungsozialisten nur unzureichend vorbereitet. Deshalb steht eine »grundlegende Renovierung« der HK-Arbeit auf der Tagesordnung.

### **2. Zum Verhältnis von Gesamtverband und HK**

Seit 1969 begreifen sich die Jusos als sozialistische Jugend- und Richtungsorganisation in der Sozialdemokratie. An diesem Anspruch setzt die Arbeit des Hannoveraner Kreises seit der Gründung an: Die marxistische Juso-Linke versteht sich seither als diejenige Kraft, die diesen Anspruch des Gesamtverbandes am konsequentesten verfolgt. Sie handelt also im Interesse des Gesamtverbandes und kämpft um seine Führung im Interesse des Gesamtverbandes. Unsere zentrale Funktion besteht darin, Rückgrat der Juso-Organisation zu sein. Dies muß sich immer wieder in der ideologischen und programmatischen wie auch in der aktions- und organisationspolitischen Arbeit erweisen, wenn wir nicht zu einer gewöhnlichen »Fraktion« herabsinken wollen.

### **3. Zur Entwicklung des HK bis Anfang der 80er Jahre**

Bis zum Hamburger Bundeskongreß 1977 stellt sich die Entwicklung des HK als ständiger Vormarsch in das Zentrum des Verbandes dar, gestützt auf die Zusammenarbeit mit anderen Teilen des Verbandes, die in Opposition zu den früheren Bundesvorständen standen. Die zweite Phase der HK-Entwicklung begann mit der Krise, die durch den Parteiaus-

schluß von K.U. Benneter eingeleitet und durch den Zerfall des »Hamburger Bündnisses« zunächst verstärkt wurde. Erneut in die innerverbandliche Opposition getrieben setzte aber 1980 eine Stabilisierung und Neukonturierung des HK als vorantreibender Kraft des Gesamtverbandes ein (Wirtschaftsprogramm, Friedensbewegung, Opposition zum Kurs von Parteiführung und Regierung ...). Dies wurde begünstigt durch den Niedergang des reformistischen Flügels und die (wenngleich begrenzte) Kooperation insbesondere mit dem »Göttinger Kreis«.

#### **4. Zur Entwicklung des HK bis zum Bundeskongreß 1984**

1982 setzte die dritte und bis heute noch nicht abgeschlossene Phase der HK-Entwicklung ein, die sich durch zunehmende Orientierungsprobleme auszeichnete. Während der HK im friedenspolitischen Bereich seine dynamische Rolle im Zusammenhang mit dem Aufschwung der Friedensbewegung beibehielt und sogar noch verstärkte, verlor die darüber hinausgehende verbandspolitische Führungsperspektive an Kontur: Mit der Verabschiedung eines stark marxistisch geprägten Wirtschaftsprogramms, dem Ausscheiden der SPD aus der Bundesregierung und dem Zerfall des reformistischen Flügels schien sich die Überholtheit bisheriger Fraktionskämpfe abzuzeichnen; Führungsansprüche gerieten immer mehr in den Geruch inhaltsentleerter Machtpolitik auf Kosten des Gesamtverbandes. Der Hannoveraner Kreis als im Prinzip einzig handlungsfähige »Fraktion« war diesen Verdächtigungen ausgesetzt und konnte nicht zu einer produktiven Konkurrenz zwischen den vorhandenen Strömungen des Verbandes beitragen.

#### **5. Zum Bundeskongreß 1984**

Durch die Einbeziehung von Delegierten außerhalb der HK-»Stammbezirke« gelang es dem HK dennoch, mit ca. 115 Stimmberechtigten auf einem Kongreß stärker vertreten zu sein als jemals zuvor. Allerdings zeigten »Vorbereitung« und Ablauf des Bundeskongresses, daß der HK nicht in der Lage war, neue verbandspolitische Perspektiven zu entwickeln und daran entlang seinen Führungsanspruch zu legitimieren. In dieser Hinsicht dokumentierte der Bundeskongreß schonungslos die Versäumnisse der HK-Arbeit in den vorhergehenden Jahren. Spätestens durch die Wahl von drei Bundesvorstandsmitgliedern aus dem HK wurde die Neubestimmung unserer Perspektiven auf die Tagesordnung gesetzt. Die Jungsozialisten befinden sich in einer Phase des Übergangs, nachdem die reformistische Mehrheit überwunden und nunmehr eine neue Lage erreicht wurde. Die Entscheidung über den Kurs der Jungsozialisten angesichts gesellschaftspolitischer und innerparteilicher Umgruppierungsprozesse steht noch aus. Die gegenwärtige Entwicklung im Verband muß als eine Phase der Entscheidungsvorbereitung begriffen werden. Der Hannoveraner Kreis als mittlerweile stärkste Juso-Gruppierung muß sich seiner bundespolitischen Verantwortung bewußt werden.

#### **6. Zum Neuaufbau der reformistischen Fraktion**

Eine sichtbare Konsequenz des letzten Bundeskongresses ist die zielstrebige Rekonstruktion eines »undogmatischen« reformistischen Flügels um die Zeitschrift »Sozialistische Praxis« (SP) unter der Führung der Juso-Hochschulgruppen-Mehrheit. Beim Aufbau einer eigenständigen organisatorischen und ideologischen Infrastruktur handelt es sich um

einen qualitativ neuartigen Vorgang, da diese Gruppierung nun nicht mehr in erster Linie auf ihre Spitzenvertreter in Vorstand und Apparat, sondern auf eine »undogmatische« Sammlung in den Bezirken setzt. In vielen Bereichen befindet sich die SP-Fraktion eindeutig in der Offensive. Zusammen mit ihren Leuten im Bonner Apparat fährt sie einen Zangenangriff gegen die gegenwärtige Bundeskonstellation, indem auf der einen Seite in den Gremien und Apparaten unsere Arbeit behindert und andererseits von einem oppositionellen Selbstverständnis her die mangelnde Handlungsfähigkeit der Bundesebene uns angelastet wird.

## **7. Zu den jugendpolitischen Auseinandersetzungen**

Insbesondere die Auseinandersetzungen um die Aktionswoche »Arbeitende und lernende Jugend — gemeinsam gegen Rechts« stellen hier ein deutliches Signal dar: aus reformistischen Bezirken und dem Apparat heraus und mit Hilfe der vielfältigen Verbindungen zu Parteiführung und DGB-Jugendspitze ist es den SP-Leuten gelungen, eine konstruktive jugendpolitische Stoßrichtung des Verbandes in weiten Teilen zu verhindern und uns in die Defensive zu drängen. In diese Auseinandersetzungen und den darin erlittenen Niederlagen drückt sich unser grundsätzliches Problem aus, das wir entweder lösen oder das uns anderenfalls umbringen wird: das Problem, inwieweit wir unsere verstärkte Position in Bundesvorstand und Bundesausschuß durch die Entwicklung unserer eigenen Infrastruktur und unseres operativen Potentials wirksam werden lassen, um die Angriffe der SP-Fraktion abzuwehren und die eigene Führungsrolle entwickeln können. Es sind vielfältige Anstrengungen notwendig, um zu verhindern, daß die Akzeptanz der stärksten Juso-Strömung in der Partei(-linken) untergraben wird.

## **8. Zum ideologischen Gehalt der »Sozialistischen Praxis«**

Ideologischer Kern der »undogmatischen« Formierungsprozesse ist der Antikommunismus. In seiner plumpen Fassung offenbart er sich in den Vorwürfen der DKP-Steuerung der Politik des HK und ähnlichen verfassungsschutzmäßigen Unterstellungen. »Inhaltlich« geht es um den Kampf gegen den »Dogmatismus«, d.h. den Kampf gegen alle Versuche einer konsistenten marxistischen Positionsbestimmung innerhalb des Verbandes. Innerverbandlich zielen diese Bestrebungen auf die Mobilisierung gewöhnlichster antikommunistischer Vorurteile in Teilen der Verbandsbasis und eine entsprechende Dämonisierung der »Stamokap-Fraktion«. Innerparteilich ist die Ausschaltung der marxistischen Linken aus den Diskussionsprozessen der Parteilinken das Hauptziel. Hierbei handelt es sich nicht um »die« Position der Reformisten schlechthin, sondern um den Versuch eines bestimmten »harten Kerns« (vor allem im Bereich der Juso-Hochschulgruppen), die Zusammenarbeit zwischen dem HK und anderen — auch reformistischen! — Teilen der Jusos und der Parteilinken zu verhindern.

## **9. Zur Arbeit des Bundesvorstandes**

Im übrigen ist die Handlungsfähigkeit des Bundesvorstandes stark beeinträchtigt, was im Endeffekt uns angelastet wird. Aber es handelt sich hierbei nicht einfach um eine Lähmung durch fraktionspolitische Auseinandersetzungen oder die Schwäche des Bundesvorsitzenden oder die mangelnde Kooperation seitens des Büros. Sie hängt auch mit der Ar-

beit von überlasteten Bundesvorstandsmitgliedern des HK zusammen, die ohne strategische Perspektive arbeiten, ihre Vorstöße kaum transparent machen können und statt dessen fast unvermeidliche Fehler machen, die rigoros ausgeschlachtet werden.

## 10. Zur Rolle »zentristischer« Kräfte

Eine möglichst weitreichende Kooperation mit den »zentristischen« Kräften (Göttinger Kreis, Teile des Bezirks Westliches Westfalen) ist unentbehrlich, um eine verbandspolitisch konstruktive Linie gegen die SP-Fraktion durchzusetzen. Inwieweit dies aber gelingt, hängt auch und vor allem von der Entwicklung der eigenen Handlungsfähigkeit ab. Mittelfristig entscheidet die Dynamik der innerverbandlichen Hauptkräfte — HK und SP — darüber, wie stark eine Kooperation zwischen Juso-Linken und »Zentristen« möglich sein wird.

## 11. Zum Verhältnis von Jusos und Partei

Grundsätzlich ist nicht erkennbar, daß die Parteiführung von sich aus ein aktuelles Interesse hätte, den Handlungsspielraum der Jusos einzuschränken oder gegen den HK vorzugehen. Richtig ist vielmehr, daß das Vorgehen der SP-Fraktion die Parteiführung erst auf den Plan rufen soll. Vermutlich gibt es auch Teile der Parteilinken, die das Vorgehen der SP unterstützen, um sich den »Stamokap-Ballast« vom Halse zu schaffen. Gleichzeitig zeigt die gegenwärtige strategisch-programmatische Konfusion der Parteilinken vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich, wie dringlich und sinnvoll eine stärkere marxistische Beteiligung an den Umgruppierungen in der Parteilinken wäre. Aufgrund dieser Um- und Neugruppierungen ist die Situation für ein stärkeres Eingreifen des Gesamtverbandes günstig, allerdings zur Zeit kaum ausnutzbar aufgrund der SP-Politik und unserer eigenen mangelnden Akzeptanz. Die Frage des innerverbandlichen Vorgehens ist mit den Perspektiven der Parteilinken offenkundig eng verkoppelt.

## 12. Zur Notwendigkeit der Etappenbestimmung

Die gegenwärtige Struktur des Hannoveraner Kreises konnte eine »saubere« Oppositionspolitik stützen, einer Führungspolitik wird sie sicherlich nicht gerecht. Hinzu kommt die abnehmende Fähigkeit des HKs zum Eingreifen in die ideologischen Auseinandersetzungen, d.h. der Verlust von operativem Potential in diesem Bereich (innerverbandlich, -parteilich, innerhalb der BRD-Linken). Deshalb müssen wir zum einen die ideologische Arbeit schrittweise rekonstruieren, die nach der Erörterung der »Herforder Thesen« fast zum Stillstand gekommen ist. Zum anderen geht es darum, die organisationspolitische Arbeit wesentlich effizienter zu gestalten. — Die Notwendigkeit einer grundlegenden Renovierung des HKs kann sich nicht nur aus der Angespanntheit der gegenwärtigen Lage ergeben. Hinzu kommen muß eine Perspektivbestimmung: Was sind unsere Ziele? Wie wollen wir sie erreichen? Und über welche Etappen führt unser Weg? Ein grundlegendes Problem des HKs besteht darin, daß er momentan über keine Etappenbestimmung verfügt, in die er seine Politik einordnen und an der er seine Entwicklung messen könnte. Strategisch lebt der HK von der Hand in den Mund. Mit marxistischer Politik hat dies bekanntlich nichts zu tun. Wenn der HK nicht in der Lage ist, sich selbst eine strategische Orientierung zu geben und sich selbst zu führen, wie soll er dann in der Lage sein, den Verband zu führen?

Klar sein muß in diesem Zusammenhang, daß eine solche strategische Bestimmung des innerverbandlichen Vorgehens mit einer Bestimmung der Aufgaben in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einhergehen muß.

### **13. Zur gesellschaftspolitischen Etappenbestimmung**

In der gegenwärtigen Etappe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geht es um das Offenhalten politischer Spielräume für die fortschrittlichen Kräfte und um ihre schrittweise Formierung für weitergehende Optionen. Zielpunkt ist die Bundestagswahl 1987 insofern, als sich darin ausdrücken wird, inwieweit die Linke diese Aufgabe erfolgreich angehen konnte. Eine Ablösung der Rechtsregierung und die Verhinderung einer wie auch immer gearteten Großen Koalition würden sich noch innerhalb dieser Etappe bewegen. Darüber hinaus wird aber gerade die Sozialdemokratie bis Ende der 80er Jahre in eine Phase der grundsätzlichen Kursbestimmung eintreten (dies gilt auch für die Grünen): Aus sozialistischer Sicht geht es um die Herausbildung einer fortschrittlichen Alternative im Übergang zu den 90er Jahren, um ein Gesellschaftsprojekt mit einer klaren antimonopolistisch-demokratischen Orientierung. Der Auseinandersetzung um das künftige Parteiprogramm kommt in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung zu. Kampf um konkrete Aktionsprogramme und Entwicklung gesellschaftspolitischer Alternativen gehören zusammen.

### **14. Zur innerverbandlichen Perspektive bis 1986/87**

Die Konstellationen auf dem und im Gefolge des Bundeskongresses 1986 werden in zweierlei Hinsicht von zentraler Bedeutung sein: Erstens müssen dort Orientierungspunkte festgelegt werden für die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen im Wahlkampf 1987. Zweitens werden die Weichen für das Vorgehen der Jusos in der ideologisch-programmatischen Auseinandersetzung um das neue Parteiprogramm gestellt. In beiden Fällen kommen auf den Bundesvorstand maßgebende Führungsaufgaben zu. Bei diesem Zeitraum 1986/87 handelt es sich um einen Knotenpunkt der innerverbandlichen Entwicklung, auf den die SP-Fraktion zielbewußt zusteuert.

### **15. Zur »Mehrheit der verbandspolitisch konstruktiven Kräfte«**

Eine »Mehrheit der verbandspolitisch konstruktiven Kräfte« ist die einzig realistische Perspektive, damit die Jusos in zwei bis drei Jahren ein Mindestmaß an Handlungsfähigkeit und Orientierung gewinnen. Wir können für unsere Politik keine geeignete Grundlage schaffen, indem wir kurzatmig eine »marxistische Mehrheit« (aus Hannoveraner und Göttinger Kreis) versuchen herzustellen. Dies heißt nicht, daß der Göttinger Kreis und die bayerischen Bezirke nicht die bedeutsamsten Partner des HK bleiben. Es geht darüber hinaus um eine wechselseitige Akzeptanz bestimmter Schwerpunktsetzungen von »Fraktionen« und Bezirken und um ihre Bündelung in einem gemeinsamen Arbeitsprogramm und einer gemeinsamen Politik marxistischer, »zentristischer« konstruktiv-reformistischer Verbandsteile. Davon unberührt bleibt die Notwendigkeit, die Position des HKs auf dem Bundeskongreß 1986 weiter zu stärken. Dies könnte auch den Druck zur Einigung mit dem HK erhöhen.

## 16. Zu den verbandspolitischen Aufgaben bis 1986

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen zwei Schritte vorgeschaltet werden. In einem ersten Schritt geht es darum, über den wirtschaftspolitischen Bundeskongreß 1985 den politischen Rückschlag des vorhergehenden Kongresses wettzumachen und eine inhaltliche Führungsrolle in der Verbandsdiskussion einzunehmen. In der Vorbereitung dieses Kongresses liegt der Schwerpunkt der HK-Arbeit in den ersten Monaten des Jahres 1985. In einem zweiten Schritt geht es in einem neuerlichen Anlauf um die Mobilisierung der Jungsozialisten im Rahmen der demokratischen Jugendbewegung, um die aktionspolitische Führungsrolle einzunehmen. In der Vorbereitung des Bundeskongresses 1986 werden wir also auf zwei Schienen fahren: Weiterführung der politisch-ideologischen Diskussion und Fortführung einer aktions- und bündnispolitischen Ausrichtung in der demokratischen Jugendbewegung gegen »Rechts« — für das Recht auf Arbeit und Bildung. Gleichzeitig geht es um die Stabilisierung des vom HK maßgeblich bestimmten friedenspolitischen Schwerpunkts und um die schrittweise Stärkung der Frauenarbeit sowohl in innerverbandlicher wie aktions- und bündnispolitischer Hinsicht.

## 17. Zur ideologischen Auseinandersetzung im Verband

Die Orientierung auf eine »Mehrheit der verbandspolitisch konstruktiven Kräfte« kann auch nicht den Verzicht auf die ideologische Auseinandersetzung im Verband bedeuten, die im wesentlichen mit der SP-Fraktion geführt werden muß. Schwerpunktmäßig geht es nach dem SP-Kongreß um

- die Herausarbeitung des Eklektizismus und Voluntarismus in der Theoriebildung des »undogmatischen« Flügels,
- die Kritik des Grundansatzes »undogmatischen« Denkens, der in ideologischer Auflösung realer Zusammenhänge der bürgerlichen Gesellschaftsformation, insbesondere der Leugnung des Primats der Klassenpolitik besteht,
- den Nachweis der antikommunistischen und antimarxistischen Ausgrenzungsfunktion »undogmatischer« Theoriebildung.

## 18. Zur Stoßrichtung in der Partei

Eine »Mehrheit der verbandspolitisch konstruktiven Kräfte« zielt auch auf ein gemeinsames Vorgehen innerhalb der Partei und der Parteilinken. Die Entwicklung dieser Mehrheit muß als gemeinsamer und wechselseitiger Lernprozeß der Beteiligten angesehen werden, der die Jungsozialisten als sozialistische Richtungsorganisation voranbringt. Mit anderen Worten: das Ziel einer Verbandsmehrheit, die auf marxistischer Grundlage in die innerparteilichen Auseinandersetzungen eingreift, bleibt bestehen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Debatte um einen »politisch-ökonomischen Minimalkonsens« der fortschrittlichen Kräfte, der zugleich die Mindestanforderungen an ein sozialdemokratisches Wahl- und Regierungsprogramm festhält. Dies wäre die beste Grundlage, um die Diskussion des sozialdemokratischen Parteiprogramms und eines sozialistischen Gesellschaftsprojektes anzugehen. Die Struktur einer solchen Debatte gibt noch viele Rätsel auf. Gemeinsam mit Parteilinken in diesen Strukturierungsprozeß führend einzugreifen ist genauso notwendig, wie die Chancen eines »Alternativ-Entwurfs« auszuloten.

Harald Weinberg

## 25 Jahre SHB

### Das spannungsreiche Verhältnis zur Sozialdemokratie

Am 9. Mai 1960 trafen sich in Bonn 28 Studenten zur Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB). Dies war das Ergebnis einer Abspaltung rechter Sozialdemokraten vom Sozialistischen Deutschen Studentebund (SDS), die mit der SPD-Führung intensiv vorbereitet wurde. Der erste Vorstand (Maruhn, Ritter, Henckel), der auf der 1. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung (BDV) an diesem 9. Mai gewählt wurde, bestimmte maßgeblich den politischen Kurs der neuen sozialdemokratischen Studentenorganisation. Kernpunkte dieses Kurses waren

- ein klares Bekenntnis »für die Sache des freien Westens« (Presseerklärung des Bundesvorstands),
- »eine scharfe Abgrenzung zum Totalitarismus und seiner gegenwärtig gefährlichsten Form, dem Kommunismus« (Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD vom 23.5.1960) und
- eine »eindeutige Haltung des SHB zum Godesberger Programm« (ebd.).

Dieses Wohlverhalten des SHB wurde honoriert. Am 26. Mai 1960 wurde eine erste Vereinbarung zwischen dem SHB-Bundesvorstand und dem SPD-Parteivorstand getroffen, in der eine Zusammenarbeit und Unterstützung festgelegt wurde. Insbesondere bekam der SHB die Genehmigung, »sich in seinem Namen als sozialdemokratisch zu bezeichnen«. Diese war jedoch daran gebunden, daß der SHB anerkannte, daß die SPD das ausschließliche Recht an dieser Namensbezeichnung hat und sich vorbehält, dieses dem SHB gewährte Rechte jederzeit zu widerrufen.

In der Periode von 1960 bis 1963 war die Politik des SHB geprägt durch einen militanten und aggressiven Antikommunismus, der einen Ersatz darstellte für eine fehlende positive und programmatische Positionsbestimmung. Wie weit dieser Antikommunismus ging, mag eine besonders gravierende Textstelle eines Briefes des damaligen Bundesvorsitzenden Maruhn an die SHB-Gruppe Stuttgart verdeutlichen:

»Nur die Sozialdemokratie besitzt die notwendige Potenz, um dem Kommunismus wirksam und offensiv zu begegnen. Durch einen verstärkten Antikommunismus von unserer Seite besteht also nicht die Gefahr einer Verwischung der Gegensätze zur CDU, sondern im Gegenteil: Wir heben uns gerade dadurch von ihr scharf ab, wir bekämpfen z.B. auch die mangelnde Standfestigkeit der CDU gegenüber kommunistischen Drohungen, wenn es einmal in einem bestimmten Moment darauf ankommt, wirklich hart zu sein.« (Brief von J. Maruhn an die SHB-Gruppe Stuttgart vom 23.6.1960).

Gegenüber der »Konkurrenzorganisation« SDS verhielt sich der SHB so, wie er es später öfter selbst erfahren mußte: Aus- und Abgrenzung, verbunden mit unbegründeten Unterstellungen: z.B., daß der SDS von Kommunisten unterwandert oder gar »von Pankow« finanziert werde.

Der Unvereinbarkeitsbeschuß des SPD-Parteivorstandes gegenüber dem SDS vom Juni 1961 führte zunächst zu noch schärferen Abgrenzungstendenzen, die vom SHB-Bundesvorstand auch gegen einzelne Annäherungsversuche in Gruppen rigoros durchgesetzt wurden, und sei es mit Hilfe einer extensiven Ausschlußpraxis. Ohnehin kann die Organisationsstruktur des SHB bezeichnet werden als eine Form des naturwüchsigen »Zentralis-

mus«. Die politische Willensbildung, die Sach- und Personalentscheidungen gingen fast ausschließlich vom Bundesvorstand aus. Die Delegiertenversammlungen glichen mehr Akklamationsgremien, die die Politik des Bundesvorstandes nur noch zur Kenntnis nehmen konnten und ansonsten mit langen Vorträgen namhafter Rechtssozialdemokraten (Carlo Schmidt, Richard Löwenthal etc.) abgeseigt wurden.

In der Phase von 1963 bis 1968 formierte sich hiergegen innerverbandlicher Widerstand, der sich in Forderungen nach mehr Diskussion und nach Überdenken einiger politischer Positionen in Anträgen *der Gruppen* (ein Novum) auf den BDVen niederschlug. Die Zusammenarbeit mit dem SDS wurde gesucht, und in der Frage der Ost-Politik vollzog der SHB die Veränderung der SPD-Politik gegenüber der DDR nach, die mit der Tutzingener Rede Egon Bahrs am 13. Juni 1963 eingeleitet worden war.

Auf der 4. ordentlichen BDV in Hannover wurden Kontakte zu Jugendverbänden in Polen und Jugoslawien beschlossen. Der SHB löste sich aus seiner antikommunistischen Verkrampfung und bezog klarer Positionen gegen Rechts. Die Politik der »Gemeinsamkeit« mit dem RCDS, die vorher betrieben worden war, wurde nun aufgegeben.

Diese Phase der »Liberalisierung« der verbandsinternen Diskussion führte zu spontanen Formen der Linksentwicklung des SHB, die im »Höchster Abkommen« (1964) auf eine bündnispolitische Grundlage der Zusammenarbeit mit dem SDS und anderen Studentenverbänden gestellt wurde.

Nachdem der Sekretär Suden als »Arm« der SPD im SHB-Vorstand erkannt und entlassen worden war, weil er Informationen über den »linken« Vorstand Hauß ohne dessen Wissen an den Parteivorstand weitergab, verschlechterte sich das ohnehin angespannte Verhältnis von SHB und SPD zusehends. Der SPD-Parteivorstand reagierte administrativ: teilweise Finanzsperre und Gesprächsverweigerung. Der weder inhaltlich noch organisatorisch gefestigte »linke« Vorstand Hauß hielt dem Druck nicht stand. Er trat zurück und wurde ersetzt durch den parteifrommen Vorstand Zöpel.

Aber damit konnten die begonnenen Diskussionen nicht beendet werden. Auf der 9. ordentlichen BDV setzte sich im SHB eine Art Doppelstrategie gegenüber der SPD durch: Mitarbeit in der Partei und Teilnahme an außerparlamentarischen Aktionen mit dem Ziel, die Positionen der APO in die Partei zu tragen. Um dem Druck der Parteiführung besser standhalten zu können und um den Gruppen mehr Einfluß zu ermöglichen, wurde der Bundesvorstand durch einen Bundeszentralrat ersetzt, in dem die wichtigsten Gruppen und damit politischen Strömungen dieser Zeit vertreten waren. Der »Berliner Extradienst« vom August 1968 macht folgende »Flüge« im SHB aus: »Orthodox-marxistische Bonner, pazifistische Hamburger, radikal-demokratische Münchner, antiautoritäre Westberliner, ultra-linke Frankfurter.«

1969 wird mit dem »Oldenburger Papier« des Bundeszentralrates die Auseinandersetzung um die Grenzen und Fehler der bisherigen Strategie der Studentenbewegung eröffnet. Die Kritik führte sowohl zur Entwicklung der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung als auch des marxistischen Grundsatzprogramms.

Die Diskussion um die Fragen der Massensorientierung, des Bezugs auf die Arbeiterklasse und der daraus folgenden Bündnispolitik verstärkte die Konflikte mit den »Antiautoritären«. Verschärfte innerverbandliche Auseinandersetzungen und Konflikte mit der SPD resultierten aus der Diskussion über die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) und die Klärung des Verhältnisses zum MSB Spartakus 1970; anknüpfend an die leidvollen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, daß nämlich ihre Spaltung die Unterwerfung unter bürgerliche Interessen bedeutet, wurde grundsätzlich festgestellt, daß

die Zusammenarbeit mit Kommunisten wie mit allen demokratischen Kräften notwendig sei. Innerverbandlich bildete sich die »Sozialistische Fraktion« heraus, die insbesondere die strategischen Schlußfolgerungen aus der Theorie des SMK, den antimonopolistischen Kampf im antimonopolistischen Bündnis, ablehnte. Die Verabschiedung eines Entwurfs zum Grundsatzprogramm 1971 führte zum Austritt dieser »Fraktion«, die dann schnell zerfiel.

Auf seiner 13. ordentlichen BDV 1972 verabschiedete der SHB dann endlich ein Grundsatzprogramm, das seine Politik auf eine marxistisch-wissenschaftliche Grundlage stellte.

Im Zuge der scharfen Reaktionen und Repressionsmaßnahmen, denen der SHB jetzt von seiten des SPD-Parteivorstandes ausgesetzt war, kam es zu weiteren innerverbandlichen Auseinandersetzungen um die Frage, ob der SHB nach dem Namensentzug und der totalen Finanzsperre durch die SPD seine organisatorische und programmatische Eigenständigkeit in der sozialdemokratischen Bewegung (die er ja von seiner Gründung an *formal* hatte) beibehalten oder ob er sich voraussetzungslos der SPD unterordnen solle. Nachdem auf Initiative von SPD-Bezirken Juso-Hochschulgruppen gegründet worden waren, forderten die Vertreter der sogenannten »Freudenberger« die Auflösung des SHB und die Integration in die Juso-Hochschulgruppen (HSG). Diese Position konnte sich jedoch nicht durchsetzen, worauf die »Freudenberger« 1975 den SHB verließen und in die Juso-HSG eintraten.

Die Konflikte mit der SPD verschärfen sich. Versuche, einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem SHB durchzusetzen, scheiterten. 1974 bewirkte die SPD-geführte Bundesregierung die Sperrung der Bundesjugendplanmittel für den SHB. Im weiteren schreckte die SPD auch nicht davor zurück, einzelne SHBler (als SPD-Mitglieder) mit Berufsverboten zu bedrohen. Der Konflikt um die Mitarbeit von Sozialdemokraten im Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit führte 1977 schließlich dazu, daß neben anderen die SHB-Vorsitzende Mechtild Jansen aus der SPD ausgeschlossen wurde. Die Aberkennung des Symbols »Faust mit Rose« stellte einen weiteren Punkt in der Kette der repressiven Maßnahmen seitens der SPD dar. Dies alles konnte den SHB nicht von seiner Einschätzung abbringen, »daß der demokratische Kampf in diesem Gesellschaftssystem, mit dem Ziel der Aufhebung der Klassengegensätze, weder ohne noch gegen die SPD möglich sein wird« (SHB-Dokumente 1971, S.61). Es zeigte sich auch, daß den Angriffen des SPD-Parteivorstandes und einiger Rechtssozialdemokraten um so besser begegnet werden konnte, je stärker die SHB-Mitglieder in der SPD verankert waren.

Mit der Gründung der Juso-HSGen wurde die organisatorische Einheitlichkeit sozialdemokratischer Studenten an den Hochschulen aufgehoben. Dies war gleichzeitig der Versuch, dem SHB die Massenbasis zu entziehen. Die zahlreichen Nekrologe, die in dieser Zeit auf den SHB gehalten wurden, beweisen dies (so z.B. der Artikel des Genossen Schabedoth in der »Neuen Gesellschaft« zum »unaufhaltsamen Abstieg des SHB Marburg«). Daß unter diesen Bedingungen vielseitiger und scharfer Angriffe der SHB nicht zerbrach, sondern im Gegenteil seine Massenverankerung verstärken konnte und sich weiter konsolidierte, beweist nicht nur die Richtigkeit und Wirksamkeit seiner Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, verbunden mit einer sozialistischen Zielsetzung, sondern zeigt auch, daß an den Hochschulen durchaus Raum ist für zwei sozialdemokratische Studentenverbände.

1980 feierte der SHB seinen 20. Geburtstag mit einem Kongreß, der in vielerlei Hinsicht als Impuls für seine weitere Entwicklung betrachtet werden kann. In einem Referat zur Geschichte des SHB wurden dort zwei Fragen aufgeworfen:

- »1) Wie gelingt es dem SHB, seine marxistische Programmatik umzusetzen in eine massenorientierte Politik und Bündnispolitik?  
 2) Wie gelingt es ihm, seine spezifische Position als Verband mit marxistischem Programm in der Sozialdemokratie gegen die Isolierungsversuche der rechten Sozialdemokratie zu behaupten?« (SR 24, S.15f.)

Frank Deppe leistete mit seinem Referat zur gewerkschaftlich-orientierten Politik einen wichtigen Beitrag, um diese Fragen beantworten zu können. Sein Referat stellte nicht nur einen Ausgangspunkt dar für die Weiterentwicklung gewerkschaftlich-orientierter Politik in Richtung auf eine Interessenvertretungspolitik mit sozialistischer Perspektive, die von einem umfassenden Interessenbegriff ausgeht und eine Verkürzung auf ausschließlich soziale und materielle Interessen zu vermeiden sucht (ein Diskussionsprozeß, der im übrigen noch nicht abgeschlossen ist). Seine Forderung nach stärkerer Berücksichtigung der Forschungsergebnisse der kritischen und materialistischen Psychologie bei der Ausarbeitung der politischen Strategie kann auch als Ausgangspunkt für eine sehr intensive organisationstheoretische Diskussion im SHB betrachtet werden. In dieser Diskussion erarbeitete sich der SHB ein dem Grundsatzprogramm adäquates, wissenschaftlich fundiertes marxistisches Organisationsverständnis, das mit der Verabschiedung eines Organisationsantrages 1981, nach einer über einjährigen intensiven Verbandsdiskussion, auch in die Praxis umgesetzt worden ist.

Auf dieser Grundlage und nach weiteren Diskussionen beschloß die 24. ordentliche BDV 1983 die Durchführung eines einjährigen sozialistischen Verbands-Wettbewerbes zur umfassenden Stärkung des SHB — ein Beschluß, der sich enorm positiv auf die Verbandsentwicklung auswirkte und der Aufwärtsentwicklung des SHB zusätzlich Beschleunigung verschaffte. Der Beschluß der 25. ordentlichen BDV, einen neuen Wettbewerb auf einer qualitativ höheren Stufe durchzuführen, war die konsequente Weiterentwicklung dieser Erfahrungen.

Auf dieser 25. ordentlichen BDV wurde nach kontroverser Diskussion auch ein »Sozialistisches Frauenprogramm« verabschiedet, das die Frauenpolitik des SHB auf eine fundierte marxistische Grundlage stellte. Dies stellt für die Sozialdemokratie, wie für die gesamte bundesrepublikanische Linke eine inhaltliche Herausforderung dar.

Die vielfältigen Grußworte und Grußadressen namhafter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machten deutlich, daß der SHB fest in der Sozialdemokratie verankert ist. Also auch in Bezug auf die zweite Frage des Kongresses von 1980 hat es weitreichende Entwicklungen gegeben.

Nur vor dem Hintergrund der Geschichte des SHB ist auch die Beurteilung seiner Politik statthaft, sowohl seiner positiven Beiträge als auch seiner möglichen Fehler. Im 25. Jahr unseres Bestehens werden wir, fast auf den Tag genau, am 10./11./12. Mai 1985 unseren Geburtstag wieder mit einem Kongreß begehen. Mit der Rechtsregierung haben sich die politischen Bedingungen entscheidend verändert. Die Frage nach einer erfolgreichen Strategie der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der BRD stellt sich neu. An den Hochschulen geht es um die Perspektiven der Studentenbewegung und damit auch um die Zukunft gewerkschaftlich-orientierter Politik. Außerdem stellt sich in diesem Lichte die Frage nach der Positionsbestimmung und der praktischen Politik des SHB in der Sozialdemokratie. Diese drei Komplexe sollen schwerpunktmäßig auf dem Kongreß in Hamburg thematisiert werden. Wir hoffen auf eine qualifizierte, lebhafte und kontroverse Diskussion, denn unsere Geschichte lehrt, daß Auseinandersetzungen und produktive Konfliktaustragung keinesfalls zwangsläufig zur Schwächung führt!

Max Steinacker und Andreas Westphal

## Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten

### 1. Das Ende eines politischen Zyklus ...

Bei den Europawahlen am 17. Juni 1984 erweist sich die Koalition aus PS und PC als minoritär: Die PS erhielt lediglich 20,7% und die PC sogar nur noch 11,28% der Stimmen. Am 17. Juli 1984 trat die Regierung Mauroy mit der Begründung zurück, daß die geplante Reform des Verhältnisses von Staat und Privatschulen gescheitert sei. Der PC hat auf eine weitere Beteiligung an der neuen Regierung des am 18. Juli 1984 zum Premierminister ernannten vorherigen Industrieministers Laurent Fabius wegen der erheblichen Differenzen in der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik verzichtet. Im Herbst 1984 erklärt George Marchais, daß der PC nicht mehr zur »Mehrheit« gehöre, d.h. daß auch keine informellen Bindungen mehr zwischen den einstigen Koalitionspartnern bestehen. Mit dem Verlust der politischen Mehrheit und dem Ende der gemeinsamen Regierungstätigkeit von PS und PC geht ein ganzer politischer Zyklus zuende, der in den sechziger Jahren mit der langsamen und widersprüchlichen Annäherung der beiden Parteien begonnen hatte. Dieser Zyklus beinhaltet das Sich-Anziehen und Sich-Abstoßen der beiden Parteien, die Formulierung eines gemeinsamen politischen Projektes und sein Scheitern aufgrund der sich verschiebenden strategischen Ziele der beteiligten Parteien. Die Festlegung des PS auf die Linksunion während seines historischen Parteitages in Epinay 1971 und der Abschluß des programme commun 1972 markieren den ersten Höhepunkt dieses Zyklus, der zum ersten Mal seit der Regierungsbeteiligung der italienischen und französischen Kommunisten in den ersten Nachkriegsjahren die Perspektive der von einer breiten Hegemonie getragenen Regierungsübernahme der Linken in einem westeuropäischen Land eröffnete.

Das Hauptkenntnisinteresse des vorliegenden Aufsatzes ist es, den Beitrag der Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten zum Scheitern des sozialistischen Projektes, wie es sich im Bündnis der beiden Parteien entwickelt hatte, zu analysieren.

### 2. Die Konjunkturpolitik der französischen Regierung nach dem Mai 1981

Die französische Linke wurde im Mai 1981 vor allem aufgrund ihres Konjunkturprogramms gewählt. Dieses Programm versprach, die bedrohlichen Ergebnisse der Giscard'schen Politik durch die Einleitung eines neuen Wachstumsprozesses zu überwinden. Während in den Jahren zuvor eine krisenverschärfende Deflationspolitik betrieben worden war, die das Ziel der Beschäftigungsförderung dem Ziel der Exportsteigerung geopfert hatte, sollten nunmehr die Verbesserung der Lebenssituation der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit und ökonomischer Aufschwung gleichermaßen möglich werden.

Schon bald nach dem Wahlsieg machte sich die neue Regierung daran, wesentliche Elemente des angekündigten Programms zu verwirklichen: So wurden Mindestlohn, Mindestrente und Familienbeihilfen deutlich heraufgesetzt. Gleichzeitig wurde die Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich verkürzt, eine fünfte — bezahlte — Urlaubswoche eingeführt und das Rentenalter auf 60 Jahre gesenkt. Auch wurde die Beschäftigung im öffentlichen Dienst stark ausgeweitet. Da nur ein kleiner Teil der staatlichen Mehrausgaben über erhöhte Steuern (u.a. eine neue Vermögenssteuer) finanziert werden sollte, ließ man das Budgetdefizit drastisch — 1981 um nahezu 100% gegenüber

dem Vorjahr — ansteigen. Die in diesen Maßnahmen zum Ausdruck kommende Strategie war zweifellos an einer keynesianischen Logik orientiert: Die Anhebung des privaten Verbrauchs sollte zu einer Produktionsbelebung führen, die dann anschließend einen Investitionsaufschwung sowie die Zunahme der Beschäftigung bewirken würde. Der im Sommer 1981 erarbeitete *plan intérimaire: stratégie pour deux ans 1982-1983* (Zwischenplan für die Jahre 1982 und 1983), gleichsam programmatische Widerspiegelung der von der neuen Regierung zunächst verfolgten Wirtschaftspolitik, brachte die genannte Zielsetzung deutlich zum Ausdruck: »Die Realisierung [der Regierungsstrategie, d. Verf.] beinhaltet ... die Suche nach einem beschleunigten und dauerhaften Wachstum. Sie stützt sich dabei in einer ersten Phase auf die Stärkung der Binnennachfrage, insbesondere des Konsums, um die Ökonomie wiederzubeleben.« (*plan intérimaire*, 47) Doch schon wenig später stieß dieses Projekt auf erhebliche außenwirtschaftliche Schwierigkeiten. Da ein Großteil der zusätzlich geschaffenen Nachfrage in erhöhten Importen verpuffte, nahm das Handelsbilanzdefizit von Monat zu Monat drastisch zu, ohne daß der mit der Nachfragepolitik angestrebte ökonomische Wirkungsablauf in der erhofften Weise zum Tragen kommen konnte. Der zunächst dennoch bewirkte leichte Aufschwung erwies sich bald als kurzlebig — schon nach wenigen Monaten gingen Produktion, Beschäftigung und Investitionstätigkeit (auch aufgrund einer anhaltend hohen Kapitalflucht und Devisenspekulation) wieder zurück, während der Außenhandel weiter auf immer neue Rekorddefizite (1981 insgesamt 59 Mrd., 1982 sogar 93 Mrd. Franc) zusteuerte. Nachdem zaghafte Versuche einer Preis- und Importkontrolle weitgehend ergebnislos geblieben waren, konnten sich schließlich im Frühjahr 1982 die angebots- und weltmarktorientierten Kräfte in der Regierung durchsetzen. Obwohl die offizielle Rhetorik zunächst noch am Diskurs der Kaufkraftsteigerung festhielt, machte man nunmehr unter Preisgabe zentraler Grundsätze der französischen Linken die Abwehr des *Diktats der Zahlungsbilanz durch die Kontraktion der Binnennachfrage* zum obersten Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Angesichts der erheblichen Konsequenzen, die dieser völlige wirtschafts- und sozialpolitische Kurswechsel für die Hegemoniefähigkeit der französischen Linken mit sich bringt, wollen wir im weiteren Verlauf dieses Abschnitts insbesondere den folgenden beiden Fragen nachgehen: 1. War das »sozialistische Projekt« des Jahres 1981 tatsächlich nicht gegen den außenwirtschaftlichen Druck zu verteidigen, wie die Regierung heute behauptet? 2. Kann das von den französischen Sozialisten zur Grundlage ihrer gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gemachte Zwei-Phasen-Modell (erst strukturelle Sanierung der Handelsbilanz im Kontext einer traditionellen Deflationspolitik, dann Einleitung eines autonomen, d.h. von den Zwängen des Weltmarkts unabhängigeren Wachstums) beanspruchen, ein realistisches Konzept zu sein?

*Zu 1:* Die Regierung begründet ihre Abkehr von der Nachfragepolitik neben dem konservativen internationalen Umfeld vor allem mit dem Hinweis auf die geringe Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie, die sich 1981/82 als entscheidende Restriktion des expansiven Konjunkturprogramms erwiesen habe. Wie auch linke Kritiker der Regierung betonen, hat dieses Argument fraglos seine relative Berechtigung. So ist der französische Produktionsapparat trotz in der Vergangenheit vergleichsweise hoher Wachstumsraten auch gegenwärtig noch von einer Reihe struktureller Defizite gekennzeichnet, die eine relativ große Abhängigkeit Frankreichs von Waren-, Kapital- und Technologieimporten konstituieren (vgl. Steinacker/Westphal 1985, S.51ff.). Die zentralen Schwächen liegen im strategisch wichtigen Bereich des Investitionsgütersektors, genauer des Maschinenbaus und der Elektronikindustrie. Vor allem aufgrund der unorganischen Koexistenz völlig

überalterter und hochmoderner Produktionssegmente sowie einer mangelnden Integration der aufeinander aufbauenden Produktionsstufen ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit beider Industrien — abgesehen von wenigen Ausnahmen — nach wie vor gering. Hinzu kommt, daß sich weite Teile des Zwischen- und Konsumgütersektors in einer tiefen Strukturkrise befinden. Zahlreiche der hier angesiedelten Industrien haben es bisher nicht vermocht, bei der Einführung moderner Massenproduktionsverfahren mit der ausländischen Konkurrenz mithalten und mußten deshalb in den letzten Jahren auf den nationalen wie internationalen Märkten teilweise empfindliche Rückschläge hinnehmen. Als entscheidendes Innovationshemmnis erweist sich dabei immer mehr die Schwäche der Investitionsgüterindustrien, welche die Konsumgüterbranchen kaum mit Maschinen und Ausrüstungen in der für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen nötigen Qualität versorgen können. Auch hierin muß ein Beleg für die lediglich geringe *intersektorale Kohärenz* des französischen Produktionsapparates gesehen werden.

Angesichts der erheblichen Strukturdefizite der französischen Industrie nimmt es nicht Wunder, daß 1981/82 ein erheblicher Teil der staatlich induzierten Mehrnachfrage ins Ausland abgeflossen ist. Dennoch wäre es eine falsche Vereinfachung, diese Strukturdefizite voreilig zum ausschlaggebenden Faktor für das weitgehende Scheitern der nach dem Mai 1981 praktizierten Konjunkturpolitik zu machen. Wie nämlich der linkssozialistische Flügel der PS, Ceres, und die PC richtig hervorheben, haben die verantwortlichen Akteure unter Ignorierung des eigenen Programms auf jeden ernsthaften Versuch einer außenwirtschaftlichen Absicherung ihrer binnenländischen Nachfrigestimulierung verzichtet. Diese Unterlassung bezieht sich zumindest auf die folgenden drei Bereiche:

1. *Außenhandelspolitik.* Während noch im *projet socialiste*, dem offiziellen Programm der PS für die 80er Jahre, dafür plädiert wurde, die konjunkturfördernden Maßnahmen durch zeitlich begrenzte Einfuhrbeschränkungen in wettbewerbsschwachen Branchen zu ergänzen, um somit einen überproportionalen Importanstieg zu verhindern und »die Anpassung der industriellen Strukturen an die internationale Konkurrenz zu ermöglichen« (Parti socialiste, 1980, S.224), weigerte sich die neue Regierung beharrlich, entsprechende Regelungen einzuführen.

2. *Währungspolitik.* Verstärkt wurde der außenwirtschaftliche Druck, aber auch durch die Entscheidung, den Franc im Europäischen Währungssystem (EWS) mit relativ festen Wechselkursen zu belassen. Da somit die hohen französischen Inflationsraten nicht durch entsprechende Franc-Abwertungen kompensiert werden konnten, mußte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz und damit zugleich auch die französische Handelsbilanz weiter verschlechtern.

3. Schließlich verzichtete die Regierung trotz eines sofort nach den Wahlen einsetzenden Kurseinbruchs an der Pariser Börse sowie massiver Kapitalflucht auf die Einführung effektiver *Devisen- und Kapitalverkehrskontrollen*. Zwar wurden die Devisenmarktvorschriften zur Abwehr der Spekulation gegen den Franc im Herbst 1981 leicht verschärft, doch reagierte man vorwiegend defensiv und versuchte, den Kapitalabfluß über eine deutliche Anhebung des binnenländischen Zinsniveaus zu begrenzen. Dieses Vorgehen war allerdings in zweierlei Hinsicht fragwürdig, da es nicht nur relativ ineffizient blieb (der Kapitalabfluß war weitgehend politisch motiviert), sondern aufgrund seines investitionsfeindlichen Charakters die angestrebte Wirtschaftsbelebung noch zusätzlich zu den hohen Importen behindern mußte.

In einer internen Arbeitsstudie hat das französische Plankommissariat versucht, die Reichweite des der Regierung 1981/82 im Bereich der Außenwirtschaftspolitik gegebenen

Handlungsspielraums herauszuarbeiten. Mit Hilfe ökonomischer Modellrechnungen kommt es dabei zu dem Ergebnis, daß schon die Anwendung der wichtigsten verfügbaren Maßnahmen (Freigabe des Franc-Kurses, zeitlich begrenzte und selektive Importbeschränkungen sowie Bardepots auf die Importe) die französische Handelsbilanz im Jahre 1982 um mindestens 50 Mrd. Franc entlastet hätte. Da der Regierung neben den untersuchten noch weitere Maßnahmen zur Verfügung standen, den hohen Importsog der französischen Wirtschaft zu begrenzen, legt die Studie des Plankommissariats zweifellos die Schlußfolgerung nahe, daß der Weg in die Sackgasse bei einer offensiven Außenwirtschaftspolitik hätte vermieden werden können. Diese Schlußfolgerung erscheint uns jedoch in mehrfacher Hinsicht als spekulativ: So muß zunächst auf den notwendig begrenzten Erkenntnisgehalt ökonomischer Modellrechnungen hingewiesen werden, deren Ergebnisse lediglich als Tendenzaussagen zu interpretieren sind. Zudem ist die Effizienz außenwirtschaftlicher Schutzmaßnahmen einer binnenorientierten Beschäftigungspolitik aufgrund des hohen Integrationsgrades der Weltwirtschaft zwangsläufig eingeschränkt. Multinationale Konzerne haben genauso wie das internationale Geldkapital einige Möglichkeiten, entsprechende Maßnahmen — insbesondere Kapitalverkehrskontrollen — zu unterlaufen. Auch muß sich eine Abwertungspolitik wegen erheblicher perverser Effekte (Verteuerung nicht substituierbarer Importgüter) oftmals als zwiespältig erweisen. Angesichts dieser Einwände sollte die Studie des Plankommissariats lediglich als Beleg dafür genommen werden, daß der französischen Regierung im außenwirtschaftlichen Bereich *ein gewisser* Handlungsspielraum zur Absicherung ihrer Konjunkturpolitik gegeben war. Damit aber kann aus den französischen Erfahrungen von 1981/82 keinesfalls die These von der Unmöglichkeit keynesianischer Politik in Frankreich abgeleitet werden. Das weitgehende Scheitern des Konjunkturprogramms legt allerdings eine andere, durchaus verallgemeinerbare Schlußfolgerung nahe: Aufgrund der zunehmenden weltwirtschaftlichen Integration hat eine im nationalen Alleingang praktizierte Nachfragepolitik kaum mehr Erfolgsaussichten, wenn nicht zugleich eine offensive außenwirtschaftliche Absicherung versucht wird.

Gegen diese Auffassung mag sicherlich vorgebracht werden, eine offensive Außenwirtschaftspolitik hätte zwar konzipiert, aufgrund drohender Vergeltungsmaßnahmen von seiten der französischen Handelspartner allerdings politisch gar nicht durchgesetzt werden können. Ein solcher Einwand verkennt jedoch zweierlei: Zum einen wird übersehen, daß nahezu alle Industrieländer ihre Industrie in wettbewerbsschwachen Bereichen vor der ausländischen Konkurrenz abzuschirmen versuchen. Frankreich hätte folglich mit entsprechenden Maßnahmen den international üblichen Rahmen protektionistischer Regelungen kaum überschritten (auch Kapitalverkehrskontrollen wurden bereits mehrfach praktiziert). Zum anderen wird nicht bedacht, daß aufgrund der hohen Weltmarktverflechtung ein *internationaler Wirtschaftskrieg* auch auf die Angreifer potentiell negative Rückwirkungen haben kann, »weil dann Absatzmärkte und Investitionen im Ausland auf beiden Seiten bedroht wären« (Anderson u.a. 1984, S.847). Schon von daher wäre die französische Regierung Drohungen von seiten ihrer Handelspartner wohl kaum hilflos ausgeliefert gewesen.

*Zu 2:* Seit dem Frühsommer 1982 praktiziert die sozialistische Regierung eine traditionelle Deflationspolitik, um den außenwirtschaftlichen Druck über die Kontraktion der französischen Binnennachfrage und die Verbesserung der Exportfähigkeit der nationalen Unternehmen zurückzudrängen. Ein erster Höhepunkt dieser *neuen* Strategie war die Verfügung eines allgemeinen Lohn- und Preisstopps für das dritte Quartal des Jahres 1982. Es

folgten die Aufhebung der Lohn-Preis-Indexierung sowie schließlich zwei *Härtepläne* (plans de la rigueur), in denen sich die Regierung unter bewußter Hinnahme einer drastischen Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums das Ziel setzte, die französische Inflationsrate deutlich zu senken und die Handelsbilanz bis Ende 1985 wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Zweifellos zeigt diese Strategie erste Früchte. Die Inflationsrate konnte von über 13% im Jahre 1981 auf 6,7% im Jahre 1984 reduziert werden. Zudem ist es gelungen, das Rekordaußenhandelsdefizit von 1982 (93 Mrd. Franc) bis auf nurmehr 20 Mrd. Franc 1984 abzubauen. Ausschlaggebend für diese Erfolge ist die Umkehrung des Konjunkturgefälles zwischen Frankreich und seinen Handelspartnern: »Infolge der verstärkten Austerität hat Frankreich weniger im Ausland gekauft, während die nationale Industrie ihre Produktion verstärkt auf die sich belebenden Auslandsmärkte ausgerichtet hat.« (Le Monde, 27.3.84) Allerdings muß bezweifelt werden, ob unter den gegenwärtigen konjunkturellen Rahmenbedingungen auch eine strukturelle Verbesserung der französischen Handelsbilanz möglich ist, wie es die Regierung immer wieder betont. Die Substitution der auch in konjunkturellen Abschwungsphasen hohen Importe durch inländische Produktion hat eine weitreichende Restrukturierung der französischen Industrie zur Voraussetzung, die ihrerseits an eine Belebung der nationalen Investitionstätigkeit gebunden ist. Genau eine solche Belebung wird aber durch die gegenwärtige Deflationspolitik stark behindert. Zwar ergreift die Regierung zunehmend Maßnahmen, die den Unternehmen die für die Modernisierung ihres Produktionspotentials erforderlichen Mittel in die Hand geben soll (massive Gewerbesteuerenkungen, Stabilisierung der unternehmerischen Sozialbeiträge, Ausweitung der indirekten Subventionen etc.). Doch kann diese angebotsorientierte Strategie kaum erfolgreich sein, da sie die zentrale Bedeutung der Ertrags Erwartungen in den unternehmerischen Investitionskalkülen verkennt. Dies verweist auf den Grundwiderspruch einer jeden Angebotspolitik: Die Maßnahmen zur kostenmäßigen Entlastung der Unternehmen haben nämlich meist zugleich auch den (unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten gerade gewünschten) Effekt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu beschneiden und müssen deshalb die Produktions- und Investitionstätigkeit von der Absatzseite her in Frage stellen. Die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs seit 1983 liefert denn auch eine fast lehrbuchmäßige Illustration der Negativeffekte, die eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit sich bringen muß. Während die Produktion in zahlreichen Branchen aufgrund der verschlechterten Absatzmöglichkeiten stagniert bzw. rückläufig ist, steigt die Arbeitslosigkeit kontinuierlich — bis auf 2,6 Mio. im Januar 1985 — an. Gleichzeitig verstärken sich die Liquiditätsschwierigkeiten vieler Unternehmen, da die mit der Verschärfung der Krise einhergehenden Gewinneinbußen offensichtlich nicht durch die kostensenkenden Maßnahmen der Angebotspolitik kompensiert werden können. Die Zahl der Konkurse hat sich 1984 gegenüber dem vorangegangenen Jahr um fast 30% erhöht. Schließlich setzt sich auch der Desinvestitionsprozeß in der französischen Industrie weiter fort. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote ist 1984 auf den historischen Tiefstand von 19% gefallen. Damit aber zeigt sich, daß die von den französischen Sozialisten gegenwärtig praktizierte Konjunkturpolitik nicht nur zunehmend katastrophale soziale Folgewirkungen produziert, sondern wegen ihres produktions- und investitionsfeindlichen Charakters auch »in einem fundamentalen Gegensatz zu einer industriepolitischen Strategie steht, die sich die Überwindung der strukturellen Defizite [des französischen Produktionsapparats, d. Verf.] zum Ziel gesetzt hat« (Mazier 1983, S.10).

### 3. Die Industriepolitik der französischen Regierung nach dem Mai 1981

Die industriepolitische Strategie der PS wurde im 1980 verabschiedeten *projet socialiste* festgelegt. Die gefährliche Unterlegenheit Frankreichs in der Technologieentwicklung und die damit verbundene starke Importabhängigkeit in den meisten bedeutenden Investitionsgüterindustrien sollte durch eine Orientierung der industriellen Entwicklung am Binnenmarkt bekämpft werden. Dies bedeutete eine Absage an die *Marktlückenstrategie*, die Investitionen an den Wachstumsraten bestimmter Weltmarktsegmente orientiert und damit eine nationale Ökonomie vorrangig um die »Lücken« herum strukturiert, die ihr von den in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung übergeordneten Ökonomien gelassen werden. Das Kriterium des Aufeinanderbezogenenseins der einzelnen nationalen Sektoren und somit einer Fähigkeit zur strukturellen Rückeroberung des Binnenmarktes muß dabei dem Zufall überlassen bleiben. Es geht dem *projet socialiste* also um eine an makroökonomischen Kriterien der Reduzierung der außenwirtschaftlichen Verletzlichkeit und der Stärkung des nationalen industriellen Geflechts orientierte Beeinflussung der ökonomischen Entwicklung. Dafür wird eine rigorose Veränderung der Unternehmensstrategien im zu erweiternden öffentlichen Sektor für unabdingbar gehalten. Eine allgemeine Grundannahme des *projet socialiste* war ein notwendig enger Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und Realisierbarkeit der industriepolitischen Zielsetzungen: »In der Tat wäre es vollkommen widersprüchlich, eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen anzustreben, ohne gleichzeitig einen neuen kräftigen und differenzierten Wachstumsprozeß anzustreben.« (Parti socialiste 1980, S.183).

Ein guter Teil dieser strategischen Orientierung fand sich auch noch im *plan intérimaire* wieder: »Die Industriepolitik wird den Interdependenzen zwischen den Unternehmen, der Kohärenz der Produktionsketten sowie den Anstoß- und Diffusionseffekten des industriellen Geflechts Rechnung tragen.« (*plan intérimaire*, S.57)

Durch das Nationalisierungsgesetz vom 11. Februar 1982 und die Erhöhung von verschiedenen staatlichen Kapitalbeteiligungen wurden die Unternehmen CGE, Saint-Gobain, PUK, Rhône-Poulenc, Thomson-Brandt, Usinor, Sacilor, Dassault-Bréguet, Matra, CGCT, LCT, CII-Honeywell-Bull, 39 Banken und zwei Finanzierungsgesellschaften nationalisiert. Nunmehr gehören von den 20 größten französischen Unternehmen 13 zum öffentlichen Sektor. Inklusive Energiesektor arbeiten 24% der in der Industrie Beschäftigten im öffentlichen Sektor, werden 32% des Umsatzes und 60% der Energie- und Industrieinvestitionen im öffentlichen Sektor realisiert (vgl. Stoffaes 1983, S.203). Ohne den Energiesektor erreicht der öffentliche Sektor nur 16,7% der Beschäftigten (INSEE, Basisjahr 1979) und 31,3% der Investitionen (STISI, Basisjahr 1981). Bedeutender erscheint der Anteil des nationalisierten Sektors bei den Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten, wo er bei den Indikatoren Umsatz und Beschäftigung jeweils fast die Hälfte erreicht, und bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben, wo die nationalisierten Unternehmen etwa 60% aufbringen. Der öffentliche Sektor nach den Nationalisierungen von 1982 entspricht in etwa den im *programme commun* von 1972 vorgesehenen Nationalisierungen (vgl. Le Pors 1977, S.213). Dabei muß allerdings die sektorielle Präsenz als unterschiedlich bezeichnet werden. In keiner der für die technologische Entwicklung zentralen Branchen hat der öffentliche Sektor eine dominante Stellung (mehr als 50% des Umsatzes), in einigen dieser für die Bestimmbarkeit der Entwicklung der industriellen Strukturen besonders bedeutenden Branchen aber immerhin eine bedeutende Stellung (zwischen 10 und 50% Umsatzanteil). So liegt beispielsweise der Anteil des nationalisierten Sektors in der Elek-

tronikindustrie bei 40%. Als eine bedeutende Lücke in der Präsenz des öffentlichen Sektors muß der marginale Anteil am Maschinenbau, insbesondere am Werkzeugmaschinenbau, angesehen werden. Trotz dieser Probleme kann unseres Erachtens der erweiterte öffentliche Sektor als zunächst ausreichende Grundlage zur gesamtgesellschaftlichen Beeinflussbarkeit der industriellen Entwicklungsrichtung angesehen werden (hierzu genauer: Steinacker/Westphal 1985, S.401ff.).

Die industriepolitische Programmatik der PS sah vor, daß die neue, im nationalen Plan (dem *plan intérimaire* und dem 9. Plan) festgelegte industriepolitische Strategie durch *Planverträge*, die zwischen der Regierung und den Verwaltungsräten der einzelnen nationalisierten Unternehmen abgeschlossen werden, in die konkreten Unternehmenspolitiken umgesetzt werden sollte. Diese Planverträge sollten den Entscheidungsrahmen festlegen (z.B. Beitrag des nationalisierten Unternehmens zur Stärkung des nationalen industriellen Geflechts und der Beschäftigungsentwicklung), während in diesem Rahmen die einzelnen nationalisierten Unternehmen die Geschäftsführungsautonomie (*autonomie de gestion*) behalten sollten.

Welches waren nun die Grundlinien der industriepolitischen Praxis, die bezüglich des nationalisierten Sektors erst Ende 1982 beginnen konnte, als die Nationalisierungsprozeduren und die teilweise notwendig gewordenen Unternehmensumgruppierungen (Stahl-, Chemie-, Elektronikindustrie) abgeschlossen waren, zu einer Zeit also, in der die konjunkturpolitische Wende bereits vollzogen war? Wir müssen uns an dieser Stelle auf drei Beispiele aus der Elektronik-, der Stahl- und der Werkzeugmaschinenindustrie beschränken.

Der nationalisierte Computerkonzern *Bull* war ein Tochterunternehmen der amerikanischen Honeywell-Gruppe, die zunehmend die technologischen Kompetenzen in den USA angesiedelt hat. Das industriepolitische Ziel der Rückeroberung des Binnenmarktes und eines organischen Zusammenwirkens der Produktionsprozesse der gesamten französischen Elektronikbranche erforderte eine weitgehende Neuentwicklung von Modellreihen in allen Kategorien (Mikro-, Mini- und Großcomputer), die die alten und disparaten Modellreihen ersetzen können. Nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre läßt sich sagen, daß entgegen dem großen propagandistischen Aufwand die Subventionen und Eigenkapitalerhöhungen des Staates für die Elektronikunternehmen bei weitem ungenügend geblieben sind, um die notwendigen Investitionen und Forschungsprojekte realisieren zu können. Ein entscheidender Schlag gegen die Beherrschung des französischen Marktes durch ausländische Konzerne, welches der eigentliche industriepolitische Einsatz ist, konnte daher nicht verzeichnet werden.

Die Politik der Regierung bezüglich der *Stahlindustrie* läßt sich in zwei Phasen einteilen: 1981 zog Mitterrand mit der Zusicherung in den Wahlkampf, daß man die Stahlindustrie nicht aufgeben würde und daß das Beschäftigungsniveau konstant bliebe. Trotz der sich weiter zuspitzenden europäischen Stahlkrise wurde zweieinhalb Jahre lang ein fast vollständiger Attentismus bezüglich Umstrukturierungsmaßnahmen und Konversionsprojekten praktiziert (von der CGT und der PC wurden während dieser Zeit verschiedene Projekte vorgeschlagen, in Betrieben, die Produkte mit einer stark rückläufigen Nachfrage herstellen, Ersatzproduktionen einzuführen). Erst um die Jahreswende 1983/84 wurde die völlige Kehrtwendung eingeleitet, die mit Stilllegungen, Kapazitätsreduzierungen und Streichung von notwendigen Erneuerungsinvestitionen nicht nur katastrophale beschäftigungspolitische Folgen hatte, sondern auch in hohem Maß verschiedene regionale ökonomische Geflechte zerstört hat. Die mit den Unternehmen Sacilor und Usinor abgeschlossenen Planverträge enthalten jedoch die Verpflichtung, das Beschäftigungsniveau und die

regionalen ökonomischen Gleichgewichte zu erhalten. Am Beispiel der Stahlindustrie (mit großer Dominanz des öffentlichen Sektors) läßt sich der Verzicht der Regierung zur wirkungsvollen Anwendung des Instrumentariums der Planverträge aufzeigen.

Im Bereich der dominant mittelständig und privatwirtschaftlich organisierten Werkzeugmaschinenindustrie wurde der ambitionierte *Werkzeugmaschinenplan* (plan machine-outil) aufgelegt. Er sah die Schaffung größerer und wettbewerbsfähigerer Einheiten durch Unternehmensumgruppierungen vor, die durch Verträge zwischen Staat und den betroffenen Unternehmen initiiert werden sollten. Daneben sollte die Qualifikation der Arbeitskräfte in diesem Bereich und die technologische Entwicklung, vor allem die Integration der Mikroelektronik in den Maschinenbau, die in Frankreich sehr wenig fortgeschritten ist, bewerkstelligt werden. Das Haupthindernis für eine erfolgreiche Umstrukturierung der Werkzeugmaschinenindustrie war zweifellos die Schwäche der Binnennachfrage nach Werkzeugmaschinen. 1982 ist diese im Vergleich zu 1981 um 20% zurückgegangen, die Deckungsrate der Binnennachfrage nach Werkzeugmaschinen durch nationale Produkte von 42,5 auf 39% gesunken. 1983 ist die Zahl der Konkurse in dieser Branche stark angestiegen. Der Werkzeugmaschinenbau wurde so zum Symbol der Hilflosigkeit der staatlichen Industriepolitik bezüglich einer dominant privatwirtschaftlich organisierten Branche in einer Zeit des konjunkturellen Abschwungs.

Schon nach diesen wenigen Einblicken in die industriepolitische Praxis lassen sich einige generelle, auch auf andere Branchen anwendbare Folgerungen ableiten:

1. Seit dem Frühjahr 1982 ist die Konjunkturpolitik in Widerspruch zu den ursprünglichen industriepolitischen Zielen getreten. Der Werkzeugmaschinenbau hat als Beispiel für dominant privatwirtschaftliche Branchen gezeigt, daß es ohne die notwendige Investitionsneigung der Anbieter und der unternehmerischen Nachfrager keine ausreichende Grundlage zu einer Modernisierung des gesamten nationalen Produktionsapparates gibt. Der genannte Widerspruch hat sich auch in der Form der Budgetrestriktion auf die nationalisierten Unternehmen niedergeschlagen, die weder durch ausreichende staatliche Unterstützung noch durch eine wachsende Nachfrage nach Investitionsgütern auf dem Binnenmarkt gestützt worden sind.

2. Unter diesen Bedingungen gilt sowohl für die privaten wie für die nationalisierten Unternehmen, daß die finanzielle Situation es tendentiell ausschließt, eine an gesamtgesellschaftlichen Kriterien orientierte Unternehmenspolitik zu betreiben. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen bleibt weiterhin an der *Marktlückenstrategie*, d.h. am Wachstum der entsprechenden Weltmarktsegmente orientiert. Notwendig großdimensionierte Forschungs- und Entwicklungs- sowie Investitionsprojekte, die für eine Verbesserung der intersektoralen Kohärenz des französischen Produktionsapparates und damit für eine Verbesserung der Fähigkeit zur Befriedigung der Binnennachfrage unumgänglich sind, mußten zugunsten von kurzfristig rentablen Projekten aufgegeben werden. Dieser Zusammenhang widerlegt auch die These, daß der öffentliche Sektor durch die staatlichen Zuschüsse davon abgehalten wird, aus eigener Kraft eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und so die teilweise erheblichen Defizite der nationalisierten Unternehmen abzubauen zu können. Der Widerspruch zwischen Konjunktur- und Industriepolitik und die angesichts der bedrohlichen Position Frankreichs innerhalb der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung ungenügende staatliche Finanzierung verhindern vielmehr grundlegend die Realisierung der industriepolitischen Ziele.

3. Im Herbst 1983 hat der damalige Industrieminister Fabius die nationalisierten Unternehmen dazu verpflichtet, bis 1986 das betriebswirtschaftliche finanzielle Gleichgewicht

wiederherzustellen. Damit wurde auch im industriepolitischen Diskurs die Wende nachvollzogen, die der Wechsel der konjunkturpolitischen Strategie nahegelegt hat: Die Aufgabe der makroökonomisch orientierten Versuche der Umgestaltung der Unternehmensstrategien vor allem der nationalisierten Unternehmen zur Rückbesinnung auf die kurzfristige finanzielle Rentabilität, die mit dem größtmöglichen Nutzen für die Allgemeinheit gleichgesetzt wird. Der Wechsel des Diskurses ging auch mit dem Ministerwechsel von Jean-Pierre Chevènement zu Laurent Fabius im März 1983 einher. Seit dem Sommer 1983 ist die Zielsetzung der Orientierung der industriellen Entwicklung auf den Binnenmarkt und die Errichtung von intersektoriellen Komplementaritäten vollkommen aus dem industriepolitischen Diskurs verschwunden. An deren Stelle steht jetzt die Propagierung der staatlichen Entwicklungsförderung sogenannter *diffundierender Technologien* (durchdringender Technologien), die vermittelt über am Markt nachgefragte Investitionsgüter die schrittweise Modernisierung der Volkswirtschaft einleiten können. Damit hat sich das industriepolitische Programm in etwa der technologiepolitischen Konzeption der deutschen Sozialdemokratie angenähert, die paradigmatisch bei Volker Hauff und Fritz Scharpf (*Die Modernisierung der Volkswirtschaft* 1975) zu finden ist. Der Staat hat sich demnach auf die Förderung und Steuerung der Forschung und Entwicklung zu beschränken, während der gesamte Prozeß der betrieblichen Einführung des technischen Fortschritts den Marktgesetzen überlassen bleibt. Der nationalisierte Sektor als bedeutendste industriepolitische Errungenschaft der französischen Linken ist damit gleichzeitig einem progressiven Bedeutungsverlust unterworfen.

Der Verzicht der Regierung, die Planverträge als Mechanismus der Durchsetzung des nationalen Plans anzuwenden, um eine Umorientierung der einzelnen Unternehmensstrategien zu erzielen, findet seine Entsprechung darin, daß die Reform der Arbeiterrechte durch die *Auroux-Gesetze* und das *Gesetz zur Demokratisierung des öffentlichen Sektors* keine effektive Kontrollkompetenz der Beschäftigten gegenüber den Unternehmensleitungen geschaffen hat. Während die *Auroux-Gesetze* für den privaten Sektor lediglich einige fundamentale Defensivrechte der Arbeiter ausweiten, wobei sie immer noch um einiges hinter dem bundesdeutschen Betriebsverfassungsgesetz zurückbleiben, sichert das *Gesetz zur Demokratisierung des öffentlichen Sektors* den Beschäftigten immerhin ein Drittel der Sitze im Verwaltungsrat, der die strategischen Linien der Unternehmenspolitik festlegt. Allerdings hat sich der Staat die Möglichkeit geschaffen, die anderen zwei Drittel zu ernennen (ein Drittel wird direkt als Staatsvertreter benannt und ein Drittel wird von der Regierung aus Vertretern bedeutender sozialer Organisationen ausgewählt). Von einer realen Entscheidungsbefugnis der Beschäftigten eines nationalisierten Unternehmens bezüglich so grundlegender Fragen wie Arbeitsbedingungen, Personalpolitik usw. kann also keine Rede sein. Damit bleibt die Reform der Arbeiterrechte nicht nur weit hinter der Programmatik im *programme commun* oder im *projet socialiste* zurück, sondern wurde auch als notwendiges Instrument zur Mobilisierung der Massen, als Anreiz zum Sich-Einmischen in die Strategie des eigenen Unternehmens und damit auch der Industriepolitik insgesamt nicht genutzt. So kann es nicht verwundern, daß eine im Frühjahr 1984 gemeinsam von PC und PS geführte Kampagne zur Propagierung der genannten Gesetze auf ein unerwartet starkes Desinteresse der Arbeiter stieß.

#### 4. ... und der Anfang eines neuen

Mit dem Scheitern der Koalition von PS und PCF ist ein hegemoniefähiges Linksbündnis

in Frankreich für einen bedeutenden historischen Abschnitt, wenn nicht vollkommen unmöglich, so doch höchst unwahrscheinlich geworden. Unsere Analyse läßt es jedoch nicht als gerechtfertigt erscheinen, von einem *Scheitern des linken Projektes* zu sprechen, das grob mit den strategischen Komponenten des *projet socialiste* umrissen werden kann. Die Rede von einem Scheitern in diesem Zusammenhang würde voraussetzen, daß zumindest der offensive und kontinuierliche Versuch einer Umsetzung des *projet socialiste* unternommen worden wäre. Davon kann jedoch keine Rede sein: Nach dem begrenzten Erfolg der Beschäftigungs- und Einkommenspolitik in der keynesianischen Phase der Wirtschaftspolitik kam die Wende zur Angebotspolitik. Die mit dieser Wende verbundene Stagnation der Massenkaufkraft wurde als die einzig mögliche Politik zur Reduzierung des Außenhandelsbilanzdefizites dargestellt. Der Ausspruch des Freihandelsdogmatikers Delors, »eine andere Politik ist nicht möglich«, wurde zum geflügelten Wort der Regierungspropaganda. Doch die so erzielte konjunkturelle und nicht strukturelle Verbesserung der Außenhandelsbilanz wurde teuer erkauft. Nicht nur der sich im Verlauf der Jahre 1983 und 1984 beschleunigende Anstieg der Arbeitslosenquote, sondern auch der zunehmende Widerspruch zwischen Konjunktur- und Industriepolitik mußten eine Regierung immer unglaubwürdiger machen, deren höchste Ziele einmal die Verbesserung der Beschäftigungssituation und die Initiierung eines auf die Nachfragestruktur des Binnenmarktes ausgerichteten Investitionsaufschwunges gewesen sind. Der politische Zyklus der Herausbildung eines hegemoniefähigen Projektes einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung ist durch die Politik der sozialistischen Partei in zunehmendem Maße unmöglich gemacht worden. — Aber wie konnte es überhaupt zu einer Situation kommen, in der die Repräsentanten der Neoklassik es schafften, das Außenhandelsbilanzdefizit als evidenten Argument für ihre Politik zu beanspruchen? Entgegen der weitverbreiteten Position, daß die Naivität der Keynesianer den Weg in die Sackgasse eröffnet hat, muß darauf verwiesen werden, daß die unter den gegebenen französischen Bedingungen katastrophalen Folgen einer Vereinigung von Keynesianismus und Freihandelsdogma bekannt waren. »Wenn es Naivität gegeben hat, war sie weniger ökonomisch als politisch.« (J.-P. Chevènement 1983, S.35) Es war die Naivität derjenigen, die meinten, die widersprüchlichen Interessen, die sich innerhalb der beiden Regierungsparteien entwickelt hatten, zeitweilig durch einen naiv-keynesianischen Diskurs versöhnen zu können.

Die Analyse der Entwicklung der wirtschaftspolitischen Programmatik der PS ergibt, daß sich seit Mitte der siebziger Jahre innerparteilich zunehmend angebots- und weltmarktorientierte Strömungen herausgebildet hatten, die schon damals die Unmöglichkeit einer nachfrageorientierten Politik für Frankreich behaupteten. Diese Entwicklung vollzog sich, obwohl wesentliche Teile der Parteiführung offiziell weiterhin am *programme commun* festhielten, dessen zentraler Stützpfeiler im Bereich der Wirtschaftspolitik die keynesianische Komponente gewesen ist. Angesichts der zunehmenden Divergenz zwischen den einzelnen PS-Strömungen bezüglich zentraler ökonomischer Fragen wäre es zweifellos leichtfertig, das *projet socialiste* als wirkliche strategische Grundlage der Politik der PS zu betrachten. Die einstimmige Verabschiedung des *projet socialiste* 1980 war keineswegs Ausdruck einer Hegemonie der darin verkörperten Positionen. Vielmehr reflektierten sich in diesem Abstimmungsergebnis politisch-taktische Überlegungen verschiedener Parteiströmungen, die damals entweder nicht mehr oder noch nicht zur Durchsetzung eines angebotsorientierten Programms in der Lage waren.

Die spezifische Kombination von Keynesianismus und Freihandelsdogma muß vor diesem Hintergrund vorrangig durch zwei Faktoren erklärt werden: Zum einen erlaubte das

politische Kräfteverhältnis innerhalb der PS und zwischen PS und PC noch keine offene Umorientierung auf angebots- und weltmarktorientierte Positionen — der keynesianische Diskurs konnte noch als politischer »Kitt« der zunehmend disparaten Strömungen innerhalb der französischen Linken dienen. Zum anderen erlaubte der keynesianische Diskurs der Regierung das Agieren in der Form der Stellvertreterpolitik: Nachdem mit dem Scheitern der Aktualisierungsverhandlungen zum *programme commun* 1977 auch die linke Bewegung erheblich an Hegemoniefähigkeit verloren hatte, war der Wahlsieg von 1981 mit der schweren Hypothek belastet, eher Ausdruck einer Negativkonstellation angesichts der katastrophalen Folgen Giscard'scher Politik als mehrheitlich erklärter Wille zur sozialistischen Transformation zu sein. Unter diesen Bedingungen hätte die Realisierung des *projet socialiste* die Initiierung einer Massenbewegung erfordert, die sich gegen die Inkohärenz zwischen Konjunktur- und Industriepolitik und damit für ein Vorantreiben eines wirklich alternativen ökonomischen Entwicklungsweges einsetzt.

Doch warum sind die angebots- und weltmarktorientierten Kräfte innerhalb der PS im Vorfeld des Wahlkampfes von 1981 nicht offensiver gegen eine Politik aufgetreten, von deren katastrophalen Folgen sie überzeugt waren? Ohne in eine intentionalistische Betrachtungsweise zu verfallen, kann festgestellt werden, daß das Scheitern einer nicht hinsichtlich der spezifischen Stellung Frankreichs innerhalb der internationalen Arbeitsteilung abgesicherten keynesianischen Strategie objektiv den Repräsentanten der Neoklassik genützt hat. Die wirtschaftspolitische Wende hat es auch verstanden, eine ideologische Wende herbeizuführen: Die nahegelegte »Erkenntnis«, daß mit dem Keynesianismus der ersten Phase *jeder Ansatz* diskreditiert sei, der auf keynesianische Elemente zurückgreift, hat sich in Frankreich mehr und mehr durchgesetzt und bildet zunehmend eine der ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen der Mehrheit der PS-Regierungsmitglieder und der bürgerlichen Opposition. Damit rückt aber auf der wirtschaftspolitischen Ebene die Möglichkeit eines neuen Bündnisses in Sicht. Angesichts der tendenziellen Unmöglichkeit für die PS, nach den Parlamentswahlen von 1986 allein oder gemeinsam mit den Kommunisten zu regieren, liegt eine Verbindung mit der UDF oder mit Teilen der UDF im Bereich des Möglichen. Gegen die Wahrscheinlichkeit eines solchen Bündnisses spricht allerdings nicht nur der (dann noch radikalere) Identitätsverlust der PS als sozialistischer Partei, sondern auch das Kalkül der rechten Opposition, die Regierungsmacht erst 1988 mit den Präsidentschaftswahlen übernehmen zu wollen, wenn das Image der Sozialisten noch mehr verschlissen ist. Jenseits aller an dieser Stelle verfehlten Prognostik ist jedoch der Aspekt hervorzuheben, daß die Wirtschaftspolitik der PS eine Konstellation herbeigeführt hat, die eine solche Koalition mit einer bürgerlichen Partei möglich und von einem eingeschränkten machttaktischen Standpunkt aus sogar notwendig gemacht hat.

### Literaturverzeichnis

- Anderson, Perry/Fröbel, Volker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto, 1984: Politik des radikalen Realismus, in: *Das Argument* 148, S.831ff.
- Chèvènement, Jean-Pierre, 1983: Interview, in: *En Jeu* Nr.5, S.35ff.
- Hauff, Volker/Scharpf, Fritz W., 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft, Köln/Frankfurt/M.
- Le Pors, Anicet, 1977: Les béquilles du capital, critères de nationalisation, Paris
- Mazier, Jacques, 1983: Redresser la barre sans Barre, in: *En Jeu* Nr.2, S.7ff.
- Parti socialiste (Hrsg.), 1980: *Projet socialiste — pour la France des années 80*, Paris
- Plan intérimaire, 1981: *Stratégie pour deux ans 1982 - 1983, projet de la loi*, Paris
- Steinacker, Max/Westphal, Andreas, 1985: Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich — Vom projet socialiste zur sozialdemokratischen Modernisierung der Volkswirtschaft, Berlin/West
- Stoffaas, Christian, 1983: *Politique industrielle de la France*, in: Lattre, André de: *Les cours de droit*, Paris.

Michael Häupl

## Die SPÖ nach Hainburg

### Thesen zur Krise des politischen Systems in Österreich

Hainburg ist ähnlich wie Zwentendorf ein kleiner Ort in Niederösterreich. Einige tausend Einwohner leben hier nahe der Grenze Österreich/CSSR unmittelbar vor dem Zusammenfluß des Grenzflusses March mit der Donau. Im Gegensatz zu Zwentendorf im agrarindustriell genutzten Tullnerfeld ist die Gegend um Hainburg mit ihren weit hingezogenen Auwäldern (fast 7.000 ha) zu beiden Seiten des großen Stroms ein wirklich malerischer Flecken. Beiden zwischenzeitlich so berühmt gewordenen Orten gemeinsam ist: Ohne die (verstaatlichte) österreichische Elektrizitätswirtschaft würde sie kaum ein Mensch kennen.

Die »Zwentendorf-Story« ist bekannt, der Konflikt um ein Kernkraftwerk international verständlich und einordenbar. Das Ergebnis der Volksabstimmung von 1978 macht das AKW-Zwentendorf zum sichersten Kernkraftwerk der Welt. Sozialpartner und SPÖ verlieren diese Volksabstimmung und Kreisky wird wenige Monate später bei den Nationalratswahlen 1979 für eine dritte Legislaturperiode mit einer noch größeren absoluten Mehrheit ausgestattet. Mehr als sechs Jahre später versuchen die Sozialpartner — eifrig von der SPÖ unterstützt — noch immer, diese »politische Scharte« auszumerzen, womit garantiert ist, daß der Bekanntheitsgrad von Zwentendorf erhalten bleibt.

Aber was ist mit Hainburg? Die Österreichische Donaukraftwerke AG (DOKW) hat gemäß den Beschlüssen des Donauausbaukonzepts die Planung eines neuen Kraftwerkes (360 MW/2075 GWh) eingereicht, die entsprechenden behördlichen Bewilligungen wurden erteilt, der Bau hätte beginnen können. Welcher AKW-Gegner, welcher »Linke« usw. kann schon etwas gegen den Ausbau der Wasserkraft haben?

Und dennoch führte der Versuch der Realisierung dieses Kraftwerkvorhabens im östlichsten Teil Österreichs zu einer der schlimmsten politischen Krisen dieser an Krisen wahrlich nicht armen Bundesregierung, der politischen Parteien, der Sozialpartner, ja des politischen Systems in Österreich schlechthin. Was ist da passiert? — Der bescheidene Versuch einiger unvollständiger Thesen dazu:

1. Zum Sachbereich: Die österreichische Elektrizitätswirtschaft ist nicht mehr in der Lage, selbst Wasserkraftwerksprojekte außer Streit zu stellen, da sie in bürokratischer Selbstgefälligkeit und Arroganz nicht nur die Gesprächsfähigkeit mit ökologisch-orientierten Wissenschaftlern und Organisationen verloren hat, sondern mit ihrer Form politischen Agierens das Primat der Politik vor der Verwaltung generell in Zweifel zieht. Das eingereichte Projekt belegt, daß mit Ausnahme der Sicherung der Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg, auf keinerlei Vorschläge der Ökologen eingegangen wurde. Die Notwendigkeit der Erteilung von naturschützerischen und wasserrechtlichen Auflagen in den behördlichen Bescheiden — deren Einhaltung selbst von den technischen Möglichkeiten hier ernsthaft angezweifelt werden kann — belegen diese Thesen. Ebenfalls unausdiskutiert bleibt die Frage der energiepolitischen Notwendigkeit: Ungeklärt die Schätzungen der künftigen Elektrizitätsbedarfsentwicklung in Österreich, ungeklärt die daraus resultierenden Schlüsse über Produktionsplanung und -kontrolle. Alle bisherigen Diskussionen über Energiesparen, bessere Energienutzung, Möglichkeiten der alternativen Energieproduktion werden zwar im neuen Energieplan der Bundesregierung lobenswerterweise zumindest angesprochen, finden jedoch in der aktuellen Sachauseinandersetzung um das geplante Wasserkraftwerk bei Hainburg keine Berücksichtigung.

2. In den letzten Jahren kam es, trotz verschiedentlicher Teilerfolge, zu einer stetigen Steigerung der realen und materiellen Probleme (Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Abbau des Sozialstaates usw.). Die Politik präsentierte sich dem Großteil der Staatsbürger vermittels der Medien jedoch überwiegend als Abfolge von Korruptionsskandalen, Privilegienakkumulation, Androsch-Affäre ohne Ende, Arroganz gepaart mit Hilflosigkeit der Mächtigen usw. Sorge, Angst und Unmut verstärkte sich, trotzdem die Meinungsforscher zum Jahreswechsel größere Zuversicht und größeren Optimismus in der Bevölkerung orten. Die Emotionen der Gesellschaft polarisieren sich.

3. Die enorme Solidarisierung innerhalb der Gesellschaft für die »Au-Besetzer« (insbesondere nach den — auch bei anderen Gelegenheiten in Österreich beobachtbaren — Prügeltagen der Exekutive im Gebiet der sogenannten »Stopfenreuther-Au« am 19.12.1984 signalisiert nicht nur den Medienerfolg reaktionärer Zeitungen, sondern insbesondere den Unmut und die Unzufriedenheit jüngerer Bevölkerungsteile mit höherem Bildungsniveau mit der herkömmlichen »Form des Politikmachens« in Österreich.

4. Die »Hainburg-Bewegung« wird daher folgerichtig von Kräften des Bildungsbürgertums getragen, jenen künftigen oder derzeitigen »Kopfarbeitern« also, die einerseits kennzeichnend für die in Österreich sehr starke konservativ dominierte Strömung in der »Grünen-Bewegung« sind, andererseits aber auch ergänzt um jene Teile, die in Zeiten der welt-offenen Liberalität der SPÖ und unter ökonomischen Prosperitätsbedingungen Teile des fortschrittlichen Blocks waren. Diese Bewegung konstituiert sich vordergründig »eindimensional« und »negativistisch«, d.h. ihr Primärziel ist die Verhinderung der Zerstörung eines Teils des Auwaldes durch den Kraftwerksbau, ihr politisches Programm reduziert sich auf die Ablehnung »etablierter Politik«, auf »die da oben« und auf die Ablehnung des bisherigen gesellschaftlichen Grundkonsenses auf der Basis der materiellen Wachstumsorientierung, weil einerseits ein Großteil der Mitträger nicht an materiellen Sorgen leidet und andererseits ein großes radikaldemokratisches Bedürfnis besteht.

5. Die SPÖ hat durch gesellschaftliche Überbaureformen und durch die Besetzung gesellschaftlicher Machtpositionen einiges in der österreichischen gesellschaftlichen Wirklichkeit verändert, vor allem sich selbst. Die SPÖ ist keine reine Arbeiter- oder Arbeitnehmerpartei mehr und daher auch keine Bewegung mit eindeutigen Kampfzielen. Die Auseinandersetzungen innerhalb der SPÖ sind folgerichtig nicht nur auf subjektive Momente zurückzuführen, sondern spiegeln die jeweiligen Interessen der verschiedenen politischen und sozialen Gruppierungen wider. Der Führung der Partei wird damit die Funktion des sozialen Interessenausgleichs zugewiesen, wobei durch die enge personelle Kopplung Parteiführung/Regierung auch über die Sozialpartnerinteressen hinausgehende Kompromisse mit dem »Koalitionspartner« (Stop der Reformen im Rechtsbereich, Abfangjägerankauf, Zeitsoldaten und unerträglicherweise auch den Schutz eines Verteidigungsministers, der einen entlassenen Kriegsverbrecher persönlich in seiner »Heimat« willkommen heißt). Die SPÖ bietet in diesem Konzept allerdings keinen Platz für die Interessenvertretung stark ökologisch orientierter Menschen, sofern sie über die sozialpartnerschaftliche »Machbarkeit« hinausgehen. Sie stellt sich damit für einen Teil der Gesellschaft als ungeliebter Vertreter des gesellschaftlichen »Status quo« dar.

6. Die politischen Interessen rund um die Frage des Baus eines Wasserkraftwerkes bei Hainburg sind äußerst vielfältig. Für die (vorläufig noch verschiedenen) Parteien der »grünen Bewegung« stellt dies die erste wirkliche Möglichkeit dar, sich alleine an die Spitze einer großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu stellen, damit politisch-sympathisches Profil in der Öffentlichkeit zu gewinnen und politisch erfahrene Kader zu rekrutieren.

ren, die allerdings keineswegs »nur« aus der SPÖ kommen. Ihre Chancen auf einen Einzug in den nächsten österreichischen Nationalrat, insbesondere unter den Bedingungen einer einheitlichen Kandidatur, sind praktisch sichergestellt.

Die grundsätzlich diesen Kraftwerksbau befürwortende Position der ÖVP blieb ob ihrer inneren Zerrissenheit zwischen Wirtschaftsflügel der ÖVP und dem insbesondere in der Wiener ÖVP beheimateten »Neue Werte/Wertkonservative-Bürgertum« sowie der politisch höchst seltsamen Taktik des Verschwindens aus der politischen Öffentlichkeit seitens einzelner Landeshauptleute politisch eher kontraproduktiv. Die ÖVP wird einen Teil »ihres Anteils« am Bildungsbürgertum ebenso an die in Österreich wertkonservativ dominierten »Grünen« verlieren, wie dies »auf der anderen Seite« die SPÖ trifft. Die Hauptverlierer dieses Konflikts jedoch sind sicherlich die Sozialpartner und hier insbesondere der wesentlich mehr in der Öffentlichkeit stehende österreichische Gewerkschaftsbund. Kurz nach der Niederlage des ÖGB (bzw. eines bestimmten Teils der eher fortschrittlichen Angestelltengewerkschaft) rund um den »8. Dezember 1984« (konkret stand die Frage der Öffnungszeiten der Geschäfte am Samstag, dem 8.12.84, einem in der österreichischen Kultur hochgehaltenen christlichen Marienfeiertag, und damit die Einhaltung des Arbeitsruhegesetzes an; das zunächst interessante Bündnis Gewerkschaft/Kirche gegen Unternehmerinteressen reduzierte sich mit Zunahme des Charakters als prinzipielle Kraftprobe zwischen Unternehmer und Gewerkschaft auf einen klassischen Klassenkonflikt) wurden die Gewerkschaften in einem Teil der Öffentlichkeit zu den »Betonierern der Nation«, in einem anderen Teil als die Versager, die nicht einmal mehr ein Donaukraftwerk durchsetzen können, hochstilisiert. Diese Schwächung der Sozialpartnerpositionen sowie die — in der Zwischenzeit massiv fortschreitende — Schwächung der SP/FP-Koalition sowie das zunehmende Erstarken der »Grünen« legt bei vielen die systemimmanente Antwort der »Großen Koalition« nahe, die allein imstande wäre, Sozialpartnerpolitik bisherigen Zuschnitts, zumindest mittelfristig auch politisch abzusichern.

Diese »Systemantwort« wird zur Zeit bereits von den Medien in Österreich vorbereitet. Selbst die größte österreichische Tageszeitung, die »Kronzeitung«, die sich angesichts eines zunehmenden Schwundes junger Leser zu einer massivsten Unterstützung der Anti-Kraftwerkkampagne entschloß, kam ihrem eigentlichen Ziel, die SP-FP-Koalition zu stützen und der »Sozialpartner-Regierung« in den Sattel zu verhelfen, ein gutes Stück näher. Hintergrund dieser Überlegungen ist die vermutliche Unterstützung der Sozialpartner für die Aufhebung des ORF-Monopols, was den Kronzeitungeigentümern den angestrebten Weg ins Privatfernsehen eröffnen würde.

Die Interessen der Grünen, die Interessen der »Großkoalitionäre« in SPÖ und ÖVP, bestimmte Interessen mächtiger Medien und natürlich auch die objektiven Interessen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen treffen in einer politisch unseligen Kombination zusammen. Wie gesagt: Die politischen Interessen in diesem Fall sind äußerst vielfältig.

7. Die Linke innerhalb wie außerhalb der SPÖ steht diesen Auseinandersetzungen trotz »Zwentendorf-Erfahrung« unvorbereitet und eher hilflos gegenüber. Für die jungen Linken, insbesondere in den sozialistischen Jugendorganisationen, eröffnet sich überhaupt ein neuer Erfahrungshorizont: Sie standen nicht wie in der Friedensbewegung an der Spitze einer neuen großen Bewegung, sondern befanden sich in der Defensive. Der Zeitgeist steht nicht hinter ihnen, sondern bläst ihnen ins Gesicht. Die Gründe liegen natürlich nicht nur in den geänderten objektiven Bedingungen, wie z.B. die gesellschaftlichen Auswirkungen der ökonomischen Krise oder ähnliches, sondern eher in der beharrlichen Weige-

rung, diese Veränderungen seitens der Linken zur Kenntnis zu nehmen, möglichst nahe an der Wirklichkeit zu analysieren und darauf aufbauend, eine neue Strategie politischer Arbeit der Linken in der SPÖ zu entwickeln. Die bisherige Politik der Parteilinken stellt lediglich eine Fortschreibung der Arbeit aus der Zeit der SPÖ-Aleinregierung dar. Diese politisch-inhaltlichen Defizite bringen eine gewisse Orientierungslosigkeit in den Organisationen der Parteilinken (ebenso wie bemerkenswerterweise auch in denen der nichtkommunistischen Linken) mit sich, begleitet von Frustration, Rückzugsmentalität, Bunkerstimmung und bedauerlicherweise auch einer nicht unerheblichen Entsolidarisierung. Die vielbeschworene »Krise der Parteien« (wobei dieses Modewort auch dringlich zu analysieren wäre) ist heute wohl auch eine Krise linker Politik, linker Organisations- und Verkehrsformen.

8. Die Konsequenzen für die kritischen, linken Kräfte in der SPÖ müssen rasch, wirklich konsequent und, so weit als irgend möglich, gemeinsam gezogen werden:

a) Wir müssen zunächst ohne Selbstbetrug die derzeitige gesellschaftliche Wirklichkeit in Österreich zur Kenntnis nehmen und nicht die vor drei, fünf oder zehn Jahren.

b) Hauptkritikpunkt der künftigen Politik wird — neben den kommenden konkreten Auseinandersetzungen zum Kernkraftwerk Zwentendorf, dem Ankauf von Abfangjägern für das österreichische Bundesheer und eventuelle, jeden Tag mögliche, neue Konflikte innerhalb der SP-FP-Koalition — die Kritik einer »Sozialpartner-Regierung« sein. In einer derartigen Offensive wird unzweifelhaft an alle gesellschaftlichen Kräfte die Frage der politisch-inhaltlichen Programmatik gestellt.

c) Dennoch muß, da Alleinregierungen in Österreich auf absehbare Zeit unwahrscheinlich bleiben, eine politische Strategie für eine linke Arbeit unter Koalitionsbedingungen ausgearbeitet werden.

d) Die demokratiepolitischen Aspekte der »Hainburg-Bewegung« müssen aufgegriffen und — in Verbindung mit unseren Positionen zum wirtschafts- und ökologiepolitischen Bereich — in eine antisozialpartnerschaftliche Richtung getrieben werden. Unsere Aufgabe ist daher umfassender in einer demokratischen Erneuerung zu benennen und nicht in einem auch vordergründig noch so »fortschrittlich« erscheinenden Opportunismus.

e) Die politische Gewinnung der »Au-Besetzer« als politisches Ziel oder die Kongresse und Plenas der »Ökos« als unseren politischen Handlungsraum zu definieren, ist sinnlos. Für die Aktivisten dieser Bewegung bleiben die »Prügel von Hainburg« das vordergründig politische Kernerlebnis, welches untrennbar negativ mit der Sozialdemokratie verbunden ist. Der soziale Ansprechpartner linker Politik bleibt daher der »Arbeiterjugendliche« (auch der arbeitslose), der Arbeitnehmer, der sich aus den verschiedensten Gründen der Arbeiterbewegung verbunden fühlt, der sozial Schwache, der/die Arbeitslose usw. ebenso wie der Intellektuelle, dem die eindimensionalen Antworten herkömmlicher oder zukünftiger Art zu wenig sind und der bereit ist, an einem sozialistischen Projekt einer gesellschaftlichen Erneuerung mitzuarbeiten.

9. Das politische »rot-grüne« Projekt der linken österreichischen Sozialisten ist sicherlich einer schweren Belastungsprobe ausgeliefert — aber es ist eine der ganz wenigen positiven Hoffnungen für die Entwicklung der österreichischen Gesellschaft.

Alisan Genç

## **Rückkehrhilfe als »Integrationspolitik«**

### **Zur Ausländerpolitik der Bundesregierung**

In der Bundesrepublik Deutschland leben inzwischen rund 4,5 Millionen Ausländer. Dies ist mehr als 7% der Bevölkerung. Die Mehrheit stellen dabei nicht mehr die ursprünglichen »Gastarbeiter«, sondern deren Familienangehörige. Ein großer Teil der über eine Million Jugendlichen und Kinder sind hier geboren oder aufgewachsen.

Seit Ende 1973, als die Bundesregierung einen Anwerbestopp verfügte, hat sich damit die ausländische Bevölkerung um mehr als eine halbe Million erhöht, obwohl wegen der Energiekrise 1973/74 und der zunehmenden Arbeitslosigkeit einige hunderttausend ausländische Arbeiter mit ihren Familien zurückgekehrt sind. Mehr als zwei Drittel der Ausländer kommen aus den sogenannten typischen Anwerbestaaten, wobei die Türken mit 1.522.000 oder 34% die größte Gruppe stellen. Die zweit- und drittgrößte nationale Gruppe bilden mit jeweils 612.000 oder 13,5% die Jugoslawen und mit 565.000 oder 12,5% die Italiener. Mit 292.000 oder 6,4% folgen dann die Griechen.

Zwischen 20 und 45 Jahren, jung, ledig, räumlich mobil und für alle möglichen Anlern-tätigkeiten brauchbar, diese Kriterien mußten die Ausländer aufweisen, die im Laufe der sechziger Jahre von den Anwerbstellen der deutschen Arbeitsämter oder direkt von der Industrie rekrutiert wurden. Sie stellen bis jetzt noch die unterste Schicht der Erwerbsbevölkerung, besitzen kaum Aufstiegschancen und sind immer gefährdet, als erste entlassen zu werden. Oft führt der Verlust des Arbeitsplatzes bei ihnen dazu, daß sie aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden.

Innerhalb der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland haben sich aufgrund der nun über fast zwanzig Jahre andauernden Beschäftigung in den siebziger Jahren wesentliche strukturelle Veränderungen ergeben, die typisch für Industriestaaten mit eingewanderten bzw. langfristig seßhaft gewordenen ausländischen Minoritäten sind. Die Aufenthaltsdauer der ausländischen Arbeitsimmigranten und ihrer Familien ist gegenüber den sechziger Jahren wesentlich gestiegen und belegt die faktische vollzogene Einwanderung. Die erwartete und vorgesehene Rotation ist praktisch ausgeblieben. 1983 lebten bereits über 34% der Ausländer mehr als zehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Als Folge dieser langen Aufenthaltsdauer stieg auch der Familiennachzug der Migranten bzw. die Gründung neuer Familien, was wiederum Veränderungen in der Altersstruktur, der Erwerbstätigkeit, der regionalen Mobilität, dem Wohnverhalten und den Aufenthaltsabsichten der Ausländer bewirkte.

So kann man spätestens seit Beginn der siebziger Jahre verfolgen, daß die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland zu dem konsequenten und auch vorhersehbaren Ergebnis der faktischen Einwanderung, zumindest der langfristigen Niederlassung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland geführt hat.

Die Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in die deutsche Gesellschaft ist eine der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen der 80er Jahre für die Bundesregierung geworden, da sie den gesetzlichen Rahmen schaffen muß, innerhalb dessen sich praktische Maßnahmepolitik zur Verbesserung der Lage der ausländischen Arbeitsimmigranten und ihrer politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsrechte vollzieht.

### **Ausländerpolitik als reine Arbeitsmarktpolitik**

In den sechziger Jahren wurden bilaterale Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den jeweiligen Anwerbeländern abgeschlossen. Diese ähnelten sich alle in den Grundzügen und beinhalteten einerseits die tarifliche Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer andererseits aber auch den grundsätzlichen Vorrang Deutscher und die Verpflichtung der formlosen Rücknahme der angeworbenen Arbeitskräfte. Das Prinzip der Rotation, d.h. des periodischen Austausches der ausländischen Arbeitskräfte, war in den ersten Jahren der Ausländerbeschäftigung vorherrschend. So wurde — statistisch betrachtet — der gesamte Ausländerbestand innerhalb von drei Jahren einmal ausgetauscht.

In der Anfangsphase der Ausländerbeschäftigung beschränkte sich die Ausländerpolitik der Bundesregierung auf die zentrale Organisation der Arbeitskräftebeschaffung nach den jeweiligen Erfordernissen der Wirtschaft über die Bundesanstalt für Arbeit (Anwerbestellen in Herkunftsländern und Arbeitsvermittlung).

Die These vom Provisorium der Ausländerbeschäftigung beherrschte die sechziger Jahre. Die ausländischen Arbeitskräfte wurden als Lückenfüller im deutschen Wirtschaftsleben gesehen. Als ein langfristiges Phänomen der deutschen Gesellschaft wurden sie noch nicht wahrgenommen. Die offizielle These von der nur provisorischen Ausländerbeschäftigung wurde bis in die siebziger Jahre aufrechterhalten und diente als Rechtfertigung für unterlassene Infrastrukturmaßnahmen im sozialen Folgebereich.

### **Wahrnehmung der Ausländerproblematik**

Die Rekrutierung der ausländischen Arbeitskräfte führte 1965 zur Verabschiedung des Ausländergesetzes, das man als ein klassisches Maßnahmegesetz bezeichnen kann. Das Ausländergesetz gewährt den Ausländerbehörden einen expliziten Entscheidungs- und Ermessensspielraum, der einer gerichtlichen Kontrolle weitgehend entzogen ist. Das Ausländerrecht ist traditionell polizeilicher Herkunft und soll den Ausländer einem allgemeinen exekutivstaatlichen Eingriffsvorbehalt unterstellen und gleichzeitig generalpräventiv wirken.

Das Ausländergesetz 1965 kennt demnach keine Aufenthaltsrechte für Ausländer, sondern unterstellt sie in Verbindung mit den spezialgesetzlichen Arbeitsmarktregelungen einem praktisch unüberprüfbareren Ermessen der Behörden, dessen Interpretationsspielraum zwar von den Gerichten im Einzelfall eingeeengt, aber nicht ausgeschaltet werden kann.

Den politischen Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung begegnete die Bundesregierung im Einklang mit der Wirtschaft mit der offiziellen These vom »Nicht-Einwanderungsland«. Sie trug jedoch der tatsächlichen Entwicklung keine Rechnung: Zwar waren die ausländischen Arbeiter ursprünglich nicht mit der Absicht der Einwanderung in die Bundesrepublik gekommen, aber Existenzunsicherheit und Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern führte zu einer ständig sinkenden Rückwanderungsquote, die von 30 bis 35% zu Beginn der sechziger Jahre auf ca. 15% gegen Ende der sechziger Jahre zurückging. In dem Maße, wie sich die Arbeitsimmigranten entschlossen, längerfristig zu bleiben und ihre Lebensperspektive in die Bundesrepublik Deutschland verlagerten, nahm auch ihr Familiennachzug bzw. die Neugründung von Familien zu. Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen ausländischen Arbeiterfamilien stieg von 290.000 im Jahre 1968 auf 721.000 im Jahre 1972.

1973 verhängte die Bundesregierung einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitneh-

mer. Im gleichen Jahr veröffentlichte die Bundesregierung ein Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung. Darin wurde verkündet, daß der Arbeitsmarkt nicht mehr allein die bestimmte Rolle für die Ausländerpolitik sein soll. Ausländer, die länger in der Bundesrepublik bleiben wollen, sollen eingegliedert werden.

Diesem Wechsel in der Problemwahrnehmung der Bundesregierung folgte die Ablösung der These vom provisorischen Charakter der Ausländerbeschäftigung, die angesichts der realen Entwicklung und wissenschaftlicher Untersuchungen an Glaubwürdigkeit verloren hatte. Nun traten die sogenannten »Folgeprobleme der Ausländerbeschäftigung« in den Vordergrund. Dies führte zu der Überlegung, ob die steigenden Folgekosten ihrer Beschäftigung, schließlich aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine Ausländerbeschäftigung per Saldo unrentabel mache. Diese Überlegung ist jedoch verzerrt, denn die Anwerbung eines produktiven Gastarbeiters kostete die Bundesrepublik Deutschland keinen Pfennig. Die Ernährungs- und Ausbildungskosten wurden von den jeweiligen Absenderstaaten aufgebracht. Entsprechend höher liegt auch die Erwerbsquote bei der ausländischen Bevölkerung. 1970 lag sie mit ca. 70% wesentlich höher als die Erwerbsquote der deutschen Bevölkerung, die 43,8% betrug. Und das jährliche Pro-Kopf-Sozialprodukt eines Ausländers in der Bundesrepublik Deutschland belief sich 1970 auf 18.500 DM, das Sozialprodukt eines deutschen Einwohners wegen geringerer Erwerbsbeteiligung nur auf 10.800 DM. Selbst wenn sich diese Zahlen in den letzten Jahren wegen des ständigen Familienanzuges verschoben haben sollten, handelt es sich bei den sogenannten »Folgekosten der Ausländerbeschäftigung« doch um solche, die auch bei jeder neuen einheimischen Arbeitskraft anfallen würden.

### **Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Ausländerbeschäftigung**

Noch in der Phase der Vollbeschäftigung wurden Alternativen zur Ausländerpolitik diskutiert. Die Diskussion konzentrierte sich auf zwei Überlegungen: Entweder Rotationspolitik, d.h. man versucht, durch eine restriktive Ausländerbeschäftigungspolitik der zeitlichen Beschränkung der Aufenthalts- und Arbeitslaubnisse wieder eine hohe Fluktuation zu erzeugen, oder man kommt an Maßnahmen, die eine weitere Ausweitung der Ausländerbevölkerung verhindern und die faktisch ansässig gewordenen Arbeitsimmigranten zumindest teilweise »integrieren« nicht vorbei. Diese Überlegungen fanden ihren Niederschlag schließlich in der Vorlage eines »Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Ausländerbeschäftigung« (1973). Dieses Aktionsprogramm der Bundesregierung trägt einerseits der langfristigen Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte Rechnung, andererseits geht es von dem vorübergehenden Charakter des Aufenthaltes der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien aus. Dieser Widerspruch findet sich auch in allen nachfolgenden Papieren der Bundesregierung. Er ließ eine eindeutig auf Integration orientierte Politik nicht zu. Man einigte sich auf die Formel der »sozialverantwortlichen Konsolidierung«. Auf eine rigorose Anwendung der Rotationspolitik wurde verzichtet und gleichzeitig versucht, einen weiteren Anstieg der Ausländerzahlen zu verhindern. Die Bundesregierung erhob das Verhältnis von »Integration« und »Konsolidierung« zum tragenden Prinzip ihrer Ausländerpolitik. Die Behörden sollten durch Steuerungsmaßnahmen eine regionale Konzentration von Arbeitsimmigranten und ihrer Familien in den Ballungsgebieten oder Stadtbezirken verhindern (Zuzugssperre). Das Aktionsprogramm sah ferner für die schon länger in der Bundesrepublik lebenden Arbeitsimmigranten und ihrer Familien Verbesserungen ihrer aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Stellungen vor.

Der Beginn der Energiekrise und das Ansteigen der Arbeitslosenzahlen führten ab 1973 jedoch zu einer restriktiveren Anwendung des Ausländer- und Arbeitserlaubnisrechtes. Die Bundesregierung baute ihre Verfügungsmacht über den ausländischen Bevölkerungsteil weiter aus. Sie erließ weitere restriktive »Konsolidierungsmaßnahmen«:

- Im November 1974 wurde die Stichtagsregelung für ausländische Jugendliche eingeführt, mit der die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für jene ausländischen Jugendlichen ausgeschlossen wurde, die nach einem bestimmten Stichtag eingereist waren.
- Gleichzeitig wurde über eine verschärfte Anwendung des § 19 des Arbeitsförderungs-gesetzes die grundsätzliche Erteilung der Arbeitserlaubnis an Ausländer erschwert.
- Am 1. Januar 1975 folgte die neue Kindergeldregelung, nach der ausländische Arbeits-immigranten für ihre Kinder nur dann den gleichen Kindergeldsatz wie Deutsche erhalten, wenn sich die Kinder im Bundesgebiet aufhalten.
- Am 1. April 1975 wurde die Zuzugssperre für ausländische Familien in bestimmten Wohngebieten mit einem Ausländeranteil von mehr als 12% angeordnet.

Die restriktive Ausländerbeschäftigungspolitik hatte zwar zu einer Verringerung der Ausländerbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt geführt, die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer hatte in den Jahren 1974/75 um 600.000 abgenommen, die Erwerbsquote bei ihnen war um 26% gesunken, ihre Bevölkerungszahl jedoch wuchs bis 1982 ständig weiter und hat sich seitdem nur geringfügig verringert. Diese Entwicklung erforderte ein neues Konzept in der Ausländerpolitik. Deshalb wurde 1976 eine Bund-Länder-Kommission zur Ausländerbeschäftigung eingesetzt. Anfang 1977 hat sie ein Konzept verabschiedet, das die übliche Zerrissenheit und Widersprüchlichkeit aufweist, die bis heute für die Ausländerpolitik der Bundesregierung symptomatisch ist.

Die »Bund-Länder-Kommission« schlug die Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz (VwVAusG) vor, die im Juni 1978 in Kraft trat.

Verglichen mit den alten Regelungen stellen die neuen Verwaltungsvorschriften einen Fortschritt in der Ausländerpolitik der Bundesregierung dar. In der neueren deutschen Ausländerpolitik wird damit zum erstenmal mit der These gebrochen, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland. Die Inhaber von unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen und Aufenthaltsberechtigungen sind weitgehend den administrativen Maßnahmen der Ausländerbehörden entzogen. Die Einengung des Handlungsspielraums der Behörden findet jedoch in keinem Gesetz Ausdruck, insofern trägt auch sie nichts wesentliches zur Rechtssicherheit der ausländischen Bevölkerung bei.

### **Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern**

Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern am 10. November 1983 verabschiedet. Durch das Gesetz wird deutlich, welche rückkehrwilligen ausländischen Arbeitnehmer im Falle der Rückkehr welche Leistungen bekommen können.

Im einzelnen enthält das Gesetz folgende Regelungen: Arbeitnehmer aus Jugoslawien, Portugal, Spanien, der Türkei, Tunesien, Marokko und Korea können eine Rückkehrhilfe erhalten, wenn sie nach dem 30. Oktober 1983 in Folge der Stilllegung des ganzen Betriebes oder wesentlicher Betriebsteile oder durch Konkurs arbeitslos werden. Rückkehrhilfe können ausländische Arbeitnehmer auch erhalten, wenn sie mindestens ein halbes Jahr vor Antragstellung von Kurzarbeit betroffen waren. Allerdings ist die Rückkehrhilfe davon abhängig, daß der jeweilige Arbeitnehmer mit seiner ganzen Familie das Bundesgebiet ver-

läßt. Hierzu zählen der Ehegatte und die Kinder, denen gegenüber der Arbeitnehmer unterhaltspflichtig und sorgeberechtigt ist.

Die Höhe der Rückkehrhilfe beträgt 10.500 DM zuzüglich 1.500 DM für jedes Kind. Vom zweiten Monat der Arbeitslosigkeit an reduziert sich, wenn der Ausländer nicht ausreist, der Grundbetrag von 10.500 DM für jeden angefangenen Monat des Leistungsbezuges um 1.500 DM. Im Anschluß an Kurzarbeit um 750 DM. Spätester Ausreisetermin ist der 30. September 1984.

Hat auch der Ehepartner gearbeitet und treffen auf ihn die Voraussetzungen für die Gewährung einer Rückkehrhilfe zu, so kann er ebenfalls den Grundbetrag von 10.500 DM erhalten. Der Kinderzuschlag wird allerdings nur einmal gewährt.

Arbeitnehmer aus Jugoslawien, Portugal, Spanien, der Türkei, Tunesien, Marokko und Korea sollen bei einer Rückkehr auf Dauer über ihre staatlich vergünstigten Spareinlagen — in Form von Bausparverträgen, Sparverträgen oder vermögenswirksamen Lebensversicherungsverträgen — bereits vor Ablauf der Festlegungsfristen ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen verfügen können. Rückkehrende Ausländer, die schon nach geltendem Recht die Möglichkeit der Beitragerstattung aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, sollen vom 1. Oktober 1983 an ohne die übliche Wartezeit von zwei Jahren die auf den Arbeitnehmer entfallenden Beiträge erstattet bekommen. Arbeitgeberbeiträge werden allerdings nicht ausgezahlt. Auch eine Abfindung unverfallbarer Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung ist dann möglich, wenn die Beiträge aus der Rentenversicherung erstattet und die betrieblichen oder die tariflichen Voraussetzungen für eine vorzeitige Auszahlung geschaffen wurden.

Die Rückkehrhilfe und die vorzeitige Beitragerstattung der Rentenversicherung muß bis Ende Juni 1984 beantragt werden. Eine Ausreise ist dann noch bis Ende September 1984 ohne Schaden für den Anspruch möglich. Die Regelungen zur vorzeitigen Verfügung über Spareinlagen aller Art sowie zur Abfindung von Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung ist zeitlich unbegrenzt.

Bis Mitte Februar 1984 lagen 4.249 Anträge auf Rückkehrförderung bei den Arbeitsämtern vor. Davon waren zu dem Zeitpunkt 2.301 Vorbescheide erteilt und 1.179 Ablehnungen erfolgt. Der Rest war noch nicht entschieden.

Ende Januar 1984 lagen etwa 17.000 Anträge von Türken auf Beitragsrückerstattungen der Rentenversicherung vor. Im Februar wurden weitere 7.000 Anträge erwartet. Auch bei den Portugiesen gab es eine Steigerung bei den Anträgen auf Beitragerstattung der Rentenversicherung. Ende Januar 1984 lagen 1.000 Anträge vor, das war eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr.

Vom Oktober 1983 bis zum Stichtag, dem 30. Juni letzten Jahres, sind bei der Landesversicherungsanstalt für Ober- und Mittelfranken nach eigenen Angaben 82.000 Anträge auf Beitragsrückerstattung nach dem Rückkehrförderungsgesetz eingegangen. Diese Zahl sei um 70.500 höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Landesversicherungsanstalt geht aufgrund dieser Zahlen davon aus, daß rund 220.000 Türken bis Ende September 1984 die Bundesrepublik verließen und in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Diese Zahlen sind allerdings nur unter Vorbehalt verwendbar, weil sie nur die Zahl der Anträge wiedergeben und die Ablehnungen außer Betracht lassen.

### Kritik des Rückkehrhilfegesetzes

Die Hauptkritik am Rückkehrhilfegesetz ist, daß es sich bei den wenigen Rückkehrern, die in den Genuß des Gesetzes kommen, in der großen Mehrzahl um Mitnahmeeffekte handelt. Bei der Masse der auf die Förderung Angewiesenen greift die Maßnahme jedoch nicht. Die ausführlichste und detaillierteste Stellungnahme gegen das Rückkehrhilfegesetz wurde vom DGB abgegeben. Der DGB vertritt eine Ausländerpolitik, die folgendes umfaßt:

- Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und arbeitenden Arbeitnehmer und ihrer Familien;
- sozialverantwortliche Steuerung des weiteren Nachzugs;
- Reintegration und Hilfen bei der Rückkehr.

Absolute Priorität hat für den DGB aufgrund der bisherigen Entwicklung und der realistischen Einschätzung der künftigen Entwicklung die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien.

### Zusammenfassung

Bis Ende der siebziger Jahre stützte sich die deutsche Ausländerpolitik auf zwei praktisch unantastbare Voraussetzungen:

- die Ausländerbeschäftigung hängt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt und von der Wirtschaft der Bundesrepublik (Ausländerpolitik als Arbeitsmarktpolitik) ab,
- die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Diese Politik wurde dann 1979 vom »Kühn-Memorandum« »korrigiert« und »humanisiert« und von der SPD/FDP-Regierung im März 1980 teilweise übernommen. Die faktische Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland wurde von den Gesetzen der kapitalistischen Weltwirtschaft verursacht, welche die Menschen aus den kapitalistischen Peripherien in die kapitalistischen Metropolen zur Auswanderung nötigen. Gegenüber der heutigen Situation, die kurzfristig nicht geändert werden kann und auf Grund der sozialen Verantwortung der deutschen Gesellschaft gegenüber den Arbeitsimmigranten und ihren Familien, muß man in der Bundesrepublik akzeptieren, das zu sein, was die eigene Wirtschaftsordnung aufgezwungen hat: ein Einwanderungsland. Dieser Tatsache wird die staatliche Ausländerpolitik nicht gerecht, da sie zwar seit Beginn der siebziger Jahre das Problem der Ausländerbeschäftigung und ihrer gesamtgesellschaftlichen Folgen in den verschiedenen Aspekten wahrnimmt, jedoch in sich widersprüchlich bleibt. Diese Widersprüche wurden seit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU/FDP-Koalition noch verstärkt. Damit wird eine grundsätzliche rechtliche und faktische Gleichstellung der Ausländer, wie sie auch als langfristiges Ziel im »Kühn-Memorandum« gefordert wird, verhindert. Die Folgen der bisherigen Ausländerpolitik der Bundesregierung machen sich vor allem auch auf der Ebene der Länder und Kommunen bemerkbar, wo weiterführende Ansätze von Grün/Alternativen und SPD zur gesellschaftspolitischen Mitwirkung der Arbeitsimmigranten und ihrer Familien aufgrund der Bundeskompetenz in fast allen rechtlichen Fragen blockiert werden. Ohne eine grundsätzliche Kehrtwende in der Ausländerpolitik der Bundesregierung, weg von einer ausländerabweisenden restriktiven Maßnahme politik, wird es keinen grundsätzlichen Fortschritt in der Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland geben.

## Diskussionsschwerpunkt

Frieder O. Wolf

### Notwendige Brüche und mögliche Bündnisse

#### Probleme eines realistischen grünen Radikalismus

Kriterium des Realismus ist doch wohl das Reale. In der Politik also die gegenwärtigen gesellschaftlichen Widersprüche, deren Bewegungsformen und etwaige Auflösungen durch politische Interventionen beeinflusst werden sollen. Das ist nicht einfach gleichbedeutend mit dem jeweils Machbaren, den in der kurzen Frist durchsetzbaren und umsetzbaren Maßnahmen.

Wir befinden uns heute immer noch in einer tiefen historischen Krise, deren Ausgang noch nicht entschieden ist. Es handelt sich m.E. sogar um eine Krise des konkreten kapitalistischen Weltsystems — wie es (vgl. Gramscis Analysen des »Amerikanismus« bzw. »Fordismus«) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt worden ist — die tiefer geht, in der mehr auf dem Spiel steht, als in den vergangenen »großen Depressionen« der kapitalistischen Weltwirtschaft: Nicht nur eine geronnene Gestalt der kapitalistischen Akkumulation, die der Selbstreinigung durch weltweite Kapitalvernichtung bedarf, sondern ein gesamtes Zivilisationsmodell mit industrialistischen, supertechnologischen, militaristischen und konsumistischen Grundstrukturen, wie es der »historische Kapitalismus« zum Teil hervorgebracht, zum Teil sich »anverwandelt« hat (vgl. Wolf 1985).

Es geht also nicht um einen »Zusammenbruch des Wertgesetzes«, sondern um konkrete stoffliche Tendenzen im Realen — wie die ökologische Krise, die Krise des Systems des Abschreckungsfriedens und die hautnah zu erlebende Krise der alltäglichen Lebensformen und ihrer Reproduktionsbedingungen. Und auch hier geht es nicht einfach um die morgen drohenden Katastrophen, sondern darum, wie diese Tendenzen abgewendet, gebrochen werden können.

Die Alternative der Herrschenden zu diesen notwendigen Brüchen ist nicht etwa die zum Programm erhobene ganz große Katastrophe, sondern eine Politik der geschickten geographischen Umverteilung (Akkumulationszentrum Pazifikbecken) und gesellschaftlichen Umstrukturierung (Spaltung der Bevölkerungen in integrierte und ausgegrenzte Schichten), durch die sich — jedenfalls für eine Minderheit von Auserwählten — noch einmal Stoff, Raum und Zeit zum Leben gewinnen läßt. Aber diese Alternative ist nicht ohne eine historisch tollkühne »brinkmanship« — ohne Kunststücke haarscharf am Rande des Abgrundes — zu realisieren. Und angesichts des geringen Grades an Kontrolle, den die herrschenden Klassen in den bisherigen Jahrzehnten über ihre kriegerischen, technologischen und sozialtechnologischen Abenteuer bewiesen haben, müssen wir durchaus mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß irgendetwas Grundlegendes schiefeht.

Nun wäre es schlicht geprahlt, wenn jemand behaupten würde, er hätte die Lösung dieser historischen Aufgabe fertig im Sack. Ehrlich gesagt, wissen wir doch heute weder, welche politische Strategie die Umwälzung innerhalb des Weltsystems bewirken kann, die letztlich allein auf Dauer die angesprochenen Entwicklungen brechen kann, noch auch, wer die politischen Subjekte einer solchen Strategie sein können.

## **Zwei Strategien als Antwort**

Wenn es richtig ist, daß sowohl die sozialdemokratische als auch die — noch um die KPdSU versammelte — kommunistische Weltbewegung dieses Subjekt nicht sein können, zeichnen sich m.E. gegenwärtig zwei mögliche Subjektkonstellationen ab, die jedenfalls auf den ersten Blick begründete Ansprüche erheben können, Kristallisationspunkte einer solchen Strategie- und Bündnisbildung werden zu können: Die eine gruppiert sich um die PCI — heute schon sichtbar an der Entscheidung der PdUP, in die PCI zurückzukehren, die sie einst als »manifesto«-Gruppe verlassen (und damit gewissermaßen den Startschuß für die westeuropäische Neue Linke gegeben) hatte. Sie setzt, unter dem Primat von Friedenserhaltung und Verteidigung der Strukturen der demokratischen Republik auf das Bündnis mit einer modernisierungsorientierten, systemimmanenten Sozialdemokratie und den reformkapitalistischen Teilen von Multis und nationalen Kapitalen, vor allem in Westeuropa. Und sie orientiert sich an einer möglichen Umorientierung der bestehenden Institutionen der internationalen Politik (Reform der NATO und WEU, EG der Arbeitnehmer). Sie versucht, ihrer historischen Verantwortung dadurch zu genügen, daß sie kurzfristig wirksame, breit konsensfähige (z.B. eigenständige Währungspolitik der EG gegenüber den USA) Modifikationen der herrschenden Politik propagiert.

Die andere gruppiert sich — jedenfalls so lange, bis eine neue, sogenannte realpolitische Mehrheit sich den sozialdemokratischen Varianten der PCI-Strategie unterzuordnen beschließen sollte — um die bundesdeutschen Grünen. Sichtbares Zeichen ist hierfür heute vielleicht schon die enge Zusammenarbeit, die sich zwischen den holländischen »Klein-Links«-Parteien und den Grünen im Europäischen Parlament entwickelt hat. Diese Konstellation setzt, angesichts der Unmöglichkeit einer einfachen Verlängerung des herrschenden Akkumulations- und Zivilisationsmodells, auf die Herausbildung eines strategischen Bündnisses aktiver Minderheiten von Betroffenen — in die sowohl Traditionsstränge und zentrale Inhalte aus den historischen Arbeiterbewegungen als auch aus den neuen sozialen Bewegungen der 70er Jahre eingehen —, das durch radikale Initiativen vor Ort Blockierungen strategisch zentraler Entwicklungen (etwa des Atomprogramms der BRD) erkämpft und in diesen Kämpfen Formen der politischen Organisation entwickelt, mit denen es dann auch die Institutionen der nationalen und der internationalen Staatsapparate zum Gegenstand des Kampfes machen, zum Teil unwirksam machen, zum Teil für sich nutzen und so schließlich parteiförmige politische Organisationen auf nationalstaatlicher Ebene sowie Formen der internationalen Solidarität von unten entwickeln kann, durch die eine Strategie der Brüche und alternativen Weichenstellungen durchgesetzt werden kann, die den Rahmen einer bloßen Modifikation, Verlangsamung oder Abschwächung der Tendenzen des gegenwärtigen Weltsystems überschreiten, die diesen Rahmen schließlich selbst zerbrechen.

## **Die Gefahren der sozialdemokratischen Lösung**

Als Vertreter der zweiten genannten Konzeption (vgl. Wolf 1984) möchte ich auf ein paar Probleme strategischer Art hinweisen, die mit der ersten Konzeption verbunden sind. Es sind ziemlich klassische Probleme, aber dennoch durchaus reale. Da ist zum ersten das schon etwa von Sweezy herausgearbeitete Paradoxon des Reformismus: Die Durchsetzung der von dieser Konzeption propagierten Modifikationen erfordert — sehen wir einmal von der unsinnigen Vorstellung ab, man könne sie gewissermaßen »durchschmuggeln«, ohne daß die Kapitalisten das auch merken — nicht weniger Macht als die Durch-

setzung eines weitergehenden Strukturbruches — nämlich nichts weniger als die Brechung der Macht der Kapitale über den gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Warum also bei derartigen halben Maßnahmen (ich diskutiere *hier* nicht mit Auffassungen, die die Aufrechterhaltung von Kapitalherrschaft im Weltmaßstab für *wünschenswert* halten) stehenbleiben? Zweitens führt diese politische Konzeption dazu, daß ein gänzlich ungerechtfertigter »Optimismus des Intellekts« verbreitet wird und dadurch die nach einem, wie ich meine, absehbaren Scheitern dieser Konzeption notwendigen radikaleren Kämpfe ganz erheblich erschwert werden. Denn wer heute die gefährlichen Tendenzen in unserer historischen Realität verharmlost — »die Technik hat immer schon Lösungen für die von ihr aufgeworfenen Probleme gefunden, also auch für die Probleme der gegenwärtigen ökologischen Krise« (vgl. Nichtsnutz, Pflasterstrand, 1/85) oder mit ein bißchen Rüstungskontrolle und »Europäisierung« kann der Abschreckungsfriede wieder »sicher« werden (vgl. v. Oertzen 1984, S.160ff.), bzw. wer zwar von notwendiger »Systemveränderung« redet, ohne sich klar auf den Bruch mit dem Kapitalverhältnis — und die schwierigen Kämpfe, die dieser erfordern wird — festzulegen (vgl. Lafontaine 1985, S.80) oder sich auf die Rede von der bloßen »Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeitnehmer« zurückzieht (v. Oertzen 1984, S.164), der wird es später schwer haben, die von ihm selbst mit stabilisierten Illusionen abzubauen, wenn radikalere Kämpfe anstehen — wie heute etwa schon der offen gesellschaftspolitisch geführte Streik der britischen Bergarbeiter gegen Zerschließungen und Atomstromoptionen.

Und genau an diesem Punkt sind auch noch die weitestgehenden sozialdemokratischen Politikvorschläge so blind, um nicht zu sagen, so fahrlässig, daß auf ihrer Grundlage kein parteipolitisches Bündnis möglich ist mit Kräften, die sich jedenfalls ein Bewußtsein davon bewahrt haben, daß es darum geht, in der gegenwärtigen historischen Krise eine radikale Alternative zum herrschenden Akkumulations- und Zivilisationsmodell durchzusetzen — weil dies die einzige Krisenlösung ist, die den gegenwärtigen zerstörerischen Wahnwitz weder einfach zeitlich verlängert noch gar potenziert reproduziert. Denn eine solche radikale Wende ist historisch letztlich immer nur durch den »Einbruch der Massen« in die Politik möglich, dadurch, daß die Menschen ihre Geschicke nicht länger an Regierungen delegieren bzw. den Entscheidungen von herrschenden Klassen ausliefern, sondern selbst in die Hand nehmen — als rebellische Klassen und Individuen.

Das heißt, auch eine konkrete politische Strategie, die sich des niedrigen Standes der gesellschaftlichen Emanzipationskämpfe und der immer noch zentralen Bedeutung der parlamentarischen ideologischen Staatsapparate innerhalb der herrschenden politischen Institutionen bewußt ist, muß immer von der Frage ausgehen, wie auch eine durchaus parlamentarisch angelegte, etwa auf das Spiel von Regierungsbildung, Haushaltsverabschiedung und Gesetzgebung und auf konkrete Verbesserungen orientierte politische Taktik strategisch zur Herausbildung und Stabilisierung solcher rebellischer Subjekte in der Politik beitragen kann. Dafür kann eine parlamentarische Tolerierungstaktik nützlich sein, die zwar die verbreiteten Wünsche nach konkreten Veränderungen aufgreift, zuspitzt und vertieft, ohne sich das Problem einer Verlässlichkeit aufreden zu lassen, das heute eher ein Problem der Sozialdemokratie ist, die immer wieder unfähig ist, eigene Parteibeschlüsse auch parlamentarisch umzusetzen. Und die, indem sie — wie in Hamburg — nicht (wie in Hessen) als Koalitionersatz angelegt wird, der Illusion entgegenwirkt, Verantwortlichkeit bestehe in der Übernahme von politischen Repräsentationsaufgaben für nicht beeinflussbare Entscheidungen der Inhaber der ökonomischen und gesellschaftlichen Macht.

Solche Taktiken sind für wichtige Bereiche der Politik konkret zu entwickeln: Für die

nach den Bundestagswahlen von 1987 wahrscheinlichen parteipolitischen Konstitutionen im Bundestag und damit in der Medienöffentlichkeit, für die unterschiedlichen politischen Konstellationen auf kommunalpolitischer Ebene, für Organisationsformen und Bündnisse innerhalb der Friedensbewegung und nicht zuletzt auch für eine Unterstützung und, wo immer möglich, auch aktive Teilnahme an den auch in der Bundesrepublik wahrscheinlichen gewerkschaftlichen Kämpfen, in denen es um die Existenz der Gewerkschaften als eines autonom handlungsfähigen Subjektes der Tarifpolitik zu gehen droht. Die Tolerierungstaktik enthält noch keine Antworten auf die in diesen unterschiedlichen Zusammenhängen auftretenden taktischen Probleme. Sie stellt nicht mehr — und nicht weniger — als ein erstes Modell dar, um an dem Widerspruch zwischen inhaltlicher Kritik und formaler Folgebereitschaft destruktiv zu arbeiten.

Das heißt, es geht keineswegs um die abstrakte Fragestellung, ob Reformen durchzusetzen, zu erkämpfen sind oder nicht, ob mensch sich an einer kurzfristigen oder an einer langfristigen Perspektive orientieren soll. Nur darf die kurzfristige Politik nicht zum Totengräber der langfristig wirksamen ideologischen Kämpfe werden. Solange sich sozialdemokratische Reformstrategien — ob aus Überzeugung oder aus Taktik — zum Komplizen eines »dem Privateigentum, dem Sieg in der Weltmarktkonkurrenz und der NATO« (und das heißt dem internationalen Herrschaftsanspruch der USA) verpflichteten Weltsystems machen (vgl. Ebermann, Trampert 1984, S.275), zerstören sie die Bedingungen für die Entwicklung einer notwendigen radikaleren Opposition in den gesellschaftlichen Bewegungen bzw. verlangsamen deren Entwicklung. Deswegen darf auch eine kleine Partei in einem Land mittlerer Bedeutung — das allerdings für einige Strategieelemente der destruktiven Krisenlösungsstrategie der Herrschenden wegen seiner Stellung innerhalb der weltweiten Arbeitsteilung immerhin kaum verzichtbar ist — ein Bündnis mit derartigen sozialdemokratischen Kräften nicht in Frage kommen. Nicht weil etwa die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die notwendigen Umwälzungen unterschätzt würde, sondern weil sie im Gegenteil dafür viel zu wichtig ist, um sie dem Zusammenwirken von Regierungsapparat und Gewerkschaftsbürokratie zu überlassen. Insofern sollten gerade Marxisten in der SPD ein Interesse haben, daß die Grünen nicht in diese Falle gehen.

### Literaturverzeichnis

- Bickerich, W. (Hrsg.), 1985: SPD und Grüne, Reinbek  
Ebermann, T., Trampert, R., 1984: Die Zukunft der Grünen, Hamburg  
Lafontaine, O., 1985: Der andere Fortschritt, in: Der Spiegel, Nr.5, S.69ff.  
Oertzen, P.v., 1984: Für einen neuen Reformismus, Hamburg  
Wolf, F.O., 1984: Ausstieg, Umgestaltung oder Umwälzung?, in: *Das Argument* 146, S.577ff.  
Wolf, F.O., 1985: Krise des Fordismus, in: *Grünes und alternatives Jahrbuch*

Andreas Wehr

## Rot-grüne Bündnisse — aber welche?

Welche Chance rot-grüne Bündnisse haben, ist nicht entschieden. Es stehen noch langwierige Auseinandersetzungen bevor — mit Fortschritten und Rückschlägen — bis letztlich einigermaßen Klarheit herrscht. Marxisten haben am entschiedensten dafür einzutreten, daß jede noch so labile und unvollkommene rot-grüne Zusammenarbeit einer Politik der wechselnden Mehrheiten oder gar der Tolerierung der Rechtskräfte vorzuziehen ist. Sie handeln dabei in dem Bewußtsein, daß gegenwärtig jede auf Veränderung der SPD zielende Arbeit gelähmt wäre, würde sie nicht in der grün-alternativen Bewegung den einzig denkbaren Bündnispartner berücksichtigen. Ihrer Ernsthaftigkeit bei diesen Bemühungen entspricht es, die einem solchen Weg entgegenstehenden Kräfte möglichst in ihrem ganzen Umfang zu erkennen und sie nicht zu bagatellisieren und damit gefährliche Illusionen zu erzeugen. Wer zudem zu den fundamentalen Gegnern einer rot-grünen Zusammenarbeit nur einen »geringen Prozentsatz der Fraktion und einen noch sehr viel geringeren Prozentsatz der Partei«<sup>1</sup> zählt, der übersieht den gewichtigen Block in den Gewerkschaften unter Führung des IG-Chemie Vorsitzenden Rappe, und der hat keinen Blick für das all-orten gegenwärtig nur auf Tauchstation gegangene durchschnittliche Establishment der Partei, das bei einem ernsthaften Straucheln rot-grüner Bündnisse bedenkenlos wieder nach rechts blicken würde.

Dem ernsthaften Vorgehen von Marxisten entspricht es aber, Fragen nach den Ausgangspositionen der zur Zusammenarbeit bereiten Kräfte zu stellen, die ihre Entwicklung bestimmenden Mechanismen zu erkunden, um so die Dynamik solcher Bündnisse bestimmen zu lernen. All dies geschieht letztlich nur in der Absicht, die Art und Richtung des eigenen Vorgehens zu klären.

Die Aufmerksamkeit hat sich dabei insbesondere auf die unterschiedlichen Antworten gegenüber den Herausforderungen der bislang tiefsten kapitalistischen Krise nach Ende des 2. Weltkrieges zu richten. Betont wird demnach die zentrale Bedeutung der Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne, da die hier eingeschlagene Richtung in letzter Instanz über Bestand und Fortentwicklung rot-grüner Bündnisse entscheidet.

### Drei mögliche Antworten auf die Krise des Systems

Angesichts der Krise des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, die seit 1974 zu einer Häufung schwerwiegender Probleme im internationalen Bereich (Verschuldung, vergrößerte Spannungen zwischen den imperialistischen Metropolen, zunehmende Kriegsgefahr) als auch im nationalen Rahmen (Massenarbeitslosigkeit, forcierte Vernichtung der natürlichen Umwelt, um nur die wichtigsten Stichworte zu nennen) führt, geht es um Antworten, an die die nicht geringen Anforderungen gestellt werden, entweder ein neues Stadium der kapitalistischen Entwicklung einzuleiten oder aber durch Eingriffe in die bestehenden Machtverhältnisse Ansatzpunkte einer neuen Logik der gesellschaftlichen Entwicklung zu etablieren.

Auf dieser Ebene zeichnen sich gegenwärtig drei Entwicklungsrichtungen ab, deren folgende modellhafte Skizzierung allerdings nicht den Eindruck erwecken darf, als sei die Realisierung eines der Modelle sozusagen nur in Reinkultur denkbar. Entsprechend den jeweiligen politischen Machtverhältnissen werden tatsächlich auch immer einzelne Ele-

mente der unterlegenen Richtungen berücksichtigt werden. Bei den hier idealtypisch dargestellten Entwicklungsrichtungen handelt es sich um eine integrativ-angebotsorientierte Variante, eine staatlich-integrative und um eine antikapitalistische Strategie.

Eine Begrenzung auf diese drei als für die nächste Zukunft einzig denkbar angesehenen Lösungen bedeutet zugleich den Ausschluß einer allgemein als »ökologisch« bezeichneten Antwort. Eine solche, das ganze Elend der Welt in der »industrialistischen Produktionsweise« erkennende Sicht der Dinge, die von daher das endgültige Ende jeglichen Wachstums zur eigenen strategischen Voraussetzung macht, wird aber weder in der utopischen Bahroschen Vision des »Ausstiegs aus der großen Maschine«<sup>2</sup>, noch in den verschiedenen abgeschwächten Versionen den Kristallisationskern eines neuen Entwicklungsmodells abgeben, um den sich andere gesellschaftliche Gruppierungen mehrheitsbildend angliedern können. Selbst wenn man bei dieser Vision von ihrer inhaltlichen Bewertung als einer für die absolute Mehrheit der Bevölkerung letztlich zynischen Perspektive einmal absieht, verbleiben diese Vorstellungen ohne jeglichen Anknüpfungspunkt an bestehende gesellschaftliche Kräfte. Einzelne strategische Schritte zur angestrebten »Überwindung des Industrialismus« können von ihren Verfechtern zudem nicht einmal in Ansätzen angegeben werden. Dementsprechend bleibt ihr Appell zur »Umkehr« abstrakt und richtet sich bezeichnenderweise an das Volk, als eine rein theoretische Größe, die eben nicht durch vielfältige Konflikte, in erster Linie hervorgerufen durch die Existenz der Klassen, in sich gespalten dargestellt wird.

#### *a) Die konservativ-angebotsorientierte Richtung*

Ihr Kernpunkt ist die tiefgreifende Veränderung des Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit. Die Schwächung der Arbeiterbewegung wird zu einem gesamten Umbau der Staatstätigkeit benutzt, in deren Ergebnis die in der kapitalistischen Krise hervorgebrachten Strukturveränderungen wieder sehr viel unmittelbarer zur Wirkung kommen. Erreicht werden soll dies — stichwortartig benannt — durch einen Abbau sozialstaatlicher Absicherungen, durch die Umlenkung staatlicher Mittel in die direkte Innovationsförderung und durch die Anpassung weiterer gesellschaftlicher Bereiche (vor allem Bildung und Forschung) an die unmittelbaren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals. Begleitet und abgesichert wird diese Form der Rekonstruktion der Marktwirtschaft von einer breiten ideologischen Offensive, in deren Zentrum die Stärkung der Einzelverantwortlichkeit durch die Propagierung von Flexibilität und Dezentralisierung und die damit einhergehende Schwächung kollektiver Verhaltensweisen steht. Nicht zuletzt zielt die »geistige Wende« auf eine Stärkung klassischer konservativer Bastionen, wie sie durch Kirche, Familie, Militär und traditionellem Erziehungssystem repräsentiert werden.

#### *b) Die staatlich-integrative Richtung*

Ihren mächtigsten Gegner besitzt die konservativ-angebotsorientierte Richtung in der hier als staatlich-integrativ bezeichneten Entwicklungsrichtung. Die wichtigsten Differenzen zwischen den verschiedenen Antworten bestehen dabei in der unterschiedlichen Bewertung der Rolle des Staates und der Notwendigkeit der Einbeziehung der von den Umwälzungsprozessen direkt Betroffenen. Die Durchsetzung grundlegender technologischer Veränderungen in der Produktion und die Behauptung der bundesdeutschen Wirtschaft unter der härter werdenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt ist nach dieser Variante nur unter Respektierung und Beteiligung vor allem der Gewerkschaften vorstellbar. Dem Staat soll nicht alleine die Rolle des Ordnungshüters und der blinden Profitsubventionierung zufal-

len, er soll sowohl die Folgen des »sozialen Wandels« so gut es geht abfedern als auch mit Hilfe von Auflagen und gesetzlichen Einschränkungen unliebsame Auswirkungen der kapitalistischen Produktion, vor allem im Umweltbereich, verhindern helfen. Auf diese Weise sollen möglichst viele Interessen der Lohnabhängigen bei der als unumgänglich angesehenen »Modernisierung der Volkswirtschaft« unter »Wahrung des sozialen Friedens« berücksichtigt werden. Die letztgenannte integrative Funktion dieser Antwort wird auch in der scharfen Abgrenzung gegenüber allen antikapitalistischen Forderungen erkennbar.

Politische Träger einer solchen staatlich-integrativen Richtung wären in erster Linie die schon im »Modell Deutschland« unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt vereinten Kräfte in den Gewerkschaften und unter der reformistischen Mehrheit der SPD. Um sich allerdings gegenüber der konservativen Lösung mehrheitsfähig durchsetzen zu können, bedarf es, neben der Isolierung antikapitalistischer Kräfte, der Rückgewinnung, mindestens aber der passiven Zustimmung der in der Schmidt-Ära abhanden gekommenen radikal-demokratisch und ökologisch orientierten Wählergruppen, die sich gegenwärtig eher mit der grün-alternativen Bewegung identifizieren.<sup>3</sup>

### *c) Die antikapitalistische Richtung*

Die hier als drittes Modell dargestellte Strategie ist in verschiedenen programmatischen Entwürfen enthalten (u.a. in den jährlichen Stellungnahmen der Memorandumsgruppe, den Hannoveraner Leitsätzen, aber auch ansatzweise im Sindelfinger Wirtschaftsprogramm der Grünen). Politisch verankert ist diese Strategie bislang nur in Teilen der SPD- und Gewerkschaftslinken, der DKP sowie bei einigen Strömungen der Grünen. Da ihre Vorschläge ein Bewußtsein von der Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung voraussetzen, ist ihre weitere Durchsetzung in einem starken Maße von der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen abhängig.

Von der staatlich-integrativen Antwort unterscheidet sie sich nicht unbedingt in den aktuellen Forderungen und Zielen. Anders als diese reformistische Position stellt sie aber die Frage in den Mittelpunkt, wie bei den Auseinandersetzungen, selbst um die minimalsten Verbesserungen, die Kräfte der Ausbeuteten und Unterdrückten gestärkt werden können, um so zukünftige, tiefgehendere Kämpfe bestehen zu können. Was oben zur notwendigen Berücksichtigung von einzelnen Elementen der unterlegenen idealtypischen Darstellungen gesagt wurde, gilt hier in einem besonderen Maße. Die Geschichte der Sozialdemokratie selbst ist geprägt von dem Ringen reformistischer und klassenbewußter Positionen, und in den jeweiligen Resultaten waren — in unterschiedlichen Konstellationen — immer beide Antworten vorhanden.

Die weitere Perspektive dieser antikapitalistischen Antwort ist sicherlich in erster Linie eng verknüpft mit der Entwicklung von SPD und Gewerkschaften und der dort stattfindenden Verarbeitung der Zumutungen der Krise. Ihre weitere Verankerung wird aber mehr und mehr auch von den Prozessen in der grün-alternativen Bewegung bestimmt, denn an diesen Parteien orientiert sich ein gewichtiger Teil der in den Konflikten um die Ökologie und die Friedenserhaltung radikalisierten Aktiven und Wähler, denen auch Fragen nach den deutlicher hervortretenden destruktiven Kräften des Kapitalismus nicht verborgen bleiben. Sicherlich ist die Massenwirksamkeit grün-alternativer Positionen gegenwärtig lediglich Ausdruck einer weitreichenden Verunsicherung hinsichtlich der Ziele und Perspektiven des Kapitalismus (der herkömmlichen Wachstumspolitik, der Vernichtung ökologischer Grundlagen, der Verelendung in der 3. Welt und der Kriegsgefahr), und sie ist dementsprechend labil und kann sich sehr schnell in die unterschiedlichsten Richtungen

— wie die Geschichte zeigt, durchaus auch in eine reaktionäre — auflösen. Dennoch stellen die grünen Aktivisten und Wähler ein überaus wichtiges Potential dar, ohne das ein Vorankommen jeder antikapitalistischen Antwort heute nur schwer denkbar ist.

Ein Vorankommen über den Weg des Abholens grüner Wähler von ihrem gegenwärtigen Bewußtseinsstand könnte, wie Wieland Elfferding ausführt, die »heute in Minderheitspositionen gebundenen Kräfte radikaler Gesellschaftsveränderung freisetzen und sich — über die Parteigrenzen hinweg — verstärken. Die ökologische Kapitalismuskritik aus den Grün-Alternativen könnte den Handlungsspielraum der Marxisten in der SPD erweitern, wenn diese ihrerseits die Fragen der neuen sozialen Bewegungen aufnehmen. Dadurch könnten sich, rückwirkend, die sozialistischen Positionen innerhalb der Grünen profilieren.«<sup>4</sup>

Gelingt es nicht, diesen schwierigen Weg zu gehen, so ist absehbar, daß die grün-alternative Bewegung sich als Bündnispartner einer staatlich-integrativen Lösung erschöpfen wird. Die antikapitalistischen Kräfte, sowohl in der Arbeiterbewegung als auch bei den Grünen hätten dies mit ihrer fortdauernden Isolierung zu bezahlen. Wie sich in den aktuellen Auseinandersetzungen bei den Grünen zeigt, können die sich an einem nebulösen Ziel der »Überwindung des Industrialismus« orientierenden fundamentalistischen Kräfte einer solchen Integration nur hinhaltenden Widerstand leisten.

### **Aktuelle Probleme rot-grüner Zusammenarbeit**

Trotz weitgehender programmatischer Veränderungen in der Friedenspolitik und in den Fragen der Ökologie (hier ist insbesondere der — wenn auch langfristig angelegte — beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie wichtig), hat die SPD-Mehrheit auch nach zwei Jahren Oppositionsarbeit ihre Wirtschaftspolitik weitgehend unverändert beibehalten. Deutlich wurde dies vor allem beim Arbeitskampf in der Druck- und Metallindustrie, dem eine reichlich späte und dann auch nur zurückhaltende Unterstützung von seiten der Parteiführung zuteil wurde. In den wirtschaftspolitischen Konzeptionen, zumindest der Bundestagsfraktion, gelten auch weiterhin die Prämissen des »Modells Deutschland«. Die einige Hoffnungen weckende Zurückweisung des sogenannten Ehrenberg-Papieres auf dem letzten Parteitag hat daran wenig geändert. Große Teile der Parteilinken sehen leider keine Veranlassung, dem Beharren der Mehrheit auf einer Position der »sozialen Begleitung des technischen Fortschritts« die Forderung nach einer neuen ökonomischen Logik entgegenzusetzen. Im Zentrum ihrer theoretischen Arbeit steht vielmehr die Aufnahme und Verarbeitung sich gegenwärtig verändernder Bewußtseinsstrukturen, nicht aber die nachhaltigen Veränderungen in der ökonomischen Basis und die daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Die marxistischen Kräfte in der SPD werden ihr Ringen um eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik ungleich verstärken müssen, wollen sie in der beginnenden Programmdebatte eine für die Gesamtpartei orientierende Rolle spielen. Die wichtigsten Impulse für die Herausbildung einer antikapitalistischen Antwort gehen aber von den sich tatsächlich vollziehenden Auseinandersetzungen aus, aus dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen einen weiteren Abbau des Sozialstaates, gegen die weitere Aufrüstung und für weitreichende Reformen zum Schutze der Umwelt.

Im Verhältnis zu den Grünen wird aber die gegenwärtige Parteimehrheit, bedingt durch ihre unveränderte Haltung gegenüber jeglichen wirksamen Eingriffen in die Entscheidungsfreiheit des Kapitals, allen auf Systemveränderung zielenden Forderungen zähen Widerstand entgegensetzen. Dies gilt sowohl gegenüber den auf ein »Ende der Arbeitsge-

sellschaft« spekulierenden Teilen als auch gegenüber den dort vorhandenen antikapitalistischen Kräften. Das Vorgehen der SPD-Mehrheit gleicht dabei einer Ermattungsstrategie, die aus einem hinhaltenden Nachgeben in »ungefährlicheren« Bereichen der demokratischen Rechte, Ökologie und Sicherheitspolitik und einer gleichzeitigen Unnachgiebigkeit in den die unmittelbare Verwertung des Kapitals tangierenden Bereichen besteht. Auch wichtige Teile der Parteilinken fügen sich leider in diese Strategie ein. Sie blockieren damit gerade die antikapitalistischen Kräfte bei den Grünen und untergraben damit letztlich auch die eigenen, wenigstens noch formell aufrechterhaltenen Ansprüche auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft.

Christian Schmidt ist insofern Recht zu geben, wenn er kritisch feststellt, daß »die SPD nicht nur nicht bereit ist, in Zweifelsfällen gegen die Wachstumsinteressen der Großkonzerne zu entscheiden, sondern daß sie ihre systematische Aufgabe darin erblickt, diesen Interessen strukturpolitisch zu dienen.«<sup>5</sup> Er übersieht allerdings, daß dies für einen zunehmend größer werdenden Teil der Grünen kein ernsthaftes Problem mehr ist. Gerade die sogenannten »Realpolitiker« beginnen, sich behaglich einzurichten und die störenden systemverändernden Hüllen zurückzulassen. So kommt, in Auswertung des Hamburger Grünen-Parteitag, der frühere KBW-Chef und heutige wichtige Kopf der hessischen »Realpolitiker«, Joscha Schmierer, zu dem Ergebnis, daß angesichts der vorzufindenden Situation nur systemimmanente Reformen möglich seien.<sup>6</sup> Freilich wird an dem »Aufbau einer neuen Formation«, an dem »radikalen Brechen mit dem Industrialismus« festgehalten. Dies mag auf den ersten Blick in sich widersprüchlich und daher unglaubwürdig erscheinen, ähnlich dem Festhalten der Parteilinken an dem Begriff des demokratischen Sozialismus, besitzt aber dennoch eine eigene Logik, da es ein Vorgehen auf verschiedenen Ebenen beschreibt. Da das System als in absehbarer Zeit nicht veränderbar erscheint, kann es nur verlassen werden. Der in kleinen Einheiten zu beginnende Aufbau einer neuen Formation bedeutet Ausstieg und Schaffung von Freiräumen für die, die sich das erlauben können.<sup>7</sup> Überwindung des Industrialismus heißt dann auch vor allem Veränderung von Konsumgewohnheiten. Da das für notwendig erachtete »Brechen mit der materiellen Welt« aber nur langsam vorankommt, nach Schmierer »wahrscheinlich eine Jahrhundertaufgabe« darstellt, wird das reformistische Verhalten in der täglichen Kleinarbeit zur einzigen Handlungsmöglichkeit.

Es ist damit eine grüne Strategie skizziert, mit der sich die gegenwärtige Sozialdemokratie mit etwas Phantasie und unter Änderung einiger ihr liebgewordener Gewohnheiten durchaus anfreunden kann. Eine radikaldemokratische, ökologisch orientierte und pazifistische Partei könnte dementsprechend gut in einen von der SPD-Rechten geführten staatlich-integrativen Block eingepaßt werden. Gemeinsam könnte dann die »ökologische Modernisierung«<sup>8</sup> in Angriff genommen werden.

### **Rot-grüne Bündnisse als erste Etappe weitergehender Veränderungen**

Wie kann aber über die Zusammenarbeit von SPD und Grünen, wie sie sich heute darstellen, zugleich die Freisetzung der heute in »Minderheitspositionen gebundenen Kräfte radikale Gesellschaftsveränderung« erreicht werden? Die Anforderungen richten sich dabei an beide Lager. Für die linke Sozialdemokratie heißt dies in erster Linie, ihren Anspruch auf grundlegende Veränderungen der Gesellschaft auch in einer Konfrontation mit den Grünen als konkurrierender Partei nicht zu vergessen. Die Existenz der Grünen muß, ohne sehr wohl weiter bestehende inhaltliche Differenzen zu überdecken, als Chance begriff-

fen werden, die SPD von bürgerlichen Bündnispartnern dauerhaft zu lösen und so die Grundlagen für eine neue Reformpolitik legen zu können.

Bei den Grünen werden die jetzt noch eine wichtige Rolle spielenden antikapitalistischen Kräfte diese Bedeutung verlieren, sollte es ihnen nicht gelingen, den gerade von ihnen hochgehaltenen Anspruch auf grundsätzliche Veränderungen mit einer gewissen Handlungsfähigkeit auf parlamentarischer Ebene zu verbinden. Wer sich — wie auf dem Hamburger Parteitag geschehen — hinter einer prinzipiellen Verweigerung von parlamentarischer Zusammenarbeit und Koalitionen mit der SPD verbarrickadiert, isoliert zugleich von der Masse der eigenen Wähler, die völlig zu Recht die Nutzung jeder Chance zur Verbesserung ihrer Situation erwarten. Eine flexiblere Haltung verlangt allerdings, die Sozialdemokratie nicht als einen monolithischen und unveränderbaren Block anzusehen. Eine gesellschaftsverändernde Strategie der Grünen hätte daher die Linke in der SPD als einen Bündnispartner und nicht — wie so häufig — als ein lediglich absplittbares Potential anzusehen.

Schließlich können die gesellschaftsverändernden Kräfte in SPD und Grünen nur dann vorankommen, wenn breite außerparlamentarische Bewegungen existieren, ohne die grundlegende Bewußtseinsveränderungen nicht durchzusetzen sind. Es sollte nicht vergessen werden, daß die veränderte Haltung der SPD zur Raketenstationierung vor allem dem Druck der Friedensbewegung zuzuschreiben war; die Grünen gar verdanken ihre Entstehung der Anti-Atomkraftbewegung und ihre Massenwirksamkeit der Friedensbewegung. Der Streik für die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, daß alle Parolen von einem »Ende der Wende« nur Papier bleiben, solange nicht die Massen selbst in die Politik eingreifen.

Es wäre mit Sicherheit vermessen, würde man einer antikapitalistischen Lösung eine solche Dynamik zubilligen, die sie bereits in den möglich erscheinenden parlamentarischen Mehrheitsbildungen eine zentrale Rolle einnehmen ließe. Sehr viel wahrscheinlicher ist hingegen eine Mehrheitsbildung um die staatlich-integrative Variante als Kristallisationskern. Allein eine solche Antwort, als denkbare Ergebnis der Bundestagswahl 1987, bedarf aber zu ihrer Realisierung der enormen Anstrengung aller fortschrittlichen Kräfte. Für die antikapitalistischen Kräfte geht es bei der kritischen Unterstützung eines solchen »Reformbündnisses« vor allem um das Offenhalten von politischen Freiräumen, die alleine die Entfaltung weitergehender Optionen ermöglichen.

## Anmerkungen

- 1 Erhard Eppler im Zusammenhang mit Angriffen rechter Fraktionsmitglieder gegen die Politik Hans-Jochen Vogels, FAZ vom 25.1.85.
- 2 Vgl. Rudolf Bahro auf dem Hamburger Parteitag der Grünen, in: *Kommune* 1/85, S.40ff.
- 3 In seinem Buch »Die Arbeit der Zuspitzung« versucht Peter Glotz, einige Bedingungen für solche Bündnisse zu entwickeln.
- 4 Wieland Elfferding, 1984: Ist ein Parteienbündnis ohne Unterordnung möglich? in: *Das Argument* 148, S.849.
- 5 Christian Schmidt, 1984: »Rot-grünes Chaos« und staatsmonopolistische Regulierung, in: *spw* 25, S.415.
- 6 »Ohne eine solche revolutionäre Situation, die freilich eine ganze Epoche bilden wird, sind mehr als Reformen gesamtgesellschaftlich nicht drin und diese Reformen werden systemimmanent bleiben oder doch darauf beschränkt werden in ihrer Wirkung; auf gesamtgesellschaftlicher, und das heißt auch, der eigentlich politischen Ebene ist also auch die Vorherrschaft des Reformismus nicht zu brechen«, Joscha Schmierer, Grundprobleme radikaler Politik heute, in: *Kommune* 1/85, S.38.
- 7 »Dieser Neuanfang ist aber allein über das individuelle Bewußtsein, den subjektiven Entschluß zum 'Kommune wagen' begründet; politische Verbindlichkeit schafft er demgemäß nur für diejenigen 'Aussteigergemeinschaften', die sich zu diesem Bruch individuell entschlossen haben. Alle übrigen Individuen — also auch die politischen Repräsentanten der Grünen — werden durch dieses Projekt zu weiter nichts verpflichtet, als es zu fördern, — das heißt, Finanzmittel für es freizumachen und gewisse administrative Hindernisse aus dem Weg zu räumen«, Frieder O. Wolf, 1984, in: *Das Argument* 146, S.580.
- 8 Johannes Rau auf dem Landesparteitag der SPD NRW am 2. Februar 1985.

## Gewerkschaften und Grüne

Die Einschätzung der Grünen durch die Gewerkschaften ist nicht einheitlich. Das haben in den letzten Wochen und Monaten eine ganze Reihe führender Gewerkschafter durch öffentliche Stellungnahmen deutlich gemacht. Je nachdem, wie nach der Wende, nach dem Schwenk und dem Niedergang der FDP und dem nunmehr andauernden Einzug der Grünen in die Parlamente die Möglichkeiten zur Wiederherstellung und Durchsetzung einer politischen Mehrheit gesehen und eingeschätzt werden, die den Interessen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften gerecht wird, wird die grüne Partei unterschiedlich bewertet.

Einige sehen die Lösung in einer Großen Koalition von CDU/CSU und SPD. Sie orakeln, wenn die FDP endlich vom verdienten Schicksal ereilt wird und sie bei der nächsten Wahl aus dem Bundestag herausfliegt, dann sei der Weg zum Eintritt der SPD in eine Große Koalition frei. Dadurch würde der Einfluß der Arbeitgeberinteressen in der CDU/CSU zurückgedrängt, die Stellung des sozialen Flügels und der Sozialausschüsse gestärkt und die SPD könnte eine Politik durchsetzen, die den Interessen der Arbeitnehmer entgegenkommt.

Mit vielen Kolleginnen und Kollegen halte ich diese Kalkulation, die sich ausschließlich auf parlamentarische Verschiebungen stützt, für falsch. Nun soll die SPD nach der Wende und der Stärkung rechts-konservativer Strömungen mit der CDU/CSU die arbeitnehmerfreundliche Politik durchsetzen, die mit der sozial-liberalen FDP schließlich nicht mehr möglich war?

Würde sich die SPD auf dieses Konzept festlegen, dann müßte sie nicht nur die Ansätze zur Entwicklung einer neuen, tragfähigen und krisenadäquaten Reformpolitik blockieren und zurückdrängen, die sie in der Opposition mühevoll genug gefunden hat und erst noch finden muß. Sie müßte darüber hinaus auf der linken Seite Positionen räumen und sich in die Gefahr bringen, selbst zur 30-Prozent-Partei herabzusinken.

Die Gewerkschaften würden durch eine Große Koalition in dieser Situation vor unausweichliche Alternativen gestellt, die ihre ohnehin schon reichlich vorhandenen Probleme nochmals verschärfen müßten. Sie könnten in einem Block nationalen Krisenmanagements gerade noch den sozialen Flügel spielen. Ob sie dabei über die Blüm'sche Position verbal verschleierte Sozialabbau hinauskommen könnten, erscheint mehr als zweifelhaft.

Denn ein solcher Block würde sicherlich keinen Bruch mit der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und somit der bedingungslosen Exportoffensive zu Lasten des Sozialstaates bedeuten.

Eine solche Politik könnte von den Gewerkschaften so wenig, ja weniger hingenommen werden als der Sozialabbau in der letzten Phase der sozialliberalen Koalition. Sie würden sicherlich nicht nur in sozialen Fragen, sondern ebenso in denen der Außen-, Friedens- und Entwicklungspolitik protestieren. Die CDU/CSU könnte zwar, so wie bisher schon, versuchen, sich auf Kosten dann ihres Koalitionspartners SPD vom Odium der Flick-Partei weiter weißzuwaschen, aber die Staatsverdrossenheit und die Konflikte um die Sicherung und Ausgestaltung der Demokratie würden sich gewiß noch verschärfen.

Nein, die Gewerkschaften würden sich in einer Umbruchsituation die Hände binden, die Entfaltung einer eigenständigen Reformpolitik der Krisenbewältigung aufgeben und selbst mitsamt der SPD in eine schwere Zerreißprobe geraten.

Nun wissen wir alle, am besten jene Sozialdemokraten, die Bündnisse mit den Grünen zu entwickeln suchen, welche Probleme und Unsicherheiten die Zusammenarbeit mit der heterogenen Protestpartei erschweren. Die Karte sozialdemokratisch-grüner Zusammenarbeit garantiert gewiß nicht den nächsten Stich.

Aber die Gewerkschaften haben jedenfalls, nicht zuletzt auch aus langfristigen Interessen, allen Grund, sich gegen jene durchsichtige Propaganda zu wehren, die sie mit allen Mitteln als Abwehrblock zur Ausgrenzung der Grünen aus dem Spektrum politischer Möglichkeiten zu funktionalisieren sucht.

Peter von Oertzen hat, gestützt auf sozialdemokratische Analysen des grünen Wählerpotentials, das Märchen von den »bürgerlichen« Grünen eindrucksvoll widerlegt. Tatsächlich zeigen diese Untersuchungen eine Wählerschaft, die fast ausschließlich aus Arbeitnehmern unter 35 Jahren besteht, dort ziemlich gleichmäßig auf alle sozialen Gruppen verteilt ist und ein signifikant überdurchschnittliches Bildungsniveau aufweist. Die grün wählenden Arbeitnehmer repräsentieren die Verschiebung innerhalb der Arbeitnehmerschaft vom primären und sekundären auf den tertiären und quartären Sektor. Peter von Oertzen sieht in ihnen den Arbeitnehmertypus des Jahres 2020. In absichtlich verdeutlichender Zuspitzung kommt er zu dem Schluß: »Wenn es gelänge, diese Sozialstruktur der grünen Wählerbewegung in eine stabile Parteiformation mit einer konsistenten politischen Strategie, einem konsistenten ökonomischen Programm und einem realistischen Verhältnis zu den Problemen der Arbeitnehmerschaft, d.h. auch zu den modernen, inner- und außerbetrieblichen gewerkschaftlichen Problemen zu setzen, wüchse dort unter Umständen eine Arbeitnehmerpartei neuen Typs heran.«

Nun haben viele Ältere lange glaubt — und manche glauben es heute noch —, daß der grüne Spuk sich selbst auflösen oder durch einige Retuschen der etablierten Politik auszutrocknen sei. Diese hartnäckige Illusion scheint mir auf einer Unkenntnis zu beruhen, die selbst zum Aufstieg der grünen Partei beigetragen hat. Die Grünen organisieren eben nicht nur politische Meinungen und Tageseinstellungen. Wer nicht immer wieder Fehleinschätzungen aufsitzen will, muß sich klarmachen, daß die Grünen über eine Stammbasis verfügen, um deren Stabilität sie von den anderen Parteien beneidet werden könnten. Diese Stabilität dürfte allen von außen auffallenden politischen Gegensätzen zum Trotz durchaus mit jener vergleichbar sein, auf die die SPD einmal in der Arbeiterschaft rechnen konnte, mit der die CSU heute noch in tiefkatholischen Regionen Bayerns rechnen kann.

Die grüne Partei ist Ausdruck fundamentaler Basisverschiebungen, die in der Alternativbewegung eine soziale Existenz erreicht hat, die ihrerseits ein dichtes Netz sozialer individueller Verbindlichkeiten aufweist.

Nach neueren Schätzungen ist allein die Anzahl der Beschäftigten in den alternativen Kleinbetrieben und -projekten mittlerweile unter dem Druck der Jugendarbeitslosigkeit auf 100.000 angewachsen. Weit darüber hinaus hat sich die Kritik bürgerlicher Individualität und Lebensweisen, die schon von der Studentenbewegung der 60er Jahre eingeleitet wurde, bis tief in die Bildungsschichten hinein existenzprägend umgesetzt. Der informell unaufwenge Stil der Alternativen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie heute über eine dichte soziale Substruktur und eine politisch-literarische Öffentlichkeit in Kneipen, Zirkeln, Buchhandlungen, Verlagen, Schulen und Kursen aller Art, Kinos, Theatern, der Musikszene, in Alternativblättern, Zeitschriften und Zeitungen verfügen. Vieles erinnert hier an die Frühphase der Sozialdemokratie, in der sich die »vaterlandslosen Gesellen« eine eigene soziale, kulturelle und politische Welt schufen. Die Welt der alternativen Szene und ihrer Lebensweise ist politisch offen und mit der grünen Partei keineswegs identisch.

Mancher junge Sozialdemokrat und Gewerkschafter fühlt sich mit dieser Welt mehr als mit seiner Partei und Gewerkschaft verbunden. Aber diese jungen Menschen wollen eine Antwort auf die apokalyptischen Visionen, die von der Hochrüstungspolitik, der Umwelt- und Wachstumskrise, dem Elend und der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt heraufbeschoren werden. Die Jüngsten sind mit diesen Bedrohungen schon aufgewachsen, die nicht nur ihren moralischen Protest hervorrufen, sondern auch ihre Lebensperspektiven verdunkeln. Mit politischen Oberflächen-Manövern wird diese Jugend nicht zurückzuholen sein. Ohne vorurteilsfreie Kenntnis dieser grün-alternativen Basis wird schwerlich eine Politik möglich sein, die diese überhaupt erreicht. Die fundamentalistischen Strömungen, die sich in der globalen Ablehnung industrieller Gesellschaften und mit rückwärts gerichteten Utopien gegen politisches Handeln der grünen Partei überhaupt sperren, gedeihen eben auch in den zur Subkultur abgeschiedenen, kulturell unaufgeklärten und von Realitätsverlusten gekennzeichneten Teilen der Alternativszene. Distanzierung und Ausgrenzung stärkt diese Störungen nur noch.

Aber die grüne Partei hat von ihren Wählern auch den Auftrag, hier und heute politische Veränderungen zu fördern und durchzusetzen, die nur mit der SPD möglich sind. Es läge im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, die Anstrengungen zu unterstützen, die die politikfähigen Kräfte bei den Grünen kritisch zur Konkretisierung und Stärkung ihrer Positionen zwingt. Anerkennung der grünen Partei und Herstellung »normaler« Beziehungen zu ihr, bei gleichzeitiger Intensivierung sachlicher Diskussionen und Auseinandersetzungen mit ihrer Politik — mit dieser Verhaltensformel können die Gewerkschaften auf die wachsende politische Präsenz grün-alternativer Positionen offensiv reagieren. Damit würden die vorhandenen Gegensätze gewiß nicht aus der Welt geschafft. Sie müßten aber in konkreten Auseinandersetzungen über konkrete Politik ausgetragen werden. Dadurch könnte der abstrakte Gegensatz zwischen ökologisch-fundamentalistischen Absolutheitsansprüchen einerseits und kurzschlüssiger ökonomischer Prioritätensetzung andererseits, der sich heute oft in sterilen Attacken wechselseitig befestigt, erst einmal auf die zweitrangige Rolle zurückgestuft werden, die ihm gebührt. Zunächst wäre aber erst einmal das Terrain neu abzustecken und präziser zu sondieren.

Bei den Grünen hat sich — anders als in der Studentenbewegung der 60er Jahre — als Reaktionsbildung auf die öko-sozialen Katastrophendrohungen ein starker Grundzug zu asketischen Haltungen, zum einfachen Leben herausgebildet. Diese Strömung drückt sich nicht nur in den fundamentalistischen Forderungen nach Ausstieg aus dem Industriesystem und nach Rückbildung zur Agrargesellschaft aus, deren Bedeutung in der Öffentlichkeit häufig überschätzt wird. Weit über diese Extrempositionen hinaus begünstigt die Abkehr von Besitz- und Konsumansprüchen jedoch eine politische Abwendung gegen die Wahrnehmung und Durchsetzung materieller Interessen, die dann nicht selten in die Nähe rechts-konservativer Politik des Sozialabbaues gerät. Sicherlich hat sich die grüne Partei unter dem wachsenden Einfluß ihres rot-grünen Flügels auf gewerkschaftliche Vorstellungen zubewegt. Damit hat sich aber die existentiell fundierte Ambivalenz gegenüber Kollektivansprüchen und sozialstaatlichen Sicherungen längst nicht aufgelöst. Teils schon als Folge erzwungener Arbeitslosigkeit, teils aber auch im freiwilligen Streben nach selbständiger und selbsterfüllender Tätigkeit haben sich die alternativen Produzenten Existenznischen erschlossen, die meist nur durch zusätzliche sozialstaatliche Transfereinkommen ein in aller Regel recht bescheidenes Auskommen ermöglichen. Einkommensverzichte zur Sicherung dieser Existenzweisen sind hier der selbstverständliche Normalfall, der um der Vermeidung von Arbeitslosigkeit und der freieren Arbeit willen hingenommen wird.

Auf der anderen Seite ist der vergleichsweise gut alimentierte und starke grüne Anhang im Bildungswesen und im öffentlichen Sektor aus moralisch-solidarischen Gründen zu Verzichtleistungen bereit. Auf diesem Hintergrund gedeihen leicht Vorstellungen, die der unternehmerischen Politik der Aushöhlung kollektivrechtlicher Sicherungen durch Flexibilität zum Einkommensverzicht, zur Teilarbeitslosigkeit, zu kurzfristig auflösbaren Jobs usw. entgegenkommen. Allerdings hat sich mit der Ausbreitung der Alternativexistenzen, in denen allmählich das Jugendprojekt gegen völlige Arbeitslosigkeit heranwächst, auch der Ruf nach der »Staatsknete«, also nach besserer und breiterer sozialer Alimentierung verstärkt. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß sich auf die Dauer und mit zunehmendem Alter auch das Interessenbewußtsein dieser immer weniger freiwilligen »Aussteiger« verstärkt.

Die Gewerkschaften hätten allen Grund, sich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen, zumal sie Ausdruck sozialer Strukturwandlungen ist, die für ihre eigene Stellung und Politik wesentlich werden.

Die alternativen Existenzen sind zumeist in den Dienstleistungs- und Handwerksbereichen angesiedelt, in denen in der nächsten Zukunft noch am ehesten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier, im überwiegend kleinbetrieblichen, unübersichtlichen und gewerkschaftlich schlecht organisierten Dienstleistungsbereich, in dem sich die unternehmerischen Flexibilitätsvorstellungen vergleichsweise ungehemmt durchsetzen können, ist jedenfalls — vielfach bei Hungerlöhnen — in den USA der größte Teil jener neuen Arbeitsplätze entstanden, auf die Konservative so gern verweisen. In diesem immer schon schwer kontrollierbaren Bereich ist offenkundig auch bei uns die Aushöhlung kollektivrechtlicher Ansprüche und Sicherungen in allen nur denkbaren Formen — bis hin zur Heimarbeit und Ersetzung des Arbeitnehmer-Status durch formelle Quasi-Selbständigkeit — ziemlich fortgeschritten.

Hier könnte sich also unter beachtlicher Beteiligung junger, grün-alternativ eingestellter Arbeitnehmer ein Schwerpunkt abgesenkter Arbeits- und Entlohnungsbedingungen herausbilden, der den Gewerkschaften schon wegen seiner Ausstrahlungen nicht gleichgültig sein kann. Es wäre nicht erstaunlich, wenn mit zunehmender Dauer und Reichweite der Jugendarbeitslosigkeit die heute bereits spürbaren Unzufriedenheiten mit ärmlichen Existenzbedingungen in Konkurrenzhaltungen zu den vollbeschäftigten Arbeitnehmern umschlagen und in modifizierter Form jene fatale politische Spaltung von Arbeitslosen und Arbeitsplatzinhabern wieder auflebte, vor der jedem Kenner der Weimarer Geschichte grauen muß. Erst der Übergang zur konkreten Auseinandersetzung mit den Grünen eröffnet also jenseits ideologischer Fixierungen überhaupt einen realitätsgerechten Zugang zu den grün-alternativen Positionen und damit die Chance zur Entwicklung einer wirksamen Politik, die diesen Gefahren entgegenwirken kann.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die rechtskonservative Politik und Propaganda bei Teilen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften durchaus Resonanz finden, wenn sie — wie bei allen wirtschafts-, sozial- und arbeitszeitpolitischen Konflikten — so auch gegen ökologische Ansprüche und Notwendigkeiten mit Arbeitsplatzverlusten droht. Zweifellos wäre es illusionär, wollten wir dogmatisch leugnen, daß es im Einzelfall tatsächlich zu Kollisionen zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen ökologisch-humanitären Lebens- und ökonomischen Arbeitsplatzinteressen kommen kann, die kaum aufzulösen sind. Solche Erfahrungen dürften dazu beigetragen haben, daß sich Gewerkschafter immer wieder auf die Priorität quantitativ-ökonomischer Arbeitsplatzinteressen vor qualitativ-ökologischen Lebensinteressen festlegen ließen.

In Wahrheit werden solche Widersprüche immer nur in dem Maße unauflöslich, wie die jeweiligen Probleme isoliert, womöglich auf privat- und konkurrenzwirtschaftliche Rahmenbedingungen eingegrenzt werden. In Wahrheit bedeutet die zerstörerische Ausbeutung der Natur und die Abwälzung ökologischer Lasten auf die Allgemeinheit letztlich stets die arbeitsplatzvernichtende Einsparung von Arbeit. Ohne aktive und präventive Umweltschutzpolitik wird letztlich auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht möglich sein. Diese Einsicht liegt auch den Vorschlägen des DGB für staatliche Beschäftigungsprogramme zugrunde, durch die dringende Aufgaben des Umwelt- und Naturschutzes ermöglicht werden sollen. Die Gewerkschaften können sich ohne schwere Schäden nicht auf angeblich vorrangige ökonomische Interessen eingrenzen lassen, während die elementaren, natürlichen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer immer mehr bedroht werden.

Vorrang der Arbeitsplätze vor der Bewahrung und Sicherung fundamentaler Naturbedingungen, das bedeutet auch Gleichgültigkeit gegen Arbeitnehmer, die als unbrauchbar aus den Kalkulationen ausgesondert und als Arbeitslose ausgeschieden werden. Eine Politik der Sicherung von Arbeitsplätzen, die nicht gleichzeitig den ökologisch-humanitären Anforderungen gerecht wird, muß scheitern. Sie bestätigt und verfestigt nur noch jene mehr oder minder zynischen Haltungen egoistischer Anpassung und Durchsetzung ohne Rücksicht auf Verluste und schwächt solidarische, gewerkschaftliche Kampfkraft. Arbeitnehmer, die daran gewöhnt werden, um eine Arbeit zu betteln, die ihre und unser aller Lebensbedingungen bedroht und beeinträchtigt, werden kaum noch für eine progressive Politik zu gewinnen sein.

Es ist mittlerweile unbestritten, daß die grün-alternativen Protestbewegungen überhaupt erst ein allgemeines Umweltbewußtsein geschaffen haben, das heute quer zu den Parteien und weit in die Gewerkschaften und ihre Mitglieder hineinreicht. Darauf gestützt könnte der Kampf für eine ökologisch-humane Produktionspolitik intensiviert und damit zugleich die Durchsetzung beschäftigungspolitischer Forderungen gefördert werden. Den Gewerkschaften wüchsen neue Kräfte zu, die mit ihnen für die unabweislich notwendige Sanierung der Umwelt und damit für eine aktive Beschäftigungspolitik kämpfen würden. Selbst für die Sicherung solcher Arbeitnehmer-Existenzen, die von isolierten, im einzelwirtschaftlichen Rahmen realisierten Umweltschutzmaßnahmen bedroht werden, wäre erfolgversprechender zu kämpfen.

Die Entfaltung einer solchen Politik hängt sicherlich nicht von dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Grünen ab. Dennoch sollten sachliche Auseinandersetzungen mit ihnen geführt werden, in denen sie — stellvertretend für das breite und einflußreiche Publikum, das an ökologischen Fragen und Aktivitäten interessiert ist — mit der unauflöslchen Einheit ökologischer und ökonomischer Arbeitnehmerinteressen konfrontiert würden. Und das könnte schließlich auch die rot-grünen Kräfte stärken, die bei den Grünen eine Politik qualitativen Wachstums anstreben.

Normalisierung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und grün-alternativer Partei, dieser konfliktträchtige Weg ist für eine Gewerkschaftspolitik unvermeidbar geworden, die zum Aufbau einer tragfähigen, demokratisch-sozialen Reformpolitik zur Überwindung der Wachstumskrise beitragen will.

Horst Peter und Norbert Sprafke

## Rot und Grün — Realität in Kassel

Ein neues Gespenst geht um in Deutschland — die rot-grüne Koalition. Seit den Kommunalwahlen in Hessen 1981 und in Nordrhein-Westfalen 1984 sehen viele Sozialdemokraten und viele Bürger und Bürgerinnen unseres Landes eine Alternative zu den bisherigen Konstellationen des traditionellen Parteikartells. Reale Erfahrungen mit einer rot-grünen Zusammenarbeit liegen bis jetzt nur wenige vor.

Erstmalig taten sich SPD und Grüne in Kassel 1981 nach der Kommunalwahl zusammen. Kassel kann nicht nur das Erstgeburtsrecht beanspruchen, die vereinbarte Zusammenarbeit konnte auch über die gesamte Wahlperiode aufrechterhalten werden.

In den Wahlen 1981 hatte die SPD erstmals die Mehrheit im Parlament verloren. Der langfristig auserkorene Wunschpartner FDP verweigerte sich. Zur Bruchstelle wurde die Bildungspolitik, die SPD und FDP in den 70er Jahren gemeinsam formuliert hatten. Günstig für die SPD war, daß, obwohl sie keine Mehrheit hatte, nichts ohne sie ging, die drei anderen Fraktionen (CDU, FDP, Grüne) sich gegenseitig blockierten. Die SPD war für die FDP nicht erpreßbar, da erst zögerlich, dann aber gleichwertig mit den Grünen simultan verhandelt wurde. In den Verhandlungen mit den Grünen wurde, auch für die Teile der Partei, die den Grünen skeptisch gegenüberstanden, deutlich, daß sich mit diesen mehr sozialdemokratische Politik verwirklichen lassen würde als mit jedem anderen Partner. — Vereinbart wurde die sogenannte punktuelle Zusammenarbeit. Die Grünen verzichteten auf Beteiligung am Magistrat, trugen diesen jedoch mit. In vielen Bereichen verabredeten beide Partner gemeinsame Politik. In den offengelassenen Punkten blieb es jedem überlassen, sich eine Mehrheit zu suchen, die Stunde des Parlamentes. Am Ende der Wahlperiode im Januar 1985 sollte Bilanz gezogen und über die Perspektiven dieser Allianz nachgedacht werden. Wer die verschlechterten Rahmenbedingungen kommunaler Politik berücksichtigt, Krise, andauernde Massenarbeitslosigkeit, eine auf Ausblutung der Länder, Gemeinden und Arbeitnehmer zielende Umverteilungs- und Haushaltskonsolidierungspolitik des Bundes, die kumulierenden Effekte einer solchen Politik in einer strukturschwachen Region wie Nordhessen, muß das Resultat der Kasseler Zusammenarbeit mit guten Noten versehen. In Kassel gab es keine tumbe Konsolidierungspolitik, sondern effizienten Umgang mit den knapper gewordenen Mitteln im Interesse von Arbeitnehmern und Umwelt:

- enorme Anstrengungen der Stadt zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze, tastende Schritte in den zweiten Arbeitsmarkt, kommunales Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfempfänger mit rechtlich abgesicherten Arbeitsverhältnissen, die neue Leistungsansprüche begründeten;
- Gleichstellungspolitik für Frauen mit der Berufung von zwei Frauenbeauftragten;
- Fortsetzung der Gleichstellungspolitik für Ausländer;
- keine Einsparungen im Sozial-, Jugend- und Altenbereich;
- »Ökologische Verkehrspolitik« mit den Schwerpunkten öffentlicher Personennahverkehr, Ausbau der Radwege, Verkehrsberuhigung, Tempo 30 in Wohngebieten;
- Verabschiedung eines Schulentwicklungsplanes, Förderstufe für alle;
- in der Wohnungspolitik Vorrang für die Erhaltung preiswerten Wohnraums, Bekämpfung der Wohnungsspekulation (Erlaß einer Milieuschutzsatzung im besonders betroffenen Stadtteil West);

— in der Umwelt- und Energiepolitik Beginn der Müllverwertungswirtschaft, Planung einer Rauchgaswäsche für die Müllverbrennungsanlage, Auflage eines Fernwärmeprogramms und Einleitung einer dezentralen Energieversorgung, ökologische Grünpflege, Verzicht auf Streusalz, Ausbau der Kläranlage, Sanierung des Kanalnetzes.

Gemeinsam trugen beide Fraktionen die Wiederwahl des Oberbürgermeisters, die Neuwahl der Schuldezernentin und drei schwierige Haushalte. Die Stadt mußte ein aufgelaufenes Defizit von ca. 70 Millionen DM ausgleichen, mit schwindenden Einnahmen und steigenden Ausgaben im Sozialhilfeeat und einer zweistelligen Arbeitslosenquote auskommen.

Günstiger als die äußeren Rahmenbedingungen für diese Politik waren die inneren Bedingungen und Voraussetzungen im Programm, Politik und Struktur der Partner, die ein Zusammengehen ohne Beschädigung der Identität ermöglichten.

Die Grünen verfolgten eine spezifisch Kasseler Ausprägung grüner Realpolitik, waren zur Arbeit im Parlament bereit, standen nicht unter aggressivem Druck ihrer Gegner, der sie zur sektiererischen Abgrenzungspolitik verleitet, schließlich waren die Funktionsträger keine politischen »newcomer«, sondern konnten erhebliche Politikerfahrung nachweisen.

Die Kasseler SPD wandelte sich in den 70er Jahren. 1975 wurde mit Hans Eichel ein stellvertretender Juso-Bundeschvorsitzender zum Oberbürgermeister gewählt, sozialdemokratische Stadträte und Stadtverordnete zeigten in der Berufsverbotefrage radikaldemokratisches Engagement. Der Prozeß vollzog sich abseits medieninteressanter spektakulärer Aktionen. In Kassel wurde auf langwierige, überzeugende, skeptische Teile der Partei einbeziehende Diskussion gesetzt. Einen politisierenden Impuls erhielt die Partei durch eine fast zweijährige innerparteiliche Wahlkampagne der Kandidaten für den vakanten Bundestagswahlkreis 125 (ehemals Holger Börner). Offizieller Kandidat war der UB-Vorsitzende, gestützt von der Landespartei. Nominiert wurde der Gegenkandidat, der für eine arbeitnehmerorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, aktive Umweltpolitik, offensive Gleichstellungspolitik in Betrieb, Schule und Gesellschaft warb, gegen AKW und Wiederaufbereitungsanlage, klassenkooperative Wirtschaftspolitik und gegen die Aufrüstung trat.

Vor der Bundespartei bemühte sich die Kasseler SPD um die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, sprach sich gegen den weiteren Ausbau der Atomenergie, Wiederaufbereitungsanlage und Schnellen Brüter aus, setzte sich für dezentrale Energieversorgung ein, lehnte die Stationierung neuer Atomraketen ab und beschloß als eine der ersten westdeutschen Großstädte im Sommer 1981 die Erklärung der Stadt Kassel zur »atomwaffenfreien Zone«.

Nicht verschwiegen werden sollen die Hindernisse, Irritationen, Schwierigkeiten. Politikverständnis und Habitus beider Partner wären sehr gegensätzlich, die Grünen unterschätzten das Beharrungsvermögen eingefahrener Verwaltungen, mit dem diese zum eigenständigen politischen Faktor werden können. Die Grünen stützten einen Mißbilligungsantrag der bürgerlichen Parteien gegen einen Stadtrat, verhinderten einige Straßenbaumaßnahmen. In den offengelassenen Punkten fanden sich bunte Abstimmungsfronten: SPD/CDU/FDP gegen Grüne, Grüne/FDP/CDU gegen SPD und Magistrat.

Die eingeschränkte Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der SPD behinderte die Umsetzung der Beschlußlage der Partei. Mitglieder, Ortsvereine, der Unterbezirk beteiligten sich an den Aktionen der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, unterstützten aktiv Ostermärsche, Friedenswochen, Demonstrationen in Bonn, Volksbefragung am 17. Juni.

Dies konnte jedoch nicht in das Gros des Funktionärskörpers und der Mitgliedschaft getragen werden, politische Potenz ging verloren.

Lassen sich die Kasseler Erfahrungen verallgemeinern, taugt das Modell Kassel zum Modell für andere Kommunen, für Bund und Länder? Keinen Sinn macht eine isolierte Betrachtung des Kasseler Beispiels als mechanische Übertragung, zu spezifisch sind wahrscheinlich einige der Kasseler Voraussetzungen. Kassel beweist exemplarisch, daß eine dauerhafte Zusammenarbeit möglich und eine Politik im Interesse der Menschen und der Umwelt mit dieser Allianz »gemacht« werden kann. Voraussetzung ist, daß Grüne und SPD bereit sind, einen neuen Reformblock in der Bundesrepublik zu konstituieren.

Notwendig ist eine Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Tendenzen der Bundesrepublik, der Entwicklungsbedingungen der politischen Kräfte und der Kräfteverhältnisse, die Verständigung der SPD auf eine gesellschaftliche Reformpolitik und eine in diese eingebettete tragfähige Bündniskonzeption.

In einer Gesamtschau der ungelösten Probleme der bundesdeutschen Gesellschaft kann von einem Reformstau gesprochen werden: Krise, andauernde Massen- und Jugendarbeitslosigkeit, in der Ökologie die Beseitigung der Altlasten, Vorsorge für die Zukunft, in der Sozialpolitik die Erhaltung der Sicherungssysteme für die Lebensrisiken der Arbeitnehmer, die Schlüsselfrage der Zukunft: die soziale Beherrschung der neuen Technologien, Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Verteidigung der politischen Kultur und der inneren Liberalität der Bundesrepublik, die Fortsetzung der Demokratisierung der Gesellschaft in allen Sektoren, die Friedensfrage.

Das Kapital und seine Parteien haben die gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Kapital auf der einen Seite, Mensch, Arbeitnehmer und Umwelt auf der anderen Seite erneut scharf markiert. Wenn Grüne und SPD je zu einer Mehrheit kommen wollen, gleich ob gemeinsam oder allein, sind sie bei Strafe des Scheiterns im anderen Falle gezwungen, dies auf einer langen Wegstrecke gemeinsam zu versuchen, müssen sie sich gemeinsam auf eine strategische Zielorientierung, die die vom Kapital neu markierte Konfliktlinie realisiert und die Reform der Gesellschaft zum Thema macht, einlassen. Diese Mehrheit ist keine Mandatsmehrheit in Parlamenten, sondern die Dominanz in der Bewertung und Lösung sozialer Prozesse der Gesellschaft. Etappenziel ist die Erringung der moralischen Hegemonie. Eine qualifizierte Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger muß sich ein gesellschaftliches Reformprojekt zu eigen machen. Ein Reformbündnis muß schlüssige Antworten zur Lösung des Reformstaus anbieten, Definitionsmonopole des Kapitals und seiner propagandistischen Agenturen brechen.

Die SPD muß die Frage, mit wem sie zu einer Mehrheit kommen will, an der Meßlatte der Grundforderung des Godesberger Programms nach einer »menschenswürdigen Arbeit in einer menschenwürdigen Gesellschaft« beantworten. CDU/CSU und die Rest-FDP scheiden dann eindeutig aus. Selbst wer meint, die Grünen seien eine bürgerliche Partei, muß feststellen, daß sie der SPD programmatisch und politisch näher stehen. Peter von Oertzen hat zudem darauf hingewiesen, daß die Grünen den »Arbeitnehmertypus des Jahres 2020« repräsentieren.

Die Existenz der Grünen ist Ausdruck einer realen gesellschaftlichen Bewegung, des Zerfallsprozesses des alten sozialliberalen Reformblocks, Ergebnis der unbefriedigenden Antworten der SPD in den 70er Jahren auf die drängenden Fragen der Zukunft, tiefgreifender Veränderungen in der Sozialstruktur der Bundesrepublik, der Krise des Sozialstaates. In sich ist diese Partei eine Koalition der von der SPD Enttäuschten, neuer Arbeitnehmerschichten und sozial Deklassierter. Die taktische Aufgabe für die SPD ist, wenn sie

sich für eine Reformstrategie entschieden hat, wie führt sie SPD, Grüne, Gewerkschafter und neue soziale Bewegungen zu einem Reformbündnis zusammen? Die Prioritäten, Arbeitnehmer und Umwelt, stehen nur im Blickwinkel interessierter Kreise gegeneinander. Ausnutzung und Zerstörung der Arbeitskraft, Ausnutzung und Zerstörung der Umwelt, die Alternative Mensch oder Maschine, sind zwei Seiten einer Medaille, Resultate der kapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses, der Aneignung der Natur und der Ergebnisse des Produktionsprozesses. SPD und Grüne vertreten die von diesem Prozeß in unterschiedlicher Weise Betroffenen, die Ursache ist identisch. Der Widerstand des Kapitals gegen eine Politik im Interesse der Menschen erzwingt die Mobilisierung der Betroffenen. Diese gesellschaftliche Bewegung der von der Politik des Kapitals und seiner Regierung Betroffenen muß die Zusammenarbeit von Grünen und SPD von »unten« herbeiführen. So wie die Grünen keine vorübergehende Verwerfung der deutschen Parteienlandschaft darstellen, so wird die grün-rote Zusammenarbeit nicht auf ein Manöver zur Behebung aktueller Schwierigkeiten in den Parlamenten reduziert werden können. Für die SPD bedeutet dies die Absage an Domestizierungs- und Vernichtungsstrategien gegenüber den Grünen, aber auch die Absage an Vorstellungen, den grünen Fraktionen einige politische Felder zur Profilierung zu überlassen. Wer das Bündnis mit den Grünen will, muß diese als Partei und Partner ernst nehmen und muß ihre Eigenheiten akzeptieren. Kooperation heißt Kompromiß, und dies wird zu Konflikten mit der grünen Basis führen. Für die Verschränkung von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung, so sie die Grünen als Ansprechpartner wählt, benötigen diese den notwendigen Spielraum. Diesen Raum, damit die Grünen in die Kooperation hineinwachsen können, muß die SPD diesen zugestehen, sich selbst eine höhere Belastbarkeit.

Die Kooperation hebt nicht die Konkurrenz zu den Grünen auf. Die SPD muß nicht andere Lösungen, Lösungen für andere Politikfelder, sondern bessere Lösungen formulieren. Eine additive Kooperation, die den Grünen arbeitsteilig die Ökologie, der SPD die Ökonomie zuteilt, wird nicht die Dynamik entwickeln, die zur Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung für eine Reformpolitik führt, denn sie impliziert den Verzicht auf ein konstituierendes Reformprojekt und die Anstrengung, diese Mehrheit zu gewinnen und zu einigen. Die Option Arbeitsteilung verwischt die gesellschaftliche Konfliktlinie, enthält die Option FDP, die Rückkehr zur klassenkooperativen Politik. Wer innerhalb der SPD das Bündnis mit den Grünen will, muß die Konkurrenz zu den Grünen forcieren, muß für »grüne« Themen die besseren Lösungen formulieren und eigene Lösungen nicht verstecken.

Die Kasseler Öffentlichkeit hält die Erklärung der Stadt zur atomwaffenfreien Zone für eine grüne Initiative. Der Eindruck, dies sei eine Konzession an die Grünen und nicht eigenständige sozialdemokratische Politik, läßt sich nur schwer verwischen. Dies wird und wurde gefördert durch zögerndes und betuliches Umgehen mit dieser Forderung und der Weigerung, die Zivilschutzproblematik zu behandeln. Das Thema ist nicht stumm. Ohne eigenes Zutun verbuchen die Grünen einen Erfolg, die Zivilschutz-Initiativen sehen in der SPD nur den zweiten Ansprechpartner.

Es muß erkennbar sein, daß gesellschaftliche Reformpolitik von Seiten der SPD nicht aus dem Zwang zur Kooperation mit den Grünen erwächst, sondern auch für eine SPD mit absoluter Mehrheit das zu realisierende politische Projekt darstellt. Als Voraussetzung für die Konstituierung eines neuen Reformbündnisses ist es unsere Aufgabe, in Gesellschaft und SPD zu verdeutlichen, daß der kapitalistische Produktionsprozeß die Gefährdungen von Mensch und Umwelt verursacht. »Genieren wir uns nicht, sprechen wir vom

Kapitalismus« (Günther Anders). Dies beschreibt das Ergebnis einer programmatischen Selbstverständigung der SPD.

Das Kasseler Bündnis ist politisch-parlamentarisch erfolgreich gewesen. Die Grünen haben die notwendige Stabilität gezeigt, die Konflikte mit Basis und Initiativen produktiv umsetzen können und lassen jetzt die Bereitschaft zur Übernahme personeller Verantwortung erkennen. Die SPD hat die Störmanöver der Gegner der SPD und der Kooperation ertragen, ebenso die von den Grünen bereiteten Frustrationen. Ein Höchstmaß an sozialdemokratischer Politik konnte realisiert werden.

Noch ist die SPD in Kassel in Teilen nur zu additiver Kooperation bereit, bewahren sich Teile die Option FDP. Am 10. März 1985 kämpft die Kasseler Partei um die absolute Mehrheit. Am 10. März entscheidet sich, ob die Grünen auch nach der Totalrotation der Fraktion die Kooperation fortsetzen können, ob SPD und Grüne gemeinsam einen Magistrat tragen können, ob die SPD mit absoluter Mehrheit die eingeleitete Politik fortsetzt, ob es zu einer anderen Koalition kommt. Sollte die Kasseler SPD die absolute Mehrheit verfehlen, sprechen die Erfahrungen für die Fortsetzung der Kooperation. In Kassel ist der exemplarische Beweis geführt worden, daß die rot-grüne Mehrheit handlungsfähig ist, daß diese Allianz nicht zur Unregierbarkeit und ins Chaos führt, daß Politik im Interesse der Menschen und der Umwelt machbar ist.

Gertrud Schilling

## **Rot-grüne Perspektiven jenseits machttaktisch orientierter Bündnisse?**

### **Erfahrungen (und Interpretationen) aus Hessen**

Seitdem ich im Parlament bin, sehe ich die Entwicklung, die *Die Grünen* (zwangsläufig) nehmen (müssen) zunehmend deutlicher, und ich möchte dies einmal so ausdrücken: Wir haben die Rechnung ohne uns selbst gemacht! Das heißt, wir haben mit bestimmten Prinzipien, Hoffnungen, Utopien, Erwartungen 1979 eine Partei gegründet und sind schon bald darauf in die Parlamente gegangen. Dies kommt einem zweiten großen Marsch durch die Institutionen gleich (siehe 1968), und unsere theoretischen Erkenntnisse wurden zu früh, aber unausweichlich mit der Praxis in Institutionen konfrontiert. Als Tribüne der Öffentlichkeit, als zweites Bein neben dem außerparlamentarischen, skeptisch bis ablehnend dem repräsentativen System gegenüberstehend, waren wir angetreten, das System zu verändern, global gesagt, für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt einzutreten — und dabei die Fehler anderer Parteien/Gruppierungen — speziell die der Jungsozialisten — nicht zu machen — sondern andere.

Wie haben sich *Die Grünen* entwickelt, mit welchen Problemen wurden sie konfrontiert? Eine kurze Beleuchtung der wichtigsten Punkte soll verdeutlichen, in welcher Gefahr *Die Grünen* stehen — genau wie andere Parteien — letztlich in die gleichen Muster zu verfallen und welche historische Chance sie vielleicht haben, diesen Drahtseilakt Partei und Parlament zu überstehen, d.h. tatsächlich eine qualitativ neue Politik zu machen. Im zweiten Teil geht es darum, welche Schritte die SPD in Hessen gemacht hat und noch machen müßte, um diese historische Chance zu vergrößern und auch für sich in Anspruch zu nehmen. Im dritten Teil versuche ich abschließend, Erfahrungen aus dem rot-grünen Bündnis als Möglichkeiten für eine konstruktive rot-grüne Politik darzustellen.

#### I.

Mittlerweile sind *Die Grünen* — mehr oder weniger unbemerkt — verparlamentarisiert und auch dadurch schon längst zu einer richtigen Partei geworden. Typisch parlamentarische Verhaltensweisen — die früher so verschmähten — fallen jetzt beim Reden, im ganzen Gehabe und letztlich in den weniger chaotisch, dafür aber oft recht restriktiv verlaufenden Versammlungen nur noch wenigen auf.

Die Landtagsgruppe zeigte vor Beginn der Verhandlungen mit der SPD (1983) immer deutlichere Züge eines Kabinetts, besonders als es um die Finanzierung der jeweiligen Inhalte ging. Die Basis (wen immer man darunter verstehen mag) kann zwangsläufig bezahlte Vollzeitpolitiker/innen nicht so kontrollieren, wie ursprünglich geplant und ist somit immer mehr auf die Vermittlung von Politik angewiesen. Dies hat unter anderem zur Folge, daß politische Prozesse nicht mehr miterlebt, sondern oft nur noch Endergebnisse oder sogar vollendete Tatsachen abgesegnet werden. Mundgerechte, leicht verdauliche Polithäppchen werden folglich zwecks leichterer, schnellerer Entscheidung erwartet und irgendwann auch geliefert. Der Begriff Basisdemokratie wird so zwangsläufig immer mehr zu einer Farce und müßte oft schon ersetzt werden durch den Begriff Stellvertreterpolitik.

Da die (Presse-)Aufmerksamkeit für Landtagsabgeordnete größer ist, vermittelt dies den Eindruck von größerer Wichtigkeit der Inhalte, die im Landtag behandelt werden. Parlamentarische oder außerparlamentarische Aktivitäten an der Basis kommen hier

häufig zu kurz. Daraus wiederum ergibt sich, daß die Basis sich weniger sachkundig fühlt und Landtagsgruppenmitglieder gerne als Aushängeschilder benutzt.

All dies erweckt die Illusion, als würden im Parlament tatsächlich die Probleme gelöst, wobei wir anfangs immer klargemacht haben, daß dies dort nicht möglich sei und die parlamentarische Arbeit die außerparlamentarische nur unterstützen soll. Dieser falsche Eindruck geht sogar so weit, daß allgemein angenommen wird, daß wir im Parlament all das schaffen müßten, was bisher in den verschiedenen Initiativen nicht fertiggebracht wurde. So passiert es dann, daß relativ schnell vergessen wird, daß Politik eigentlich Menschen für ihre Interessen aktivieren soll, statt ihnen die Arbeit abzunehmen, wozu der Parlamentarismus neigt.

Diese Entwicklungen verführen dazu, auszuprobieren, wie man Versammlungen insgesamt, die Basis, manipulieren kann, auszuprobieren, wie weit einem die Basis folgt bei Inhalten, deren Hintergründe sie oft gar nicht mehr so genau beurteilen kann. Das parlamentarische Leben bringt einen großen Anpassungsdruck mit sich, der zum Erscheinungsbild des ernsthaften Parlamentariers führt, der/die zunehmend Besuche der Basis und Probleme, die von außen kommen, als störend und lästig empfindet. Die außerparlamentarischen Tätigkeiten fallen der Tagespolitik zum Opfer, Spontaneität und Phantasie ebenfalls. Notwendige Aktionen werden als Aktionismus oder »Nebenkriegsschauplätze« abgetan und werden immer seltener; für Aktionen gibt es ja schließlich *die da draußen*; wir haben Wichtigeres zu tun.

Durch die Verhandlungen mit der SPD und das rot-grüne Bündnis wurde noch ein wichtiger Teil der Eigendynamik in Organisationen deutlich, nämlich die Frage, von wem die Entscheidungen in Sachfragen getroffen werden. Zur inhaltlichen Erarbeitung sind die außerparlamentarischen Fachleute gefragt, das Recht, letztendlich Entscheidungen zu fällen und »Politik zu machen« wird dann jedoch häufiger von den Parlamentariern wahrgenommen. »Politische Verantwortung« tragen plötzlich nur noch die Parlamentarier/innen.

*Die Grünen* drohen, in traditionelle Politikformen zu verfallen: Als naiv und unpolitisch wird es oft schon angesehen, wenn man's nicht so mit dem Pokern und dem Taktieren hat, sondern andere, menschlichere, gewaltfreie Wege sucht; wenn man der Instrumentalisierung von Menschen und einem taktischen Verhältnis zu Inhalten entgegentritt, daran erinnert, daß wir uns gegründet haben, um eine *neue* Politik zu machen, keinen grünen Aufguß alter Politik. Unserer Doppelstrategie, die wir noch nicht ganz im Griff haben (nämlich durch Verknüpfung parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivitäten unseren Zielen näher zu kommen), droht die Gefahr einer sich zementierenden Doppelbödigkeit nach dem Motto: der Zweck heiligt die Mittel. Perspektiven und Inhalte werden nur noch recht kurzfristig angesetzt und entwickelt.

Merkt mensch eigentlich diesen Verparlamentarisierungsprozeß bzw. vermögen wir ihn so zu steuern, daß wir unsere eigene Veränderung im Apparat Parlament bemerken und gegebenenfalls korrigieren können? Ich hatte mir jedenfalls am Anfang meiner Parlamentsarbeit gesagt, daß ich aufhören möchte, wenn ich merke, daß ich in die »Juso-Position« komme. Dieser Ausdruck umschreibt für mich den Glauben, in einer Partei immer noch das retten zu wollen, das vielleicht nicht mehr zu retten ist, während man sich in Wirklichkeit nur auf einer Spielwiese bewegt. Wie mit dieser Problematik umzugehen ist, ob überhaupt Chancen bestehen, diesen subtilen Anpassungs- und Entwicklungsprozeß bewußt(er) zu machen, ist eine sehr wichtige — leider bisher bei den *Grünen* undiskutierte — Frage, deren Lösung von nicht unerheblicher Bedeutung für eine neue Politik ist.

## II.

Anfangs war ich der Meinung, die Spannung, den Widerspruch zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten auflösen zu müssen. Mittlerweile habe ich begriffen, daß diese Spannung ausgehalten und gestaltet werden muß. *Wie* wir mit ihr umgehen, ob wir sie erhalten und nicht z.B. auf die parlamentarische Seite hin auflösen, dem Druck erliegen, *wie* die sich gegenseitig bedingenden Prozesse zwischen Basis und Funktionären und politisch unterschiedlichen Standpunkten sowohl in der eigenen Partei als auch gegenüber anderen Parteien hin ausgetragen werden, ist entscheidend. Es kann und darf nicht die Frage sein, wie fangen wir noch einmal an, sondern was müssen wir anders machen als andere Parteien, wie gehen wir mit dieser historischen Situation und Chance um, damit unsere Ziele von der Sache her eine Chance haben und wir wirklich neue Formen der Politik finden, die den Begriff »neue Qualität« verdienen.

Angesichts dieser Problematik tauchte die Frage auf: können wir unsere Ziele erst einmal besser allein erreichen oder ist es besser, auf parlamentarische Mehrheiten hinzuarbeiten, was eben Zusammenarbeit in Sachfragen, letztlich Bündnis bedeutet. Erst durch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der SPD ergaben sich Perspektiven für eine Zusammenarbeit in Sachfragen oder ein Bündnis, manchmal sogar jenseits machttaktischer Überlegungen seitens der SPD. Meines Erachtens sind *Die Grünen* spätestens jetzt an der Weggabelung, wo sie neben der ersten Entscheidung, eine Partei zu werden, und der zweiten, in die Parlamente zu gehen, eine dritte wesentliche Entscheidung fällen müssen, nämlich: ob zur Durchsetzung ihrer Ziele eine rot-grüne Zusammenarbeit, ein Bündnis, eine Koalition unerlässlich ist und wie sie den Umgang mit auftretenden Problemen bewerkstelligen, wie diese Zusammenarbeit, dieser Prozeß, organisiert und das Bewußtsein darüber entwickelt und weitergegeben wird. Hier tatsächlich neue Wege zu gehen, für eine humanere Politik einzutreten, die bei uns selbst anfangen muß, eine radikale ökologische Politik einzuleiten, das ist die — vielleicht historische — Chance der *Grünen*, in Praxis, Form und Inhalt zu beweisen, was wir — oft theoretisch — verkündet haben. Wenn uns dies nicht gelingt, wir die Gratwanderung nicht bestehen, werden wir sehr schnell zu bloßen Mehrheitsbeschaffern, zu einer grünen FDP, vielleicht noch nicht mal zu grünen Jusos, jedenfalls zu allem, was schon einmal da war, nur in grün.

Um klarer zu machen, was neue Qualität sein könnte, möchte ich einige Schlagworte kritisch kommentieren, von denen im Zusammenhang mit *Grünen* in Parlamenten und rot-grüner Zusammenarbeit immer wieder die Rede ist: a) Politikfähigkeit, Kompromißbereitschaft; b) Berechenbarkeit; c) Bündnis/Koalition.

Zu a): Politikfähigkeit muß für *Die Grünen* etwas anderes sein als das, was herkömmlich darunter verstanden wird (nämlich: Politik ist immer ein schmutziges Geschäft). Positiv möchte ich es so umschreiben: Beim Anstreben von wirklichen Kompromissen macht zwar jede/r Abstriche, aber nicht um jeden Preis und nicht unter Hintanstellung dessen, was eigentliches Ziel ist. Kompromisse sollten nur dann geschlossen werden, wenn alle anderen Möglichkeiten, sich zu verständigen, ausgeschöpft sind, denn Kompromisse verwässern auch; sie stellen zwar beide Seiten ruhig, aber nicht unbedingt zufrieden. Politikfähigkeit bedeutet nicht, zu allem Ja zu sagen, unter der Androhung, andernfalls in die Ecke der Verweigerer gestellt zu werden, sondern gerade auch in einem deutlichen, begründeten Nein zur rechten Zeit drückt sich für mich Politikfähigkeit aus, weil z.B. ein Ja in der Sache vielleicht nicht weiterführen würde, wohl aber einen positiven Effekt nach außen hätte. Hier betrachte ich es als unsere Aufgabe, den Versuch zu machen, solche schwer vermittelbaren Handlungsweisen nach außen zu vermitteln und nicht der Versuchung zu er-

liegen, die einfachere Lösung zu wählen, weil es besser ankommt. Die Kunst, in der Politik Inhalte wirklich gut und glaubhaft zu vermitteln, sollte mehr Beachtung erfahren als das Üben in faulen Kompromissen und das Anwenden von Taktik. Es wäre wichtig, statt ständig mit positiven Begriffen wie Politikfähigkeit, Kompromißbereitschaft negative Sachverhalte zu umschreiben, den Politikbegriff zu untersuchen und neu zu definieren. Dies zu vermitteln ist sicher auch eine Aufgabe eines rot-grünen Bündnisses.

Zu b): Es heißt immer, *Die Grünen* müßten berechenbar werden; das soll doch bedeuten, sie sollen (ein)kalkulierbar sein, man will sie einbinden ins System, damit sie dieses weniger kritisieren und die Widersprüche ruhen lassen. Berechenbar ist unsere Politik, die auf die Erhaltung der Lebensgrundlagen für alle ausgerichtet ist, doch allemal im Gegensatz zu einer Politik, die diese Grundlage aus Profitgier und Eigeninteresse zerstört. Was oft als unberechenbar ankommt, ist das unerwartete, vom Gewohnten, von den Zumutungen und Formen der Politik, die die Bürger schon lange zu ertragen gelernt haben, Abweichende. In diesem Sinne sollten wir unberechenbar bleiben.

Berechenbar bleiben sollten wir auch bei getroffenen Vereinbarungen, wie z.B. den Verhandlungsergebnissen zum Haushalt 1985. Das sattsam bekannte Politikerverhalten, sich aus taktischen Gründen plötzlich anders zu verhalten als es landauf landab monatelang für gut verkauft wurde, haben *Die Grünen* durch den Licher Beschluß erstmals deutlich an den Tag gelegt. Mich persönlich hat dieses Verhalten gerade deshalb so enttäuscht (ich bin für die Entkoppelung Zustimmung zum Haushalt 1985 und Klärung der Hanauer Problematik), weil ich an so manchem mageren Verhandlungsergebnis Kritik hatte; dies wurde jedoch 1983 abgestritten und Konflikte mit der SPD vermieden. Statt dessen pries man die Verhandlungsergebnisse an. Einige Monate später kann ich dann aber nicht alles in Bausch und Bogen verdammen, nur weil die Hanauer Problematik — eben aus Konfliktvermeidungsgründen — (genauso wie die Friedensfrage) nicht klar behandelt wurde. Was die Taktik anbelangt, so haben *Die Grünen* die SPD mit ihren eigenen Waffen geschlagen, denn sie haben sich etabliert verhalten, so wie es in der Politik seit Jahrzehnten Usus ist. Deshalb steht es auch der SPD nicht gut an, hier zu jammern oder mit dem Finger zu zeigen, wohl aber wäre eine kritischere Haltung der *Grünen* zum Bruch des Bündnisses wichtig.

Die Berechenbarkeit anderer Parteien, hier der SPD, wird bei deren Widersprüchen zwischen Parteitagbeschlüssen einerseits und deren konsequenter Nichtumsetzung andererseits nicht zur Diskussion gestellt. Dieses typische sozialdemokratische Verhalten von einerseits-andererseits, es allen recht machen, nur nicht auffallen, vor allen Dingen keine Prozesse verlieren, Widersprüche zu produzieren und zu meinen, damit leben zu müssen, wird wohl allseits als politikfähig angesehen. In dieser »Tradition« liegt ein großes Problem bei der Zusammenarbeit mit der SPD, weil hier *Die Grünen* immer wieder an diese Grenze stoßen und es uns meist sehr unverständlich ist, wie sich diese oben beschriebene Inkonsequenz dermaßen hartnäckig halten kann. Hier kommen mir oft Zweifel, ob eine sachorientierte Zusammenarbeit mittelfristig wirklich möglich ist, wenn letztendlich Inhalte zugunsten von Taktik immer wieder verleugnet werden. Grundlegende Veränderungen wirklich zu wollen und nicht nur an Symptomen herumzukurieren, dies in die Praxis umzusetzen, ist ein Punkt, den die SPD zu leisten hat. Schafft sie es nicht einmal annähernd, ihre eigenen Parteitagbeschlüsse umzusetzen, dann wird mittelfristig keine Zusammenarbeit, geschweige denn ein Bündnis möglich sein oder einen Sinn haben.

Zu c): Eine Koalition wäre die Fortführung bisheriger Politikformen aus Machterhaltungsgründen. Da bei einer Koalition die Partner in allen Fragen gemeinsam abstimmen,

werden Inhalte aus Machterhaltungsgründen als zweitrangig angesehen oder gehen sogar unter; die Frage ist auch, welcher Partner welchen so unter Druck setzt, daß dieser auf die Durchsetzung seiner Inhalte verzichtet bzw. faule Kompromisse eingeht. Eine Zusammenarbeit in Sachfragen, eine kontinuierliche Zusammenarbeit oder ein Bündnis, wie wir es in Hessen gemacht haben, bringen etwas qualitativ Neues, da keine personelle Beteiligung damit verbunden ist und die Inhalte dadurch mehr im Vordergrund stehen.

Bei den derzeitigen grundlegenden Unterschieden der *Grünen* zur SPD und zu außerparlamentarischen großen Gruppen wie z.B. den Gewerkschaften ist eine Koalition/Regierungsbeteiligung mit der SPD nicht realistisch, weil sich entweder die SPD zwecks Einigung mit den *Grünen* sehr ändern müßte oder aber — und das ist erfahrungsgemäß das Realistischere — die *Grünen* viele wesentliche Abstriche an ihrer Politik machen müßten, um mit der SPD gemeinsam zu regieren. Das bedeutet: keine Stärkung der *Grünen*, sondern das Verschwinden im Apparat, Abarbeiten an der SPD. Diese Problematik muß auch von der SPD bewußter gesehen werden, damit klar ist, daß der Konsens bzw. Dissens in der Gesellschaft vorangetrieben werden muß, um dann auf einer breiteren Grundlage gemeinsam Sachpolitik betreiben zu können.

Ich denke, die Form der Koalition ist grundsätzlich keine geeignete Politikform, denn sie bringt die Parteien nur in eine falsch verstandene Abhängigkeit. Wenn der Konsens da ist, stimmen *Grüne* und SPD ohnehin gemeinsam, wenn nicht, bedeutet eine gemeinsame Abstimmung nur Zwang und Unterbuttern. Wenn die SPD also wirklich etwas qualitativ Neues will, muß sie versuchen, gemeinsam mit den *Grünen* eine neue Politik in einer Form zu verwirklichen, in der die Spannungen und Widersprüche (außerparlamentarisch/parlamentarisch) nicht aufgelöst, sondern *gestaltet* werden.

Es muß eine Form der Zusammenarbeit gefunden werden, die es den *Grünen* unterhalb der Koalition ermöglicht, Verantwortung in der Sache zu übernehmen und durch das Vortreiben eines breiteren gesellschaftlichen Konsenses eine solidere Grundlage für gemeinsame Politik zu schaffen. Als hundertzwanzigjährige Tante muß die SPD die Geduld aufbringen, die fünfjährigen *Grünen* nicht gleich im Apparat zu verheizen, sondern ihnen die oben geschilderten Möglichkeiten anbieten. Für die *Grünen* bedeutet dies aber auch, den Verlockungen und Versuchungen, Macht durch Posten zu bekommen, nicht zu erliegen und die außerparlamentarische Arbeit wieder ernster zu nehmen. Diese Geduld und Weitsicht würde sich für die SPD so auszahlen, daß sie sich dadurch selbst mit am Leben erhält und Ansätze einer Erneuerung erreichen könnte.

Ein rot-grünes Bündnis steht und fällt mit dem Willen, wirklich etwas zu verändern, nicht nur den Eindruck zu erwecken. Und hier ist es auch besonders schwer, gegen die hundertzwanzigjährige Geschichte der SPD anzugehen. Aber: rot-grün hat nur eine Zukunft und einen Sinn, wenn die *Grünen* es durchhalten, Inhalte hochzuhalten, sich nicht à la Jusos zähmen zu lassen und nicht der verführerischen Macht- und Taktikfrage zu erliegen — und wenn die SPD es endlich schafft, ihre großen Widersprüche aufzulösen: sich für sozialen Fortschritt und Frieden einzusetzen, aber gleichzeitig für die modernste Rüstung zu stimmen; die Grenzen des Wachstums einerseits zu sehen, aber für weiteres Wachstum einzutreten; Ökologie und Ökonomie in der Theorie zwar zu vereinbaren, in der Praxis der Politik aber nicht. Kein weiteres strategisches, sondern experimentelles Denken ist notwendig!

## III.

Die Voraussetzungen für eine neue Politik in einem rot-grünen Bündnis werden durch gemeinsame Prozesse von *Grünen* und SPD geschaffen. Eine erste erstaunliche Erfahrung war, den gegenseitigen Abbau von Feindbildern zu erleben, was gerade in Hessen 1982 zur Zeit unseres Parlamentseintritts wegen dem Bau der Startbahn West nicht unbedingt erwartet werden konnte. Ein gewaltfreies Prinzip wurde dabei (vielleicht unbewußt) von den meisten früher oder später verwirklicht, nämlich das Bemühen um die Trennung von Person und Rolle, d.h. den Menschen zu sehen, sich aber trotzdem mit seinen/ihren politischen Standpunkten auseinanderzusetzen.

Es hat sich gezeigt, daß bei den möglichen Mehrheitsverhältnissen in Hessen zwischen SPD und *Grünen* eine Fundamentalopposition im Parlament nicht durchzuhalten ist, weil die Richtigkeit und Notwendigkeit konstruktiver Mitarbeit bei vielen Themen nicht abgelehnt werden kann — oder wir hätten gar nicht erst in die Parlamente gehen dürfen. Der Prozeß in Hessen hin zu einem rot-grünen Bündnis hat sich zwar zunächst durch Machterhaltungsgründe seitens der SPD ergeben (Haushaltsverabschiedung), ist durch die Verhandlungen aber von den *Grünen* auf die inhaltliche Ebene gebracht worden. Meist wurden Sachfragen zur Pokermasse oder der kleinste gemeinsame Nenner vereinbart (siehe Hanau: Vereinbarung eines Diskussionsprozesses oder in anderen Fällen wie z.B. Knast: ein Hearing). Es wäre z.B. anhand der Friedenspolitik zu beweisen, daß die SPD nicht erst handelt, wenn es wieder zu spät ist, sondern jetzt ihr »Sowohl-als-Auch« aufgibt. Das Herangehen an Sachfragen darf nicht davon abhängen, ob die SPD Regierungsverantwortung trägt oder Opposition ist. Das entlarvt das rein taktische Verhältnis zu Inhalten; und in diesen Abgrund würde uns die SPD reinziehen. Die *Grünen* dürfen sich nicht weiter in den Apparat Parlament verstricken, sondern müssen eine eigenständige inhaltliche Politik betreiben. Die Parlamentsarbeit hat die Fixierung auf die SPD vergrößert; die Gefahr ist sehr groß, sich an SPD-Anträgen abzuarbeiten, sie grün anzustreichen, ein paar Reparaturen zu machen und dies als grüne Politik anzusehen.

Wenn die *Grünen* es schaffen, bei dem Gedanken zu bleiben, sich selbst überflüssig zu machen, also nicht die Partei um der Partei und der Macht willen weiterzuführen, sondern positive Veränderungen herbeizuführen, nicht nur einen Anspruch zu definieren und diesen vor sich her zu tragen, dann stellt sich über die Durchsetzung von Inhalten die Machtfrage.

Die Basis für eine inhaltliche Zusammenarbeit *Grüne*/SPD liegt auch in der Anerkennung, daß Konflikte sein müssen und nicht um jeden Preis zu vermeiden sind. Entscheidend ist, wie mit ihnen umgegangen wird — aus jedem Konflikt kann etwas Konstruktives erwachsen. Von daher ist die Inaussichtstellung eines Konfliktbündnisses nicht als Drohung zu verstehen, sondern als eine Notwendigkeit, Politik zu machen. Der SPD würde es gut anstehen, ihre verbale Ankündigung, Gegengewicht zu Bonn sein zu wollen, tatsächlich umzusetzen, um Konflikte so weit wie möglich auszutragen — das hat sie im Falle Hanau nicht getan, sondern es als peinlich empfunden, Anweisungen aus Bonn zu bekommen und statt dessen — die Schere im Kopf — praktisch keine Unterschiede zur Bundesregierung formuliert.

Die SPD kann mit den *Grünen* nicht lange auskommen, wenn sie nicht bereit ist, ihre Identität ohne Widersprüche zu formulieren. Wenn diese Widersprüche nicht an der Basis der SPD angegangen, nach oben getragen und zur Diskussion gestellt werden, habe ich wenig Hoffnung.

Gewaltfreie Strategien sollen von den *Grünen* bewußter diskutiert und bei ihrer Arbeit

beachtet werden, um die Zusammenarbeit mit der SPD für beide Seiten zu erleichtern. Das angestrebte Ziel — neue Inhalte — macht andere Formen der Durchsetzung nötig, die in der Politik bisher nichts zu suchen hatten. Nicht der Zweck heiligt die Mittel, sondern Ziel und Weg müssen übereinstimmen. Auch bei den *Grünen* droht ein solches Auseinanderklaffen. Wenn wir wirklich eine neue Politik machen wollen, dürfen wir nicht in die gleichen Muster verfallen, die seit Jahrzehnten als »Politik« gelten; wir müssen dann auch die eigene Partei entsprechend kritisieren (siehe meine Kritik anlässlich des Licher Beschlusses) und nicht aus Parteiloyalität Fehler decken und verteidigen und dadurch Mißstände anwachsen lassen statt sie abzubauen, gleichzeitig sich aber dafür einzusetzen, daß Mißstände anderswo beseitigt werden.

Durch Abbau der Stellvertreterpolitik muß die Basis der *Grünen* wieder mehr aktiviert werden. Dies hätte mehr Transparenz bei Entscheidungen zur Folge, läßt sich aber nur bewerkstelligen, wenn die Basis insgesamt bereit ist — so wie am Anfang der Partei — aktiv mitzumachen, statt sich mehr oder weniger gut im Parlament vertreten zu lassen. Dazu gehören dann sicher auch der konstruktivere Umgang mit den verschiedenen Fügeln innerhalb der jeweiligen Partei, d.h. es sollte bei den *Grünen* möglich sein, die Einheit in der Vielfalt tatsächlich auszuprobieren, nicht nur zu propagieren und die verschiedenen Meinungen konstruktiv für das gemeinsame Ziel zu nutzen. Die Frage, ob man jeweils noch ein gemeinsames Ziel verfolgt, sollte immer wieder diskutiert werden. Gerade wenn ein Bündnis mit der SPD besteht, ist dies wichtig, denn die Kommunikationsstrukturen verändern sich dadurch. Oft erfolgt eine intensivere Kommunikation mit der SPD als innerhalb der *Grünen*. Die SPD hat das gleiche Problem uns gegenüber, nur wirkt sich dies dort so aus, daß einige wenige mit den *Grünen* Politik machen und der Rest Ja oder Nein meist im Nachhinein dazu sagen kann. Dies ist auf Dauer keine gute Grundlage für ein Bündnis.

Solange weder die SPD noch die *Grünen* eine absolute Mehrheit haben und ihre ureigenste Politik machen können, ist ein rot-grünes Bündnis unterhalb der Koalition ein geeignetes Mittel, möglichst viel der eigenen Politik verwirklichen zu können. Es kommt aber darauf an, wie eine rot-grüne Zusammenarbeit organisiert ist, wie mit Problemen umgegangen wird, wie Politik begriffen wird, wie Menschen mit unterschiedlichen Meinungen miteinander umgehen. Hier hat Hessen gezeigt, daß verlässlichere, stabilere Strukturen nötig sind.

Für ein rot-grünes Bündnis soll keine Partei einen »Preis« zahlen, sondern es soll für beide Parteien etwas Neues hinzu kommen: eine neue Qualität, neue Perspektiven, die Chance, die bisherige Politik zu überdenken und zu verändern. Die Kraft der Utopie ist die Energie der kleinen Schritte!

## Interview

### Rot-grüne Zusammenarbeit in Hessen — schon am Ende oder erst am Anfang?

**Gespräch mit dem Frankfurter SPD-Vorsitzenden Martin Wentz**

Nach zwei kurz aufeinanderfolgenden Landtagswahlen funktionierte im hessischen Landtag für etwas mehr als ein halbes Jahr der wohl spektakulärste und meistbeachtete Versuch einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen. Ausgelöst durch eine vom hessischen Wirtschaftsministerium erteilte Teilerrichtungsgenehmigung für die Hanauer Atomfabrik NUKEM, brach diese Zusammenarbeit im Oktober 1984 auseinander. Seitdem versucht die SPD in Verhandlungen sowohl mit den Grünen als auch mit der CDU, einen Ausweg aus der ungeklärten Situation zu finden. Zu den Erfahrungen in der Partei — und dort besonders der Parteilinken — sowohl über die Zusammenarbeit mit den Grünen als auch mit dem Bruch dieser Zusammenarbeit führte Rainer Christ für die *spw* mit Martin Wentz das folgende Interview. Martin Wentz ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Frankfurt, Mitglied des südhessischen Bezirksvorstandes und dort Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war er einer der führenden hessischen Juso-Funktionäre.

*spw:* Ausgangspunkt der rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen waren zwei Landtagswahlen, die weder eine absolute Mehrheit für die SPD noch für die CDU brachten. Repräsentierte die darauf folgende Phase der Zusammenarbeit — von der hessischen Parteiführung her gesehen — mehr als nur die Erhaltung der Regierungsverantwortung in Wiesbaden?

*M. Wentz:* Wer definiert die Gesamtpartei? Klar war, daß in der Alternative zwischen CDU und Grünen und vor dem Hintergrund der Forderungen der Partei zur Veränderung der Landespolitik — von den Unterbezirksparteitagen bis hin zum Landesparteitag — für die große Mehrheit der Partei nur die Möglichkeit bestand, es mit den Grünen zu versuchen. Das hatte auch etwas mit einer Art von Befreiung vom Druck der sozialliberalen Koalition zu tun. Die Richtung, in die die Möglichkeiten einer rot-grünen Zusammenarbeit gingen, war den Forderungen der Partei an die Landespolitik auf jeden Fall näher, als bei den anderen möglichen Alternativen.

Erhebliche Änderungen sowohl in dem Bereich Umweltpolitik als auch bei der Energiepolitik — dies waren Schwerpunkte der Diskussion der Partei vor dem Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition — und in der Ausländerpolitik. In der Umweltpolitik standen die beiden drängenden Fragen der Abfallbeseitigung und Luftreinhaltung im Vordergrund. Das neue Abfallbeseitigungsgesetz hat die getrennte Mülleinsammlung gebracht. Erprobt war dieses Verfahren schon vorher, auch hier in Frankfurt. Die CDU hat dies aber auf der kommunalen Ebene blockiert. Das Abfallbeseitigungsgesetz auf Landesebene hat uns hier politisch in die Vorderhand gebracht. Leider ist es bisher im Landtag noch nicht beschlossen. Bei der Luftreinhaltung kann das Land nur zusätzliche Auflagen zu denen des Bundesemissionsgesetzes machen. Aber in der für uns so wichtigen Frage Smog ist das Land Hessen einen entscheidenden Schritt gegangen und hat jetzt die beste Smog-Verordnung. Dies ist eines der Instrumente, um in der Umweltpolitik weiterzuwirken.

In der Energiepolitik besteht der größte Brocken darin, daß wir in Hessen keine neuen Atomkraftwerke mehr bauen werden. Dazu gibt es neue Programme der Landesregierung zur rationellen Energieversorgung. Zur Förderung dieser Programme ist ein Landesgesetz

vorgelegt worden. Zehn Jahre haben wir in der Partei über die Energiepolitik gestritten. Jetzt geht es in die richtige Richtung.

In der Ausländerpolitik war die Partei zwischen ihrer Sorge vor zu hohen Ausländerzahlen einerseits und einer humanen Behandlung der Ausländer andererseits hin- und hergerissen. Die Zusammenarbeit mit den Grünen hat hier das Pendel eindeutig zur Seite einer humaneren Behandlung der hier lebenden Ausländer hin ausschlagen lassen. Sie SPD kann gut leben mit der Forderung, für die hier lebenden Ausländer humane Lebensbedingungen zu schaffen und davon ausgehend die weitere Politik zu bestimmen.

*spw:* Noch einmal zurück zur Umweltpolitik. Hier lagen ja mit dem Bereich NUKEM/ALKEM die Ursachen des vorläufigen Scheiterns der Zusammenarbeit mit den Grünen.

*M. Wentz:* Man hatte in der Energiepolitik NUKEM und ALKEM ausgeklammert. Das war ein entscheidender Fehler. Beide Seiten hatten festgestellt, daß die Positionen unterschiedlich waren, und diese Unterschiede bestanden fort, obwohl bekannt war, daß das Problem in Form einer ersten Teilerichtungsgenehmigung für eine neue Anlage anstand. Es war aber nicht geklärt, wie dieses Problem in den Monaten nach den Verhandlungen gelöst werden sollte. Dieser entscheidende Fehler ist sowohl von den Grünen als auch von der SPD gemacht worden. Anschließend sind beide Seiten relativ blind in den Konflikt marschiert. Wir haben von Frankfurt aus versucht — und andere aus anderen Unterbezirken ebenfalls — zu helfen. Das blieb jedoch erfolglos, da der ganze Konflikt sofort zu einer Prestigesache wurde. Sowohl die SPD ist dann mit den Grünen als auch umgekehrt die Grünen sind mit der Partei so umgegangen, wie das von der FDP bekannt war aus früheren Zeiten. Diese Versuche, sich wechselseitig unter Druck zu setzen, haben dann auch zum Bruch geführt.

*spw:* Wo es wirklich relevant wird, greift plötzlich wieder die schon überwunden geglaubte Alternative Arbeitsplätze oder Umweltschutz. Außerdem spielt bei ALKEM ja auch noch die Frage der Atomwaffenfähigkeit des produzierten Plutoniums eine wichtige Rolle. In beiden Fragen hat die Partei auf Bundesebene eine klare Position bezogen, besonders jetzt wieder in der Auseinandersetzung über die Wiederaufarbeitungsanlage. Trotzdem wurde gerade diese Frage in Hessen zum Bruchpunkt.

*M. Wentz:* In der Frage des hochangereicherten Materials, das auch waffenfähig ist, konnte sich die Landespartei nicht entscheiden, einen klaren Standpunkt einzunehmen, typisch für sozialdemokratische politische Kultur ist hier das Vorgehen der Landesregierung. In dem entscheidenden Brief der SPD an die Grünen stand der Satz: wir sind gegen die weitere Verarbeitung von hochangereichertem Uran. Im nächsten Halbsatz stand dann aber die Ausnahmegenehmigung, die die erste Aussage aufhob! Diese Ausnahmegenehmigung soll für alle bestehenden Lieferverträge der Firma mit Ländern gelten, die Euratom und IAEO angehören, und das ist fast die ganze Welt. Das ist die alte »Hin-und-her-Politik« der SPD. Das geht einfach nicht und zerstört die eigene Glaubwürdigkeit. Wir haben versucht, vorher noch deutlich zu machen, daß ein solcher Satz für die Energiepolitik der gesamten Partei unerträglich ist, daß er für die Grünen sowieso nicht erträglich war, mußte jeder wissen. Dieses war ein Rückfall in die Verhaltensweisen aus alten sozialliberalen Zeiten. Außerdem hätte es vorzügliche Gelegenheiten gegeben, den Konflikt statt mit den Grünen mit Zimmermann und der Bundesregierung aufzunehmen. Aus schwer durchschaubaren Gründen wurde darauf verzichtet. Die Beziehungen zwischen dem hessischen Wirtschaftsministerium und der Bundesregierung waren vielleicht so gut, daß man sich hier nicht gegenseitig verärgern wollte.

*spw:* Wie stabil — noch einmal die Frage — sind denn nun die Veränderungen, von denen wir vorhin gesprochen haben?

*M. Wentz:* Die ganze Situation in Hessen ist nicht stabil. Die Partei war gebeugt von der sozialliberalen Koalition, und das Rückgrat ist auch heute noch nicht stark genug.

*spw:* Wie sieht denn das genauer betrachtet an der Parteibasis aus, in den Ortsvereinen und Unterbezirken. Spielte sich die ganze Entwicklung nicht weitgehend auf Landesebene in Wiesbaden ab? Von außen wirkt das oft so. Wie ist das in Eurem, einem schon immer profilierten linken Unterbezirk?

*M. Wentz:* Die Partei in Frankfurt und im ganzen südhessischen Bezirk verhält sich seit dem Bruch ungeheuer solidarisch mit der Parteispitze und der Landesregierung in der Hoffnung, dadurch die Verhandlungsposition der Partei gegenüber den Grünen zu stärken. Eine große Rolle spielt natürlich auch der laufende Kommunalwahlkampf. Jede landespolitische Auseinandersetzung in der Partei würde uns im Hinblick auf diese Kommunalwahlen schaden. Das bedeutet nicht, daß intern alles ruhig ist. Es gab eine große Menge von Briefen u.ä. mit dem Inhalt: Versucht in weiteren Verhandlungen mit den Grünen das beste für die Landespolitik herauszuholen, aber vertaktiert Euch nicht. Als dann die Gespräche mit der CDU zu konkret zu werden drohten, waren die Proteste dann auch so stark, daß sie kaum innerparteilich zu halten waren. Wir hier haben scharfe und eindeutige Warnsignale nach Wiesbaden geschickt — und ich glaube, die sind dort auch gehört worden.

*spw:* Wie beurteilst Du die Bedeutung dieser Verhandlungen mit der CDU-Fraktion gerade vor dem Hintergrund mancher Tendenzen in der Gesamtpartei in Richtung auf große Koalitionen?

*M. Wentz:* Wo man in Hessen in der Partei an der Basis auch hinkommt, herrscht der Eindruck vor, daß die Fraktion relativ isoliert in Wiesbaden diskutiert und arbeitet. Da auch die »Basiskontakte« der Landtagsabgeordneten sich weitgehend in bestimmten Kreisen vollziehen, von denen sie zumeist nur bestätigt werden, hat man manchmal den Eindruck, die leben dort wie unter einer Käseglocke und merken gar nicht, wie die Stimmung ringsum im Land ist. Vor diesem Hintergrund versteht man eher, wie es zu solchen Verhandlungen kommen konnte, die dann starke Proteste in der Partei ausgelöst haben.

Die Entscheidung, mit der CDU-Spitze zu verhandeln, war von dem taktischen Moment diktiert, den Grünen zu zeigen, daß es im Zweifel auch ohne sie geht, um damit auf sie Druck auszuüben. Das ist auch von der Grundannahme her richtig. Es darf keine Situation entstehen, unter denen die Grünen eine Funktion wie früher die FDP einnehmen können, weil sie annehmen, ohne sie laufe gar nichts, sie könnten der SPD in allen Fragen ihre Position aufzwingen. Es gibt bei den Grünen solche Tendenzen, wenn auch weniger in Wiesbaden bei den Landtagsgrünen. Die innerparteiliche Diskussion bei den Grünen muß forciert werden, und das ist in unserem Interesse. Das ist kein Erpressungskurs gegenüber den Grünen, es geht vielmehr darum, in der Landespolitik und besonders bei den Grünen einen Diskussionsprozeß über das Umgehen miteinander in Gang zu setzen.

Allerdings können solche Verhandlungen schnell zum Selbstläufer in Richtung CDU werden. Die Gefahr bestand, daß sich die Fraktion in Wiesbaden in eine solche Position manövrieren könnte. Unter den Bedingungen, wie sie in der Partei herrschen, ist eine große Koalition nicht denkbar. Für die Frankfurter SPD ist das völlig undenkbar und für die hessische SPD auch, soweit ich das übersehen kann. Das bedeutet aber nicht, daß unter schwierigsten Bedingungen und mit mehr oder weniger mit Gewalt eine große Koalition in Hessen zustandekommen kann. Das würde nach meiner Einschätzung die Partei spalten.

*spw:* Welche Rolle hat eigentlich die Parteilinke in diesem Prozeß nach der letzten Landtagswahl spielen können? Hat es sie als vorwärtstreibende Kraft überhaupt gegeben?

*M. Wentz:* In der südhessischen SPD hat die organisierte Linke nach meiner Meinung immer die richtigen Vorschläge für das weitere Vorgehen auf Landesebene gemacht. Diese Initiativen haben aber letztlich keine Bedeutung in den Entscheidungen selbst gehabt. Selbst die Diskussionen im Landesvorstand der Partei haben auf die Verhandlungen keinen Einfluß gehabt. Diese unterlagen einer ganz eigenen Dynamik. Das große Problem der Linken ist, daß ihre Einwirkungsmöglichkeiten auf die Landtagsfraktion gleich Null sind. Das hängt mit dem enormen Normierungsdruck in den Zeiten der sozialliberalen Koalition zusammen, die keinem engagierten Linken in der Fraktion Möglichkeiten der politischen Entfaltung gelassen haben.

*spw:* Welche Initiativen hatte die Parteilinke denn entwickelt, jenseits der Positionen, die Du als Positionen der Gesamtpartei schon dargestellt hast? Wo geht die Linke darüber hinaus, wo macht sie Vorschläge auch für die inhaltliche programmatische Weiterentwicklung der Partei?

*M. Wentz:* Solche Ansprüche sind im Moment viel zu hoch gesteckt. Das hat zwei Gründe: Zum einen ist die Linke vollständig durch den Kommunalwahlkampf in Anspruch genommen. Zum zweiten hat auch die Linke vor dem letzten Oktober die Gefahr, die in der NUKEM/ALKEM-Frage steckte, nicht gesehen. Soweit sie sie gesehen hatte, waren aber keine Strategien entwickelt worden, damit umzugehen. Dadurch war die Linke in die Situation gekommen, nach dem Bruch rationale Vorschläge dafür zu machen, wie der Konflikt zu minimieren ist und nicht zu vertiefen. Das war die Hauptaufgabe der Linken in den letzten Monaten, bis heute.

*spw:* Das ist ja eigentlich eine relativ bescheidene Rolle!

*M. Wentz:* Wir haben das erkannt und wollen deshalb auf inhaltlicher Ebene die Initiative ergreifen. Der Bezirk Hessen-Süd wird im März einen energiepolitischen Parteitag durchführen. Auf diesem Parteitag wollen wir unser energiepolitisches Programm fortzuschreiben und insbesondere bestimmen, wie es mit der Kernenergiepolitik weitergehen muß, unter dem Vorzeichen »Ausstieg aus der Kernenergie«. Die Vorarbeiten laufen jetzt neben dem Wahlkampf und werden auch am 23. März zu einer Beschluslage führen.

*spw:* Die Funktion der Linken war demnach in der ganzen Entwicklung bis jetzt eher marginal. Das muß doch für einen ehemaligen Juso-Funktionär unbefriedigend sein. Wo siehst Du persönlich Perspektiven einer verstärkten Profilierung der Parteilinken?

*M. Wentz:* Da muß ich Dir etwas widersprechen. Die Entwicklung der Gesamtpartei hat seit dem letzten Frühjahr mit dem Beginn der rot-grünen Zusammenarbeit und deren ersten Erfolgen praktisch die Linke in die Rolle gebracht, die Arbeit der Parteimehrheit zu übernehmen. Die Linke ist aus der Rolle der innerparteilichen Opposition herausgegangen, um das Fundament zu bilden für das, was sich da entwickelt hat. Damit hat die Linke eine ganz neue Aufgabe übernommen. In solch einer Zeit bleibt wenig Spielraum für programmatische Arbeit. Die Linke war vollauf damit beschäftigt, die innerparteiliche Zustimmung für diese neue Entwicklung zu realisieren und diese Entwicklung damit auch abzusichern.

*spw:* Siehst Du da nicht eine Gefahr, als Linke zum auswechselbaren Legitimationsbeschaffer zu werden? An den Machtstrukturen in der Parteispitze hat sich ja nichts geändert.

*M. Wentz:* Diese Gefahren bestehen. Nur, die personellen Strukturen sind nicht kurzfristig änderbar, mit denen müssen wir jetzt leben. Die Funktionäre sind erst einmal ge-

wählt. Und wenn Du das nicht personell absichern kannst, dann mußt Du versuchen, es erst einmal inhaltlich abzusichern. Diese Arbeit müssen wir leisten.

*spw:* Was wollt ihr tun, um nicht in dieser Funktion aufzugehen? Wie bleibt die Linke auch organisatorisch und inhaltlich aktionsfähig, als eigenständiges weitertreibendes Element?

*M. Wentz:* Wir müssen damit leben, in dem Moment, wo wir wirklich zum politisch Handelnden werden, zwangsläufig in die Situation zu kommen, nicht mehr selber treibende Kraft sein zu können. Diese Gefahr droht. Da braucht es einen Teil der Partei, der die weitertreibende Diskussion führt, auch in solidarischer Auseinandersetzung, damit das nicht in Pragmatismus abgeleitet. Die Gefahr, daß die Linke damit die Perspektive verliert und zu einer neuen pragmatischen Gruppe wird, besteht allerdings.

*spw:* In der Partei gibt es ein breites Spektrum von Einschätzungen hinsichtlich Rolle und Funktion der Grünen. Das reicht von »vorübergehender Quasi-Partei« (Glotz) bis hin zu »langfristiger Erweiterung des Parteienspektrums« (Eppler u.a.). Wie sieht das hier die Parteiführung? Wie sieht das die Parteilinke?

*M. Wentz:* Die Parteilinke geht davon aus, daß wir uns darauf einstellen müssen, die Grünen langfristig als politischen Faktor zu haben. Deswegen müssen wir zusehen, zu einer Kooperation zu kommen, nicht auf dem Wege des Anbieterns oder der Anpassung, sondern durch Gespräche, durch die Bildung von Vertrauen, um zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu gelangen. Dabei müssen sich beide Seiten weiterentwickeln.

Innerhalb der Gesamtpartei setzt sich diese Entwicklung nach meinem Eindruck auch langsam durch. Die örtlichen Erfahrungen in den Kommunen nötigen viele Genossen, die die Grünen bisher für eine vorübergehende Erscheinung hielten, zu begreifen, daß dies mehr ist als ein vorübergehender Protest.

Ob allerdings die Stärke der Grünen bei Wahlen immer weiter zunimmt, wie das im Moment scheint, das hängt entscheidend von der sozialdemokratischen Politik ab. Auch diese Erkenntnis setzt sich langsam in der Partei durch und das unterstützt den Prozeß, aus den Fehlern der alten Politik zu lernen und neue Wege zu gehen.

*spw:* Vielen Dank für das Gespräch.

## Berichte

Uwe Kremer

### »Anders arbeiten — anders leben«? — Die Parteilinke im Umbruch

#### Tagung des Frankfurter Kreises in Oer-Erkenschwick vom 8. bis 10.2.1985

Als *Peter von Oertzen* zu Beginn seines einleitenden Referates hervorhob, daß sich die sozialdemokratische Linke keine Formelkompromisse mehr leisten könne wie bei der Verhandlung des Orientierungsrahmens '85, dürfte er der überwältigenden Mehrzahl der ca. 150 Genossinnen und Genossen aus dem Herzen gesprochen haben, die sich trotz Eis und Schnee zum 4. Oer-Erkenschwicker Parteilinken-Seminar durchgekämpft hatten. Gemeint waren zunächst sicherlich »Formelkompromisse« zwischen der SPD-Linken und den anderen Parteiflügeln, aber man darf getrost hinzufügen, daß ein ähnliches Problem auch innerhalb der Linken selbst besteht. Um so mehr, als sich deren Situation seit dem Regierungswechsel grundlegend geändert hat: Der auf diesem Seminar oft hörbare Hinweis, daß doch die Parteilinke mittlerweile die Mehrheit im Parteivorstand habe, mutet zwar angesichts des damit bezeichneten Personenkreises etwas euphorisch an. Dahinter stehen jedoch die richtige Einschätzung, daß sich der politische Spielraum der Linken in der SPD erweitert habe und die gleichzeitige Befürchtung, diese Chance nicht nutzen zu können.

Denn in der Tat befindet sich der linke Parteiflügel nicht mehr in der Situation, als er sich zwischen vergeblichem Protest gegen die Schmidt-Politik und Anpassung an die »Regierungszwänge« selbst paralytierte. Es liegt heute an ihm, den Kurs der Partei in der Auseinandersetzung mit dem konservativ-reaktionären Gesellschaftsprojekt zu bestimmen, und es wird darauf ankommen, daß sich seine verschiedenen Strömungen dieser Aufgabenstellung vergewissern. *Peter von Oertzen* betonte in diesem Zusammenhang die Einheit von Wahl-, Wirtschafts- und Grundsatzprogrammdebatte, wobei die wirtschaftspolitischen Fragestellungen auch in den kommenden Monaten weiterhin die Schlüsselrolle spielen dürften und sich dementsprechend die weiteren Diskussionen auf dem Seminar in diesem Bereich konzentrierten.

#### *Programmatische Weiterentwicklungen*

Während sich die Parteilinke auf dem Münchner Parteitag 1982 noch auf Formelkompromisse eingelassen hatte, bemühte sie sich im Vorfeld des Essener Parteitages um eine Alternative zur Vorlage des Parteivorstandes (einer überarbeiteten Fassung des berühmten »Ehrenberg-Papiers«), die allerdings inhaltlich einigermaßen verunglückt war: Das Nebeneinander von Beschäftigungsprogramm, Arbeitszeitverkürzung und Förderung der Eigenarbeit offenbarte nicht nur die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konfusion innerhalb der Parteilinken. Bei genauer Betrachtung verhielten sich zudem die darin geäußerten Vorstellungen — insbesondere in der Eigenarbeitsfrage — ganz und gar nicht alternativ zur Ehrenberg'schen Modernisierungsoption. Im Gegenteil schien sich ein Muster abzuzeichnen, in dem sich die Rechte um die Modernisierung der kapitalistischen Volkswirtschaft und die Linke um deren Opfer kümmert. Der Erfolg des Essener Parteitages bestand darin, daß die Linke ein Beschlußverfahren durchsetzen konnte, mit dem sämtli-

che Vorlagen (einschließlich der eigenen) faktisch beerdigt und neue konzeptionelle Überlegungen auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Auf dem Seminar präsentierte nun die *Wirtschafts-AG der Parteilinken* einen neuen Entwurf, dessen Argumentationsmuster im Grundsatz mit weiteren Vorlagen aus dem Bereich der *parlamentarischen Linken* sowie der *Jungsozialisten* (AG Wirtschaftspolitik des »Frankfurter Kreises«: Die Zukunft gestalten — Arbeit für alle, Verbesserung der Lebensqualität, ökologische Gesamtreform; Catenhusen/Hauchler/Müller/Peter: Gelingt die Erneuerung der SPD oder gerät die Linke in eine Sackgasse? Demokratische Gestaltung statt kapitalistischer Restauration oder individueller Widerstandsorientierung; AK Wirtschaft beim Bundesvorstand der Jungsozialisten: Anders arbeiten — anders leben — Vorschläge für eine grundlegende Reform von Wirtschaft und Gesellschaft) übereinstimmte: Ausgehend von einer Analyse des gesellschaftlichen Projekts der Konservativen werden sowohl »grün-alternative« Positionen des Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit als auch Konzepte einer den marktwirtschaftlichen Zusammenhängen und dem Aspekt internationaler Konkurrenzfähigkeit untergeordneten »ökologischen Modernisierung« kritisiert. Im Mittelpunkt der eigenen positiven Positionsbestimmung steht die Verbesserung der Lebensqualität, die Perspektive eines »anders arbeiten — anders leben«. Unverkennbar ist in diesem Zusammenhang der Versuch, den politisch-kulturellen bzw. politisch-ideologischen Aspekt wirtschaftspolitischer Kontroversen stärker in der Programmentwicklung zu berücksichtigen. Die genannten Vorlagen zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie versuchen, Sofortmaßnahmen einer konkreten Antikrisenpolitik mit einer Umstrukturierung des Systems der Erwerbsarbeit, einer Stärkung der öffentlich vermittelten sozialen Dienstleistungen und einer ökologischen Gesamtreform des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zu verknüpfen. Ergänzt wurde dies durch eine Vorlage von *Detlev Albers, Jürgen Heinrichs* und *Klaus-Peter Wolf* (Dokumentation in diesem Heft), die insbesondere den Bezug zum globalen Charakter ökonomischer und ökologischer Krisenprozesse herstellte und damit die Frage der »Lebensqualität« im internationalen Maßstab thematisierte.

Auch wenn man den programmatischen Abschnitten der genannten Papiere ihren vorläufigen Charakter deutlich anmerkte, so bleibt doch schon an dieser Stelle folgendes festzuhalten: In Teilen der Partei und der Wirtschaftskommission beim Parteivorstand herrscht die Tendenz vor, eine exportorientierte Modernisierung des industriellen Sektors mit einer Ausweitung privater Dienstleistungen (kommerziell und auch »ehrenamtlich«) zu verknüpfen und dies dann ökologisch und sozialverträglich abzufedern. Diese Anlehnung an das konservative Modell würde faktisch auf eine weitere Erosion der sozialen und kulturellen Basis der Arbeiterbewegung hinauslaufen. Demgegenüber setzen sich die vorgelegten Positionsbestimmungen der Parteilinken positiv ab. Die folgenden Bemerkungen zeigen allerdings auch, daß der weitere programmatische Weg der SPD-Linken noch mit komplizierten Problemen gepflastert ist.

#### *Diskussionsschwerpunkt »Erwerbsarbeit / Eigenarbeit«*

Was sich schon in den vorgelegten Papieren andeutete, setzte sich auch in den Diskussionen auf der Oer-Erkenschwicker Tagung fort: Die grundlegende Verständigung der Parteilinken über das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit und — darin inhaltlich eingeschlossen — eine Absage an dualwirtschaftliche Konzeptionen. Sowohl *Peter von Oertzen* als auch *Erhard Eppler* betonten, daß die Erwerbsarbeit das Zentrum menschlichen Lebens in der Industriegesellschaft bleibe und daher der Umstrukturierung der Er-

werbsarbeit und nicht dem Ausstieg daraus eine vorrangige Bedeutung in der Entwicklung einer programmatischen Konzeption zukomme. Diese von Eppler als Konsensposition formulierte Auffassung wurde unterstützt durch die Referate und Diskussionen in der Seminar-Arbeitsgruppe zum Schwerpunkt »Sozialpolitik«. Gegenüber Tendenzen der Verarmung, Abdrängung in ehrenamtliche Tätigkeiten und diversen Eigenarbeitsformen wurde hervorgehoben, daß der Entwicklung einer Arbeitspolitik zum Schutz der Erwerbsarbeit, der Sicherung von öffentlichen Geldtransfers und vor allem dem Ausbau sozialer Infrastruktur- und Dienstleistungen Vorrang gebührt, womit zugleich auch der Ersetzung öffentlicher durch private Dienstleistungen eine Absage erteilt wurde.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zeigten damit allerdings auch, daß das Problemraster »Erwerbsarbeit/Eigenarbeit« noch zu grob ist, um konkrete Vorstellungen über Struktur und Verteilung des gesellschaftlichen »Gesamtarbeitskörpers« zu entwickeln. Schließlich dehnt sich noch im Rahmen des Erwerbssektors eine »Grauzone« ungesicherter Arbeitsformen aus, die mit einer fortschrittlichen Arbeitspolitik unvereinbar sind. Der Arbeitsgruppe ist zuzustimmen, wenn sie eine solche Problematisierung nicht nur auf den privaten Dienstleistungssektor, sondern auch auf den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt bezieht. Der Ausbau und die Demokratisierung des Sozialstaates, die Erhaltung und Schaffung gesicherter und vollwertiger Erwerbsarbeitsplätze und eine entsprechende Erweiterung arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen sind Bestandteile einer Rahmenkonzeption zur Absicherung und Entwicklung eigenständiger Lebensperspektiven für alle. Diese Position findet sich auch im Papier der Wirtschafts-AG der Parteilinken. Daß trotz der allgemeinen Zustimmung zu dieser Vorlage der grundsätzliche Diskussionsbedarf nicht erschöpft ist, zeigte sich am Bericht der Arbeitsgruppe »Politische Kultur«. Darin konnte der Eindruck aufkommen, als seien Formen des Lohnverzichts und faktische Einschränkung arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen in sogenannten alternativen Betrieben durch den Eigenwert des Genossenschaftsgedankens zu rechtfertigen. Eine solche Auffassung dürfte mit den zuvor referierten Positionen kaum zu vereinbaren sein.

#### *Diskussionsschwerpunkt »Ökonomie/Ökologie«*

Während die Konsensbildung zum ersten Diskussionsschwerpunkt relativ weit vorangeschritten zu sein scheint, vermittelte die Diskussion über die Frage der Ökologisierung des ökologisch-sozialen Reproduktionsprozesses eher einen diffusen Eindruck. In der entsprechenden Arbeitsgruppe verwirrte *Hans Immler* von der Gesamthochschule Kassel einen großen Teil der Anwesenden mit seiner Forderung nach einem »in physischen Qualitäten bemessenen ökologischen Sozialprodukt«, das die Natur als eigenständigen produktiven Faktor einbezieht, der nicht in Preisen oder Werten quantifiziert werden könne. Der Auffassung, daß die Nutzung, Verteilung und Reproduktion der natürlichen Ressourcen nicht mehr länger als ein abgeleitetes Problem des Arbeitsprozesses bzw. der Entwicklung der menschlichen Produktivkraft angesehen werden dürfe, wurde nicht widersprochen. Der Zusammenhang zwischen arbeits- und naturbezogenen Steuerungsprozessen blieb aber grundsätzlich ebenso ungeklärt wie die Frage nach den Realisierungsbedingungen einer solchen Konzeption, die ja offenkundig über die bisherigen Überlegungen in dieser Richtung (qualitative Kennziffersysteme, gesellschaftsbezogene ökologische Rechnungslegung usw.) hinausgehen soll.

Zweifellos ist Immlers Position radikaler als die Konzeption einer »ökologischen Gesamtreform«, die im Papier der *Wirtschafts-AG der Parteilinken* skizziert wird und sich auf die ökologische Berücksichtigung von gesellschaftlichen Folgekosten bzw. die Vermeidung

dung von ökologischen Schäden konzentriert. Hinsichtlich der Reichweite einer ökologischen Wirtschaftsprogrammatische formulierte *Dietrich Sperling* eine Zwischenposition, die sehr schnell unter dem Kürzel »Minimax O« ihre Runde unter den Seminarteilnehmern machte: minimale Stoffentnahme aus der Natur bei maximaler Wiederverwendung mit dem Ergebnis: null Schadstoffanfall.

Alle Anwesenden waren sich darüber einig, daß der notwendige Ökologisierungprozess weder einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem kapitalistischen Weltmarkt noch einer rentabilitätsorientierten Mobilisierung der »Marktkräfte« zu- oder gar untergeordnet werden dürfe und der Terminus der »ökologischen Modernisierung« in der Programmatik der Partei — so *Eppler* — keinen Platz habe. Was sich allerdings die Parteilinke unter einer ökologischen Gesamtreform vorstellt, in welchem Verhältnis sie sowohl zu wirtschaftlichen und insbesondere industriellen Umstrukturierungsprozessen als auch zur Entwicklung des menschlichen Bedürfnissystems steht, dies alles blieb doch noch sehr im Dunkeln und reicht keineswegs aus, die Perspektive eines »anders arbeiten — anders leben« so auszufüllen, daß das Schwanken zwischen ökologischen Anpassungsreformen und ökologischen Utopien zu einem fruchtbaren Ende kommt.

#### *Diskussionsschwerpunkt »Außenwirtschaft / Dritte Welt«*

Hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Debatten zeichnete sich schon in den vorgelegten Papieren ein weitgehender Grundkonsens innerhalb der Parteilinken auf der Position einer »selektiven Außenwirtschaftspolitik« ab. Es geht dabei um eine Stabilisierung und Umstrukturierung der binnenwirtschaftlichen Strukturen, ohne in die Illusion eines Ausstiegs aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen zu verfallen: Dies soll über ein »policy mix« erreicht werden, in dem protektive Maßnahmen mit begrenztem Abkoppelungseffekt (insbesondere gegenüber der amerikanischen Zinsentwicklung und den internationalen Finanzbewegungen), die Entwicklung des westeuropäischen Binnenmarktes und eine Politik internationaler Produktionsabsprachen und Warenhandelsabkommen miteinander verbunden werden. Der von *Horst Ehmke*, als Vertreter von Willy Brandt, geforderten Tabuisierung jeglicher Diskussion über Möglichkeiten auch nur begrenzter und vorübergehender »Abkoppelungs«maßnahmen wurde schon zu Beginn des Seminars von *Sabine Ruwwe* heftig widersprochen. Die Diskussionsergebnisse der entsprechenden Arbeitsgruppe »Außenbeziehungen« bekräftigten diesen Widerspruch.

An der Vorlage der *Wirtschafts-AG der Parteilinken* muß allerdings eine Vernachlässigung der Entwicklung in der sogenannten Dritten Welt und der zukünftigen Beziehungen zwischen den kapitalistischen Metropolen und den Entwicklungsländern der Peripherie kritisiert werden. Hierauf in Verbindung mit den katastrophischen Prozessen im globalen Rahmen hingewiesen zu haben, blieb im wesentlichen der Vorlage von *Detlev Albers u.a.* vorbehalten. Das grundsätzliche Problem bestand weniger in der Diskussion über die Frage der Verschuldung der Dritten Welt, hier herrschte denn auch hinsichtlich des notwendigen Schuldenmoratoriums bzw. einer weitgehenden Erlassung, Entwertung und Abschreibung der Schulden ebenso grundsätzliche Einigkeit wie in der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die Probleme liegen dahinter: Eine Umstrukturierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und ein Angriff auf ihre imperialistischen Grundstrukturen werden auch Konsequenzen für die Lebensqualität in den Metropolen haben müssen. Auch in dieser Hinsicht blieben noch viele Fragen offen.

*Diskussionsschwerpunkt »Vergesellschaftung/Investitionslenkung«*

Eine reichlich gespenstisch anmutende Debatte entwickelte sich auf der Eröffnungssitzung in Oer-Erkenschwick über die Frage der »Vergesellschaftung«. Nachdem *Peter von Oertzen* in seinem Referat die Notwendigkeit eines Bruchs mit der kapitalistischen Profitlogik ebenso wie die dazu erforderlichen Vergesellschaftungsmaßnahmen hervorgehoben hatte, brachten nach ihm insbesondere *Erhard Eppler* und *Klaus Traube* folgende Einwände an: Es handele sich bei der Vergesellschaftungsfrage erstens um eine Instrumentenfrage, die die Diskussion über die inhaltlichen Zielsetzungen behindere; zweitens habe sich — mit Blick auf den öffentlichen Sektor sowohl in der BRD als auch in Frankreich — gezeigt, daß sich durch »Vergesellschaftung« an und für sich gar nichts löse; und drittens könne man mit derartig abstrakten Forderungen nach bestimmten Instrumenten keine Massen hinterm Ofen hervorholen. Es war offenkundig, daß die Mehrzahl der Seminarteilnehmer diese Einwände teilte, derer sich nur einige wenige Genossen von *Detlev Albers* über *Norbert Wiczorek* bis *Peter von Oertzen* zu erwehren suchten. Sowohl auf der Eröffnungssitzung als auch in der späteren Arbeitsgruppe »Ökonomie/Ökologie« zeigte sich, daß die Anhänger weitreichender Maßnahmen der Investitionslenkung, Demokratisierung und Vergesellschaftung eine Defensivposition einnahmen. Hierfür sind mehrere Faktoren verantwortlich, die zu weiterem Nachdenken zwingen:

— Zunächst einmal gab und gibt es niemanden, der abstrakte, von inhaltlichen Zielsetzungen losgelöste »Instrumentendebatten« führen will. Insofern wurde hier von Eppler, Traube und anderen ein altvertrauter Popanz aufgebaut.

— Die Frage nach besagten »Instrumenten« stellt sich insbesondere hinsichtlich industrie-, struktur- und regionalpolitischer *Zielvorstellungen* und dazu notwendiger Regulierungsmaßnahmen. Dieser für die Frage der Lebensqualität entscheidende Bereich existiert in der Bundesparteilinken nur als Nebenaspekt der Ökologiefrage.

— In der Bundesparteilinken und auch in Oer-Erkenschwick war nur ein Teil der gesamten Linken vertreten, der nordrhein-westfälische Bereich, die gewerkschaftliche Linke und marxistisch orientierte Strömungen spielten nur eine untergeordnete Rolle, so daß Fragen nach den Regulierungsmaßnahmen nur von wenigen gestellt wurden.

Die Konfusion in der Frage »Vergesellschaftung/Investitionslenkung« hat aber nicht nur etwas mit der Vernachlässigung eines zentralen Bereiches inhaltlicher Zielvorstellungen in puncto Lebensqualität zu tun, sondern beruht selbst auf einer falschen Reduktion von Vergesellschaftungsmaßnahmen auf ihren angeblich rein instrumentellen Charakter. Diese Position verkennt, daß die kombinierte Ausweitung individueller und gesellschaftlicher Mitwirkungs- Mitbestimmungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten *unmittelbar* etwas mit Lebensqualität zu tun hat, nicht nur Instrument, sondern auch Ziel ist: Dies gilt konkret auch für Vergesellschaftungsmaßnahmen und die Einführung demokratischer Planungsmechanismen.

*Epplers* Auffassung, daß es nicht so sehr darauf ankomme, ob Betriebsräte, Manager, Unternehmer oder sonstwer das Sagen haben, sondern auf deren Bewußtsein — schließlich hätten sich Gewerkschaften und Betriebsräte qua Mitbestimmung an vielen ökologischen Verbrechen beteiligt —, ist vollkommen absurd: Niemand würde auf die Idee kommen, die politische Demokratie auf ein prinzipiell mit diktatorischen Formen austauschbares Instrument zu reduzieren — trotz der ökologischen Verbrechen, die demokratisch gewählten Regierungen angelastet werden müssen. Dies im Bereich der »wirtschaftlichen Demokratie« anders zu sehen, stellt zweifellos einen Rückschritt gegenüber traditionellen und gleichwohl richtigen Einsichten der sozialistischen Arbeiterbewegung dar.

*Gesamtbewertung und die Weiterentwicklung der Programmdebatte*

Bewertungen sind immer eine Frage des Maßstabs, den man anlegt. Würde sich dieser Maßstab vorrangig an der Vergesellschaftungsfrage orientieren, so müßte die Gesamteinschätzung dieser Tagung aus marxistischer Sicht durchweg negativ ausfallen. Daß ich hingegen zu einer verhalten-positiven Bewertung gelange, hat vor allem zwei Gründe, die zugleich Arbeitsaufträge beinhalten:

*Zum ersten* hat sich die gesellschaftliche Situation gegenüber den Hochzeiten der sozialdemokratischen Investitionslenkungs- und Vergesellschaftungsdebatten in der ersten Hälfte der 70er Jahre hinsichtlich der immer stärker voranschreitenden Prozesse der sozialen Spaltung, Segmentierung, Fragmentierung und vor allem Marginalisierung verändert. Das Ergebnis ist eine Erosion sozialstaatlich-gewerkschaftlicher Wertvorstellungen. Mobilisierung »grün-alternativer« Ausstiegsmentalitäten auf der einen und rechtspopulistischer Bewußtseinsformen auf der anderen Seite — Prozesse, die sich zu einem konservativen Projekt summa summarum kompatibel verhalten, also dazu »passen«. In dieser Hinsicht sind innerlinke Konsensbildungsprozesse in den Problemschwerpunkten »Erwerbsarbeit/Eigenarbeit« sowie »öffentliche/private Dienstleistungen« von großer strategischer Bedeutung, auch wenn sie mit der Vergesellschaftungsfrage unmittelbar nichts zu tun haben.

*Zum zweiten* ist es natürlich notwendig, unter dem Aspekt der Veränderung und Verbesserung der Lebensqualität eine Präzisierung der inhaltlichen Zielvorstellungen vorzunehmen, dies wurde unter den Stichpunkten »ökologische Gesamtreform« und »neue Weltwirtschaftsordnung« angedeutet. Auch für die marxistisch orientierten Teile der Parteilinken führt kein Weg daran vorbei, ihre Vergesellschaftungsvorstellungen inhaltlich im Angesicht der zu lösenden gesellschaftlichen Aufgaben überzeugend zu begründen. Die im Papier der Wirtschafts-AG der Parteilinken vorhandene Betonung der »Lebensqualität« und der darauf bezogenen »Wertorientierungen« ist vor diesem Hintergrund keineswegs als Ablenkungsmanöver zu denunzieren, sondern umgekehrt als Chance für einen qualitativ ausgewiesenen sozialistischen Zugang zur Programmdebatte ernstzunehmen. Dies gilt auch dann, wenn diese Wertorientierungen noch allzu stark in den Kostümen der französischen Revolution einherschreiten und ihre progressive Substanz — ausdrückbar in den »Werten« Autonomie und Kontrolle — noch unentwickelt bleibt.

Der Fortgang der Programmdebatte — begriffen als Einheit von Grundsatz-, Wirtschafts- und Wahlprogrammdiskussion — und die Durchsetzung der Linken innerhalb der Gesamtpartei hängen in entscheidendem Maße davon ab, daß jenseits von Formelkompromissen einerseits ein Zusammenhang zwischen den Aspekten der Wertorientierung, der Lebensqualität und der Vergesellschaftung (bzw. demokratischen Planung) programmatisch hergestellt wird und dies andererseits in enger Bezugnahme auf die realen sozialen Bewegungen und Auseinandersetzungen geschieht und sich nicht in schlechten Utopien verliert. Der Hinweis auf die Schlüsselstellung, die Marxisten in einem solchen Prozeß einnehmen, darf an dieser Stelle nicht fehlen. Dieser Hinweis ändert allerdings nichts an der nüchternen Feststellung, daß die marxistischen Strömungen in Wirklichkeit noch eine höchst marginale Rolle spielen und sie dies auch der eigenen Distanz gegenüber Diskussions- und Formierungsprozessen der real existierenden Sozialdemokratie zuschreiben haben, denen gegenüber sich die in marxistischen Kreisen so beliebten Eifersüchteleien zunehmend lächerlich ausnehmen. Die SPD-Linke wird sich im Oktober erneut im großen Kreis treffen, um die Vorbereitungen auf die wirtschaftspolitische Parteikonferenz im kommenden Jahr zu intensivieren.

Ulrich Schöler

## »Grundannahme von Godesberg ... eine Illusion« (Willy Brandt)

**Veranstaltung des SPD-Parteivorstandes**

**zum 25. Jahrestag des Godesberger Programms in Bonn, 12. November 1984**

Durchaus kritische Töne waren auf der Festveranstaltung im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus aus Anlaß des 25-jährigen Jubiläums des Godesberger Programms zu vernehmen, wenn auch die angebotenen Konsequenzen eine Menge zu wünschen übrig ließen. In seiner Einführungsrede benannte *Willy Brandt* drei Problembereiche, die den Zwang zu einer Neuvergewisserung auch in programmatischer Hinsicht ausmachten: die weltweite Hochrüstung, die ökonomische Krise und die in aller Welt sichtbar werdenden Umweltkatastrophen. Zwar sei das Godesberger Programm nicht grundsätzlich überholt, aber in diesen drei Bereichen seien erhebliche Fehlstellen zu verzeichnen. Am deutlichsten bzw. kritischsten wurden seine Ausführungen zur zweiten Frage:

»... und tatsächlich ist das die Grundannahme von Godesberg: daß im System gemischter Wirtschaft mit einer vernünftigen *Konjunkturpolitik* nach den Erkenntnissen des guten Lord Keynes die stetige — und das heißt doch wohl: die bruchlose — Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes zu gewährleisten sei. Unterdessen hat uns die Entwicklung aufs Neue ausdrücklich klar gemacht, daß die Hoffnung auf eine im wesentlichen krisenfrei funktionierende Wirtschaft eine Illusion war.«

Das ist zunächst nicht mehr als eine korrekte Zustandsbeschreibung. Aber: Es sind Einsichten, die auch aus den Sonntagsreden sozialdemokratischer Spitzenpolitiker seit vielen Jahren verschwunden waren. An dieser Grundannahme des Godesberger Programms hängt auch wesentlich die Schlüssigkeit der in ihm angebotenen wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen. Will man die hier neu erkannte prinzipielle Krisenhaftigkeit des Kapitalismus überwinden, kann man nicht mehr am Godesberger Vorrang des Marktes festhalten. Und: Wenn der Keynesianismus alter Prägung gescheitert ist, wird man wohl nicht mehr ganz ohne den theoretischen Ansatz auskommen können, der allen eine schlüssige Analyse der notwendigen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus liefert — den der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Konsequenzen bei Brandt verbleiben allerdings mehr als nebulös. Man brauche zwar ein neues Programm, aber keine neuen Grundwerte und Grundsätze. Er zeigte also selbst keinen neuen Weg; aber diese eigene Widersprüchlichkeit ist ein Ansatzpunkt, weitergehende eigene Vorstellungen in die Programmdiskussion einzubringen. Schließlich: wenn auch versteckt, so fand sich bei ihm doch auch eine kritische Abrechnung mit Teilen sozialliberaler Regierungspolitik:

»Angesichts der aktuellen Wucherungen der Finanzmärkte bei gleichzeitigem Niedergang der realen Investitionen und dem Anwachsen sozialer Notstände weltweit hat man bei uns und anderswo weitere Hoffnungen begraben müssen, etwa diese: daß die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und damit die Arbeitsplätze von übermorgen seien.«

Was hier der Parteivorsitzende etwas beschönigend als Hoffnung titulierte, wird bis heute vom ehemaligen Weltwirtschaftskanzler Schmidt und seinen Nachbeterern wie Ehrenberg

oder Apel in ihren aktuellen wirtschaftspolitischen Konzepten der »Modernisierung« als letzte Wahrheit verkündet. Immerhin böte sich folgender Satz von Brandt als Einleitung jeder Diskussion in einer Parteigliederung zur Programmrevision an: »Das Problem 'Kontrolle wirtschaftlicher Macht', von dem wir ein Jahrzehnt nur leise gesprochen haben, ist ungelöst wie eh und je.«

Das eigentliche Hauptreferat hielt *Peter von Oertzen*. Einleitend bemerkte er, daß es nicht einer gewissen Ironie entbehre, daß gerade ihm, der zu den wenigen Nein-Stimmen (16) auf dem Godesberger Parteitag beigetragen hatte, diese Aufgabe übertragen wurde. Er skizzierte in bemerkenswerter Prägnanz Entstehungsbedingungen, Charakter und Auswirkungen dieses Programms. Die einzelnen Elemente der Godesberger Erneuerung sah er in folgenden Punkten:

- dem »Abschied vom 'Marxismus' als einem geschlossenen scheinbar wissenschaftlich begründeten, im wahrsten (Marxschen) Sinne des Wortes 'ideologischen' Denksystem«,
- damit verbunden der Öffnung der programmatischen Entscheidungen für eine Mehrzahl theoretischer Begründungen,
- dem offenen, unverhüllten, eindeutigen Bekenntnis zu einer Politik der Reformen, zur parlamentarischen Demokratie und zum Staat des Grundgesetzes,
- dem endgültigen Verzicht auf den traditionellen Antimilitarismus,
- der »Umdefinition« der SPD von einer Arbeiter- oder Klassenpartei zu einer Volkspartei,
- damit verbunden dem Infragestellen von alten Symbolen und Formen (rote Fahne, Anrede mit »Genosse« und »Du«, Schlußformel »mit sozialistischem Gruß«),
- dem Verzicht auf den freidenkerischen Antiklerikalismus und dem offenen Bündnisangebot an die christlichen Kirchen,
- der Neudefinition der gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der SPD: prinzipielle Anerkennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Beschränkung der ursprünglich zentralen Sozialisierungsforderung auf die Rolle eines Mittels, Vorrang der Marktwirtschaft vor der Planung; zusammengefaßt: der demokratisch und sozial gebändigte Kapitalismus wird zum politökonomischen Kern des geforderten »demokratischen Sozialismus«.

Daß sich im Godesberger Programm gerade im wirtschaftspolitischen Teil Widersprüche, nämlich auch noch traditionell sozialistische Auffassungen, fänden, erklärte von Oertzen mit dem besonders starken Widerstand, der sich in der Programmdiskussion gerade gegenüber der wirtschaftspolitischen »Modernisierung« der Programmatik gezeigt habe. Noch auf dem Parteitag habe es hier bei Änderungsanträgen bis zu 100 von 340 Delegiertenstimmen gegeben. Zu den Resten der alten Überlieferung zählte er auch den Kernsatz: »Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht«, der ihn zu einem richtigen Vergleich mit einer allerdings geradezu grotesken Schlußfolgerung veranlaßte:

»Das hier zum Ausdruck kommende Verständnis des Verhältnisses von Großwirtschaft und Politik hat übrigens eine interessante strukturelle Ähnlichkeit mit zentralen Thesen der sogenannten 'Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus' — und ist demgemäß (!) den originären Marxschen Ansichten zu diesem Thema genau so fern wie diese.«

So wird — frei nach von Oertzen — Karl Marx unter der Hand zu einem Theoretiker vom klasseneutralen, von »wirtschaftlicher Macht« unbeeinflussten Staat! Einsichten des Godesberger Programms werden verworfen, nicht weil sie falsch sind, sondern weil sie gewissen Thesen der Stamokap-Theorie ähneln!

Einen sehr viel wesentlicheren Denkanstoß gab von Oertzen mit einem anderen Ergebnis seiner Verarbeitung des Weges nach Godesberg. Bis zum Stuttgarter Parteitag von 1958 sei die SPD eine in ihrer Mehrheit weltanschaulich geschlossene zentralistisch geführte Partei gewesen, der soziale Typ des aus der Arbeiterschaft herausgewachsenen Funktionärs habe ihr Kernstück gebildet. Dem habe auch eine besondere Lebensform entsprochen, geprägt von Solidarität, Disziplin (in einer lebensgeschichtlichen Treue wurzelnd), Autorität der Führung und der Führer aufgrund einer innerlichen Identifikation »mit unseren führenden Genossen«. Die Schattenseiten kennzeichnete er so: Abkapselung gegen andere soziale Schichten oder Gruppen, autoritärer Führungsstil, skeptische Zurückhaltung gegenüber neuen, unerprobten Ideen, strikte Unterordnung der Kommunal- und Parlamentsfraktionen unter die Autorität der Parteivorstände, eine heute schlechterdings unvorstellbare politische Machtstellung der besetzten politischen Funktionäre (Sekretäre) und der gewählten Vorsitzenden der Parteiorganisation.

Diese Struktur wurde von der Parteispitze her aufgebrochen, forciert von einer Gruppe um Brandt, Kühn und Schmidt, unterstützt durch die Parteilinke und gegen die Verfechter eines traditionellen Organisationskonzepts um Nau, Ollenhauer und Wehner. Eine der zentralen Teilabstimmungen auf dem Parteitag 1958 über die Frage besetzter Parteivorstandsmitglieder ging mit 176 zu 153 Stimmen denkbar knapp aus. Der Abbau der strengen Zentralisierung im Parteivorstand, der unter dem Gesichtspunkt einer Demokratisierung auch im Interesse der Parteilinken lag, hatte zugleich andere, recht fatale Konsequenzen:

- »1. Die Führung der Partei ging auf allen Ebenen zunehmend in die Hände der Mandatsträger über (Minister, Abgeordnete, Kommunalpolitiker). Die innerparteiliche Rangordnung zwischen Parteifunktion und Mandat begann sich umzukehren, ebenso wie die zwischen Parteivorständen und Fraktionen. Die Machtstellung der besetzten Parteisekretäre bröckelte ab und zerfiel. — 2. Parallel dazu und bedingt dadurch öffnete die Partei nun wirklich und endgültig alle ihre herausgehobenen Funktionen auch den Mittelschichten ... Dementsprechend nahm der Anteil der aus der Arbeiterschaft stammenden Funktionäre langsam aber ständig ab ... — 3. Die SPD hatte sich in ihrer sozialen und organisatorischen Struktur in jenen Typus 'Volkspartei' verwandelt, der — pluralistisch, allen Schichten der Gesellschaft offen, neuen Ideen aufgeschlossen — in der Lage war, eine volkstümliche demokratisch-soziale Reformpolitik glaubwürdig zu vertreten. — 4. ... Geschlossenheit, Disziplin und organisatorische Schlagkraft wurde im Laufe der folgenden Entwicklung gelockert ...«

So wichtig und erhellend von Oertzens Analyse der organisationssoziologischen Veränderung der SPD ist, zweifelhaft bleibt, ob es diese »parlamentarisierende« Veränderung zur Volkspartei sein mußte, die allein die Glaubwürdigkeit einer »volkstümlich demokratisch-sozialen Reformpolitik« herstellen konnte. Auch in den Zeiten, da sich die SPD programmatisch noch als Klassenpartei verstand, war sie offen für Angehörige der Zwischenschichten, versuchte, deren Interessenlage an der Seite der Arbeiterklasse offenzulegen und in ein politisches Gesamtkonzept zu integrieren. Es kann also heute nicht darum gehen, eine abstrakte Diskussion über »Klassen- oder Volkspartei« zu führen (wobei für von Oertzen die Volkspartei nicht mehr in Frage gestellt werden kann und darf), sondern es muß eine Neuorientierung der Partei an den sozialen und politischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung erfolgen. Worauf von Oertzen aber den Blick gelenkt hat, ist die Tatsache, daß programmatische Veränderungen eng mit organisationspolitischen bzw. -soziologischen Veränderungen in einer Partei verbunden sind.

Für die Linke in der Partei muß dies zur Konsequenz haben, daß sie sich mit der not-

wendigen Teilnahme an der Programmdebatte neu Gedanken zu machen beginnt, wie die durch von Oertzen beschriebene organisatorisch abgesicherte Parlamentarisierung der Politik der SPD wieder aufgebrochen werden kann. In diesem Problemfeld war man — in Auswirkung der Studentenbewegung — vor 15 Jahren schon ein ganzes Stück weiter. Stichworte wie »imperatives Mandat«, Abbau von »Ämterhäufung« usw. sind längst wieder aus den Diskussionen in den Parteigliederungen verschwunden. Die Anstöße aus der Partei *Die Grünen* um den Versuch der Rotation sind bisher in der SPD leider noch ohne große Resonanz gewesen.

In einer Abschlußdiskussion versuchten Karl Blecha (SPÖ, Innenminister), Peter Glotz, Erhard Eppler, Alex Möller, Susanne Miller und Peter von Oertzen Perspektiven aufzuzeigen. *Blecha* verwies ironisch darauf, daß die Österreicher immer von den Deutschen gelernt hätten — aus ihren Fehlern. Das eigene Programm von 1958 habe noch in der Tradition des Austromarxismus gestanden (was für weite Teile bezweifelt werden muß). Erst 1978 habe man im neuen Programm die Godesberger Grundsätze übernommen, ohne aber das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft aufzugeben. Die größere Stärke der österreichischen Sozialdemokratie im Vergleich zur SPD führte er vor allem darauf zurück, daß man die meisten alten Vorfeldorganisationen nach dem Krieg habe wiederaufleben lassen, was zu einer stabileren politischen und kulturellen Verankerung geführt habe.

*Eppler* skizzierte das Scheitern des Keynesianismus in den 80er Jahren und sah die neuen Aufgaben durch die ökologischen Probleme vorgegeben. Es handle sich um eine Krise des Industrialismus, die sich gleichermaßen für den »real existierenden Sozialismus« stelle. Zukünftig müsse jede Wirtschaftspolitik den ökologischen TÜV bereits hinter sich haben.

*Von Oertzen* setzte sich scharf davon ab, mit dem Begriff Industrialismus konnte er nichts anfangen. Die Dynamik des dauernden ökonomischen Wachstums sei Wesen und Triebkraft des Kapitalismus. Wegen ihrer Perspektive des Ein- und Überholens sowie aus den weiter gegebenen Weltmarktzusammenhängen bleibe diese Dynamik historisch gesehen auch für die realsozialistischen Länder erhalten. Dort seien — auch im ökologischen Sinne — qualitative Veränderungen durch Demokratisierung möglich. Bei uns sei aber ohne Abschied vom Akkumulationstyp Kapitalismus keine Lösung der ökologischen Probleme möglich. Nach dieser »Zurechtweisung« zeigte sich *Eppler* »einsichtig«, sah doch größere Gemeinsamkeiten und bezeichnete das Thema Eigentum im heutigen »Monopolkapitalismus« (ein Begriff, der für die Programmschrift der reformsozialistischen Jusos bereits zu radikal ist) als »nicht uninteressant«. Bei der Diskussion wirtschaftspolitischer Instrumente (z.B. Investitionslenkung) müsse in Zukunft stärker das Ziel (wozu/wohin) in den Mittelpunkt gerückt werden. Auch für *Glotz* ergibt sich aus der »Strukturkrise des Kapitalismus« die Konsequenz, daß die Frage der Kontrolle wirtschaftlicher Macht wieder lauter gestellt werden muß, beantwortet werden sollte sie freilich nicht unbedingt so: »Wir haben noch keine fertigen Lösungen.«

Ingrid Petersen-Buggisch

## Bundesweiter Frauenratschlag in der FHS Köln am 26./27.1.1985

Angeregt war das Ganze von den Initiatorinnen der »Aktion Muttertag«. Die Resonanz war durchaus beachtlich. Wir waren 250 Frauen, die gemeinsam über Einschätzung und Handlungsmöglichkeiten der Frauenbewegung diskutierten — aus ganz unterschiedlichen

Organisationen und »Frauenarbeitszusammenhängen«. So waren Melitta Walter für die Pro Familia, Frauen der Initiative 6. Oktober, der DFI, der Grauen Panter, der ASF, der Jusos, Gewerkschafterinnen, DKP-Frauen und Frauen der Koordination §218 sowie des Verbandes alleinerziehender Väter und Mütter gekommen. Ebenso zahlreich waren die Frauen, die sich in keine der »Schublade« schieben ließen. Viele von uns bedauerten, daß sich nur wenige »Basis«-Frauen der Grünen, aber keine aus der Bundestagsfraktion beteiligten und auch kaum autonome Frauen den Weg nach Köln gefunden hatten. Es war schwer, die angeführten Argumente einer Mitarbeiterin der Grünen im Bundestag nachzuvollziehen (wegen der großen Anforderung, sich den Männern in der Fraktion gegenüber durchzusetzen, war eine Teilnahme schwierig, wenn bestimmte Inhalte im Aufruf vorkommen, dann würden Frauen der Grünen sich in Zukunft beteiligen).

Betont wurde erneut von vielen Frauen, daß es an diesem Wochenende gerade darum gehen sollte, Positionen zu diskutieren und zu möglichst breit und gemeinsam getragenen Positionen zu gelangen und *nicht* darum, vorgefertigte Meinungen oder Aufrufe nur noch abzusegnen. Von vielen Frauen wurde denn auch die Hoffnung geäußert, daß trotz einer »Spaltung nach innen«, d.h. trotz aller unterschiedlicher Positionen und Reibereien in der Frauenbewegung in der Vergangenheit, immer mehr Frauen die Notwendigkeit sehen, miteinander zu arbeiten und gemeinsam getragenen Protest zum Ausdruck zu bringen. Eine Frau meinte hierzu: »Wir müssen radikaler werden und gemeinsam Utopien entwickeln! Auch müssen wir die Ideen und Utopien der Frauen mit aufgreifen, die heute nicht da sind.« Eine andere meinte: »Wir sollten bei all unserer Unterschiedlichkeit doch nicht vergessen, was wir schon erreicht haben!« Bei allen Berührungsängsten waren wir uns doch einig, so lange miteinander diskutieren zu wollen, bis gemeinsame Identitäten gefunden sind.

Von *Uschi Pausch-Gruber* (ASF) wurde die Hoffnung geäußert, daß zunehmend auch konservative Frauen einbezogen werden können. Nach anfänglichen Mißverständnissen um diese Position, waren wir uns dann doch einig: Positiv ist es, wenn CDU-Frauen nicht alles mitmachen, was ihre Kollegen gegen uns Frauen ausbrüten, sich also nicht vor deren Karren spannen lassen. Aber daraus ist noch lange keine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen uns und CDU-Frauen herzuleiten. Eine zu starke eigene Positionsaufgabe wäre die Folge. Einig waren wir uns darin, daß wir solche Frauen, die durch ihre passive Komplizenschaft mit den Zuständen der Ungleichheit und Unterdrückung ihre Rolle eben nicht in Frage stellen, unsere Nachbarin oder Freundin, erreichen und einbeziehen wollen.

Wie wir unsere Interessen wahrnehmen wollen und wie wir uns dazu organisieren müssen, stand dementsprechend auch im Vordergrund unserer Diskussion. Wir kamen aus recht verschiedenen Arbeitszusammenhängen, deshalb wurde von uns in den Arbeitsgruppen intensiv die Lage von Frauen und die daraus folgenden Perspektiven behandelt.

In der Arbeitsgruppe Frauen und Erwerbstätigkeit nahmen wir uns vor, über Fragen der Teilzeitarbeit, Neue Technologien und Quotierung zu diskutieren. Ausgangspunkt für unsere Diskussion war es, festzustellen, daß Politiker (d.h. Männer) immer wieder betonen, wie sehr sie doch für die Gleichberechtigung der Frau seien. Aber wir Frauen machen meist schnell mit diesen Herren die leidvolle Erfahrung, wie der schöne Putz von der Fassade bröckelt. Schöne Sonntagsreden ja, aber Konsequenzen lieber nicht. In dieses Bild passen dann auch die Berichte aus Betrieben, daß bei Bewerbungen immer wieder die Frauen das Nachsehen haben. Bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz, genauso wie bei der Bewerbung um eine Lehrstelle. Immer wird der männliche Bewerber vorgezogen. Die Palette der Argumente reicht vom Familienernährer bis hin zu »objektiven« Tests, in de-

nen Frauen nun einmal schlechter abschneiden. Klar wurde, daß wir nicht den Fehler machen dürfen, mit großen Selbstzweifeln und der Schere im Kopf aufzutreten. Statt zu fragen: Haben wir denn genug qualifizierte Frauen? Müssen wir nicht warten, bis sich genügend Frauen qualifiziert haben?, sollten wir gezielte Frauenförderungspläne fordern und entwickeln. Dies würde zum Beispiel bedeuten, daß bevorzugt Frauen bei der betrieblichen Weiterbildung berücksichtigt werden. Wir dürfen uns einfach nicht damit vertrösten lassen, daß mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche auch wieder mehr Fraueneinbeitsplätze geschaffen werden. Die bis jetzt vollzogene Reduzierung der Arbeit hat sich einseitig zu Lasten der Frauen ausgewirkt. Deshalb ist es schon heute notwendig, im Kontext der Forderung nach der 35-Stunden-Woche (wir wollen letztlich Arbeitsplätze für Frauen *und* Männer) die Quotierung zu fordern, d.h. auf allen Ebenen, wo Frauen in der Erwerbstätigkeit unterrepräsentiert sind, werden so lange Frauen bevorzugt eingestellt bzw. gefördert, bis 50% der jeweiligen Arbeitsplätze von Frauen besetzt sind. Bei der Frage der Qualifikation und Berufserfahrung muß die familiäre Tätigkeit berücksichtigt werden. Diese Forderung darf sich aber nicht nur auf den Bereich des Öffentlichen Dienstes begrenzen, sondern muß genauso in den Betrieben wie im Lehrstellenbereich Praxis werden. Für die betriebliche Ebene bietet der § 75 Betriebsverfassungsgesetz über die Gleichbehandlung einen Anknüpfungspunkt, auf Betriebsebene eine Betriebsvereinbarung zu erzielen. Leider sind Betriebsräte noch in ihrer Mehrheit Männer, und damit stellte sich uns die Frage: Wer bringt das ein? Es zeigt sich, daß wir noch viel mehr werden müssen und viele Frauen für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen sind. Ob wir Frauen das Recht auf Arbeit verwirklicht bekommen, ist ein Grundkonflikt für die Zukunft. Es darf nicht nur ein Recht auf Arbeit für Männer geben, sondern ein Recht auf Arbeit für alle!

Teilzeitarbeitsplätze sind eine denkbar schlechte Lösung für unsere Probleme. Darin waren sich alle einig. Aber auf der anderen Seite können wir nicht so tun, als gäbe es sie nicht. Deshalb ist eine Forderung nach tarifvertraglicher Absicherung sinnvoll. Bedrohlich wird die Perspektive der Frauenerwerbstätigkeit, wenn wir uns mit dem Einzug der »Neuen Technologien« die Zukunft der Fraueneinbeitsplätze vergegenwärtigen: Neben Babywindeln, einem dampfenden Kochtopf steht der Heimcomputer bzw. das Teleschreibgerät. Nicht nur die drohende Vereinzelung der Frauen und damit eine gegen gewerkschaftliche Organisierung gerichtete Entwicklung, sondern auch die familienzerstörende Wirkung machen ein Verbot von Heimarbeitsplätzen sinnvoll.

Auch in den anderen Arbeitsgruppen, z.B. zu Frauen und Bildung ... Frauenhäuser ... § 218 ... Alter ... Frieden und Faschismus ... Umwelt usw. wurde intensiv diskutiert. Ein Protokoll über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen kann bei den Initiatorinnen der »Aktion Muttertag« gegen einen Betrag von 2,50 DM angefordert werden. Es zeigte sich, daß wir in den Arbeitsgruppen zu vielen Fragestellungen gemeinsame Positionen entwickelt hatten. Gesprochen wurde schließlich darüber, welche Möglichkeiten am sinnvollsten seien, um die Mobilisierung von Frauen für unsere Forderungen voranzubringen. Die Postkartenaktion (vgl. Beilage dieser Ausgabe) wurde als ein Weg gesehen, gerade auch die Frauen zu erreichen, die bisher noch nirgends engagiert sind. Von etlichen Frauen wurde darauf hingewiesen, daß Aktionen auf jeden Fall Spaß machen sollen. Neben der »Aktion Muttertag '85« in den Städten und Bundesländern wurde eine zentrale Veranstaltung für wichtig gehalten. Gerade für Frauen, die nicht aus Großstädten kommen oder aus einer funktionierenden Frauengruppe stammen, ist dies wichtig. Deshalb soll am 18. Mai ein bundesweites Frauenplenum in Bonn stattfinden, auf dem mit Witz und Phantasie unsere Forderungen verdeutlicht werden sollen.

Mit dem Gefühl, trotz aller Unterschiede doch ein kleines Stückchen des Weges weitergekommen zu sein, und mit vielen Anregungen für die Planungen der regionalen Aktivitäten der »Aktion Muttertag '85« im Gepäck, konnten wir mit dem Wissen fahren: Ein weiter Weg liegt noch vor uns — aber wir haben viele Mitstreiterinnen! Hoffentlich werden es von Tag zu Tag mehr!

Rainer Christ und Ulrich Schöler

## Sozialistische Perspektiven?

**Anmerkungen zu einem Kongreß der Zeitschrift »Sozialistische Praxis« vom 16. bis 18. November 1984 in Frankfurt**

Schon lange nicht mehr ist ein von einem Teil der Jungsozialisten veranstalteter Kongreß von so viel Publizität begleitet gewesen. Und in der Tat, die Publizität hatte durchaus ihre Berechtigung, zumindest im Hinblick auf die Prominenz der Referenten. Von Peter von Oertzen über Björn Engholm bis Jo Leinen, von Elmar Altvater über Karl Georg Zinn bis Jiri Kosta von Karsten Voigt über Heidi Wieczorek Zeul bis Ulf Skirke, von Joschka Fischer bis Peter Glotz war einiges an Prominenz der bundesrepublikanischen Linken vertreten. Mit der Broschüre »Sozialistische Perspektiven. Für einen neuen programmatischen Impuls«<sup>1</sup> war umfangreiche inhaltliche Vorarbeit geleistet worden. Neben Herforder und Göttinger Thesen liegt damit zum ersten Mal eine ausführliche Positionsbestimmung der dritten Juso-Fraktion vor, die wohl jetzt als »Frankfurter Thesen« in der weiteren Diskussion eine Rolle spielen werden. Und schließlich: mit einer Teilnehmerzahl von 600 Jungsozialist(inn)en wurden nicht nur die Erwartungen der Veranstalter übertroffen, sondern damit wurde wohl auch deutlich, wie groß an der Basis der Partei und der Jungsozialisten das Bedürfnis besteht, aus der augenblicklichen Orientierungslosigkeit herauszufinden.

### *Ein Anti-Stamokap-Kongreß*

So weit so gut. Die Veranstaltung hätte — unter anderen Umständen — einen wesentlichen Beitrag zur Neuorientierung und Selbstverständigung der gesamten Linken in der Sozialdemokratie liefern können. Daß dies nur in Ansätzen geschah, hat auch etwas damit zu tun, daß *die Veranstalter* »das leidige Thema Fraktionierung bei den Jusos immer noch viel zu wichtig nehmen«. Zumindest *vor* dem Kongreß räumten einzelne Mitveranstalter durchaus offen ein, es handle sich hier eben um einen »Anti-Stamokap-Kongreß«, woraus sich schon von selbst ergebe, daß Vertreter dieser Richtung nicht eingeladen würden. Schaut man sich den Anspruch an, der für die Diskussionen formuliert war, so wird das Ungeheuerliche, das in dieser Ausgrenzung steckt, endgültig deutlich. Diskutiert werden sollten die »Zukunft der demokratischen Linken nach der Wende« sowie »Antworten der undogmatischen Linken auf die Krise«. Einbezogen in die Diskussion war vom Veranstaltungsplan her das Spektrum von der Parteimitte (Glotz) über die Bundestagslinke (Schreiner usw.) bis zum Göttinger Kreis der Jusos, Gewerkschafter (Wurl, Hawreliuk), offizielle Vertreter der Partei die Grünen (Fischer u.a.) sowie parteilose Wissenschaftler um die

Zeitschrift PROKLA (Altvater u. a.). Nicht zur demokratischen und undogmatischen Linken zählte man also den innerparteilichen Flügel um die Zeitschrift *spw.*, nicht dazugehörig waren auch alle die linken Gewerkschafter und Wissenschaftler, die irgendwann einmal in den Verdacht der Stamokap-Nähe geraten waren. Hierzu muß — abgesehen von der sonstigen Einschätzung der Ergebnisse dieses Kongresses — festgehalten werden: dies ist ein im Rahmen der SPD-Linken bisher einmaliges und unerträgliches Verfahren, bei parteiübergreifenden öffentlichen Diskussionen Teile der Parteilinken von vornherein auszugrenzen.

### *Der Kongreßablauf*

Eingeleitet wurde die Veranstaltung von einer Diskussion über die Perspektiven gesellschaftlicher Reformpolitik. Angesichts der Teilnahme von Joschka Fischer entwickelte sich diese schnell zu einer Debatte über Möglichkeiten und Grenzen rot-grüner Bündnisse. Die NUKEM- und ALKEM-Gretchenfrage warf schon ihre Schatten. Die Diskussion machte aber zugleich ein Dilemma der SPD-Linken insgesamt deutlich: in der Frage rot-grüner Zusammenarbeit befindet sie sich weitgehend in der Rolle des Zuschauers. Der Part der radikalen Forderungen in tagespolitischen Einzelfragen ist durch die Grünen besetzt, mit denen man häufig darin sympathisiert, während die machtpolitischen Entscheidungen weiterhin von einem konservativ dominierten SPD-Apparat gefällt werden.

Dieses Dilemma sollte nun die Vorstellung und Diskussion des neuen Grundsatzpapiers für sozialistische Reformpolitik überwinden helfen. Aus dem durchaus zutreffenden Konstatieren des Scheiterns des sozialliberalen bzw. Godesberger Weges wurde die fragwürdige Konsequenz gezogen, die SPD müsse nun erst einmal »instandbesetzt« werden.

In der Debatte um ihre »Frankfurter Thesen« wurden die reformsozialistischen Juros — hier wohl gegen ihren Willen — schnell vom selbstgewählten Motto des »Anti-Stamokap-Kongresses« eingeholt. Neben einer ersten Skizzierung inhaltlicher Schwächen des »neuen programmatischen Impulses« hatten Vertreter des Göttinger Kreises dessen Stoßrichtung zutreffend als »pubertären Antikommunismus« skizziert.<sup>4</sup> Statt nun herauszuarbeiten, welche richtigen oder falschen Antworten die »Frankfurter Thesen« auf die gegenwärtige Krisensituation geben, drehte sich ein gehöriger Teil der Diskussion um die Frage, ob dieser Vorwurf des Antikommunismus zu Recht oder zu Unrecht erfolge. Die abgrenzende Form der Einleitung der Thesen sowie der Einladungspraxis erwiesen sich so für die Veranstalter selbst als kontraproduktiv.

### *Die Strukturkrise bekämpfen: für eine neue ökonomische Logik*

So hieß das Motto eines von zwölf Arbeitskreisen, in denen in der Folge die unterschiedlichen Politikfelder diskutiert wurden. Naturgemäß kann hier nur eine ausschnittsweise Wiedergabe der Diskussionen erfolgen. Prof. Karl Georg Zinn gab eine knappe Darstellung der ökonomischen Krise, die er auch als Strukturkrise des Kapitalismus bezeichnete. Lösungen ergäben sich nur durch eine Orientierung auf bedarfsgerechte Wachstumsfelder. Er nannte den Bereich Umweltschutz, eine Nachfragestärkung sowie die Verstärkung der Stellung des Staates, um den Umweltschutz finanzieren zu können. Für eine solche Politik seien allerdings neue Mehrheiten erforderlich.

Jochen Worsch setzte sich mit den konzeptionellen Vorschlägen von Glotz<sup>2</sup> bzw. von Oertzen<sup>3</sup> auseinander. Glotz vertrete ein perspektivloses machtpolitisches Konzept, während es von Oertzen ausschließlich um eine sozial abgesicherte Krisenpolitik gehe.

Erst Karl Heinz Maldaner (SOST) bezog die »Frankfurter Thesen« in seinem Einfüh-

rungsbeitrag ein. Er plädierte für den Begriff Überakkumulationskrise statt Strukturbruch, hielt aber ansonsten den wirtschaftspolitischen Teil inclusive des Vorschlags eines politökonomischen Minimalkonsenses im wesentlichen für richtig.

Sabine *Gensior* (PROKLA) arbeitete anhand einer detaillierten Beschreibung der Krisenauswirkungen auf Frauen die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Umbaus gerade auch bezüglich der Situation der Frauen heraus.

Prof. Elmar *Altwater* schließlich untersuchte die Bewältigungsmöglichkeiten der Krise. Es habe sich gezeigt, daß der Keynesianismus nicht mehr funktioniere, er fördere die Konzentration, sei vom Staat nicht mehr finanzierbar und als rein nationale Steuerung nicht mehr möglich. — Die Diskussion hatte im wesentlichen drei Pole: die einen, die jede marxistische Krisenerklärung nebst Verstaatlichungsforderungen verwarfen (Horst Heimann), andere, die eng angelehnt an Glotz' Vorstellungen den politökonomischen Minimalkonsens ohne Verknüpfung mit weitergehenden Vergesellschaftungsforderungen anstreben (SOST), und die, die darin einen Angriff von SOST und Glotz auf die Parteilinke insgesamt bzw. die zumindest in diesem Punkt eine übereinstimmende Forderung aller Jungsozialist(inn)en nach einer neuen ökonomischen Logik als Folge eines bestimmten Grades der Vergesellschaftung sahen (Wolfgang Krumbein). Nochmals Krumbein: »Mit diesem Staat ist keine Anti-Krisen-Politik zu machen.«

#### *Sozialistische Politik oder Stamokap-Strategie?*

In dieser Arbeitsgruppe sollte die oben beschriebene Ausgrenzung »inhaltlich« untermauert werden. Einleitend wurden »echt betroffene« Krokodilstränen darüber vergossen, daß der doch so pluralistisch angelegten Arbeitsgruppe durch die Absage des als »Vorführ-Stamokap« eingeladenen ehemaligen SHB-Bundesvorsitzenden die Kontroversen fehlen würden. Über hundert Teilnehmer saßen in gespannter Erwartung, das Thema Stamokap von den »Experten« nun endgültig erledigt zu bekommen. Den einzigen erfreulich sachlichen Einführungsbeitrag leistete Thomas *Meyer* (FES). Er stellte zunächst fest, daß es sich bei der Stamokap-Position um eine im Rahmen der SPD selbstverständliche, mit dem Godesberger Programm vereinbare Position handele. Er identifizierte sie als ein Festhalten an alten — marxistischen — Fragestellungen und Formeln, die aber auf neue Probleme keine Antworten gäben. Dahinter stecke ein ungebrochener Technikoptimismus, ein etatistisches Sozialismusmodell und eine Fixierung auf einen überholten, traditionalistischen Begriff der Arbeiterklasse. Noch einmal: darüber ließe sich solidarisch streiten. Aber dann gings los. Klaus *Westermann* (DGB-Bundesjugendsekretär) sah im Streit um Stamokap einen Streit auf der Geisterbahn. Diesen Leuten gehe es nur um Einfluß auf Apparate, nicht darum, Menschen zu gewinnen. Stamokap-Politik sei »rechte« Politik, undemokratisch, geprägt von Zentralismus. Als Beispiel nannte er die Aktion der Bundesschülervertretung, die im Parteivorstand der DKP ausgedacht worden sei. Da man ja »unter sich« war, konnte man in die Vollen gehen. Eine weitere Kostprobe: die Atomkraftwerke in der DDR (von den Stamokaps gerechtfertigt) sind »noch viel gefährlicher und krimineller« als solche in der BRD. Über dieses Niveau hinaus konnte sich die Diskussion eigentlich nie erheben.

Rudolf *Hartung* wirkte demgegenüber schon fast moderat. Aber auch er ließ jegliche inhaltliche Auseinandersetzung vermissen, zeigte dafür seine ganze Schlitzohrigkeit: Stamokaps verträten die Auffassung, daß das Bündnis mit der DKP oder der SDAJ allein schon der TÜV-Stempel für die Fortschrittlichkeit einer Aktion sei. Später treffe man dann z.T. die gleichen Leute mit einem DKP-Parteibuch. Aber — so fügte der Schlaumei-

er sicher mit Blick auf solch forsche Vorprescher wie den (jetzt ehemaligen) stellvertretenden rheinland-pfälzischen Juso-Vorsitzenden Kirsch an —, natürlich sei er gegen administrative Maßnahmen. Die Diskussion war entsprechend kunterbunt. Bei solch einer Einführung wurde die berechtigte Frage laut, warum man denn noch gegen Parteiordnungsverfahren für Stamokaps sei. Durchgängig war wohl die Unzufriedenheit mit der platten Ebene der Auseinandersetzung. Etwa 30 Teilnehmer nahmen sich nach Abschluß der Arbeitsgruppe deshalb noch die Zeit, durch Befragen des Verfassers dieses Berichts herauszufinden, was Stamokap denn nun wirklich sei.

### *Sozialistische Reformpolitik in den 80er und 90er Jahren*

Zu diesem Thema diskutierten am Schlußtag Peter Glotz, Otmar Schreiner, Ulf Skirke und Heidi Wiczorek-Zeul. *Skirke* betonte die Notwendigkeit einer »sehr radikalen« (marxistischen) Analyse unserer Gesellschaft. Darüber sei in den letzten Tagen zu wenig geredet worden. Er kritisierte das SPD-Programm »Arbeit und Umwelt«, das im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Lösung wiederum nur den Verbraucher belaste. Sicher pressewirksam, aber ohne die Durchsetzbarkeit zu problematisieren, entwickelte er die Forderung nach einem Austritt der BRD aus der NATO, falls diese in den nächsten zwei Jahren nicht in der Lage sei, ein Defensivkonzept zu entwickeln. *Schreiner* dokumentierte auf fast erschreckende Weise die augenblickliche Orientierungslosigkeit eines Teils der SPD-Linken. In gewohnt markigen Worten beschwor er die sozialen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus. Als Alternative empfahl er das Juso-Gleichheitsprogramm aus der Mitte der siebziger Jahre! Danach soll niemand mehr als 5.000 DM verdienen. Dies wird mittlerweile selbst von damaligen Befürwortern als »törichte Einkommensformulierung« bezeichnet.<sup>4</sup>

*Wiczorek-Zeul* hatte da schon etwas mehr zu bieten. Sie entwickelte aus den Erfahrungen ihrer Arbeit im Europaparlament eine sachgerechte Kritik an der Weltmarktorientierung traditionell sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. In weiteren Stichpunkten forderte sie Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien, auch einseitige Abrüstung in Europa sowie eine Reform und Humanisierung des Parteilebens nicht nur, aber auch im Interesse der Frauen. *Glotz* referierte und präzierte im wesentlichen die Gedanken seines Buches »Die Arbeit der Zuspitzung«. Durch die zyklischen Krisen werde die Arbeitslosigkeit weit über 3 Millionen ansteigen. Unter Berufung auf Hilferding versuchte er mit der Unterscheidung von Finanz- und fungierendem Kapital die Möglichkeit einer Kooperation mit Teilen des fungierenden Kapitals zu entwickeln. Er bezeichnete es als die Schuld der SPD, daß die Frage der Kontrolle wirtschaftlicher Macht in den letzten zehn Jahren in der BRD weniger diskutiert worden sei als anderswo. Als »Klebstoff« für sein anvisiertes Bündnis mit Kleinunternehmern und Ingenieuren empfahl er das Konzept der ökologischen Modernisierung. Kleine und mittlere Unternehmen hätten die gleiche Wut wie andere über ihre Bankenabhängigkeit. Nur so, und nicht durch bloßes Addieren von SPD und Grünen komme man zu einer regierungsfähigen Mehrheit. Auf die Frage nach seiner Haltung zu einer großen Koalition bemerkte er, er halte sie nur in Notsituationen für denkbar, ansonsten habe er dazu nichts Neues zu verkünden.

Die Diskussion bzw. die Fragen aus dem Plenum machten eines deutlich: Glotz war im positiven wie im negativen Sinne der Reibungspunkt. Negativ: ihm gegenüber wurde Kritik geübt, er spielte den Part des Parteioffiziellen, an dem man sich rieb. Positiv: an seinen Positionen gab es überhaupt Reibungspunkte. Andere Podiumsteilnehmer blieben so ab-

strakt (Skirke) bzw. orientierungslos (Schreiner), daß ihre Ausführungen für die Fortentwicklung von Positionsbestimmungen zu wenig hergaben.

### *Fazit und Konsequenzen*

Bezogen auf die Teilnehmerzahl und die Anwesenheit kompetenter Diskussionsteilnehmer (das gilt im übrigen für die meisten anderen Arbeitsgruppen) war der Kongreß aus der Sicht der Veranstalter sicher ein Erfolg. Das wird auch nur teilweise durch die Tatsache geschmälert, daß der eigene »undogmatische« Ansatz beim Kongreßablauf ziemlich baden ging. Trotz der nicht erwarteten großen Teilnehmerzahl hätte man von denen, die die Basisbezogenheit als eines ihrer wesentlichen Unterscheidungsmerkmale gegenüber anderen bezeichnen, andere Diskussionsstrukturen erwarten können. Auch auf dieser Veranstaltung dominierten die Podien mit ihren Politgrößen, kam die Basis so gut wie nicht zu Wort.<sup>5</sup> Weniger zufrieden sein dürften die Veranstalter über die Tatsache, daß ihre »Frankfurter Thesen« in vielen Teilen der Veranstaltung keinen diskussionsbestimmenden Einfluß hatten. So ist durchaus dem (reformsozialistischen) Kommentator der FR zuzustimmen: »Die gesuchte linksundogmatische Orientierung wurde erst in Ansätzen deutlich.«<sup>6</sup>

Aus der Sicht marxistischer Sozialdemokraten kann es diesbezüglich keine Häme geben. Dieser Kongreß war eine verpaßte Chance der Selbstverständigung für die *ganze* Linke in der SPD. Orientierungslosigkeiten in Teilen dieser Linken wirken sich auf deren Gesamtheit aus und verhindern, daß sie innerparteilich an Einfluß gewinnt und in der anstehenden Grundsatzprogrammdiskussion wie in den tagespolitischen Auseinandersetzungen in die Offensive gelangt.

1. Auch wenn sich schon auf der Frankfurter Tagung zeigte, daß die »Frankfurter Thesen« der reformsozialistischen Jusos in ihrer Bedeutung für die augenblicklichen Diskussionen hinter den Beiträgen von Glotz, von Oertzen u.a. zurückbleiben, sollte in *spw* mit ihnen baldigst eine detaillierte Auseinandersetzung erfolgen. Zum einen werden sie im Rahmen der Juso-Organisation zum Schulungs- und Identifikationspapier dieses Teils der Jusos werden, um das herum eine neue (alte) reformistische Fraktion aufgebaut werden soll. Zum anderen wird es daran zum ersten Mal möglich sein, eine geschlossene Positionsbestimmung der reformistischen Jusos unter die Lupe zu nehmen. Hier besteht zum ersten Mal die Chance, auf solidarische Weise die Grundlagen für Gemeinsamkeiten in der praktischen Politik herauszufiltern, darin enthaltene Fortschritte gegenüber früheren Papieren aufzuzeigen (z.B. im Teil wirtschaftspolitische Alternativen), aber zugleich die Schwächen und Beschränktheiten reformistischer gegenüber marxistischer Positionsbestimmungen (im Vergleich zu den Herforder Thesen) herauszuarbeiten. Darin liegt auch die Möglichkeit, die Kenntnis der Herforder Thesen in der Juso-Organisation zu verbreitern und zu vertiefen.

2. Der neuerlichen Stigmatisierung der »Stamokaps« muß allerdings offensiv begegnet werden. Es ist auch ein Merkmal von Schwäche der eigenen politischen Arbeit, wenn im Zeichen des Flick-Skandals die »Stamokap-Diskussion« erneut ausschließlich darüber geführt wird, daß Stamokap-Vertreter angeblich versuchen, »bei jeder sich bietenden Gelegenheit ein Bündnis mit DKP-orientierten Jugendorganisationen 'notariell festzuschreiben'«. Konkret: wäre nicht gerade der Flick-Skandal Anlaß, theoretische Einsichten, die Anfang der siebziger Jahre abstrakt bleiben mußten, am Beispiel zu illustrieren und massenwirksam verständlich zu machen? Dies nicht, um damit neue »Hampelmann-Theorien« (der Großkapitalist Flick zieht an der Strippe von Barzel und Co.) aufzulegen, son-

dern in differenzierter Weise den strukturellen und personellen Zusammenhang von Monopolbourgeoisie und Staat im Spätkapitalismus transparent zu machen.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Amlung u.a., Sozialistische Perspektiven. Für einen neuen programmatischen Impuls, Marburg 1984.
- 2 Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984.
- 3 Von Oertzen, Für einen neuen Reformismus, Hamburg 1984.
- 4 Vgl. Wiczorek, N., Babylonische Gefangenschaft der SPD, in: Sozialismus 10/1984, S.46.
- 5 So äußern sich auch fast alle Leserbriefschreiber nach dem Kongreß, SP 1/1985, S.2.
- 6 Meng, alte Obergossen und der Wunsch nach neuen Bündnissen, FR 19.11.1984, S.3.
- 7 Japs, »Bündnis«-Fragen blockieren die Juso-Arbeit, in: Vorwärts, 10.11.1984, S.8.

Dieter Scholz

## Berlin Compagnie: Die Kuba-Krise

### Ein Schauspiel über die Kriegsgefahr

»Es herrscht bedrückende Stille nach diesem Stück und es dauert einige Minuten, bis die hervorragende Leistung der Berlin Compagnie gewürdigt wird. Zu deutlich wurde in diesem Stück, wie nah wir tatsächlich an dieser 'Eigendynamik des Wahnsinns' stehen.« (Memminger Kurier).

Die »Eigendynamik des Wahnsinns« führt am 16. Mai des Jahres 19.. um 5 Uhr 30 zu einem sowjetischen Atomraketenangriff auf Stellungen von Mittelstreckenraketen der NATO in Süddeutschland. Schwäbisch-Gmünd, Heilbronn, Ulm und Stuttgart sind vollkommen zerstört. Ursache des Raketenschlages ist die Fehlmeldung eines Warncomputers. Die Eskalation zum Atomweltkrieg kann gerade noch verhindert werden. Süddeutschland ist zerstört, weite Teile Mitteleuropas atomar verseucht.

Was hat dieses Szenario mit der Kuba-Krise von 1962 zu tun? Oder, wie die Mitglieder der Berlin Compagnie im Begleittext zu ihrem Stück schreiben: »Gibt sie Hinweise darauf, welche Überlegungen die sowjetischen Führer anstellen und zu welchen Schlüssen sie angesichts der Pershing II vor ihrer Haustür kommen werden? Zwar: Geschichte wiederholt sich nie wörtlich; schon dem ersten Blick zeigen sich große Unterschiede in beiden Situationen ... 'wir sollten auf der Hut sein, aus einer Erfahrung mehr Weisheit zu ziehn als drinsteckt' (Mark Twain)«; neben der Identität der heutigen mit der damaligen Situation müssen wir auch ihre Differenz untersuchen, und es wird nützlich sein, sich die Vorgeschichte der 'Kuba-Krise' zu vergegenwärtigen. Aber, bei aller Differenz, es gilt auch: Wer sich der Vergangenheit nicht erinnert, ist verurteilt, sie zu wiederholen.«

Aus diesem Grund rekonstruiert die Berlin Compagnie anhand authentischer Protokolle und Tonbandaufzeichnungen die Krisensitzungen um den US-Präsidenten John F. Kennedy im Oktober 1962, als die Welt an den Rand eines Atomkrieges geriet. Wer die grausame Dramatik jener Geschehnisse und die zuweilen erschreckende Naivität der handelnden Akteure glaubhaft dargestellt sehen möchte, sollte sich das Stück ansehen. Dabei ist

die Aufführung aber mehr als historisches Theater mit aktuellen Bezügen. Zwar wird die Parallelität der vergangenen zur heutigen Situation, in der US-amerikanische Mittelstreckenraketen vor der Haustür der Sowjetunion aufgestellt werden, deutlich herausgearbeitet — die Schlußdramaturgie erzeugt aber eine persönliche Betroffenheit, die von jedem Rechenschaft über seinen persönlichen Beitrag zum Friedenserhalt verlangt. Die »Kuba-Krise« ist damit ein Stück wider die Gewöhnung an die Kriegsgefahr.

Die Berlin Compagnie, nach ihrem Selbstverständnis eine freie Schauspielgruppe im Dienst der Friedensbewegung, hat sich im Herbst 1981 in Berlin gegründet. Überregional wurde sie mit ihrer Aufführung »Der Prozeß gegen die Neun von Catonsville« bekannt. Thema des Stückes ist der gewaltlose Widerstand in den USA gegen den Vietnam-Krieg.

Mit ihren Schauspielen stellt sich die Berlin Compagnie bewußt in die Front des Kampfes gegen die Aufstellung der Pershing II und Cruise Missiles in Europa. Ihre politische Wirkung erzielt sie aus der Kooperation mit regionalen Friedensinitiativen. Weit über 100 Gastspiele im In- und Ausland haben bereits bei regionalen Initiativen stattgefunden. Mit ihrem Stück die »Kuba-Krise« sind im April und Mai Gastspiele in Kiel, Lübeck, Flensburg und Bremen, im Juni in Düsseldorf, Münster und Osnabrück vorgesehen (Kontakt: Berlin Compagnie c/o Gerhard Fries, Schillerstr. 97, 1000 Berlin 12).

## Dokumentation

Detlev Albers, Jürgen Heinrich und Klaus-Peter Wolf

### Sozialistische Anforderungen an das neue Grundsatzprogramm der SPD

Neun Thesen, vorgelegt zur Jahrestagung 1985 des Frankfurter Kreises

#### 1.

»Ein Programm ist nichts als Schall und Rauch für jeden, dem es nicht der Ausdruck einer festgewurzelten, tiefbegründeten Überzeugung ist, zu der er sich in angestrengter geistiger Arbeit mühselig durchgerungen hat. Nur als Ausdruck einer solchen Überzeugung vieler Tausender ist ein Programm eine lebendige Kraft.« So hat Karl Kautsky, der Vater der Parteiprogramme von Erfurt und Heidelberg, einmal die Aufgabe von Programmarbeit umrissen. Er kennzeichnet damit zutreffend die Bedeutung, Herausforderung und Ambition auch der jetzt beginnenden Grundsatzdiskussion. Umfassender als dies in den Stürmen der 48er Revolution möglich war, an deren Vorabend das »Kommunistische Manifest« entstand; gründlicher als dies während der Kämpfe gegen Bismarcks Sozialistengesetze gelingen konnte, aus denen das Erfurter Programm hervorging; unter weithin veränderten Rahmenbedingungen, als sie gegenüber den Parteiprogrammen der 20er Jahre bestanden (Görlitz, Heidelberg, Linz), und in einem entschiedenen anderen gesellschaftlichen Kontext, als er selbst noch für die Entstehungszeit des Godesberger Programms charakteristisch war. Im Bewußtsein all dieser Erfahrungen sollte die vorrangige Aufgabe der heutigen Programmarbeit lauten: *Wiederaneignung und Erneuerung der sozialistischen Zielperspektive.*

#### 2.

Das künftige Grundsatzprogramm der SPD hat den politischen Kampf einer der ältesten und bedeutsamsten Formationen der westlichen Linken anzuleiten. Dem Selbstverständnis unserer Partei entsprechend soll das für einen Zeitraum geschehen, der weit über das Ende dieses Jahrhunderts hinausgeht. *Die Kernaussagen des neuen Programms müssen deshalb ebenso weit reichen, radikal im eigentlichen Sinne des Wortes sein.* Sie müssen aufzeigen, auf welchem Wege, durch die Verwirklichung welcher Alternativen die gesellschaftlichen Widersprüche, Gefährdungen und Krisenerscheinungen, denen unser Land von innen und außen ausgesetzt ist, überwunden werden können. Nur wenn das Programm imstande ist, die Zerrissenheit der Gegenwart in *allen* wesentlichen Ausdrucksformen zu erfassen, ihr einen wirklichen, keinen zentralen Gesichtspunkt aussparenden Lösungsbeitrag entgegenzusetzen, können wir hoffen, eine langfristig überlegene Strategie zur politischen, sozialen und kulturellen Umgestaltung der Bundesrepublik zu entwickeln. Blicke das Programm hinter diesem Anspruch zurück, liefern wir wieder und wieder Gefahr, durch unseren politischen Kampf nur an der Verewigung unhaltbarer Zustände mitzuwirken. (Und nichts anderes könnte geschehen, wenn wir ein Programm, das solchen Anforderungen genüge, als verbindlichen gemeinsamen Richtpunkt der politischen Praxis preisgäben.)

## 3.

*Zu den wichtigsten Merkmalen der Krise, auf die im neuen Parteiprogramm zu antworten ist, gehört ihr globaler Charakter.* Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, internationale Arbeitsteilung und Konkurrenz, der wahnwitzige, zu allererst von den USA vorangetriebene Rüstungswettlauf zwischen den Militärblöcken, die Mechanismen von ungleichem Tausch und Verelendung der sogenannten Dritten Welt gegenüber den kapitalistischen Industrieländern, die Aushöhlung und Zerstörung elementarer natürlicher Lebensgrundlagen haben weltweit einen solchen Grad an gegenseitiger Durchdringung erreicht, daß sich ihren Gefahren kein einzelnes Land mehr ohne schwerste Opfer entziehen kann. Andere Probleme, wie das Fortwirken patriarchalischer Ausbeutungsformen oder der Übergang zu menschenwürdigen Bedingungen des Bevölkerungswachstums, erfordern ebenfalls derart weitreichende Umstellungen bisheriger Lebensweisen, daß ihre Bewältigung schwerlich aus isolierten Anstrengungen im nationalen Rahmen hervorgehen wird. Das Erkennen (und Verarbeiten) des globalen Charakters der Krise entzieht jeder Strategie den Boden, die sich das Herauskommen nur des eigenen Landes (oder gar nur seines herrschenden Blocks) aus der Gefahrenzone auf Kosten aller übrigen Teile der Welt verspricht. So unentrinnbar noch der Stärkste im alten System von dessen eigenen Konstruktionsfehlern eingeholt wird, so unentrinnbar ist die Menschheit als ganze (bei Strafe des Untergangs) vor die Notwendigkeit der Entwicklung gemeinsamer, grundlegend neuer Arbeits- und Lebensformen gestellt. Zugleich aber entsprechen diesem geschichtlichen Zwang auch Chancen, die allen früheren Generationen der Arbeiterbewegung vorenthalten waren.

## 4.

Daß wesentliche Aspekte der vor uns liegenden Krise weltweite Lösungen verlangen, ändert jedoch nichts daran, daß von jedem Land spezifische Beiträge hierzu erbracht werden müssen. Sie bemessen sich beispielsweise nach dem Anteil seiner natürlichen Ressourcen, der Entwicklung seiner Produktivkräfte, der Bedeutung, die ihm Geschichte und kulturelles Erbe in der Völkergemeinschaft zuweisen. Immer aber wird das tatsächliche Verfügungskönnen des Volkes über die in seinem Gebiet zugelassenen oder benötigten Wirtschaftsabläufe unabdingbar sein. Weniger denn je kann ein Ausgleich innerhalb oder zwischen den Völkern, zwischen armen und reichen Nationen, im Verhältnis des Menschen zur Natur gefunden werden, solange einige Wenige aufgrund ihrer privaten Wirtschaftsmacht das Schicksal vieler Millionen, ja ganzer Staaten bestimmen. *Nationalisieren, um nicht multinationalisiert zu werden*, dieser Slogan der französischen Linken kann, unbeschadet aller sonstigen Probleme, *keinem Land erlassen werden*, wenn es zu einer für alle Seiten, Nord und Süd, akzeptierbaren neuen Weltwirtschaftsordnung kommen soll. Die Wege dahin mögen von Nation zu Nation so verschieden sein wie ihre Beiträge zur Lösung der globalen Widersprüche. Ungleichzeitigkeiten, Übergangs- und Zwischenlösungen sind heute wie morgen einzukalkulieren. Nur wird niemand vergessen machen können, daß sich die Zeiträume für die Bewältigung der weltweiten Krisenerscheinungen dramatisch verkürzen.

## 5.

Unübersehbar sind *auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik teils Ausdruck, teils Produzent dieser Krise.* Zum einen sind es die Probleme maßloser Vergeudung und Fehlleitung natürlicher Ressourcen, bis hin zum Umsichgreifen regelrechter ökologischer Katastrophen, die die Lebensbedingungen in einem der reichsten, industriell und technologisch am weitesten entwickelten Länder der Erde untergraben. Es ist die

Ausgesetztheit, das Bewußtsein der Ausgeliefertheit, aber auch der Mitverantwortung für die tödlichen Gefahren eines neuen, dann letzten Weltkriegs, das hierzulande betäubt und entsteht, aber nicht mehr dauerhaft verdrängt werden kann. Es ist nicht minder das Eingeholtwerden vom Elend der »alten« sozialen Frage, von millionenfacher Arbeitslosigkeit, von Ausbeutung, Arbeitshetze und wachsender Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen und Regionen, das zu den Grunderfahrungen von Gegenwart und absehbarer Zukunft zählt. Zugleich aber ist es das Erleben einschneidender technischer Umwälzungen, ihrer (scheinbar) unaufhaltsamen Ausbreitung wie ihrer Umsetzung in relativ mehr Wohlstand, mehr Freizeit usw. für viele, das nach wie vor die wichtigste Anziehungskraft der vorhandenen Wirtschaftsordnung ausmacht. Zeigt nicht der Blick über die Grenzen, gleichgültig, in welche Richtung, immer noch deutlich: was zählt, ist der Wettbewerbsvorteil, auf dem Binnen- wie auf dem Weltmarkt; wer ihn sichert, wiederherstellt oder gar ausbaut, was freilich heute mehr Opfer als früher verlangt, wird letztlich am besten fahren.

## 6.

So liefert die soziale Wirklichkeit der Bundesrepublik das Bezugsfeld für *zwei entgegengesetzte Strategien der politischen Kräfte*. Sie lauten: Modernisierung der in ihren alten Funktionsmechanismen erhaltenen, ja garantierten *Volkswirtschaft oder neue ökonomische Logik* als Grundlage, Ziel- und Anknüpfungspunkt eines übergreifenden, letztlich auf weltweite Realisierung drängenden Konzepts sozialistischer Gesellschaftsveränderung. Die Modernisierungsstrategien halten noch in ihren sozialsten Varianten daran fest, daß Aufwendungen zur Minderung unerwünschter Folgen technischer Umstellungen (»Soziale Beherrschung der Technik«), zum Schutz der Umwelt (»ökologische Modernisierung«), zur Entlastung der sogenannten Entwicklungsländer (»Zukunftsprogramm 3. Welt«) ihre Grenzen dort finden, wo anderenfalls die »eigenen« Vorrangstellung im System der internationalen Arbeitsteilung gefährdet würde. Die Gesetze des Weltmarkts, eben jene, die untrennbar mit der Herausbildung der globalen Krisenerscheinungen verknüpft sind, bleiben die nicht diskutierte und nicht diskutierbare Achse des politischen Handelns. Wie aber gestatteten sie jemals das Herauskommen aus der mit soviel Blindheit, Zerstörung und sinnlosen Opfern beladenen »Vorgeschichte der Menschheit« (Marx)?

Umgekehrt stehen auch die Konzeptionen einer »neuen ökonomischen Logik« noch in vielen Bereichen vor unzureichend gelösten Problemen. Wie sich gerade in einem so hochindustrialisierten, dicht besiedelten Land wie der Bundesrepublik jene Hineinverlagerung der ökologischen Dimension in sämtliche Strukturen von Produktion und Konsum wird erreichen lassen, die nötig ist, um einen Ausgleich oder gar Frieden mit der Natur zu verwirklichen, kann heute erst in Umrissen formuliert werden. Nichts anderes gilt etwa für die Frage, wie die berechtigten Forderungen der ihrerseits um Befreiung ringenden Dritten Welt in den Prozeß des Aufbaus einer alternativen internationalen Wirtschaftsordnung (und mit welchen Konsequenzen für Länder wie das unsrige) einzubringen sind. Dennoch vermag nur ein solches Konzept den notwendigen Gestaltungsraum zu bieten, um national und international die konkurrierenden Anforderungen sozialistischer Programmatik vereinbar zu machen.

## 7.

Auch wenn die *Verwirklichung der »neuen ökonomischen Logik«* weit über die Umgestaltung der hiesigen Wirtschaftsordnung hinauszielt, *bleibt* eben dies *der zentrale Schauplatz*

für den politischen Kampf der SPD. So wenig die Kommandohöhen der Weltwirtschaft allein in der Bundesrepublik zu erobern sind, so wenig sind das Eigengewicht und die daraus entstehenden Spielräume zu unterschätzen, die von der Einleitung grundlegender ökologischer und gesellschaftlicher Umorientierungen der Wirtschaft allein schon in der Bundesrepublik ausgehen können. Das gilt erst recht, je mehr es gelingt, darin ähnliche Krisenbetroffenheit und Interessen unserer westeuropäischen Nachbarländer zu berücksichtigen und so auf mittlere Sicht zu gemeinsamen Alternativen der (west-)europäischen Linken zu gelangen. Auf allen Ebenen, vom Kampf der Gewerkschaften in den Betrieben bis hin zu ganzen Industriezweigen, von außerparlamentarischen Aktionen und Bürgerinitiativen bis zum Vorantreiben alternativer Forderungen in der Kommunal-, Länder- und Bundespolitik muß es deshalb darum gehen, den Widerstand gegen das Fortwirken der alten ökonomischen Ausbeutungsgesetze zu ermutigen, zusammenzufassen, auf die Notwendigkeit hin zu einschneidenden Veränderungen zu orientieren. Zu den wesentlichen Aufgaben des neuen Parteiprogramms hat es zu zählen, die hauptsächlichen Maßnahmen eines solchen Veränderungsprozesses, seiner Inhalte und Strukturen zu umreißen und in diesem Zusammenhang die unverzichtbare Bedeutung der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, demokratischer Investitionsplanung und Mitbestimmung herauszuarbeiten.

### 8.

Den *Weg aus der Krise über den Bruch mit dem vorhandenen Wirtschaftssystem* zu öffnen, wird *nur möglich sein, wenn ihm eine einzigartige gesellschaftliche und politische Anstrengung vorausgeht, ihn begleitet und trägt*. Das beginnt mit der Realisierung kurzfristiger, noch systemimmanenter Alternativforderungen in der Wirtschaftspolitik (»Politökonomischer Minimalkonsens«), die gleichwohl durch die Selektion ihrer stofflichen, gebrauchswertbezogenen Ansatzpunkte, die Begünstigung umweltverträglicher Produkte, Produktionsformen und Nutzungsweisen als Einstieg für weitergehende Umstellungen wirken und kenntlich gemacht werden. Es hat nicht minder alle übrigen Felder gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen einzuschließen, von der Sozial- und Bildungspolitik über die Lebensbedingungen der Ausländer bis hin zum Ringen um reale Gleichberechtigung der Geschlechter, zur Überwindung jahrtausendealter Diskriminierung der Frauen. Überall ist gegen vermeintlich zwangsläufige Einbußen, Rückschritte und Ausgrenzungen als Krisenfolge Front zu machen, sind Gegenvorschläge in Richtung einer neuen Gesellschaftsordnung einzubringen. Dazu gehören weiter jene großen Bewußtseinsänderungen, die nötig sind, um den Kampf gegen Aufrüstung, für Entspannungs- und Friedenspolitik, aber auch der Bereitschaft zu einschneidenden, die Völker der Dritten Welt erreichenden Solidaritätsmaßnahmen eine dauerhafte Grundlage zu verschaffen. Schließlich gilt es, in allen Bereichen der Kultur, der geistigen Auseinandersetzungen um die Grundausrichtung der Gesellschaft die Oberhand zu gewinnen, die umfassende Erziehungs- und Selbsterziehungsaufgabe des Ringens um soziale Emanzipation zu verdeutlichen.

### 9.

Die *politische Hegemonie der auf Gesellschaftsveränderung drängenden Kräfte* in der Bundesrepublik wird *nicht zu erreichen sein, ohne daß es in der SPD zu einer programmatischen Verständigung über die zentralen sozialistischen Zielsetzungen kommt*. Diese ist ihrerseits wieder als das eigentliche Rückgrat für die politische Ausstrahlung und Handlungsfähigkeit der Partei zu begreifen. Darüber hinaus muß es darum gehen, den Konsens

hierüber so weit als möglich auf andere gesellschaftliche und politische Kräfte, von den Gewerkschaften über große Teile der christlichen Organisationen bis zu den Grünen, auszuweiten. Dabei haben alle Formen des Zusammenwirkens, von partiellen Übereinstimmungen bis hin zu langfristig angelegten Bündnissen, die sozialistische Identität der SPD zu wahren, so wie diese die Autonomie und spezifische Aufgabenbestimmung der anderen Kräfte respektiert.

In der Sozialdemokratie wird jede der weltanschaulichen Richtungen, ethnische, religiöse, nicht anders als marxistisch orientierte Sozialisten ihren Beitrag zu leisten haben. Ungeachtet aller unterschiedlichen Glaubens- oder Wahrheitsvorstellungen sollten die gemeinsamen, von den Erfahrungen der Arbeiterbewegung unseres Landes geprägten Grundwerte und Grundforderungen so konzipiert werden, daß sie als praxisanleitende Richtpunkte eines übergreifenden sozialistischen Projekts der Zukunft wirken können. So sollte das künftige Grundsatzprogramm der SPD in die Herausbildung der »Mehrheit diesseits der Union«, von der allein Veränderungen in dem hier skizzierten Sinne zu erwarten sind, eine für die Anforderungen der Gegenwart erneuerte Interpretation jener Losung einbringen, mit der das »Manifest« abschließt und unter der sich einst der Erfurter Parteitag versammelte: »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!«

## 6. Berliner Volksuni

**Pfingsten**

**24. bis 27. Mai 1985**

**Henry-Ford-Bau der FU Berlin**



**VOLKS  
Uni**

Vorlesungen, Erfahrungsaustausch,  
Workshops, Theater, Lieder, Diskussionen über

Nicaragua — Neokonservative Strategien in Europa, USA, in der Dritten Welt  
Kampffeld Neue Technologien und Neue Medien — 38,5-Stunden-Woche  
Frauen zwischen Heimarbeit und Parlamentspolitik — Krieg der Sterne  
Chemie-Politik, ökologische Produktion  
Berliner AL und SPD nach den Wahlen — Theologie der Befreiung

**Das kopflustige Pfingstfest der Widersprüche —  
damit nicht nur wieder und wieder Sprüche gemacht werden!**

Weitere Informationen und Programmbuch — erscheint 22. April —  
sind im neuen Volksuni-Büro, Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, zu haben!

## Sowjetunion und Entspannungspolitik

### Vorbemerkung

Der folgende Text dokumentiert einen Teil des von der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten beschlossenen Antrages zur Friedenspolitik. Der mit der Überschrift »Gegen Imperialismus und Kriegsgefahr! Perspektiven der Friedensbewegung« versehene Antrag wurde nach einer sich über mehrere Monate erstreckenden Diskussion am 28. Juni gegen wenige Gegenstimmen von den Landesdelegierten beschlossen.

Wenn im folgenden lediglich der Teil 3 (Sowjetunion und Entspannungspolitik) widergegeben wird, geschieht dies nicht etwa aus Geringschätzung gegenüber den für ebenso wichtig erkannten übrigen Teilen des Antrages. Mit der Dokumentation gerade dieses Abschnittes soll aber ein weitgehend noch »blinder Fleck« in unserer friedenspolitischen Diskussion angegangen werden. Marxistische Sozialdemokraten werden nicht umhin kommen, Position auch hier zu beziehen und sich mit den verschiedenen Spielarten der Supermachttheorie — wie sie sowohl bei den Grünen als auch in der SPD vertreten werden — kritisch auseinanderzusetzen. Die vom Juso-Bezirk Hessen-Süd kürzlich vorgelegten »Friedenspolitischen Thesen« machen als Beispiel deutlich, um was es hier gehen muß. Dort wird in den ersten Thesen nicht etwa die imperialistische Kriegsgefahr, sondern die »Krise der realsozialistischen Gesellschaften und Militärpolitik der Sowjetunion« beschrieben. Erst nach seitenweisen Ausführungen dazu bequemt man sich dann zu Bemerkungen über die »Krise kapitalistischer Gesellschaften und Militärpolitik der USA«. Kein Wunder denn auch, daß sich solche Parteigrößen wie Glotz, Ehmke und Voigt auf der Friedenspolitischen Konferenz der Jungsozialisten am 13./14. Oktober 1984 in Frankfurt immer wieder lobend zu dem Hessen-Süd Antrag äußerten.

Bei einer beginnenden Diskussion muß aber von Beginn an Klarheit über den Stellenwert einer solchen Kontroverse herrschen. Die unterschiedlichsten Einschätzungen des Charakters und der Politik der Sowjetunion dürfen den gemeinsamen Kampf für den Abbau der aufgestellten amerikanischen Mittelstreckenwaffen nicht behindern, schon gar nicht darf die Haltung zur Sowjetunion das Scheidewasser werden, mit dem die Friedensbewegung auseinanderdividiert wird.

Die Redaktion.

### 1. Gesellschaftsformation und Kriegsgefahr

Die Bewertung der sowjetischen Politik, ihrer militärischen Aktivitäten und insbesondere ihrer Abrüstungsvorschläge durch die Friedensbewegung ist keineswegs einheitlich. Auch aus marxistischer Sicht gibt es keine umfassende und einheitliche Analyse. Es gibt vielleicht in der Friedensbewegung keine annähernd so umstrittene aber auch so aktuelle Frage wie die nach der Einschätzung der Sowjetunion. Es gilt zu vermeiden, die Sowjetunion als »Supermacht« oder aber als schlicht »friedliebend« bezeichnen zu müssen.

In den sozialistischen Gesellschaften ist die sich an den internationalen Anlagemöglichkeiten orientierende Mobilität des Kapitals aufgehoben. Die Produktion ist orientiert an der Produktion gesellschaftlich sinnvoller Gebrauchsgüter. Dementsprechend sind die Entscheidungen, was und wie produziert wird, politische Entscheidungen. Fragen des Außenhandels und der internationalen Arbeitsteilung sind dabei Elemente der gesamtgesellschaftlichen Planung und nicht mehr von der Logik des Kapitals bestimmt.

Die sozialistischen Länder kennen wohl auf vielfältigen Ursachen beruhende Schwan-

kungen des Wirtschaftswachstums, langandauernde Stagnationsphasen bzw. gar ein Rückgang der industriellen Produktion sind ihnen in Friedenszeiten fremd. Allerdings bilden das China während der Kulturrevolution und jetzt Polen Ausnahmen von dieser Regel.

In den kapitalistischen Staaten dagegen gehören die Rüstungsgüter produzierenden Industrien zu den wichtigsten Wirtschaftsunternehmen, sie erwirtschaften überdurchschnittliche Profite. Rüstungsgüter werden fast ausschließlich vom Staat abgenommen und sind daher konjunkturunabhängiger.

Für die sozialistischen Länder bedeuten dagegen die hohen Rüstungsanstrengungen notwendige Einschränkungen bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums. Rüstungsexporte in nichtsozialistische Länder können diese Verluste mildern, aber nicht aufheben.

## **2. Krise des Imperialismus — Entstehung des Systemgegensatzes**

Die Herausbildung des sozialistischen Staatensystems ist in erster Linie Produkt der inneren Widersprüchlichkeit und Krise der imperialistischen Systeme. Die Sowjetunion entsteht als erster sozialistischer Staat in einer die Grundmauern erschütternden Krise am Ende des Ersten Weltkrieges. Mit Rußland brach das schwächste Glied in der imperialistischen Kette. Die siegreiche Revolution wurde zum Vorbild für viele Befreiungsbewegungen und eines Teils der westeuropäischen Arbeiterbewegung.

»Getrieben von immer krasserer Formen imperialistischer Ausbeutung und sozialer Verelendung ihrer Völker, aber auch angespornt durch das Beispiel der Oktoberrevolution hat sich seit dem Ende des 1. Weltkrieges der Emanzipationskampf der abhängig gehaltenen Länder der sogenannten Dritten Welt enorm verstärkt. Der russischen folgte die chinesische, kubanische, vietnamesische Revolution, um nur die wichtigsten zu nennen; sie alle sind in einem breiten Prozeß der Entkolonialisierung und der Erringung zumindest formaler Souveränitätsrechte für die außereuropäischen Nationen eingefügt.« (Herforder Thesen, S.10)

Erst seit der Entstehung der großen sozialistischen Länder Sowjetunion und VR China können sich antiimperialistische Erhebungen in der Dritten Welt dauerhaft behaupten, werden sie militärisch und wirtschaftlich von den kapitalistischen Zentren unabhängiger.

Mit dem endgültigen Sieg über das faschistische Deutschland und dem damit einhergehenden Vordringen der Roten Armee bis nach Mitteleuropa ist der Systemgegensatz zur prägenden Struktur aller größeren internationalen Konflikte geworden. Dieser Systemgegensatz blockiert seitdem jeden erneuten Versuch einer militärischen Austragung der Konflikte zwischen den imperialistischen Ländern.

Die Sowjetunion als erster und dreißig Jahre lang auch einziger sozialistischer Staat war in seiner Geschichte immer wieder massiven Versuchen der politischen Isolierung und auch militärischen Vernichtung ausgesetzt. Bereits der der Revolution folgende Bürgerkrieg 1918-20 wurde zu einem Teil von Expeditionsheeren der wichtigsten kapitalistischen Länder geführt. Diesem ersten vergeblichen Versuch der Zerschlagung folgte eine lange Epoche der wirtschaftlichen und politischen Isolierung, der sich nur das ebenfalls isolierte Deutsche Reich entzog.

Der durch die ausbleibende Revolution im Westen notwendige »Aufbau des Sozialismus in einem Land« brachte einerseits ein beispielloses Tempo in der Industrialisierung hervor, ohne die der Krieg mit dem faschistischen Deutschland zweifelsohne nicht gewinnbar gewesen wäre. Er wurde aber zugleich von einem Stalinschen Terror begleitet, der u.a.

auch die Armee und damit die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion empfindlich schwächte.

Mit dem Angriff der faschistischen Armeen 1941 wurden erneut militärische Mittel zur Niederringung der Sowjetunion eingesetzt. Die Abwehr und Vernichtung des Feindes erfordert ungeheure Verluste an Menschenleben und Material. Am Ende des Krieges ist ein großer Teil der europäischen Sowjetunion verwüstet und das Land insgesamt in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen.

Das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition bedeutet zugleich den Beginn einer Epoche der erneuten Isolierung der Sowjetunion. Unter Führung der USA versuchen die kapitalistischen Staaten Europas die als Folge des 2. Weltkrieges zugunsten der Sowjetunion eingetretene Machtverschiebung wieder rückgängig zu machen. Die sowjetische Politik reagiert darauf mit der Etablierung kommunistischer Regierungen in einigen von der Roten Armee beherrschten Ländern.

Sie ändert damit ihre ab 1945 betriebene Politik. So wurden keineswegs in allen von der Roten Armee befreiten Staaten Ost- und Mitteleuropas kommunistische Parteien an die Macht gebracht. In Ungarn und in der Tschechoslowakei folgt der Befreiung vielmehr eine Periode der Restauration bürgerlicher Macht. Erst im Zusammenhang mit der Etablierung des Kalten Krieges entscheidet sich die sowjetische Führung in der CSSR 1948 und in Ungarn 1947 für die Durchsetzung eines sozialistischen Gesellschaftssystems. Da der Aufbau des Sozialismus durch die jeweiligen Regierungen weitgehend von oben erfolgt, ohne insbesondere die unterschiedlichen nationalen Bedingungen hinreichend zu berücksichtigen, kommt es in diesen Ländern immer wieder zu tiefgreifenden Krisen, die teilweise sogar zum Einsatz direkter militärischer Gewalt führen.

### **3. Die sozialistischen Länder in der Defensive**

Obwohl die Industrialisierung der Sowjetunion innerhalb kürzester Zeit und unter größten Opfern vorangetrieben wurde und die UdSSR heute eines der stärksten Industrieländer der Erde ist, sind die kapitalistischen Länder den sozialistischen Staaten ökonomisch weit überlegen geblieben. Ein deutliches Ungleichgewicht zeigt sich schon bei einem Vergleich der Potentiale von Staaten der NATO mit denen der Staaten der WVO. Eine mögliche Ursache dafür ist, daß die UdSSR unter den Bedingungen eines industriell zurückgebliebenen Agrarlandes mit dem Aufbau der sozialistischen Übergangsgesellschaft beginnen mußte. Es fällt noch krasser aus, zählt man weitere mächtige kapitalistische Staaten, wie z.B. Japan, Südafrika, Australien, hinzu. Das deutliche gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht kann aber nur unzureichend die sehr viel extremere technologische Überlegenheit der kapitalistischen Länder ausdrücken. Gerade in diesem, für die Entwicklung moderner Waffen entscheidenden Bereich hat sich der Abstand in den letzten Jahren noch vergrößert. Diese technologische Überlegenheit hat, verbunden mit dem unablässigen Streben nach Vorherrschaft, dazu geführt, daß jedes große militärische System zuerst von den NATO-Staaten entwickelt und eingeführt wurde. Die Sowjetunion ist daher — unabhängig von ihrem eigentlichen Willen und Charakter — gar nicht in der Lage, militärische Überlegenheit über die USA zu erlangen und diese dann in eine erfolgversprechende Angriffsstrategie umzusetzen.

#### 4. Die These vom ungefähren globalen Gleichgewicht

Der ökonomischen Überlegenheit der kapitalistischen Staaten entspricht ihre geostrategische Stärke. Die US-Marine beherrscht fast unangefochten die Weltmeere, sie kann als einzige von See aus begrenzte Kriege wirkungsvoll führen. Stützpunkte der USA befinden sich in allen Kontinenten. Selbst Großbritannien und Frankreich besitzen jeweils mehr Stützpunkte in der »Dritten Welt« als die Sowjetunion. Hinzu kommen die sehr viel höheren finanziellen Unterstützungen und Militärlieferungen an die mit den imperialistischen Ländern verbündeten Regime in der »Dritten Welt«. Angesichts allein dieser wenigen Tatsachen kann von einer expandierenden und mit den USA auf allen Gebieten konkurrierenden »Supermacht« Sowjetunion keine Rede sein.

Wenn hier dennoch von einem bislang existierenden ungefähren globalen Gleichgewicht zwischen den USA und der UdSSR gesprochen wird, so sind dabei zwei Elemente gemeint:

1. Seit Ende der fünfziger Jahre kann sich die Sowjetunion die Fähigkeit erhalten, nach einem Angriff der USA mit einem Zweitschlag antworten zu können.
2. Aufgrund ihrer geographischen Lage kann die Sowjetunion wirkungsvoll Westeuropa bedrohen. Die bisherige Unwägbarkeit, inwieweit die UdSSR in einem möglichen 3. Weltkrieg an dieser Front entscheidende Erfolge erringen könnte, hat ebenfalls die USA von einem globalen Krieg abgeschreckt. Der von der Sowjetunion angestrebten Überlegenheit in Europa entspricht unter anderem ihr strategisches Konzept der Verteidigung im Vorfeld des eigenen Territoriums, denn nach den Erfahrungen, insbesondere des 2. Weltkriegs, soll auf jeden Fall verhindert werden, daß erneut ein Krieg auf sowjetischem Territorium ausgetragen wird.

Die bislang bestehende konventionelle Stärke der Sowjetunion auf einem möglichen Schlachtfeld Europa, die ihrer Verteidigungsfähigkeit dient, wird allerdings in jüngster Zeit durch die starke konventionelle Aufrüstung der NATO zunehmend ausgehöhlt. Die Einführung gleich mehrerer Systeme von Panzerabwehrwaffen lassen schnelle militärische Erfolge der Sowjetunion nicht mehr zu. Die installierten und geplanten Pershing II und Marschflugkörper bedrohen Kommandozentralen, strategische Knotenpunkte und Aufmarschplätze, ohne die solche Erfolge schon ganz und gar undenkbar sind. Die Sowjetunion behält aber weiterhin die Möglichkeit, Westeuropa mit dem gegen die europäischen NATO-Staaten gerichteten atomaren Potential zu vernichten. Die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR — schon im Vorfeld ihrer Grenzen — und ihre nukleare Zweitschlagskapazität gegen Westeuropa können allerdings nicht die strategische Bedrohung ausgleichen, die von der Stationierung eurostrategischer Punktzielwaffen der USA in Westeuropa ausgeht. So bringt die politische Gegenmaßnahme der UdSSR, modernisierte operativ-taktische Atomraketen großer Reichweite vorgelagert zu stationieren, keinen militärischen Nutzen. Im Gegenteil bewirkt dieser Teil der sowjetischen Reaktion auf die Hochrüstung der NATO nur eine weitere Verkürzung der Vorwarnzeiten, und damit die Erhöhung des Risikos eines unbeabsichtigt ausgelösten Atomkrieges in Europa. So verständlich politische Gegenmaßnahmen auch gegen die westeuropäischen Staaten angesichts der aggressiven Militärpolitik der NATO sind, so unangemessen ist diese Maßnahme als militärischer Ausgleich gegenüber der strategischen Bedrohung durch die NATO-Hochrüstung.

Die Friedensbewegung hat gegenwärtig ein großes Interesse daran, daß die Sowjetunion daran festhält, jeden atomaren Angriff auf das Territorium der Staaten der WVO strategisch zu beantworten.

## 5. Die militärischen Interventionen der UdSSR

Ist die sowjetische Militärmacht insgesamt defensiv orientiert, da die Sowjetunion aufgrund ihres Wirtschaftssystems kein Interesse an kriegerischen Auseinandersetzungen hat, so hat die UdSSR dennoch in ihrer Geschichte wiederholt militärische Interventionen unternommen. *Diese militärischen Aktionen fielen immer in geschichtliche Phasen, in denen die Sowjetunion tatsächlich oder auch nur nach ihrer eigenen Einschätzung existenziell gefährdet war. Sie können daher nicht losgelöst von der internationalen Situation, insbesondere von dem auf der Sowjetunion lastenden Druck gesehen werden.*

Um sich vor allem bei der erwarteten Auseinandersetzung mit dem faschistischen Deutschland eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen, marschierte die Rote Armee 1939 in Ostpolen ein, nutzte die UdSSR in Übereinkunft mit Deutschland die Schwäche Rumäniens und annektierte die Provinzen Nord-Bukowina und Bessarabien und versuchte, die Stützpunkte in Finnland und in den baltischen Staaten zu erringen. Erst nach einem verlustreichen Krieg konnte sie Finnland ihre Forderungen aufzwingen, neben Stützpunktrechten mußte es der Stadt Leningrad direkt vorgelagertes Territorium in Karelien abtreten. Neben strategischen Gesichtspunkten ging es der Sowjetunion in diesen Auseinandersetzungen auch um die Wiederaneignung von mit russischer Bevölkerung besiedelten Gebieten, die als Folge der Schwäche des jungen sowjetischen Staates am Ende des Bürgerkrieges von anderen Ländern besetzt wurden. Dies trifft für die ostpolnischen Gebiete, Bessarabien und die Nord-Bukowina sowie auf die 1945 wieder angegliederte Karpato-Ukraine zu.

Nach dem 2. Weltkrieg interveniert die Sowjetunion wiederholt bei Krisen und politischen Umwälzungen in den mit ihr verbündeten Ländern. Militärische Aktionen finden 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und 1979 in Afghanistan statt. Dabei blockieren Fehleinschätzungen immer wieder nationale Entwicklungswege zum Sozialismus und verschärfen gleichzeitig die Gegensätze unter den progressiven Kräften in den kapitalistischen Ländern — vor allem zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten — und schaden dem internationalen Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker. Eine eigenständige Entwicklung der sozialistischen Staaten wird es nur geben, wenn die sowjetische Führung die Eigenständigkeit unterschiedlicher nationaler Konzepte innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft wahrt und anerkennt. Darüber hinaus schadet die Intervention in Afghanistan durch die Verletzung des völkerrechtlichen Grundsatzes der Selbstbestimmung der Glaubwürdigkeit der Sowjetunion gegenüber den um ihre Unabhängigkeit ringenden, weniger entwickelten Ländern.

## 6. Nationale Sicherheitsinteressen und internationale Solidarität

Die Sowjetunion hat in ihrer Geschichte nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie die internationale Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in den kapitalistischen Ländern und mit den Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« letztlich der Sicherung des ersten und heute noch bedeutendsten sozialistischen Landes und damit ihren nationalen Interessen unterordnet. Diese bittere Erfahrung mußte bereits die gegen den Faschismus kämpfende Linke Europas beim Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes machen. Ohne Rücksicht auf die Kritik und die inneren Probleme der westeuropäischen kommunistischen Parteien wurden ebenso die militärischen Interventionen in den mit der UdSSR verbündeten Ländern durchgeführt. Das nationale Sicherheitsinteresse bestimmt aber auch das Handeln gegenüber hilfeschuchenden Befreiungsbewegungen. Am augenfälligsten

wurde die Rücksicht auf eine ungünstige internationale Situation bei der verweigerten Hilfe für die kurz vor dem Sieg stehenden griechischen Kommunisten im Bürgerkrieg 1947.

Neben allen anderen politischen Differenzen zwischen den Positionen der sozialistischen Länder und denen der westeuropäischen Linken schafft daher der Standpunkt der Sowjetunion, ihre Außenpolitik aus ihrer Sicht an ihrem nationalen Sicherheitsinteresse zu orientieren, für die Linke in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern die Notwendigkeit, auch ihre Politik eigenständig zu formulieren.

Unbeschadet dieser Tatsache bleibt es richtig, daß ohne die wirtschaftliche und militärische Hilfe durch die Sowjetunion viele der Befreiungsbewegungen weniger erfolgreich wären bzw. die Existenz junger sozialistischer Staaten nicht von langer Dauer wäre. Allein die Existenz des sozialistischen Lagers schränkt die Handlungsräume des US-Imperialismus ein, da dieser genauso auf die Beachtung der internationalen Kräfteverhältnisse angewiesen ist.

»Linke Sozialdemokraten in der Bundesrepublik werden (...) weder den fortschrittlichen Grundcharakter der in der Sowjetunion verwirklichten Produktionsverhältnisse leugnen oder vergessen lassen, noch unterschätzen sie die Bedeutung des sozialistischen Lagers als ein überall in Rechnung zu stellendes Gegengewicht gegenüber den Vorherrschaftsbestrebungen einzelner kapitalistischer Staaten und den von ihnen repräsentierten Monopolinteressen. Ebensov wenig aber werden sozialdemokratische Marxisten, die in ihrem eigenen Land für einen prinzipiell anderen Weg zum Sozialismus eintreten, auf die Äußerung offener, solidarischer Kritik an solchen Entscheidungen der Sowjetunion wie der anderen sozialistischen Staaten verzichten, die der Sache des internationalen Sozialismus abträglich sind.« (Herforder Thesen, S.10)

## Briefe an Redaktion und Autor(innen)

### Replik auf Olaf Scholz und Wolfgang Zellner

#### »Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie« in *spw* 25

Eine wichtige Aufgabe von *spw* ist es meiner Ansicht nach, politische Initiativen argumentativ so auszustatten, daß sie durchgehalten und durch die Überzeugung anderer massenhaft und damit politisch wirksam werden können. Die Wiederholung von Parolen, die wie eine Langnese-Reklame eingehämmert werden, führt demgegenüber eher dazu, daß sich die Adressaten entweder als »Gläubige« um einige Erleuchtete scharen oder aber sich gar nicht erst angesprochen und verantwortlich fühlen. Zudem bleiben Forderungen, so richtig sie auch sein mögen, solange abstrakt, wie sie sich nicht mit den realen Kräfteverhältnissen, in denen sie durchgesetzt werden müssen, konfrontieren.

Es ist auffällig, daß in dem Artikel von Scholz und Zellner eine Bewertung von Machtverhältnissen nur auf der globalen und damit nicht recht greifbaren Ebene auftaucht (US-Imperialismus, BRD-Militarismus). Dabei ist die Eindeutigkeit ihrer Bewertung so unverrückbar und homogen, daß man sich fragt, ob es überhaupt noch Sinn hat, was zu tun und Forderungen aufzustellen (an wen eigentlich?). Vielleicht vermittelt es ein Gruppengefühl, wenn man sich auf einem gemeinsamen Fundament von Parolen versammeln kann und von dort aus in aller Ruhe fordert. Bei so wenig strategischen Überlegungen wird man jedenfalls nicht Gefahr laufen, sie wirklich verantworten zu müssen.

Mehrere Bereiche, von denen bei Scholz und Zellner die Rede ist, bedürfen mindestens der Einordnung in den Zusammenhang, in dem sie stehen, damit eine politische Strategie oder eine Initiative in die richtige Richtung argumentiert.

So ist es zum Beispiel wenigstens fahrlässig, von »konventioneller Erstschlagsfähigkeit unter nuklearer Enthauptungserpressung« zu sprechen. Ich persönlich halte diese Formel für Unsinn. Sie wirkt eher so, als wolle sie Widerspruch »enthaupen«. Tatsache ist jedenfalls, daß technologisch eine Enthauptung der Sowjetunion durch die USA (noch) nicht möglich ist. Das heißt, die USA sind nicht in der Lage, der Sowjetunion einen solchen Schlag zu versetzen, daß diese keine Vergeltungsmöglichkeit oder -kraft mehr hat.

Die Fixierung auf den Nuklearschlag, der aus dem gesamten Artikel spricht, ist ebenfalls ungenau. Seit den fünfziger Jahren bemühen sich die amerikanischen Militärstrategen, durch Entwicklung von Waffen für begrenzbar massenvernichtende Schläge den einen großen nuklearen Schlagabtausch zu verhindern. Der eine große Vernichtungsschlag hätte nämlich den Nachteil, daß die USA selbst dabei zerstört oder empfindlich verwundet würden. Mit einem begrenzbar, von dem Territorium der USA ferngehaltenen Krieg läßt sich politisch besser und glaubwürdiger drohen. Die Waffentechnologie ist mittlerweile so weit, daß die meisten Waffensysteme sowohl mit konventionellen als auch mit nuklearen und chemischen Sprengköpfen bestückt werden können. Was in der anfliegenden Rakete drin ist, weiß der Angegriffene erst mit letzter Sicherheit, wenn sie eingeschlagen hat.

Weiterhin sieht die AirLand Battle Doktrin den *integrierten* Einsatz von konventionellen, nuklearen, chemischen und elektronischen Waffensystemen vor. Die amerikanischen Militärstrategen gehen bei ihren Einsatzplanungen davon aus, daß der Warschauer Pakt, wenn er angreift (und das ist immer vorausgesetzt), alles einsetzt, was er hat. Die US-Army, so die AirLand Battle Doktrin, müsse also ebenfalls auf allen Ebenen reagieren

und siegen können. Von daher ist die Unterscheidung zwischen konventionellem Erstschlag und nuklearer »Enthauptungs«erpressung sachlich falsch, selbst wenn man Enthauptung hier versteht als den »großen« strategischen Schlagabtausch zwischen USA und UdSSR.

Der Erstschlag steht demgegenüber im Zusammenhang mit dem vorgesehenen Einsatz der Waffensysteme, die heute zur Verfügung stehen oder jetzt auf den Weg gebracht werden. Mit ihnen sollen die militärischen Vergeltungsmöglichkeiten des Gegners, also des Warschauer Vertrages, ausgeschaltet werden, um den Sieg zu ermöglichen (counter-force). Raketen trifft man aber besser, solange sie noch nicht abgeschossen wurden. Flugzeuge kann man besser zerstören, wenn sie noch nicht gestartet sind. Die Einsatzplanungen laufen also (bei AirLand Battle offiziell, bei Rogers implizit) auf den *präventiven* Einsatz der schnellen und zielgenauen Waffen hinaus, wenn sie »Sinn« machen sollen. Die Kürze der Vorwarnzeiten und die ungeheure Zerstörungswirkung aller zur Verfügung stehenden Waffensysteme macht damit politische Krisensituationen zunehmend unkalkulierbar, wenn es darum geht, wer gegebenenfalls schneller am Knopf ist. Das Streben nach Überlegenheit ist militärisch seit den fünfziger Jahren logische Konsequenz dieser counter-force-Doktrin. Die USA haben es nunmehr auch zum politischen Programm erklärt, Überlegenheit wiederherzustellen. In dieser Unkalkulierbarkeit liegt eine wesentliche Gefahr, die in dem Maße steigt, wie die USA »gläubwürdig« Kriege androhen, weil sie sie relativ risikolos gewinnen könnten.

Fehleinschätzungen gibt es meiner Ansicht nach im Artikel von Scholz und Zellner auf der politischen Ebene. So heißt es dort beispielsweise (S.408), daß die Bundesregierung die Stationierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt habe. Für die Entwicklung einer politischen Strategie auf der Grundlage der Einschätzung der Kräfteverhältnisse und bündnispolitischen Chancen scheint es mir aber unverzichtbar, darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung dies nur deshalb tun konnte, weil die selbe Bevölkerung ihr kurz zuvor eine satte Mehrheit im Bundestag verschafft hat und keine Opposition zur Verfügung stand, die schlagkräftig genug gewesen wäre, die Stationierung trotz dieser Mehrheit im Parlament zu verhindern.

Es gibt einen Punkt, an dem die Rechte in der Bundesrepublik zur Zeit gespalten ist: die Entspannungspolitik, das Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn, die Interpretation der durch die Ostverträge geschaffenen Lage. Im Gegensatz zu Scholz und Zellner bin ich der Meinung, daß auch die Kohl-Regierung mehrheitlich Interesse an guten Beziehungen insbesondere zur DDR hat. Dies gilt im übrigen umgekehrt auf seiten der DDR-Regierung ebenfalls. Honecker war es, der nach Beginn der Stationierung von Verantwortungsgemeinschaft und Schadensbegrenzung gesprochen hat! An dieser Stelle weiterzubohren, wäre als Ansatzpunkt für die Durchsetzung einer friedenspolitischen Strategie in der Bundesrepublik vielleicht lohnend. Hier bieten sich wahrscheinlich auch eher die Gewerkschaften als Bündnispartner an als in der Frage des Einfrierens der Rüstungsausgaben — eine Forderung, die deshalb nicht aufgegeben werden darf! Christiane Rix (Hamburg)

## Besprechungen

**Peter Scherer und Peter Schaaf, Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848 bis 1949.** Konrad Theiss Verlag, Stuttgart 1984

(724 Seiten, 59,- DM)

Der Landesbezirk Württemberg-Baden der IG Metall hat zum Andenken an Willi Bleicher zwei Historiker, die seit langen Jahren für die IG Metall arbeiten, damit beauftragt, einen Band aus Dokumenten zur Geschichte der Arbeiterbewegung, vorwiegend derjenigen seines Arbeitsbereiches, vor der Gründung des DGB zusammenzustellen, damit die Funktionäre und Vertrauensleute der mitgliederstärksten westdeutschen Industriegewerkschaft sich selbst einen Überblick über die früheren Kämpfe ihrer Bewegung erarbeiten und aus ihnen Erfahrungen für ihre eigene Praxis gewinnen können. Wenn auch Südwestdeutschland der Bereich ist, der im Vordergrund des Bandes steht, so ließ sich doch das übrige Reich und auch die Internationale dabei nicht ausklammern, wenn man das Verständnis für die Ereignisse in diesen Gebieten erschließen wollte. Stuttgart ist ein örtliches Zentrum, das stets von besonderer Bedeutung für die Arbeiterbewegung war, zumal es von 1918 bis 1930 der zentrale Sitz jenes Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gewesen ist, der schon recht früh zur Industriegewerkschaft wurde, als die meisten anderen Verbände noch Berufsorganisationen blieben. Da Stuttgart zudem die Stadt war, in der der Dietz-Verlag, der wichtigste Verlag der Sozialdemokratie im Kaiserreich und auch noch in der Weimarer Republik, residierte, und die »Gleichheit« Clara Zetkins und die »Neue Zeit« Karl Kautskys erschienen sind, hat dieses württembergische Klima stets für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung größte Bedeutung gehabt.

Der Auftrag Ernst Eisenmanns an die beiden Herausgeber war also eine sinnvolle Sache, keineswegs nur für die Bildungsarbeit der IG Metall, sondern für jeden abhängig Arbeitenden und jeden Studenten, der sich in die Probleme der Geschichte und der Rolle der arbeitenden Klasse einarbeiten will und zu begreifen sucht, wieviel sie an verwertbaren Erfahrungen bietet, die für die sozialen Auseinandersetzungen auch der Gegenwart wichtig bleiben, solange sich die Interessen von Kapital und Arbeit gegenüberstehen.

Die 227 Dokumente des Bandes sind pädagogisch geschickt und ihrer historischen Bedeutung gemäß ausgewählt worden. Sie machen alle wesentlichen Wendungen, die inneren Auseinandersetzungen, die Erfolge und die Niederlagen der abhängig arbeitenden Klasse deutlich, die sie bis zur Konstituierung von Bundesrepublik und DGB erleben mußte. Sie lassen gut erkennen, wie sehr das letzte Dokument, das das Buch abdruckt, die wirtschaftspolitischen Grundsätze des Grundsatzprogramms des DGB vom Oktober 1949, darum bemüht gewesen ist, Konsequenzen aus dem langen Prozeß zu ziehen, in dem die Klasse der abhängig Arbeitenden versucht hat, zu eigenem gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Bewußtsein zu gelangen, um dann doch dem Angriff des Faschismus zu erliegen.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Besprechung die gesamte Geschichte dieser fast einhalb Jahrhunderte nachzuzeichnen, um die es in diesem Band geht, und die Funktion und Bedeutung eines jeden einzelnen Dokuments darzustellen, das in ihm enthalten ist. Der Band versucht stets, jede Richtung der früheren Arbeiterorganisationen zu Wort kommen zu lassen, in ihren Irrtümern wie in ihren zutreffenden Analysen und Kampfentscheidungen. Das gilt von liberalen und christlichen bis zu sozialdemokratisch geführten Vereinigungen und dann auch, nach der moralischen Katastrophe des August 1914, von denen,

die sich gegen sie gewehrt haben, gleichgültig, ob sie politisch zur USP (wie Robert Dißmann) oder zuletzt zur KPD gelangt sind, bis zu denen, die dann doch mehr oder minder im Bann ihrer Kapitulation vor dem ersten imperialistischen Krieg verharret sind. Auch die zweite Katastrophe und das Versagen der gewerkschaftlichen Spitzen bei ihrem Beginn, die von 1933, ist gut belegt, jedoch auch der Widerstand, der sich gegen sie vom ersten Tage an entwickelt hat. Er wurde praktisch zur Vorbereitung auf die Wiedergründung von Arbeiterverbänden als Einheitsgewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Für die erste Periode nach der Überwindung des Faschismus durch den Sieg der Alliierten, leider nicht des deutschen Volkes, sind die wichtigsten Ansatzpunkte zur Wiedergeburt von Arbeiternehmerorganisationen und ihrer Zielsetzungen ebenfalls durch die eigenen Dokumente solcher Gruppen verdeutlicht worden, die heute meist vergessen sind. Deren Transformierung in Richtung auf die heutigen Einheitsgewerkschaften, die dann — noch vor der vollen Restauration der alten Gesellschaftsordnung durch die westlichen Alliierten, wie sie sich seit der Währungsreform und der Konstituierung der Bundesrepublik voll durchgesetzt hatte — vollzogen wurde, wird in allen ihren Entwicklungsstufen sorgfältig belegt.

Natürlich kann man an mancher Stelle des Bandes darüber streiten, ob es nicht besser gewesen wäre, neben dem Abdruck der für dies Buch ausgewählten Dokumente noch diesen oder jenen Beschluß, Aufruf oder Aufsatz zusätzlich zu bringen. Aber insgesamt ist die Auswahl so gut gelungen, daß der Gesamtprozeß der Entwicklung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verständlich und erkennbar wird, keineswegs nur die Entwicklung dieser oder jener Richtung. Eine Zeittafel, ein Personen- und ein geographisches Register machen den Band leicht benutzbar und ermöglichen es jedem, die einzelnen abgedruckten Dokumente in den geschichtlichen Zusammenhang richtig einzuordnen. Das Buch ist deshalb leicht benutzbar und ausgezeichnet dazu geeignet, Kursen zur Geschichte der Arbeiterbewegung für deren jüngere Generation als Grundlage zu dienen.

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main)

**Annette Kuhn/Gerhard Schneider (Hrsg.), Frauen in der Geschichte I.** Frauenrechte und gesellschaftliche Arbeit der Frauen im Wandel. Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Studien zur Geschichte der Frauen, Schwann, Düsseldorf <sup>2</sup>1982 (1979) (318 S., br., 28,- DM)

**Annette Kuhn/Jörn Rüsen (Hrsg.), Frauen in der Geschichte II.** Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Beiträge zur Sozialgeschichte der Frauen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, Schwann, Düsseldorf 1982 (320 S., br., 32,- DM)

**Kuhn/Rüsen (Hrsg.), Frauen in der Geschichte III.** Fachwissenschaftliche und fachdidaktische Beiträge zur Geschichte der Weiblichkeit vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart mit geeigneten Materialien für den Unterricht, Schwann, Düsseldorf 1983 (280 S., br., 32,- DM)

**Ilse Brehmer/Juliane Jacobi-Dittrich/Elke Kleinau/Annette Kuhn (Hrsg.), Frauen in der Geschichte IV.** »Wissen heißt leben ...« Beiträge zur Bildungsgeschichte von Frauen im 18. und 19. Jahrhundert, Schwann, Düsseldorf 1983 (428 S., br., 32,- DM)

**Anna-Elisabeth Freier/Annette Kuhn (Hrsg.), Frauen in der Geschichte V.** »Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen« — Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Schwann, Düsseldorf 1984 (472 S., br., 36,- DM)

**Annette Kuhn/Valentine Rothe, Frauen im deutschen Faschismus.** Band 1: Frauenpolitik im NS-Staat. Band 2: Frauenarbeit und Frauenwiderstand im NS-Staat. Eine Quellsammlung mit fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Kommentaren, Schwann, Düsseldorf 21983 (1982) (142 und 205 S., br., 20,- und 26,- DM)

Die Veröffentlichung des aktuellen fünften einer auf sechs Bände geplanten Reihe über »Frauen in der Geschichte« dient hier als Anlaß, die bisher erschienenen Bände vorzustellen und auf zwei weitere Bücher über Frauen im Faschismus hinzuweisen.

Im ersten Band »Frauen in der Geschichte« geht es schwerpunktmäßig um Frauenrechte und Frauenarbeit; er enthält fünf wissenschaftliche, vier didaktische und zwei bibliographische Beiträge. Der Band beginnt mit einer Untersuchung historischer Familienformen, behandelt die Beziehungen zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung und zeigt auf, wie sich in der Weimarer Republik Sexualreformbewegung und Mutterschutzforderungen mit Rassenhygiene und Erbgesundheitslehre verbanden. Hieran konnte sich die faschistische Politik anschließen. Daran knüpft ein Beitrag über die anti-emanzipatorische Bevölkerungspolitik der Nazis an, die zu Lasten der (arbeitenden) Frauen ging. Eine Studie über Angestellte in der Weimarer Republik bleibt zu oberflächlich und endet mit der alten These, daß die Verarbeitung der Berufsunzufriedenheit durch Vergnügungssucht und Kinobesessenheit erfolgt sei. Dieser Zusammenhang muß vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Kulturindustrie produziert nämlich nicht die Filme, damit sich die Verkäuferin nach ihnen richtet, sondern deren Träume werden auf die Leinwand gebracht, damit sie ihr Eintrittsgeld an der Kinokasse lassen kann. Der didaktische Teil enthält Unterrichtseinheiten über Gleichberechtigungsforderungen von Frauen in der Französischen Revolution, den proletarischen Lebenszusammenhang von Frauen und ihre Gegenmachtstrategien als sozialistische Frauenbewegung im deutschen Kaiserreich sowie über Frauen und Faschismus. Unterrichtsmaterial über Frauen im alten China rundet den Band ab.

Der zweite Band bezieht sich auf Sozialgeschichte von Frauen. Er enthält sieben Diskussionsbeiträge, davon zwei mit didaktischen Hinweisen sowie bibliographische Angaben. In einem sehr informativen Aufsatz über erwerbstätige Frauen im mittelalterlichen Handel, in städtischen Diensten und freien Berufen werden viele Beispiele aufgezählt. So hat es mich erstaunt zu erfahren, daß es schon im Mittelalter Unternehmerinnen, Wirtinnen, Ärztinnen, Apothekerinnen, Lehrerinnen und viele andere Frauen in Berufen gab.

In weiteren Beiträgen werden u.a. das Alltagsleben von bäuerlichen Frauen, die Hexenverfolgung und die elende Lage von Heimarbeiterinnen in der Damenkonfektion des 19. Jahrhunderts behandelt. Bei der Darlegung der Entstehung der ärztlichen Hegemonie im Gesundheitswesen wird gezeigt, wie die akademischen Ärzte im 18. und 19. Jahrhundert die heil- und pflegkundigen Mütter und Hebammen verdrängt haben.

Der dritte Teil der Reihe behandelt die Geschichte der Weiblichkeit. Neben acht Aufsätzen (davon zwei mit didaktischen Hinweisen) enthält er ein Unterrichtsprojekt über Frauengeschichte und eine Auswahlbibliographie. Wesentliche Gegenstände dieses Bandes sind u.a. die Entstehung und aktuelle Sicht des Mutterbildes und das Leitbild der emotionalen bzw. emanzipierten Frau. Die Analyse des Lette-Vereins anhand von Zeitschriften ergibt, daß er »wider Willen die politische Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen befördert« hat. Die Problematisierung des Verhältnisses zwischen proletarischer Frauenbewegung und männerbeherrschter Sozialdemokratie endet mit dem Resultat einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Der vierte Band umfaßt neunzehn Abhandlungen zur Bildungsgeschichte von Frauen.

Im wesentlichen bezogen auf bürgerliche Frauen werden u.a. das Mütterlichkeitskonzept und Frauenbild bei Helene Lange, der Zusammenhang zwischen geistiger Mütterlichkeit und Sexualität, der Einfluß von bürgerlichen Vorstellungen auf die sozialistische Frauenbewegung und die Mädchenschulbildung behandelt. Den Spuren der ersten Wissenschaftlerinnen an deutschen Hochschulen wird gefolgt, ebenso wie den Bildungsgängen von Mädchen und den Inhalten der Mädchenliteratur. Weiter geht es um weibliche Körpersprache, Frauenbiographien, die Musikausbildung von Mädchen und Frauen und den Ausschluß von Frauen aus der Aktmalerei.

Der derzeit aktuelle fünfte Band soll der Re-Interpretation der deutschen Nachkriegsgeschichte dienen. Nach einleitenden Gedanken über den feministischen Diskurs sowie um Tages- und Frauenpolitik wird referiert, wie Millionen Frauen die Hauptarbeit geleistet haben, um sich, ihren Kindern und Männern das Überleben zu sichern. Bezogen auf die Bildung von Frauenorganisationen wird beschrieben, wie in inhaltlicher und organisatorischer Kontinuität zur Weimarer Republik keine Überwindung der Spaltung in bürgerliche und proletarische Frauenbewegung erfolgte. Die Tatsache einer nach 1945 wachsenden Zahl von Frauenzeitschriften und in ihnen die Behandlung der Themen Ehe, Familie, Scheidung, Mutterfamilie sowie Frauenfreundschaften ist Inhalt des folgenden Aufsatzes. Die Aufhellung der Hintergründe der verfassungsmäßigen Verankerung des Gleichberechtigungsgrundsatzes im Grundgesetz endet mit der Feststellung, daß weitergehende Vorstellungen kaum formuliert wurden.

In kritischer Auseinandersetzung mit einem alltagsgeschichtlichen Ansatz, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Theoremen und der Familienökonomie wird versucht, eine Theorie der dualen Ökonomie (marktbezogene Produktionsarbeit und familienorientierte Reproduktionsarbeit) zu entwickeln. Der Ansatz für eine Neubewertung der Frauenarbeit vermag aber nicht zu überzeugen. Historischer Ausgangspunkt für die theoretische Behandlung ist das zeitweise Zurücktreten der Lohnarbeit als Quelle für den Erwerb der (Über-)Lebensmittel. Schon allein die Begründung für die Einführung eines neuen Interpretationsansatzes, die aus der bisher unbefriedigenden Analyse der Geschichte der Frauen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft abgeleitet wurde, gibt Anlaß zum Erstaunen. Auch für die Erklärung der ökonomischen und politischen Vernachlässigung der Hausfrauenarbeit bzw. die Verdrängung der Reproduktionsarbeit können keine überzeugenden Argumente geliefert werden. Die ausgebliebene Emanzipation der Frauen in der Nachkriegszeit ist doch viel einfacher und auch richtig mit der These von der historischen Ausnahme-situation zu erklären?

Die fachwissenschaftlichen Beiträge werden mit einer Untersuchung über die Lohnpolitik in den Besatzungszonen sowie über die »Interdependenz von Hausarbeit und gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und die Verknüpfung von privater Haus(frauen)arbeit und weiblicher Lohnarbeit« fortgesetzt. Nach der Vorstellung einer Unterrichtsreihe über Frauenpolitik in der Nachkriegszeit werden die seminaristische Aufarbeitung der Vergangenheit und deren Lernmöglichkeiten angesprochen. Eine informative Studie über individuelle Erfahrungen und die gesellschaftliche Situation alleinstehender Frauen in den 40er und 50er Jahren kommt zu dem bemerkenswerten Ergebnis: Sie waren »allein in dem Sinne, daß sie nicht verheiratet waren, allein im Sinne sozialer Isolation waren sie jedoch nicht«. Die Analyse der Erinnerungen an den weiblichen Nachkriegsalltag ergab u.a. ein indifferentes Verhalten zum Faschismus, welches durch Betonung eigener Not und Verdrängung geprägt ist. Statt aktiver Auseinandersetzung — so die These — erfolgte Konsumorientierung und der Rückzug ins Private. Der Band schließt mit frauenbezogenen frie-

denpolitischen Bezügen: Einem Bericht über die Friedensarbeit von Freda Wüsthoff in Frauenverbänden und einem Unterrichtsprojekt über Frauen in der Bundeswehr.

Die Beiträge der fünf bisher erschienenen Bände »Frauen in der Geschichte« haben Handbuchcharakter. Als Quellen wurden in erster Linie die zeitgenössische Literatur und Zeitschriften ausgewertet. Teilweise sind Abbildungen herangezogen worden. Bei aktuelleren Fragestellungen dienen auch Interviews als Informationen. Die Sammelbände sind als Einführung in Frauengeschichte in politischen, historischen und pädagogischen Bereichen sicher gut geeignet. Sie tragen mit dazu bei, das Klischee »Männer machen Geschichte« zu beseitigen. Viele Aufsätze sind ausgezeichnet, wenn es um die historische Darstellung geht, sie werden jedoch schwächer, wenn sie sich in der Analyse versuchen. Manchmal beschäftigen sie sich mit sehr speziellen Fragen, deren Zusammenhang mit dem Schwerpunkt nicht immer deutlich gemacht wird. Auch die Zusammenstellung der einzelnen Bände ist nicht gänzlich nachvollziehbar. Beides ist allerdings auch nicht beabsichtigt. Insgesamt ist eine Fülle von wertvollen historischen Arbeiten vorgelegt worden, in die sich das Einlesen lohnt. Dies gilt auch für die beiden nicht in der Reihe veröffentlichten Schriften über »Frauen im deutschen Faschismus«. Beide Bände enthalten eine reichhaltige Quellenauswahl aus der Frauenperspektive zur Frage, ob Frauen Hitler an die Macht gebracht haben, zur NS-Frauenpolitik, über die Arbeit und den Widerstand von Frauen gegen den Faschismus. Die kommentierte Herausgabe vieler versteckter Quellen ist gegen die bisher meist einseitige Sichtweise gerichtet, die Vergangenheitsbewältigung unter Ausschluß der Frauengeschichte vorzunehmen. »Die zentralen Fragen an unsere fascistische Vergangenheit lassen sich nicht ohne die Einbeziehung der Frauengeschichte klären.«

Kurt Schilde (Berlin/West)

**Lüpke, Reinhard: Zwischen Marx und Wandervogel.** Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919-1931; Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, hrsg. von Abendroth, Deppe, Fülberth und Hardach; Band 39, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1984 (277 S., br., 28,- DM) Nun ist das dritte Buch über die Geschichte der Jusos in der Weimarer Republik, das von einem Jungsozialisten geschrieben wurde, erschienen. Nach »Gegen Krieg und Faschismus«, das von *Dietrich Lüdgers* im Dezember 1982 im ergebnisse-Verlag, Hamburg veröffentlicht wurde, und *Franz Walters* »Jungsozialisten in der Weimarer Republik« (Sovect-Verlag 1983) hat nun *Reinhard Lüpke* aus Bielefeld den bisher umfassendsten Beitrag veröffentlicht.

In Erweiterung vor allem zu Lüdgers, der die Zeit, als die jugendbewegten Jungsozialisten die Politik der Organisation bestimmten, nicht behandelt, geht der Autor ausführlich auf die Zeit zwischen der Entstehung 1919 bis zur Jenaer Konferenz 1925, als die marxistischen Jungsozialisten die Mehrheitsposition errangen, ein. Der Verfasser weist nach, daß die Denk- und Lebensansätze der jugendbewegten Jungsozialisten weit weniger mit »sozialistischer Lebensform« (wie Walter im Untertitel seines Buches schreibt) zu tun haben, denn mit einer idealistischen Auffassung von Staat und Gesellschaft, die bis zu Übereinstimmungen zwischen Jungsozialisten und Deutschnationalen ging. Dies wird z.B. aus den gemeinsamen Aufrufen von 60 Jugendverbänden (darunter die Großdeutsche Jugend und die Jungsozialisten) zum Ruhrkampf 1923 deutlich: »Wir Vertreter der deutschen Jugend, die seit Jahren trotz aller Verschiedenheiten der Weltanschauungen und Bestrebungen in gemeinsamer Arbeit zum Wohle der gesamten Jugend sich zusammengeschlossen haben, fordern, daß die Parteien und Stämme Deutschlands sich dem höchsten Ziel unterordnen:

Deutschlands Gesundung, Einheit und Freiheit! Die deutsche Jugend ist bereit, für dieses Ziel auch das letzte Opfer zu bringen!« (53).

Weiter arbeitet Lüpke detailliert die Entwicklung einer marxistischen Opposition bei den Jungsozialisten heraus. Er unterscheidet drei Phasen, ausgehend von Kritiken einzelner Gruppen an den jugendbewegten Jungsozialisten (bis Ende 1922) über die Existenz von oppositionellen Bezirken bis zur Gründung des Hannoveraner Kreises (Pfungsten 1924), an die sich die dritte Phase bis zur Jenaer Konferenz (1925) anschloß. Während dieser dritten Phase gab der Hannoveraner Kreis eine eigene Publikation (*Der junge Parteigenosse*) als Beilage der Zeitschrift »*Sozialistische Politik und Wirtschaft*« der Parteilinken heraus.

Im dritten Teil des Buches analysiert Lüpke die Theorie und Praxis der Jungsozialisten ab 1925 bis zur Auflösung der Organisation durch den Leipziger Parteitag der SPD 1931. Dabei nimmt die Faschismusanalyse der Jungsozialisten und ihr Handeln gegen den aufkommenden Faschismus einen wichtigen Stellenwert ein. Die Jungsozialisten machten dabei klar, »daß der Faschismus zur Herrschaftsform der Bourgeoisie unter den Bedingungen der zugespitzten krisenhaften Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftsystems werden konnte und charakterisierten so zutreffend den sozialen Inhalt der faschistischen Bewegung« (213).

Insgesamt ist »Zwischen Marx und Wandervogel« ein wertvolles Buch. »[Lüpkes] Arbeit vermittelt uns mit Genauigkeit einen Ausschnitt aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der unsere Aufmerksamkeit verdient — und unsere Bereitschaft herausfordert, aus den Fehlern und Mängeln von damals zu lernen.« (Aus dem Vorwort von Walter Fabian) Zwar muß man sich durch eine Vielzahl von Material »beißen«, aber man erhält einen detaillierten und gleichzeitig umfassenden Einblick in die Geschichte unserer Vorläuferorganisation.

Jochen Gürtler (Schloß Holte-Stukenbrock)

**Kaltefleiter, Werner: Parteien im Umbruch.** Ein Beitrag zur politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Econ-Verlag, Düsseldorf und Wien 1984 (219 S., Ln., 36,-DM)

Ist Bonn doch Weimar, fragt der konservative Politikwissenschaftler Kaltefleiter, nachdem die Grünen in einige Parlamente eingezogen sind? Den aufgeschreckten Leser beruhigt er sogleich mit dem Hinweis, daß die Bundesrepublik verglichen mit vielen westeuropäischen Nachbarn noch immer eine Insel politischer Stabilität sei. Allerdings gefährden die Grünen für Kaltefleiter das bundesdeutsche Parteiensystem erheblich.

Erstens verunmöglichten sie es, Mehrheiten zu bilden. Dies mag für eine absolute sozialdemokratische Mehrheit gelten, muß aber nicht unbedingt auch für eine absolute christdemokratische Mehrheit zutreffen, den Untergang der freidemokratischen Partei am Wahltag einmal angenommen. Vollends unberücksichtigt läßt die These auch eine Mehrheit links von der Union, die nach Wahlen durch eine wie auch immer geartete Kooperation zwischen Sozialdemokraten und Grünen entstehen könnte. Zweitens machten die Grünen einen Regierungswechsel unmöglich, indem sie die Sozialdemokratie bundesweit zu weit dezimieren. Auch dieser Gedanke läßt eine Kooperation außer Acht. Drittens schließlich verdeutlichen sie, daß die übrigen Parteien relevante Gruppen nicht integrieren. Dem ist sicherlich ohne Einschränkung zuzustimmen. Entscheidendes Problem ist für Kaltefleiter, daß durch die Grünen jene »strukturelle Asymmetrie« wieder droht, die das bundesdeutsche Parteiensystem bis in die sechziger Jahre lange kennzeichnete. Seine Skizze der Geschichte unseres Parteiensystems in sechs Phasen zeigt, was er unter »strukturel-

ler Asymmetrie« versteht: Zuerst näherte sich das ursprüngliche Vielparteiensystem in einer Phase der Konzentration zwischen 1952 und 1957 zunehmend einem Zweiparteiensystem an. Darin war die Sozialdemokratie jedoch als Opposition zu weit abgeschlagen, um einen Regierungswechsel herbeiführen zu können. Diese »strukturelle Asymmetrie« des Parteiensystems wurde in einer Schmelzphase von 1957 bis 1965 schrittweise abgebaut. In den Ländern ging damit von 1961 bis 1965 eine Phase der Konzentration einher. Mit der Großen Koalition geriet das Parteiensystem in eine Legitimitätskrise. Zwischen 1966 und 1969 entstand mangels »Alternative im System« eine »Opposition zum System«. Als die Nationaldemokraten knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, wurde die sozialliberale Koalition möglich und die Legitimitätskrise beendet. In einer Phase der Polarisierung wurde bis 1972 der Gegensatz von Regierung und Opposition wieder hergestellt und die »strukturelle Asymmetrie« weitestgehend überwunden. Seitdem befindet sich das bundesdeutsche Parteiensystem für Kaltefeiter in einer Phase der Bewährung.

Nach dieser nur teilweise sozialökonomisch begründeten historischen Skizze analysiert Kaltefeiter die letzten drei Bundestagswahlen. Statistisch gesättigt und graphisch aufbereitet gibt er grundlegende Erkenntnisse der empirischen Wahlforschung wieder und bemüht sich, die von Franz Josef Strauß verfochtene bündnispolitische Strategie zugunsten der von Helmut Kohl vertretenen argumentativ zu widerlegen. Interessant sind seine Aussagen zur grünen Bewegung.

Die Grünen entstanden Kaltefeiter zufolge, als die Sozialdemokratie den veränderungswilligen Teil der Gesellschaft nicht mehr integrierte. Ihren Kern bilden für ihn etwa 20.000 Anhänger, von denen er die eine Hälfte als »gesinnungsethisch motiviert« und die andere als »kommunistische Kader« einstuft. Zur mehrheitlich »gesinnungsethisch« orientierten Wählerschaft sieht er den Kern damit im Widerspruch. So richtig es ist, in den Grünen auch den Hauptberben der studentenbewegten Parteisekten zu sehen, so unzureichend erscheint der Versuch, sie entweder als »gesinnungsethisch« — was aus konservativem Mund seit Max Weber auch unverantwortlich, weil nicht »verantwortungsethisch«, heißt — oder als »kommunistisch« zu diffamieren. Die tatsächlichen Konfliktlinien zwischen »Fundis« und »Realos« und anderen verlaufen wesentlich komplizierter. Zudem ist die Entwicklung der Grünen von der Bewegung zur Partei noch nicht abgeschlossen und das letztendliche innerparteiliche Kräfteverhältnis noch offen.

Statt einer anderen Politik empfiehlt Kaltefeiter technische Korrekturen, um der drohenden »strukturellen Asymmetrie« des Parteiensystems entgegenzuwirken. Erstens plädiert er für die Mehrheitswahl. Fasziniert zunächst der Gedanke, Freidemokraten und Grüne solcherart zugleich aus den Parlamenten zu entfernen, so schreckt doch die Gefahr, daß noch größere Gruppen der Gesellschaft, möglicherweise sogar eine Mehrheit, nicht im Parlament vertreten sind. Auch die historische Erfahrung gerade der Sozialdemokraten mit der Mehrheitswahl im Kaiserreich sollte warnen. Zweitens möchte er Parlamentsauflösungen, sei es durch das Parlament selbst mit qualifizierter Mehrheit oder durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers, erleichtert sehen. Die historische Erfahrung der Weimarer Republik scheint hier zuviel ihrer heilsamen Wirkung eingebüßt zu haben. Drittens will er die Organisation der Parteien reformieren. Zukünftig soll man über einen Arbeitskreis, der ein spezielles Thema bearbeitet, ebenso Mitglied werden können wie über die territoriale Organisation. Dies ist sicherlich ein bedenkenswerter, gesetzlich möglicher und tatsächlich — von der Alternativen Liste in Berlin (West) — praktizierter Vorschlag. Ferner wünscht er Briefwahl bei Parteiwahlen. Damit dürfte die reale Partizipation kaum steigen, eher die gerade bei Wahlversammlungen der Parteien stark anstei-

gende noch gesenkt werden. — Grundsätzlich problematisch aber ist, daß Kaltefleiter Inhalte der Grünen an keinem Punkt aufnimmt, vielmehr fordert er eine geistig-moralische Führung, die den traditionellen Normen wieder Geltung verschafft. »Die Suche nicht nur der Grünen nach ... Lösungen, die anders sind als die der fünfziger Jahre, ist unmittelbare Folge einer Politik, die von dem Ordnungskonzept der fünfziger Jahre abgewichen war. Damit ist das inhaltliche Mandat des Wahlerfolges der Union und ihrer FDP-Klientel umschrieben: die ordnungspolitischen Daten wieder so zu setzen, daß sie ein auf Eigenverantwortung, Leistungsorientierung und Pflichterfüllung gerichtetes Normensystem fördern. Die Stabilisierung der außenpolitischen Orientierung wird damit automatisch eintreten; denn wer dieses Normensystem inhaltlich akzeptiert, für den ist die Grundausrichtung in die Gemeinschaft freier Völker eine Selbstverständlichkeit, die weder Äquidistanz noch Mittlerkonzepte zwischen Ost und West und erst recht keinen Antiamerikanismus kennt.« (208f.) Von dieser Position aus erscheint eine politische Kooperation mit den Grünen ausgeschlossen und der Gedanke, sie durch technische Korrekturen am Wahlrecht zu eliminieren, nahezu zwangsläufig. Fraglich ist nur, ob eine wie immer geartete gesellschaftliche Bewegung aufhört zu bestehen, wenn sie solcherart um parlamentarische Repräsentanz gebracht würde, oder ob dies nicht eine sehr viel größere Belastung zumindest des Parteiensystems zur Folge hätte.

Hans Willi Weitzen (Berlin/West)

**Barrett, Michèle: Das unterstellte Geschlecht — Umriss eines materialistischen Feminismus.** Argument-Verlag, Berlin/West 1983 (239 S., br., 24,- DM)

Aus dem Widerspruch zwischen theoretischem Emanzipationsanspruch und praktischem Verhalten zu Frauen erwuchs der Studentenbewegung Anfang der siebziger Jahre die neue Frauenbewegung. Sie ließ für die müden Revolteure keine heimlich-heimeligen Rückzugsecken mehr zu: »Das Private ist politisch!« Die Frauen wollten die Probleme nicht nur theoretisch lösen, sondern praktisch. In unzähligen Projekten schlossen sie sich zusammen, um sich selbst, ihre Möglichkeiten, ihre Behinderungen, ihre Geschichte zu erfahren. Die Aktionen zum §218 verschafften der Bewegung die breite Zustimmung von Frauen aller sozialen Schichten, waren die Grundlage einer breiten Gemeinsamkeit, von der die Studentenbewegung nur hatte träumen können. Nicht länger wollten die Frauen dulden, daß sich die Männer in die Angelegenheiten der Frauen einmischten und faktisch über Körper und Köpfe der Frauen herrschten.

Aber: Männerherrschaft und Frauenunterdrückung waren nicht nur uralte, sie erwiesen sich auch als äußerst zählebig. Und nicht nur Männer hatten ihren Anteil daran. Frauen, die öffentlich und noch viel mehr privat die Verhältnisse so akzeptierten und akzeptieren, wie sie waren und sind, sich in ihnen einrichteten und sie in ihren Söhnen, ihren Männern bestärkten, stabilisier(t)en die Geschlechtertrennung. Die Fragen nach dem Warum, Woher, Wohin und Wie wurden dringlicher und ließen sich nicht mehr nur praktisch lösen. Nunmehr war nicht nur die durch männliche Geschichtsschreibung bewußt und unbewußt unterdrückte Geschichte der Frauen aufzuarbeiten, sondern auch die vielfältigen Formen von Frauenunterdrückung und deren Ursachen zu erhellen. Das Bedürfnis nach Theorie folgte so aus praktischer Notwendigkeit, nicht aus der theoretischen Debatte.

Dies ist auch der Ansatzpunkt von *Michèle Barrett*: »Ziel des Buches ist es ... nicht, die Tatsache der Frauenunterdrückung selbst zu beweisen, sondern sie zu analysieren und zu verstehen.« (14) Die Autorin stellt ihre Analyse in einen gleichermaßen theoretischen wie politisch-praktischen Zusammenhang, wenn sie im Vorwort fragt: »Kann es eine Analyse der Frauenunterdrückung im heutigen Kapitalismus geben, die marxistische und feministische

sche Zielsetzungen miteinander vereint? Ich gehe davon aus, daß ... jeder Versuch, eine schlüssige marxistisch-feministische Analyse zu erstellen, enorme theoretische und politische Probleme aufwirft, die sich vielleicht als Stolperstein eines jeden Bündnisses zwischen Frauenbewegung und Linken erweisen werden — und von beiden Seiten Kompromisse verlangen, wenn sie gelöst werden sollen. Aber es ist sicherlich besser, sich ihnen zu stellen, als sie hinwegzudeuten.« (11) Die Schwierigkeiten, die auch hierzulande »autonome Frauenbewegung« und politische Linke miteinander haben, dürfen nicht unterschätzt werden.

Was dann folgt, geht von einem Verständnis von Marxismus und Feminismus aus, das die bisher gegebenen Antworten zu den Ursachen der Frauenunterdrückung in ihren sozialen, ökonomischen, psychologischen, kulturellen und politischen Dimensionen produktiv aufgreift, offen die verschiedenen Denkansätze gegenüberstellt und verarbeitet. Übersetzt man in ihrem Fall Feminismus als Theorie der Eigenständigkeit des Geschlechterkonflikts und Marxismus als Erkenntnis von Aneignungs- und Ausbeutungsverhältnissen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit (vgl. 17), so erhalten wir im Ergebnis eine — nicht nur Marxistinnen interessierende — ausführliche Analyse der Produktion und Reproduktion von Frauenunterdrückung im gegenwärtigen (englischen) Kapitalismus. Sich auf Gramsci und Althusser berufend, fragt sie dabei immer wieder nach deren bewußtseinsmäßigen Folgen, Bedingungen und Änderungsmöglichkeiten. Weder rechtgläubiger Ökonomismus noch eine ahistorisch-biologistische Sicht des Geschlechterverhältnisses erweisen sich als taugliche Instrumente der Analyse. Ihr offener, unorthodoxer Ansatz folgt nicht allein aus der Vernachlässigung der Frauenfrage durch die sozialistischen Klassiker, deren Nachfolger und Nachbeter. Er erweist sich auch als praktisch nützlich, um die Verhältnisse nicht nur denkend, sondern auch handelnd verändern zu können.

So leitet *Michèle Barrett* ihre Erörterungen damit ein, daß sie die aus der feministischen und/oder marxistischen Literatur bekannten Begriffe Patriarchat, Reproduktion und Ideologie unter dem Gesichtspunkt der Frauenproblematik einer kritischen Prüfung auf ihren Erklärungswert unterzieht. Empirische und theoretische Literatur, insbesondere zur Frauenfrage, aber auch zur Rolle der Ideologie, wird gegenübergestellt und verarbeitet. Daß sie außer den Klassikern beider Seiten, wie Marx, Freud, Beauvoir u.a., mehrheitlich aus dem englischsprachigen Raum stammt, stört insofern kaum, als diese Texte zum Teil auch bei uns bekannt und in die Diskussion eingegangen sind, z.B. Shulamith Firestone, Sheila Rowbotham und Kate Millet. Auch sind bei uns Verhältnisse vorzufinden, die den englischen strukturell gleichen. Die Schlüsse *Michèle Barretts* sind somit auf deutsche Verhältnisse und Diskussionen übertrag- und anwendbar. Die komprimierte und zugleich intensive Auseinandersetzung mit der Literatur macht die Lektüre zuweilen schwierig und das Lesen mit dem Bleistift ratsam. Sie macht das Buch aber dennoch zum Wegweiser für den sich auch in der BRD entwickelnden sozialistischen Feminismus. Hilfreich ist dafür auch das Stichwort- und Namensverzeichnis im Anhang.

Nacheinander werden die Bereiche abgehandelt, in denen sich immer wieder Frauenunterdrückung manifestiert und reproduziert: Sexualpraxen, kulturelle Produktion, Erziehungssystem, Arbeitsteilung, Familie, Staatspolitik und kapitalistisches System. Sie werden fortlaufend aufeinander in den Bezug gesetzt, den sie auch in der Realität untereinander haben.

Am Ende ihrer Ausführungen hebt die Autorin die notwendigen wie machbaren Reformen noch unter den herrschenden patriarchalischen Verhältnissen hervor, z.B. Fortschritte in der rechtlichen Gleichstellung. Sie weist dabei auch auf die möglichen Interessenkon-

flikte wie Interessengemeinsamkeiten hin. Es gibt ein »fundamentales politisches Muß, das uns nicht nur eine starke feministische Präsenz in der Linken, sondern auch eine gewisse Art von Bündnis zwischen Frauenbewegung und Linker gebietet« (224). Diese Notwendigkeit besteht nicht nur, weil teilweise gemeinsame politische Ziele eine gemeinsame Basis bieten, sondern weil beide in ihren Kämpfen kräftemäßig aufeinander angewiesen sind. Zum anderen enthält dieses Bündnis auch die Chance, das Verhältnis der Geschlechter zueinander zu verändern. Und: »Genauso wie wir uns die Befreiung der Frau im Kapitalismus nicht vorstellen können, können wir uns keinen Sozialismus vorstellen, in dem die Durchsetzung von Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde durch althergebrachte Geschlechtszuweisungen verhindert wird!« (225)

Anna Damrat (Berlin/West)

**Ein Gespräch mit Jürgen Kuczynski über Arbeiterklasse, Alltag, Geschichte, Kultur und vor allem über Krieg und Frieden.** Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1984 (141 S., br., 14,80 DM)

Jürgen Kuczynski, der wohl bedeutendste und sicherlich auch der eigenwilligste Gesellschaftswissenschaftler der DDR konnte vor einigen Monaten seinen achtzigsten Geburtstag feiern. In diesem Jahr fügte er seinen bislang 3.000 Veröffentlichungen (darunter etwa 100 Bücher) drei neue Werke hinzu, die sowohl die große Themenbreite des marxistischen Ökonomen, Historikers, Kulturgeschichtlers widerspiegeln als auch seine immer wieder faszinierende Fähigkeit, als Anreger wissenschaftlichen Meinungsstreits zu wirken, der ebenso konstruktiv und parteilich wie ohne Rücksicht auf vermeintliche Tabus zu kritisieren pflegt.

Wie der etwas barocke Titel bereits verrät, handelt es sich um ein protokolliertes Gespräch, das Frank Deppe, Georg Fülberth, Dieter Kramer und Gert Meyer mit Jürgen Kuczynski geführt haben und das ein breites Spektrum von Fragen aus dessen unterschiedlichen Arbeitsfeldern berührt.

Im ersten der zehn Kapitel des Buches geht Kuczynski auf die gegenwärtige Kriegsgefahr ein. Vor der Existenz der Atombombe sei er sicher gewesen, daß der Sozialismus siegen werde, diese »Gewißheit, daß ein Gesetz sich durchsetzt« sei einem Optimismus, einer Hoffnung gewichen, daß »die Menschheit in Frieden überleben und sich weiterentwickeln kann« (8). Die traditionellen Kriegsverhinderungsstrategien der Arbeiterbewegung, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert wurden und die auf eine Aktion bei Kriegsausbruch abzielten, seien endgültig überholt — was Lenin übrigens als Lehre aus dem Ersten Weltkrieg schon 1922 erkannt habe und daher »das ganze Gewicht des Kampfes gegen den Krieg auf die Zeit vor dem Krieg gelegt« habe (9).

Über die Auswirkungen des Wettrüstens auf die Ökonomie, Ökologie und die Wissenschaft auch der sozialistischen Länder findet Kuczynski deutliche Worte, die man nicht allzu häufig aus seiner Republik hört. So spricht er von der »Beschlagnahme eines Großteils von Wissenschaft und Technik durch die Rüstung«, konstatiert, »daß man keineswegs einen grundlegenden Unterschied machen (kann) zwischen den ökologischen Verhältnissen bei uns und in der kapitalistischen Welt« (12) und meint, daß die sozialistischen Länder ohne die ihnen vom Westen aufgezwungenen Rüstungslasten schon längst die 30-Stunden-Woche hätten einführen können. Auf Frank Deppes Frage über den Zusammenhang von Krisenperiode und Kriegsgefahr erläutert Kuczynski die komplizierten Zusammenhänge zwischen ökonomischen und politischen Krisenprozessen, die bislang mit erheblicher Zeitverzögerung aufeinander folgten. Er lehnt jede Zusammenbruchstheorie für den Kapitalismus ab — wie er überhaupt ständig betont, daß sich gesellschaftliche Ge-

setze nicht automatisch durchsetzen, sondern nur als Tendenzen wirken —, attestiert dem Kapitalismus auch in seiner Niedergangsphase die Fähigkeit zu enormen technologischen Fortschritten und geht sehr differenziert auf die sozialen und politischen Folgen der Krise ein.

Die »Frage nach den historischen Grenzen des Kapitals« (Deppe) werde allerdings »nicht ausschließlich durch die Verhältnisse in den imperialistischen Ländern selbst bestimmt«, sondern auch in starkem Maße durch die Entwicklung in der Dritten Welt (25). Kuczynski sieht — trotz aller krisenbedingten Schwächung der Gewerkschaften in den USA, Großbritannien und der BRD — durchaus Ansätze für einen künftigen Massenwiderstand gegen die Krisenfolgen, ohne jedoch dem euphorischen Zweckoptimismus zu huldigen, der hierzulande in manchen linken Blättern als Ausweis für Fortschrittlichkeit gilt und dabei nur den Blick auf eine realistische Analyse der Lage der Arbeiterbewegung vernebelt. Im Gegensatz zu Georg Fülberth, der in provokanten Formulierungen die Ursachen für positive Veränderungen in der Geschichte seit 1945 nur in der Stärke der UdSSR und den Erfolgen der Befreiungsbewegungen erblickt, betont Kuczynski auch die Erfolge der Volksmassen in den imperialistischen Metropolen.

Auf Dieter Kramers Frage nach der Bedeutung der »Neuen sozialen Bewegungen« antwortet Kuczynski nur ausweichend mit der Bemerkung, diese Kräfte müßten durch eine effektivere Propaganda für die sozialistische Bewegung gewonnen werden. Hier — und auch später bei der Diskussion aktueller strategischer und kulturpolitischer Fragen der westdeutschen Arbeiterbewegung — merkt man deutlich seine Distanz zu einigen neueren Problemen unseres Landes.

Deppes überzeugender Polemik gegen die im Westen modische These von der »Krise des Marxismus«, deren reales Moment allerdings darin liege, daß die Marxisten den Klasseninhalt der Themen der »Neuen sozialen Bewegungen« bislang noch nicht genügend herausgearbeitet haben, stimmt Kuczynski mit Beispielen diesbezüglicher Defizite der DDR-Forschung zu.

In einem längeren Kapitel über »Umfang und Funktion der Arbeiterklasse« zeigt sich, daß Kuczynski beim Begriff der Arbeiterklasse (wie später auch beim Kulturbegriff) an den engen Definitionen der »Klassiker« festhält. Während Gert Meyer und Frank Deppe auf die wichtigen Strukturveränderungen und die wachsende innere Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse hinweisen und daraus Probleme der Bewußtseinsbildung ableiten, sowie für eine weitere Definition des Begriffs »Arbeiterklasse« plädieren, beharrt Kuczynski — für mich ziemlich unbegründet — auf der Leninschen Gleichsetzung der Arbeiterklasse mit den Arbeitern der Großbetriebe und verweist auf den wachsenden Umfang der Arbeiterklasse im Weltmaßstab. Was deren revolutionäre Funktion angeht, bleibt er »dabei, daß die Arbeiterklasse, egal ob sie in den imperialistischen Ländern größer oder kleiner wird, die Avantgarde, den Motor der Revolution darstellt. Sie wird immer groß genug sein, um diese Rolle auszufüllen« (40). Zusammen mit seinen Bemerkungen in dem Kapitel »Erfahrungen der Arbeiterbewegung Ende der zwanziger Jahre« über den Zusammenhang von Bewußtseinsbildung und Revolution: »Es wird nie gelingen, vor der Revolution die Masse der Werktätigen zu bewußten Revolutionären zu machen, also werden sie es erst im Laufe des revolutionären Prozesses und der 'nachrevolutionären' Zeit, die ja in Wirklichkeit auch revolutionierend sein muß« (86) dürften diese Positionen für unsere »Hegemonie-Theoretiker« eine recht schwere Kost darstellen — aber auch die ist ja bisweilen nützlich.

Eine interessante und überraschende Kontroverse zwischen Jürgen Kuczynski und sei-

nen vier Gesprächspartnern entzündet sich an der Staatsfrage. Während diese neben den klassischen Herrschaftsfunktionen des Staates dessen heutige Aufgaben im System der staatsmonopolistischen Regulierung und für die Reproduktion der Arbeitskraft herausstellen (diese gewandelte Rolle des Staates hat bekanntlich auch strategische Konsequenzen für Übergangsformen zwischen Kapitalismus und Sozialismus), bewertet Kuczynski »die Rolle des Staates für die Bewegung der Wirtschaft« erstaunlich gering: Der kapitalistische Staat könne »eben keine wirkliche Regulierungspolitik ... betreiben« (52), seinen Funktionen nach sei er weiterhin beschreibbar als subventionsgebende Milchkuh und repressiver Gendarm.

Es ist schon deutlich geworden, daß es sich bei der vorliegenden Veröffentlichung nicht um ein Interview mit Jürgen Kuczynski handelt, sondern um den Abdruck einer Diskussion, bei der die Beiträge der anderen Gesprächspartner von gleicher Bedeutung sind. Daß dabei häufig die Kontroversen (auf gemeinsamer marxistischer Grundlage) gegenüber den bereits gefundenen Antworten überwiegen, dürfte im Sinne Jürgen Kuczynskis sein, der sich — was dieser Band wieder unter Beweis stellt — als Anreger produktiven Meinungsstreits versteht.

Heinz-Gerd Hofschens (Bremen)

**Klotz, Johannes:** *Das »kommende Deutschland«*. Vorstellungen und Konzeptionen des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil 1933-45 zu Staat und Wirtschaft, Pahl-Rugenstein Verlag (Hochschulschriften Nr. 132), Köln 1983 (314 Seiten, br., 38,- DM) Diese 1983 veröffentlichte Dissertation von Johannes Klotz steht in der Tradition der »Marburger Schule« Wolfgang Abendroths. Der Verfasser versucht die Frage zu beantworten, in welcher Form, in welchen gesellschaftlichen, politisch-sozialen Strukturen die sozialdemokratische Führung das »kommende Deutschland«, das Deutschland nach Krieg und Faschismus während der Emigrationszeit sah. Die Beantwortung dieses Problems stellte sich für die emigrierte Sozialdemokratie, wie auch für die anderen Arbeiterorganisationen in dringender Form, denn das faschistische Herrschaftssystem hatte die Arbeiterbewegung, ihre Parteien sowie die bürgerlich-parlamentarische Demokratie zerstört. Zu Recht weist Klotz darauf hin, daß die politische Praxis für die illegalisierte Arbeiterbewegung einmal bedeutete, Genese, Wesen und Funktion des Faschismus zu analysieren und hieraus Konsequenzen für den antifaschistischen Kampf abzuleiten. Zum anderen war aber auch mit dieser Analyse der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wie auch staatlichen Verhältnisse die Grundlage dafür gegeben, die konzeptionelle Gestaltung des »zukünftigen Deutschlands« in der Emigration vorzunehmen. Einig war man sich in der sozialdemokratischen Führung, daß es nie einen 30. Januar 1933 wieder geben dürfe und daß man alles daran setzen müsse, alle Momente, die einen Faschismus oder ein ähnliches autoritäres Herrschaftssystem voraussetzen oder begünstigen, auszuschließen und zu beseitigen. Zu Recht verweist Klotz deshalb darauf, daß auf »der theoretischen, praktischen, strategischen und wissenschaftsmethodischen Ebene ... eine enge Beziehung zwischen Faschismustheorien mit politischen Anschauungen bzw. Vorstellungen zur Wirtschafts- und Staatsgestaltung des neuen Deutschlands (besteht)« (18).

In unzähligen Zeitschriften, Zeitungsartikeln, kleinen Broschüren, umfangreichen Darstellungen und Abhandlungen und in Agitationsmaterialien sowie in Sitzungen des Emigrationsvorstandes, haben führende Sozialdemokraten vor allem in den Emigrationsländern Tschechoslowakei, Frankreich, England, USA und Schweden ihre Vorstellungen über eine Neugestaltung des »demokratischen« oder — je nach politischem Standort —

»sozialistischen« Deutschlands dargelegt. In mühevoller Kleinarbeit hat Klotz das Material vornehmlich aus Archiven der Arbeiterbewegung des In- und Auslandes zusammengetragen. Dabei hat er Wert darauf gelegt, nicht nur die Ansichten und Konzeptionen des Parteivorstandes zu publizieren. Auch Arbeitskreise und Gruppierungen, die außerhalb der Sopade- (Emigrationsbezeichnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) -Organisation bzw. der sozialdemokratischen Bewegung standen, so z.B. die RSD (Revolutionäre Sozialisten Deutschlands), Neu Beginnen, SAP (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands) und ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) finden in seinen Recherchen Berücksichtigung. Diese Gruppen haben den Diskussionsverlauf über das zukünftige Deutschland maßgeblich mitgeprägt, so z.B. auch in der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« (1942), auch wenn sie später in dem erweiterten sozialdemokratischen Parteivorstand der SPD zwischen 1946 und 1950 — der sich zu etwa 50 Prozent aus ehemals emigrierten Funktionären zusammensetzte — nicht oder nur unbedeutend personell vertreten waren.

Klotz stellt in seiner Untersuchung heraus, daß die wesentlichen theoretischen und konzeptionellen Grundlagen für die Vorstellung einer sozial gerechten, humanen, friedlichen und sozialistischen Gesellschaftsordnung als Herrschaftsform der politischen und sozialen Demokratie in der Periode 1941-1945 geschaffen wurden. Den verschiedenen Gruppierungen in der Sozialdemokratie gemein war die Ansicht, »die staatliche und wirtschaftliche Struktur« des zukünftigen Deutschlands so zu verändern, daß der Faschismus grundlegend beseitigt und der Aufbau eines »demokratisch-sozialistischen Staates« ermöglicht wird. In diesem »demokratischen Umwälzungsprozeß« sollten alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten einbezogen werden — mit Ausnahme jener Vertreter des Monopolkapitals, die den Faschismus gefördert und unterstützt hatten. Die Mehrheit der Sozialdemokratie votierte bereits in der Emigration für eine demokratisch-parlamentarische Republik. Eine »antifaschistische Koalition aus Sozialdemokratie, bürgerlichen Demokraten und Kirche« sollte, so Klotz, die politische Macht ausüben — Gedanken, die übrigens bereits 1935/36 von Sollmann, einem führenden und einflußreichen Sozialdemokraten im Zuge der Volksfrontdebatten jener Jahre erstmals innerhalb der Emigration formuliert wurden.

Die Unterschiede in den verschiedenen Ländern — so vor allem in den USA, in Schweden und vor allem in England — sind nur partiell. Die Furcht vor einer sozialen bzw. sozialistischen Revolution, vor einem »neuen« Deutschland mit sozialistischen Strukturen und Grundlagen, wie von den »Revolutionären Sozialisten« in ihrer »Plattform« von 1934 bereits gefordert, ist groß und durchzieht die innerparteiliche Diskussion. So weist Klotz zu Recht darauf hin, daß beispielsweise in Schweden und in den USA, aber auch im Rahmen der »Union« (England) wirtschaftspolitische Konzeptionen diskutiert wurden, die an Ideologieinhalte der Weimarer Republik (Organisierter Kapitalismus, Wirtschaftsdemokratie) nahtlos anschließen.

Klotz publiziert — zum Teil erstmals — umfangreiche und sehr aufschlußreiche Quellen und Dokumente. Deutlich wird, daß zukünftig noch viele Forschungslücken — die der Verfasser zum Teil selbst benennt — zu bearbeiten sind. Es ist zu bedauern, daß diesen doch zum Teil etwas spröden, theoretischen Ausführungen nicht ein umfangreicher Dokumentenanhang beigefügt wurde. Bleibt zu hoffen, daß der Verlag gerade für die Emigrationsphase in dieser Hinsicht endlich neue Wege geht. Wolfgang Saggau (Bielefeld)

**Böge, Volker, und Wilke, Peter: Sicherheitspolitische Alternativen.** Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Diskussion, Nomos Verlagsgesellschaft (Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit 20), Baden Baden 1984 (261 Seiten, 49,- DM)

»Ausbruch aus dem Irrenhaus« forderten 1981 zahlreiche Friedensgruppen in der Bundesrepublik. Gemeint war die weltweite Aufrüstung und Militarisierung, die trotz Hunger und Not in vielen Teilen der Erde nicht gestoppt wird. Der Protest richtete sich am Anfang der Friedensbewegung jedoch vor allem gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen. In den folgenden Monaten gelang es, weite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung für dieses Ziel zu mobilisieren. Auch wenn der Verzicht auf die Aufstellung von Cruise missiles und Pershing II damit nicht erreicht wurde, ging die Diskussion in der Friedensbewegung weiter in Richtung auf Schritte zu realer Abrüstung und einer neuen Sicherheitspolitik. Diese Diskussion wurde und wird in Basisinitiativen, in überregionalen Friedenskordinationsgruppen, in Kirchengemeinden und in allen Parteien kontrovers geführt.

Das Buch der beiden Hamburger Friedensforscher, Volker Böge und Peter Wilke, versucht, die Debatten über sicherheitspolitische Alternativen in ihren wesentlichen Grundströmungen aufzugreifen und kritisch zu untersuchen. Auch wenn beide Autoren sich dabei weitgehend auf sicherheitspolitische Aspekte der Debatte konzentrieren, betonen sie doch ein Kriterium für ihre Untersuchung, die Tatsache nämlich, daß Sicherheitspolitik ein Teil einer umfassenderen Friedenspolitik sein muß, die die Transformation gesellschaftlicher Strukturen zur Voraussetzung hat. Das Ziel von Friedenspolitik »muß im Sinne eines positiven Friedensbegriffs eine 'friedliche' Gesellschaft sein, d.h., es gilt, die gesellschaftlichen Strukturen von Friedlosigkeit, Gewalt und Krieg soweit als möglich zu beseitigen« (11).

Vor dem Hintergrund, daß individuelle und kollektiv-soziale Lernprozesse Bestandteil der politischen Veränderung sein müssen, die erst sicherheitspolitische Alternativen »politikfähig«, d.h. um- und durchsetzbar machen, gehen Böge und Wilke an die wichtigsten und verbreitetsten Konzepte in der bundesdeutschen friedenspolitischen Debatte. Dazu gehören Konzeptionen der einseitigen Abrüstung, Vorschläge und Modelle für atomwaffenfreie Zonen, militärische Defensivkonzepte und Vorschläge zu einer politischen Neuordnung in Europa wie Sicherheitspartnerschaft, System Kollektiver Sicherheit und Europäisierung Europas. Als Bezugsrahmen für ihre Untersuchung bestimmen die Verfasser die außenpolitischen Handlungsspielräume der Bundesrepublik in einem internationalen Klima der erneuten Konfrontation zwischen Ost und West. Nur die aufgrund der bundesdeutschen Abhängigkeiten auf sicherheitspolitischem, völkerrechtlichem und ökonomischem Gebiet notwendige Bestimmung dieser Spielräume eröffnet die Möglichkeit, für alternative Konzeptionen Anknüpfungspunkte zu finden, an denen der politische Veränderungsprozeß ansetzen könnte. Dabei betonen Böge und Wilke immer wieder den Zusammenhang zwischen Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen einerseits und der Erweiterung außenpolitischer Zusammenhänge andererseits. »Es ist zu vermuten, daß mit dem Grad der innenpolitischen Unterstützung für bestimmte Alternativen auch der Grad des außenpolitischen Handlungsspielraums wächst.« (17)

Dieser Versuch, Außenpolitik in den Einflußbereich innergesellschaftlicher Auseinandersetzung »zurückzuholen« und nicht mehr, wie sonst üblich, als quasi objektive Größe dem Zugriff und der Veränderbarkeit durch innenpolitische Bewegungen zu entziehen, hebt das Buch von Böge und Wilke positiv von anderen zu diesem Gegenstand ab. Die sicherheitspolitischen Alternativen werden von ihnen nicht als Modelle diskutiert, die be-

reits eine bessere Welt voraussetzen. Vielmehr analysieren sie die Debatten in gesellschaftlich relevanten Gruppierungen und Parteien in der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen und internationalen status quo. So kommen sie zu Fragen nach den Interessen derjenigen, die politische Bedeutung für Veränderungsprozesse haben, nach Widersprüchen und Übereinstimmungen in der innenpolitischen Diskussion sowie nach internationalen Kräfteverhältnissen als Rahmenbedingung für bundesdeutsche Politik nach innen und außen, nach Ost und West.

So wird z.B. der Vorschlag der Palme-Kommission, auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze einen 150 Kilometer breiten atomwaffenfreien Streifen einzurichten, als Kompromißformel deutlich gemacht. Und Egon Bahrs Vorschlag erscheint vor dem Hintergrund der Bewegungen in der SPD zu sicherheitspolitischen Fragen interessant, wenn dieser nämlich abweichend von der Empfehlung der Palme-Kommission einen vollständigen Abzug von Atomwaffen aus den Staaten Europas fordert, die keine Verfügungsgewalt über sie haben. Dies in Zusammenhang gebracht mit der These, daß die bundesdeutschen Handlungsspielräume gegenüber den USA nicht zuletzt wegen deren nuklearer Sicherheitsgarantie eingeschränkt sind, eröffnet für die friedenspolitische Debatte innerhalb und außerhalb der SPD Argumentationsmöglichkeiten. Überall stellt sich die Frage nach der Durchsetzbarkeit von Alternativen, nach politischen Strategien. Immer wieder wird in der Debatte diese Frage ausgeklammert. Gerade der Essener Parteitag der SPD hat es wieder gezeigt: Strategien zur Durchsetzung der allenthalben anerkannten Notwendigkeit zur Reform der NATO-Strategie wurden nicht einmal erwähnt.

Das Buch von Böge und Wilke, das das Ergebnis eines der letzten von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) geförderten Forschungsprojekte ist, bietet neben umfassender Information über die wesentlichen Alternativkonzepte Interpretationen der politischen Zusammenhänge an, in denen die Umsetzung dieser Alternativen steht. Es ist der Versuch, die politischen Strukturen zu verstehen, in denen Veränderungen stattfinden müssen — Veränderungen, die eben diese Strukturen überwinden sollen, um Frieden zu entwickeln. Man sollte dieses Buch (trotz seines Preises) lesen.

Christiane Rix (Hamburg)

## Über die Autor(inn)en

*Abendroth*, Wolfgang, Prof.Dr., geb. 1906; emeritierter Ordinarius für Wissenschaft von der Politik. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Gewerkschafts- und Parteiengeschichte, zum Verwaltungs- und Staatsrecht. Buchveröffentlichungen u.a.: *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (41981); *Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (1976).

*Albers*, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Herforder Thesen* (1980; Mitautor); *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.

*Böckmann*, Andrea, geb. 1959; Magister in Politik und Volkswirtschaft. Mitglied der SPD seit 1978, langjährige SHB-Arbeit, UB-Juso-Vorsitzende in München.

*Christ*, Rainer, geb. 1953; Soziologe. Mitglied im UB-Vorstand Mainz-Stadt, Mitglied in ÖTV, SJD-Die Falken, SPD.

*Damrat*, Anna, geb. 1945; Dipl.-Volkswirtin, Dipl.-Handelslehrerin. Mitglied in SPD und GEW, 1974 bis 1978 stellv. Vorsitzende der Berliner Jungsozialisten, seit 1984 Vorsitzende der AsF in Berlin-Wilmersdorf.

*Genç*, Alişan, geb. 1958 in Adana/Türkei, seit 1969 in Berlin/West, Studium der Politik- und Rechtswissenschaften. Mitglied in SPD, ÖTV, Netzwerk, HDB. Beisitzer im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten.

*Gürtler*, Jochen, geb. 1951; Dipl.-Soziologe und Programmierer. Mitglied der DJU in der IG Druck und Papier, der SJD-Die Falken, der VVN, des SHB-Förderkreises und der SPD. Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe.

*Häupl*, Michael, Dr., geb. 1949; Biologe. Veröffentlichungen zu Ökologie, Austromarxismus und marxistischer Philosophie; Landesvorsitzender der Jungen Generation (JG) in der SPÖ Wien und Mitglied des JG-Bundesvorstandes.

*Heinrich* Jürgen, geb. 1942; Mathematiker, Mitglied im Bezirksvorstand der SPD Ostwestfalen-Lippe.

*Hofschien*, Heinz-Gerd, geb. 1949; Studium der Geschichte, Pol. Wissenschaften und Germanistik; z.Zt. arbeitsloser Lehrer. Interessengebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Alternative Wirtschaftspolitik. Mitglied der GEW, des BdWi und der SPD, Mitglied im Landesvorstand der Jungsozialisten Bremen.

*Janßen*, Hans; Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall.

*Kremer*, Uwe, geb. 1956; Doktorand der Sozialwissenschaften; Mitglied in: SPD, GEW, AWO, VVN, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten.

*Peter*, Horst, geb. 1937; Bundestagsabgeordneter aus Kassel, 1968-1981 Stadtverordneter, zuletzt stellv. Fraktionsvorsitzender in Kassel, SPD-UB-Vorsitzender. Mitglied in SPD und GEW.

*Petersen-Buggisch*, Ingrid, geb. 1955; Lehrerin. Mitglied in SPD und GEW, stellv. Bundesvorsitzende der Jungsozialisten.

*Rave*, Klaus; Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein, früher Landesvorsitzender der Jungsozialisten Schleswig-Holstein.

*Rix*, Christiane, geb. 1953; Dipl.-Politologin, Wiss. Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Mitglied in SPD, GEW sowie der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung. Mitglied der *spw*-Redaktion von 1978-1984.

*Schilde*, Kurt, geb. 1947, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Arbeitsschwerpunkte und Veröffentlichungen: Jugendarbeit und Sport, Regional- und Sozialgeschichte und ihre Didaktik, Jugendopposition im Faschismus, Kulturindustrie und Ideologie, Mitarbeit in der Berliner Geschichtswerkstatt.

*Schilling*, Gertrud, geb. 1949; Lehrerin (z.Zt. a.D.), Landtagsabgeordnete der *Grünen* in Hessen, 1980-1982 Mitglied des Landesvorstandes der *Grünen*-Hessen. 1981 Mitglied des Bundeshauptausschusses. Mitglied im Bund für Umwelt- und Naturschutz, amnesty international, GEW.

*Schöler*, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

*Scholz*, Dieter, geb. 1947; Dipl.-Pol., Mitglied der SPD, der HBV, der AWO und der *spw*-Redaktion.

*Scholz*, Olaf, geb. 1958; Jurist, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Mitglied der ÖTV.

*Sprafke*, Norbert, geb. 1950; MdB-Mitarbeiter, stellv. SPD-OV-Vorsitzender. Mitglied in SPD, ÖTV.

*Steinacker*, Max, geb. 1958; Dipl.-Volkswirt, Doktorand. Veröffentlichungen u.a.: *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich — Vom projet socialiste zur sozialdemokratischen Modernisierung der Volkswirtschaft* (Mitautor, 1985). Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik in Westeuropa, Technologiepolitik.

*Wehr*, Andreas, geb. 1954; Jurist. 1976-1984 Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten. Mitglied der SPD, des HBV, der AWO sowie der *spw*-Redaktion.

*Weinberg*, Harald, geb. 1957; Dipl.-Soziologe, Bundesvorsitzender des SHB.

*Weinzen*, Hans-Willi, geb. 1953; Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere der Gewerkschaften und der SPD, Wirtschaftsdemokratie, Gewerkschaftstheorie. Mitglied von SPD und GEW.

*Wentz*, Martin, geb. 1944; Physiker. Vorsitzender des SPD-UB Frankfurt. Mitglied des südhessischen Bezirksvorstandes und dort Vorsitzender der Kommission Energie und Umwelt.

*Westphal*, Andreas, geb. 1958; Dipl.-Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der FU Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich — Vom projet socialiste zur sozialdemokratischen Modernisierung der Volkswirtschaft* (Mitautor, 1985). Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik in Frankreich, Technologieentwicklung. Mitglied in SPD und ÖTV, Mitglied der *spw*-Redaktion.

*Wolf*, Frieder O., geb. 1943; Philosoph und Politikwissenschaftler. Mitglied des Europaparlaments für die *Grünen*.

*Wolf*, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist. Mitglied der AWO, SJD-Die Falken, RFFU im DGB. Mitherausgeber der *spw*. Mitglied im Arbeitsausschuß der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«.

*Zellner*, Wolfgang, geb. 1953; Dipl.-Soziologe. Ehem. Bundesvorsitzender des SHB, Mitglied der SPD und GEW.



## 24 '84

Ch. Rix: Zur sicherheitspolitischen Debatte auf dem Essener Parteitag der SPD

Ch. Butterwegge: Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher?

I. Petersen-Buggisch: Frauenarbeit bei den Jungsozialisten

H. Mattfeld: Reglementierung von Frauenerwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus

### *Neue Technik — alte Politik?*

P. Oehlke: Zur technologiepolitischen Diskussion der SPD auf dem Parteitag 1984 in Essen

R. Schneider: Weg vom Sozialstaat — hin zum innovatorischen Imperativ

E. Ott: Aspekte neuerer staatlicher Technologiepolitik

U. Klotz: Perspektiven arbeitnehmerorientierter Innovations- und Technologieberatung

M.H. Bobke und B. Zwingmann: Rechtsweg ausgeschlossen? Zum Bildschirmteil des Bundesarbeitsgerichts

### *Dokumentation*

»Maschinen wollen — uns Menschen nicht« Rationalisierung in der Metallwirtschaft

*Interview*: mit Dr. Günther Bühring, Leiter der DDR-Delegation auf der Stockholmer Abrüstungskonferenz

4. Jg. 1984

## 25 '84

J. Egert: Politik als Ware oder das Elend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

J. Blume, A. Westphal: Die Beweglichkeit des Tankwarts — Zu Peter Glotz' »Arbeit der Zuspitzung«

O. Scholz, W. Zellner: Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie  
Chr. Schmidt: »Rot-Grünes Chaos« und staatsmonopolistische Regulierung

### *Imperialismus und Befreiung in der Dritten Welt*

M. Lucas: Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Krise der Dritten und Ersten Welt

S. Krüger: Die internationale Finanzkrise

D. Muth-Kerth: Probleme der Agrarrevolution in Nicaragua

R. Röhrig: Reagans »Hinterhof«-Politik und das Streben nach Übermacht

B. Gransow: Ist die chinesische Revolution am Ende?

### *Berichte*

A. Kroms: UNIDO IV — »Freie Marktwirtschaft als Problemlösung«

R. Winler: »Konservatismus in der Strukturkrise« — Kongreß der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe

G. Beling, K. Fieguth: Konferenz »Strategien der SPD« am 26./27.10.84 in Hamburg

7. Jg. 1984

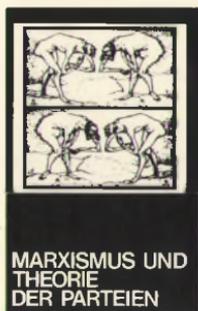
---

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Hefen jährl., Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Motzstr. 65, D-1000 Berlin 30



Ernst-Pörksen (Hrsg.):  
Alternativen der Ökonomie-Ökonomie  
der Alternativen (AS 104)

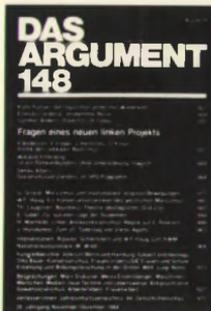
Die Autoren, fast alle in Alternativprojekten und/oder der Politik tätig, diskutieren in diesem Band die z.T. kontroversen Vorstellungen der Grün-Alternativen zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen, der Dualwirtschaft, Technikkritik, neue Währungspolitik und Probleme selbstverwalteter Betriebe. Bahro, Beckenbach, Berger, Hase, Herr, Lück, Priewe, Voy, Wiltmann



Marxismus und Theorie der Parteien (AS 91)

Marx/Engels, Lenin, Gramsci, Poulantzas. Das kleine Einmaleins der Macht und die Intergrationsfunktion der Parteien. Staatsgenese und Parteien. Mit Beiträgen von Elfferding, Jäger, Scheffler.

Preise pro Argument-Sonderband:  
17,60 DM/f. Stud. 14,60 DM



Das Argument 148  
Fragen eines neuen linken Projekts

Ernest Cardenal: Verdammte Reise  
Anderson/Fröbel/Heinrichs/Kreye:  
Politik des radikalen Realismus

Elfferding: Ist ein Parteienbündnis ohne Unterordnung möglich?

Albers: Sozialismusverständnis im SPD-Programm

12,80 DM/f. Stud. 9,80 DM

**ARGUMENT**

Argument-Vertrieb  
Tegeler Straße 6  
1000 Berlin 65